

So viel Anfang war nie?!

Nach dem Kriegsende in Berlin 1945



Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lag nicht nur die Stadt in Trümmern. Die Nazi-Ideologie hatte auch ein geistiges Trümmerfeld in den Köpfen der Berlinerinnen und Berliner hinterlassen. Der Wiederaufbau der Gesellschaft in Deutschland geriet besonders hier in Berlin in das Fahrwasser des Ost-West-Konflikts.

Viele Menschen, die einen tatsächlichen Neuaufbau der Gesellschaft nach den Prinzipien der Demokratie und Solidarität versuchten, sind an diesen äußeren Bedingungen gescheitert.

Manch eine gesellschaftliche Initiative für einen Neuanfang blieb auf halber Strecke stecken oder blieb nur ein nicht verwirklichter Plan.

Herausgeber: Berliner Geschichtswerkstatt e.V.

Die Berliner Geschichtswerkstatt ist ein gemeinnütziger Verein, der seit 1981 besteht. Im Zentrum unserer Arbeit stehen Alltagsgeschichte und die Geschichte „von unten“, wobei wir die Erinnerungsarbeit nicht als Selbstzweck verstehen. Wir wollen anhand des Schicksals der NachbarInnen am Wohnort Zeitgeschichte und die eigene Verstrickung darin nachvollziehbar machen.

Berliner Geschichtswerkstatt e. V.
Tel: 030/215 44 50
info@berliner-geschichtswerkstatt.de
www.berliner-geschichtswerkstatt.de



So viel Anfang war nie?! Nach dem Kriegsende in Berlin 1945

Herausgeberin: Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Mit Beiträgen von:

Jürgen Karwelat
Peter Kersten
Klaus Mancke
Angela Martin
Rita Pawlowski
Andreas Petersen
Barbara Schieb
Regina Szepansky
Hartmut Topf



Dokumentation

**zur Veranstaltungsreihe der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.
„So viel Anfang war nie?! Nach dem Kriegsende in Berlin 1945“
Oktober 2015 bis April 2016**

Eigenverlag der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.
Goltzstraße 49, 10781 Berlin, 2016

Druck: Rotabene Medienhaus, Schneider Druck GmbH, Rothenburg ob der Tauber
Satz, Layout und Umschlaggestaltung: Irmgard Ariallah

© für die Texte bei den Autorinnen und Autoren

Der Abdruck des Gedichts von Erich Kästner „Kennst du das Land, wo die Kanonen
blühn?“ erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Atrium Verlags, Zürich

© für die Abbildungen bei den Urhebern oder Leihgebern

Umschlagfoto: Bauarbeiterinnen gründen einen Frauenausschuss, 1945

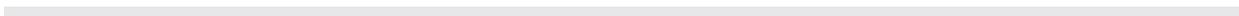
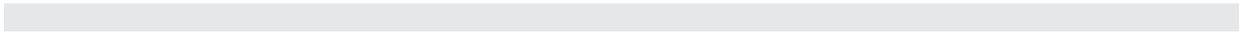
Quelle: Museum Charlottenburg-Wilmersdorf, Archiv

ISBN: 978-3-925702228

Gefördert aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort: Jürgen Karwelat	5
„Zeit des Überlebens“ – Kriegsende und Neubeginn am Rande Berlins. Aus dem Tagebuch Erik Regers von April bis Juni 1945	
Moderation: Dr. Andreas Bräutigam	
Veranstaltungsbericht: Sonja Miltenberger	7
Vortrag: Dr. Andreas Petersen	9
Einheitsschule in Berlin gescheitert - Gott sei Dank oder vertane Chance?	
Moderation: Peter Lassau	
Veranstaltungsbericht: Jürgen Karwelat	23
Vorträge: Dr. Klaus Mancke	25
Peter Kersten	46
Regina Szepansky	53
Vom Stillen Helden zum Kreuzberger Boheme – Der „Überlebenslauf“ von Oskar Huth	
Moderation: Sonja Miltenberger	
Veranstaltungsbericht: Peter Lassau	63
Vorträge: Dr. Barbara Schieb	
Hartmut Topf	66
„Pazifisten gegen Flieger“ – Ein Stadtviertel mit neuen Straßennamen, zu denen es nie kam	
Führung: Jürgen Karwelat	
Veranstaltungsbericht: Dr. Andreas Bräutigam	77
Vortrag: Jürgen Karwelat	78
Kalter Krieg auf der Bühne – Wolfgang Harich als Theaterkritiker	
Moderation: Jürgen Karwelat	
Veranstaltungsbericht: Dr. Elke Mocker	103
Vortrag: Angela Martin	105
Wieso, weshalb, warum? – Der gescheiterte Aufbruch der Frauen	
Moderation: Dr. Elke Mocker	
Veranstaltungsbericht: Sonja Miltenberger	113
Vortrag: Rita Pawlowski	114
Nachwort: Peter Lassau	125



Vorwort

Am Anfang unserer Planungen zu dieser Veranstaltungsreihe stand die Frage, ob es denn nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur tatsächlich „Tabula rasa“ mit allen herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen gegeben hat. Ein Start vom Nullpunkt? Gewisse Zweifel bestanden von vornherein. Deshalb hatten wir ja auch den Titel unserer Veranstaltungsreihe mit einem Fragezeichen und einem Ausrufungszeichen versehen. So naiv waren und sind wir nicht, als dass wir an einen vollständigen Neuanfang geglaubt hätten. Im April 1945 war der Nationalsozialismus zwar untergegangen, die Menschen, die ihn getragen und auch ertragen hatten, waren aber immer noch da. Die nationalsozialistische Ideologie wirkte vielfältig weiter, wenn auch an der Oberfläche der Gesellschaft nicht so deutlich sichtbar. Und das galt für den Westen und den Osten, egal, wie stark der Bruch mit der Vergangenheit betont wurde. Berlin als Vier-Mächte-Stadt, die ziemlich schnell in den Strudel des Ost-West-Konflikts geriet, war in dieser Hinsicht der interessanteste Ort in Deutschland.

Die Stadt lag in Trümmern. Dies galt nicht nur rein wörtlich, sondern auch für den geistigen Zustand der Berlinerinnen und Berliner. Ein Teil der geistigen Elite war ermordet oder außer Landes getrieben worden. Viele Menschen, die den Neuaufbau der Gesellschaft nach den Prinzipien der Demokratie und Solidarität versuchten, sind gescheitert. Manch eine gesellschaftliche Initiative für einen Neuanfang blieb auf halber Strecke stecken oder blieb nur ein nicht verwirklichter Plan.

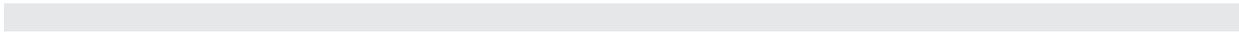
In sechs Veranstaltungen haben wir exemplarisch an die handelnden Personen und Ereignisse erinnert. Dabei haben wir auch Personen vorgestellt, die mit ihrem Ansatz sprichwörtlich „zwischen allen Stühlen“ gesessen haben. Hier ist der Berliner Theaterkritiker Wolfgang Harich zu nennen, der später als Oppositioneller seine politischen Ansichten mit acht

Jahren Haft in Bautzen bezahlen musste. Auch die individuelle Strategie eines freiheitlichen Neuanfangs wurde in der Person des ungewöhnlichen Künstlers Oskar Huth vorgestellt. Huth wurde nach dem Zweiten Weltkrieg kein Kulturpolitiker, sondern blieb der „Kunsttrinker“, wie er sich selbst bezeichnete. Der heute nahezu unbekannt Journalist und Mitbegründer des Tagesspiegel Erik Reger ist ein Beispiel für einen gelungenen Neuanfang. Eine Veranstaltung widmete sich der Frauenpolitik in Berlin und der Rolle des Demokratischen Frauenbundes. Ambitioniert gestartet, geriet die Organisation allzu schnell in die Abhängigkeit der SED und bildete ab 1950 nur noch schmückendes Beiwerk und Transmissionsriemen für die SED. Einen vielversprechenden Neuanfang gab es auch in den Berliner Schulen. Die „Einheitsschule“ sollte die Regelschule werden. Aber auch hier stand die schulische Realität der ersten Nachkriegsjahre einer solchen Reform häufig entgegen. Der Rundgang durch das „Fliegerviertel“, das nach 1945 eigentlich ein „Pazifistenviertel“ werden sollte, machte sehr anschaulich deutlich, wie viel Neuanfang in Berlin auf der Strecke geblieben war. Das gesamte Viertel sollte neue Straßennamen bekommen. Es kam zu keiner einzigen Umbenennung.

Die Veranstaltungsreihe hat gezeigt, wie stark nach dem Kriegsende die faktischen Beharrungskräfte waren und schließlich der Ost-West-Konflikt neue Wege verbaut hat. Das ist aber kein Grund zum Pessimismus, denn es wurde auch deutlich, wie viel Kraft und Energie für eine bessere Gesellschaft nach den Prinzipien der Demokratie und Solidarität es gegeben hatte. Die Menschen, die wir vorgestellt haben, haben sich „nicht unterkriegen“ lassen, eine Eigenschaft, die wir bei veränderten Verhältnissen auch heute gut gebrauchen können.

Jürgen Karwelat

Der Vorstand der Berliner Geschichtswerkstatt wünscht eine interessante und anregende Lektüre.



„Zeit des Überlebens“ - Kriegsende und Neubeginn am Rande Berlins. Aus dem Tagebuch Erik Regers von April bis Juni 1945

Moderation: Dr. Andreas Bräutigam

Gast: Dr. Andreas Petersen, Historiker, Herausgeber des Buches „Zeit des Überlebens“

Montag, 26. Oktober 2015

Der Schriftsteller und Journalist Erik Reger lebte von 1943 bis zum Sommer 1945 in Mahlow, einem Vorort im Süden Berlins. In seinem Tagebuch aus der Zeit von April bis Juni 1945 schildert er, wie sich die Niederlage der NS-Herrschaft, das Kriegsende, der Sieg der Roten Armee und der Beginn einer anderen politischen Ordnung in dem kleinen Ort vollzog und von seinen

Bewohnern wahrgenommen wurde.

Erik Reger, einer der bekanntesten Schriftsteller der Weimarer Republik, dessen Bücher nach 1933 von den Nazis verboten wurden, war 1945 Mitbegründer und bis zu seinem Tod 1954 Chefredakteur der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“.

Veranstungsbericht

Sonja Miltenberger (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)

In unserer ersten Veranstaltung, die wie immer gut besucht war, ging es um einen Mann, der polarisiert. Auch heute noch scheiden sich die Geister an seinen Texten. Vor allem das Tagebuch von Erik Reger, in dem er die letzten Kriegs- und die ersten Friedenswochen beschreibt, lässt in seiner ganz persönlichen Sicht und Wertung wenig Spielraum für Verständnis oder gar Empathie für die Bewohner des Ortes Mahlow. Andererseits ist seine klare und kompromisslose Abgrenzung gegenüber menschenverachtenden Ideologien bestechend und wohltuend.

Bereits der erste Tagebucheintrag vom 22. April 1945, mit dem der Historiker Dr. Andreas Petersen seinen Vortrag beginnt, macht deutlich, was Reger von seinen deutschen „Volksgenossen“ hält, die sich nun, da das Ende deutlich geworden ist, zwischen Vertuschungsversuchen und der letzten Hoffnung auf den „Endsieg“ durch die „Wunderwaffe“ einen Weg bahnen wollen.

Im Anschluss an die Lesung einiger Passagen aus dem Tagebuch stellt Andreas Petersen den biografischen, hier vor allem den beruflichen Werdegang Erik Regers vor. Reger, 1893 in Bendorf am Rhein als Hermann Dannenberger zur Welt gekommen, wird nach seinem Studium der Literatur und Geschichte, 27-jährig, Pressereferent bei der Friedrich Krupp AG. Er bleibt dem Pressewesen treu und arbeitet währenddessen und auch später für verschiedene Lokalblätter im Ruhrgebiet, aber auch für die Frankfurter Zeitung, den Dortmunder General-Anzeiger, die Berliner Börsen-Zeitung oder die Weltbühne. 1927 wird Reger Mitarbeiter der Literatur- und Theaterzeitschrift „Der

Scheinwerfer“, die er nach kurzer Zeit in Inhalt und Form so dominiert, dass er sie praktisch in Eigenregie produziert.



Andreas Petersen während des Vortrags
Foto: Elke Mocker

1931 erscheint bei Rowohlt sein erster Roman „Union der festen Hand“, ein Sozialbild des Ruhrgebiets von 1918-1931, der 1979 verfilmt wurde. Dieses Buch, von dem Andreas Petersen sagt, es käme fast einer

marxistischen Wirtschaftsanalyse der Weimarer Republik gleich, wurde in viele Sprachen – so auch ins Russische – übersetzt. Diese Übersetzung sollte ihm später noch gute Dienste leisten.

Eine Anstellung beim Deutschen Verlag (vormals Ullstein Verlag) führte ihn 1938 nach Berlin. Dort wohnte er in einer Wilmersdorfer Seitenstraße des westlichen Kurfürstendamms. Als er 1943 in der Al-



Das interessierte Publikum bei der Veranstaltung am 26. 10. 2015
Foto: Elke Mocker

brecht-Achilles-Straße ausgebombt wird, zieht er notgedrungen nach Mahlow. Hier entsteht das Tagebuch. Nach Kriegsende wird Reger einer von vier Lizenzträgern der Zeitung *Der Tagesspiegel*, dessen Gründung von der amerikanischen Kontrollkommission begleitet bzw. überwacht wird. Von Andreas Petersen erfahren wir, dass der damalige britische Pressechef, Peter de Mendelssohn, die Beteiligung Regers an der Lizenz für die Tageszeitung forciert. Reger wird bis zu seinem Tod 1954 dort als Chefredakteur arbeiten.

Nachdem Andreas Petersen nochmals zwei Tagebucheinträge von Mai und Juni 1945 vorgelesen hat, werden die verschiedensten Fragen an den Referenten gestellt. Auf die Frage nach dem Auffinden des Tagebuchs berichtet Herr Petersen von seinem damaligen Forschungsauftrag, über den Einfluss der DDR auf den *Tagesspiegel* zu recherchieren. Zu diesem Zweck suchte er das Archiv der Akademie der Künste auf und fand dort in Regers Nachlass das Tagebuch. Obwohl er eine schwer entzifferbare Handschrift, die überdies noch mit vielen kleinen Zetteln übergeklebt war, in Händen hält, fasziniert ihn dieser Text. Petersen fährt an die Orte, wo Reger gelebt und gearbeitet hatte. So entstand die Idee einer Herausgabe des Tagebuchs. Weiterhin ist zu erfahren, dass Reger, den Dr. Petersen als einen besessenen Schreiber charakterisiert („er schrieb alles: vom Leitartikel bis zur Gartenkolumne“), zwei Tagebücher verfasst hatte. Das erste umfasst die Zeit von 1933-1934, das zweite ist das hier vorliegende und ein drittes hatte er in Planung aber nicht realisiert.

Was solch eine Mikrostudie, wie dieses Tagebuch von Erik Reger über seine Zeit in Mahlow mit den Erinnerungen der Bewohner 70 Jahre später macht, verdeutlicht die Erfahrung, die Andreas Petersen während einer Lesung in der dortigen Kirchengemeinde gemacht hatte. Ein Großteil der Zuhörerinnen waren Frauen, die die Zeit als Kind erlebt hatten. Und es herrschte die Meinung vor, dass alles ganz anders war, als Reger



Andreas Petersen während des Vortrags
Foto: Elke Mocker

es beschrieb. Aber wie anders, könnten sie auch nicht genau sagen. Andererseits traf Dr. Petersen einen alten Bewohner der Straße, in der Reger gewohnt und die dieser genauestens beschrieben hat. Dieser Mann bestätigte die Beschreibungen Regers und er erinnerte sich auch noch an den im Tagebuch als „windigen Burschen“ gezeichneten sogenannten Halbjuden Hess, der mit allem und jedem Geschäfte gemacht haben soll. Und – wie um dieser Geschichte noch ein Krönchen aufzusetzen – dieser Mensch namens Hess viele Jahre später im Fernsehen als Karnevalsprinz gesichtet wurde.

Auch am Schluss wird es noch einmal interessant, als es um die Frage nach dem Einfluss der DDR auf die Zeitung *Der Tagesspiegel* – dem eigentlichen Forschungsauftrag Petersens – ging. Dr. Petersen berichtet von einigen Fällen der Spionage während der Redaktionssitzungen, wie z. B. die von Susanne Drechsler, die allerdings nur einige Monate wahrte. Reger selbst soll Drechsler mit der, aus meiner Sicht fast wohlmeinenden Begründung entlassen haben, dass sie ihre Parteidisziplin über das Redaktionsgeheimnis gestellt habe. Das ginge natürlich nicht.

Auf die Frage, ob Dr. Petersen an einer Geschichte des *Tagesspiegels* arbeite – was ja nahe läge – antwortet er, dass sein Angebot, eine Monografie zu diesem Thema zu schreiben, auf wenig Interesse gestoßen sei. Schade eigentlich. Es wäre mit Sicherheit eine spannende Lektüre – mindestens so spannend und aufschlussreich, wie es der Abend in der Geschichtswerkstatt war.

Vortrag

Dr. Andreas Petersen

(Historiker, Dozent für Zeitgeschichte an der Fachhochschule Nordwestschweiz, Leiter der Geschichtsbüro zeit&zeugen – Agentur für Geschichte in Berlin und Zürich (<http://www.zeitundzeugen.ch>); seine Arbeitsschwerpunkte sind Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg, DDR und Osteuropa; zahlreiche Veröffentlichungen)

Bei dem folgenden Text handelt es sich um das Nachwort von Andreas Petersen aus dem von ihm beim TRANSIT-Buchverlag herausgegebenen Buch „Erik Reger. Zeit des Überlebens. Tagebuch April bis Juni 1945. Berlin 2014. ISBN 978 3 88747 308 2“. Wir danken dem TRANSIT-Verlag für die Abdruckgenehmigung. Ebenso danken wir der Reger GmbH, Berlin und dem Archiv des Tagesspiegels für die Abdruckgenehmigung der Abbildungen.

„Zeit des Überlebens“ - Kriegsende und Neubeginn am Rande Berlins. Aus dem Tagebuch Erik Regers von April bis Juni 1945

Von der Höhe

Man muss über den Kirchplatz, vorbei an der spätromanischen Basilika, über die Ortsstraße und dann den Hang hinauf, über den terrassenförmig angelegten Friedhof. Das sind ziemlich genau 180 Höhenmeter. Oben angekommen, steht man dann an dem Ort, wo die Lebensstränge jenes Mannes zusammenlaufen, der unter dem Namen Erik Reger zwei scheinbar so ganz verschiedene Karrieren lebte. Die letzte ist bekannt: als Mitherausgeber und geistiger Vater des Tagesspiegel, der am 27. September 1945 mit seiner ersten Ausgabe startete. Das war reichlich vier Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und drei Monate nach dem Abschluss von Regers Mahlower Tagebuch. Er starb früh, mit 61 Jahren, im Mai 1954.



Erik Reger 1953
Quelle: Reger GmbH

Als Journalist war er eine absolute Instanz. Seine Artikel hatten im Nachkriegsberlin Orientierungswert.

Für viele war er so etwas wie das antikommunistische »Gewissen der Stadt«. »Dibrowa heißt die Kanaille«, schrieb er in einem Leitartikel nach dem 17. Juni 1953, als der sowjetische Stadtkommandant die Erschießung eines Westberliners befahl. »Man merke sich den Namen für eine spätere

Auslieferungsliste.« Die DDR war für Reger ein »sowjetisches Sklavengebiet« mit »roten Mördern«.¹

Dabei hatte Erik Reger am Ende des Zweiten Weltkrieges die Rote Armee auf deutschem Boden zunächst begrüßt und kommentierte die sowjetischen Entscheidungen erst einmal neutral, ja sogar wohlwollend. Denn ihm ging es zuallererst um die nationalsozialistischen »Volksgenossen«, die er in seinem Mahlower Tagebuch beschrieb, und deren Erziehung. Dieses Aufklärungsprogramm wiederum hatte viel mit seiner ersten Karriere zu tun und zwar als Autor des großen Industrieromans der Weimarer Republik, in dem er hellichtig vor den Nazis warnte, die dafür seine Bücher verboten.

Das Besondere bei Reger war: Er war schneidend in seinem Antikommunismus und mindestens genauso scharf in seinem Antifaschismus. Das Mahlower Tagebuch hält einen weltgeschichtlichen Umbruch in einer deutschen Provinzstraße fest, aber es manifestiert zugleich auch das Weltbild des Chefredakteurs der wichtigsten West-Berliner Nachkriegszeitung, deren Positionen bei der SED-Zwangvereinigung, dem West-Berliner Beharren während der Berlin-Blockade und beim Arbeiteraufstand vom Juni 1953 deutsche, ja sicher sogar Weltpolitik beeinflussten.

Die Tagebucheinträge in das schwarze, kleine Notizbuch waren für Reger eine Möglichkeit zur Selbstverständigung und dabei auch Rückzugsraum und Halt in bedrohlichen Zeiten. Als Erinnerungsprotokolle für den Eigengebrauch waren sie jedoch von vornherein nicht gedacht. Dazu passen die biographischen Erklärungen und die persönlichen Statements

¹ rg, Eine Rechnung ist aufgemacht, in: Der Tagesspiegel vom 19. Juni 1953.

ebenso wenig wie die vielen Zettel mit Einfügungen.² Reger hatte von Anfang an eine Veröffentlichung des Tagebuchs im Sinn. Dafür spricht auch, dass er später noch eine Schreibmaschinen-Abschrift anfertigte.

In das Tagebuch sind Regers Prämissen eingeflossen, unter denen er auch sonst seine Texte verfasste. Und die wiederum haben eben viel mit seinen zwei Karrieren zu tun, die man zunächst erst einmal als biographische Brüche liest, die aber vielmehr von seinen Lebenskohärenzen erzählen. Worum geht es?

Auf den Höhen über Bendorf, dem Geburtsort Hermann Dannenbergers, wie Erik Reger mit bürgerli-



Das Geburtshaus Hermann Dannenbergers in Bendorf
Quelle: Reger GmbH

chem Namen hieß, kommt man, was diese Kohärenzen angeht, in direkter Weise zu einer Antwort. Am Horizont hinter der Rheinische Tiefebene ist der einstige »Erbfeind« Frankreich zu erahnen, Koblenz ist nah, aber nicht zu sehen. Unten zieht der grün-bläuliche Strom, ewig gleich und unaufhörlich, in unbekannte Ferne. Im Flussbett eine unbewohnte Insel, davor ein still-mündender Seitenarm mit einsamen Sandbänken. Ein Jugend-Eldorado für heiße Sommertage. Keine dreihundert Meter vom Fluss entfernt liegt an der Rheinstraße das rote Backsteinhaus der Familie Dannenberger. Vielleicht war es sogar von der Bergwerksleitung dem Vater zur Verfügung gestellt worden.

Hier oben, über dem Friedhof, auf der Vierwindenhöhe war dessen Arbeitsplatz. Noch immer stehen die Reste des Grubenhauses, in dem die Hauer beteten, bevor sie in den Berg abstiegen. Daneben der Eingangsschacht zur Erzgrube »Werner«. Später ließ Alfred Krupp Eisenerzröstöfen bauen, senkrechte Röhren tief in die Erde. Höhlenschlünde, in denen das Erz bei 1450 Grad aus dem Stein schmolz. Vater Johann David Dannenberger arbeitete dort als Hütten-Aufseher. Mit zehn Jahren fing er 1866 in der Grube an. Es gibt ein

Foto von ihm mit feinen Gesichtszügen, einem stolzen Schnurrbart und hellen, wachen Augen. Ihm, so sagte es der Sohn, habe er alles zu verdanken.³ Erik Reger war das einzige Kind. Er wird oft hier oben neben dem Verwaltungsbau gestanden haben. Ein Hochsitz über einem Bergarbeiterfamilienleben.

Die Fünftausend-Seelen-Gemeinde Bendorf war mit vier nahen Eisenerzhütten eine der industrialisier-ten Städte des südlichen Rheinlands. Ein geschlossener Bergbaukosmos in einer grandiosen Landschaft am Rande des Westerwalds mit nahen Berghängen voller Wein, verwilderten Grundstücken und kleinen Arbeitergärten. Erik Reger wusste etwas von der Natur. Das kann man auch in seinem Mahlower Tagebuch lesen. Aber die Berghütte war kein romantisches Falun mit Abdrift in einen anderen Seelenzustand. Unter Tage – das hieß Vortrieb, Stütz-Stempel und einen ausgemachten Sinn für Gefahr haben. Eine Männerwelt, die auch deren Kinder prägte.

Bendorf, das war Provinz ohne Provinzidylle am Pulsschlag der Wirtschaft, in die jede Konjunkturschwankung unmittelbar durchschlug. Als Kind erlebte Erik Reger zunächst die Verdopplung der Bevölkerung in einer rasanten Wachstumsphase, in seiner Jugend dann den Niedergang der Grube über der Stadt. Es war eine Welt der Fabrikdirektoren und Arbeitsordnungen, von Tag- und Nachtschichten, von Familienkatastrophen mit Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität, mit fehlenden Gewerkschaften und schwachen 53 SPD-Stimmen um die Jahrhundertwende. Hier gab es nur eine Macht: die Kruppsche Führungsetage im fernen Essen. Auch das prägte.

Die Familie kannte die verschiedenen Stadtmilieus seit Generationen. Schon die Urgroßmutter Regers findet sich zu Zeiten der Französischen Revolution im Taufregister, und auch der Großvater Dannenberger hatte schon in der Grube »Werner« geschuftet, ebenso dieser und jener Verwandte. Es war eine überschaubare und doch ganz eigene Welt. Reger hat später immer wieder detailreich das Regionale zum Bild für das Ganze gemacht.

Es gibt ein Belegschaftsfoto des Hüttenbetriebs über Bendorf: Zweihundert Männer in elf Reihen vor einer Kirchenwand. Männer, für die Vater Johann David Dannenberger als Hüttenaufseher verantwortlich war. Dieses Bewusstsein nahm der Sohn mit: zuständig zu sein für die Welt, die ihn umgab. Die Familie kam ganz aus dem Industrieproletariat und gehörte doch zum städtischen Kleinbürgertum. Sie lebte die Gewissheit, sich herauszuheben. Vielleicht kamen Re-

² Zettel oder Einschübe fehlen in den privaten, kalendarischen Aufzeichnungen von Erik Reger vom Januar 1937 und 25. Juni – 2. August 1937, Nachlass Erik Reger, Akademie der Künste (im Folgenden AdK), Mappe 348.

³ Interview mit Vera Dannenberger, der Schwiegertochter Erik Regers, vom 22. Juni 2014.

gers vorbehaltlose und direkte Urteile, aber auch sein Selbstbewusstsein, ins Große eingreifen zu können, eben von daher.

Neusachlicher Aufbruch

Provinzwelt und Familientradition waren Regers Wurzeln, aber sie wurden ihm nicht zur Heimat. Ab April 1903 besuchte er das Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium in Koblenz. Der tägliche Schulweg über den Rhein war dabei schon so etwas wie ein Ausweg, ein denkbarer Übergang. Wohin? Im März 1912 machte er sein Abitur und stürzte sich sofort ins Sprachenstudium im rheinischen Bonn. Deutsch, Französisch, Englisch. Schon nach zwei Semestern ging er nach München und veröffentlichte aus dem Umkreis der reformerischen Freistudentenschaft eine fünfzigseitige Broschüre. »Ein Weck- und Mahnruf mit allerlei Seitenblicken von einem unparteiischen Studenten.« Schon da sein Selbstbewusstsein. In aller Klarheit schrieb der Studienanfänger darin über Missstände bei Vorlesungen und in Seminaren und verlangte die überfällige Demokratisierung der Universität. Die Studentenverbindungen seien abzuschaffen, deren Mitglieder schwängerten sowieso nur Dienstmädchen. Am Ende solle die Uni zum Ort der sozialen Frage werden. »Das Volk muss aufgesucht werden bei der Arbeit, im Elend und in der Genesung aus dem Elend.«⁴ Der 19-jährige hatte schon alles – die Inhalte, die Direktheit, den Alltagsbezug und das Dozieren –, was den späten Reger ausmachen sollte. Es war die Zeit, in der er sich mit seiner Cousine Christine Lippert, der Tochter seiner Tante aus Bad Dürkheim an der Weinstraße, immer häufiger schrieb. Und es war der Anfang einer Lebensbeziehung, in der sie sich ganz in den Dienst der Aktivitäten ihres Mannes stellt. Sie ist dann auch die Frau an seiner Seite in Mahlow.

Nach einem Studienjahr in Heidelberg wurde der 22-jährige Reger 1915 eingezogen, kam 1916 in den Stellungskrieg der West-Front, musste ins Lazarett und geriet im Juni 1917 in der dritten Flandernschlacht beim Wytschaetebogen in englische Kriegsgefangenschaft. Bei den Aufräumarbeiten in den flandrischen Schlachtfeldern musste er dolmetschen. Im Herbst 1919 wurde er entlassen und ging nach Bendorf zurück.⁵

Der Frontkrieg prägte die politische Avantgarde einer Generation. Im Flandernbogen waren auch Erwin

Piscator (geb. 1893), Ludwig Renn (geb. 1889) und Wieland Herzfelde (geb. 1896). Wer den Krieg überlebte, wurde nie mehr aus ihm entlassen, so wie der Ewig-Bellizist Ernst Jünger, der zwei Kapitel seines Tagebuchs »In Stahlgewittern« in Flandern schrieb, oder der gleichaltrige Radikalpazifist Ernst Toller oder auch der fünf Jahre jüngere Erich Maria Remarque. Auch



Erik Reger als Soldat
Quelle: Reger GmbH

Reger versuchte das Kriegserlebnis – wie die meisten Jungschriftsteller – zehn Jahre danach literarisch zu fassen. Leider ist das Manuskript verloren gegangen.⁶ Später setzte er immer beim Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution 1918 an. Für ihn hatte das Korps der deutschen Offiziere, die »noch nicht einmal in ihrem Fach ihr Examen bestanden« hatten, völlig versagt. Es war der Bankrott einer selbst stilisierten

⁴ Dannenberger, Hermann, *Der Streit um die Universitäten. Reform an Haupt u. Gliedern! Ein Weck- und Mahnruf mit allerlei Seitenblicken von einem unparteiischen Studenten*, München 1913 (Verlag Max Steinebach).

⁵ Die Feldpostbriefe Regers sind im Besitz von Vera Dannenberger. – Reger wurde im April 1915 ins 23. Bayerische Infanterie Regiment »König Ferdinand der Bulgaren«, 10. Kompanie, in deren Stammstützpunkt in Kaiserslautern eingezogen. Zwei Monate später war er zur Unteroffiziersausbildung im großen Armeelager bei Hammelburg zwischen Würzburg und Fulda. Dann kam er an die Westfront.

⁶ Das ausführliche Manuskript mit dem Arbeitstitel »544« bot Reger 1929 erfolglos mehreren Verlagen an. Drei Auszüge veröffentlichte er im *Dortmunder General-Anzeiger* vom 9. Juli 1931, 21. Juli 1931 und 31. März 1932. Das ursprüngliche Manuskript ist nicht mehr vorhanden, im Nachlass findet sich nur eine erzählende Umarbeitung mit dem Titel: *Ein Krieg ist aus*.

gesellschaftlichen Führungsschicht und der desillusionierende Einblick in die massive Täuschung der »Heimatfront«.

An zwei Stellen wird Reger im Mahlower Tagebuch den revolutionären Nachkriegsaufbruch von 1918 der dumpf-deutschen Befindlichkeit im Mai 1945 entgegenstellen. Tatsächlich lag für den späteren »Kriegstreiber Nr. 1«, wie ihn das Neue Deutschland betiteln wird, in der Novemberrevolution eine der großen Hoffnungsmomente deutscher Geschichte. Alles Militärische blieb ihm lebenslang ein Graus, Preußen war für ihn der große Zerstörer. Bei seiner Rückkehr aus dem Krieg war Reger 26 Jahre alt. Er hatte keine Ausbildung, keine Arbeit, aber er wollte heiraten. Und so blieb ihm nur, was er hatte vermeiden wollen: Krupp. Die regionale Bergverwaltung und die Firmentreue der Familie sprachen dafür, dass er angestellt wurde. Im April 1920 zog das junge Paar an die Ruhr in Essen-Werden, nicht weit von der Villa Hügel, und Reger fing im sogenannten Statistischen Büro an. 1923 dann wurde Sohn Manfred geboren.

Erik Regers Arbeitsfeld in Essen war eigentlich attraktiv. Er sollte »die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Vorgänge« für die Krupp AG systematisch beobachten und auswerten. So zumindest steht es in seiner Arbeitsplatzbeschreibung. In der Werk-Kartei wurde er als »Bürobeamter« geführt. Ab Oktober 1925 übertrug man ihm die Herausgabe des vierzehntägigen Werknachrichtenblattes Kruppsche Mitteilungen: vier Seiten Personalien, Todesfälle, Termine des Firmenorchesters, die Behandlung der Linoleumfußböden in den Werkwohnungen. Journalistische Artikel fehlten komplett.

Aber Reger wollte schreiben. Ab 1921 veröffentlichte er unter dem Pseudonym »Erik Reger« zuerst in einer völkischen Zeitung und schrieb über »Parzival, den ewig Deutschen«, oder er publizierte Theaterkritiken in überregionalen Blättern wie der Frankfurter Zeitung, der Vossischen Zeitung oder der Deutschen Allgemeinen Zeitung. Von einer expressionistisch angehauchten Literatur- und Kunstauffassung kam er schnell zur Neuen Sachlichkeit.⁷ Kein Gefühl, kein Gerede, die Überwindung des 19. Jahrhundert-Schulstes, nur Realität. Im Habitus seiner Sachlichkeit gab es kein Subjekt mehr, nur die Wahrnehmung eines objektiven Auges. Wortkarg, uneitel, direkt. Diesen Duktus hielten auch seine gleichaltrigen Weltkriegsgefährten Hans Fallada, Joseph Roth und Erich Kästner so.

Erik Regers Artikel über Bühnenbilder, Intendanten oder Gagen mutierten zu einer Dauerabsage an das

traditionelle Bildungstheater. Er forderte ein Zeittheater nah an den Realitäten, bei dem vor allem die Probleme der Arbeiter auf die Bühne kommen sollten. Das Ziel: deren »kritische Einstellung zum öffentlichen Leben«. Reger wollte das Experiment, und das dann so konkret wie möglich: mit billigen Sonderzügen für das Reviertheaterpublikum. Essen war Krupp, das Ruhrgebiet die Schwerindustrie, Terra Incognita-Provinz der Weimarer Republik. Eine geschlossene Welt, in deren Getriebe sich Reger hineinarbeitete. Es war die Erweiterung der Bendorf-Welt samt Einblicke in die Führungsetage des größten deutschen Industriekonzerns der Zeit. Reger beobachtete, wie die Schwerindustriellen die realen Machtverhältnisse gezielt verschleierten, wie mittels Mythen und verklärenden Revierreportagen, Festreden-Klischees und banalen Zeitungsberichten, präparierten Statistiken und den Werkblättchen die Leute dumm gemacht wurden. Dieses Material fing er an zu sammeln. Da war sie wieder, die Risserfahrung des Ersten Weltkriegs.

Und die Arbeiter? Für Reger hatten sie sich zwischen Folklore und der Behaglichkeit ihrer vier Wände in einer Fassadenwelt eingerichtet. »Leibeigenschaft aus Bequemlichkeit«, »platte Amüsierinstinkte«, das



Erik Reger mit Frau Christine und Sohn Manfred (rechts außen), 1927
Quelle: Reger GmbH

Ruhrgebiet als der »in Permanenz erklärte Stammtisch«.⁸ Trotz seines scharfen Blicks für die Macht hielt Erik Reger die Industriekumpel nie für eine revolutionäre Klasse. »Das Proletariat hat das Ideal,

⁷ Karl Prümm zeichnet diese Entwicklung aufgrund einer breiten Artikelauswertung von Reger materialreich nach: Nachwort zu Erik Reger, »Union der festen Hand«. Der große Schlüssel- und Industrieroman der Weimarer Republik, Reinbek 1979, S. 509–568.

⁸ Erik Reger, Ruhrprovinz, in: Die Weltbühne 24 (1928), II, S. 918.

von Revolutionen zu träumen und wie die Kleinbürger zu leben. Zwischen Traktätchen und Leitartikeln verbirgt sich der Wunsch, von Sofa und Bratenrock umfriedet zu sein. Das Gefühl, ein angeblich gefährlicher Gegner des Bürgertums zu sein, und die Hoffnung, ihm bald selber anzugehören, verwirren das Empfinden so, dass die wildesten Aufrührer gegen die Gesellschaft ihrer rückständigen Sentimentalität am nächsten sind.«⁹ Da war er schon, der Reger-Blick, der die Klassen unterläuft, um im Sozialen ganz präzise zu werden. Er kannte sie ja alle von Kindesbeinen an: die unpolitischen Handlanger, die arbeitslosen Tagelöhner, die Wanderarbeiter, die gelernten und ungelerten Proleten, die stolzen Hauer und verstockten Angestellten. Damit, war er sicher, war keine Klasse zu machen.

Aus diesem Grund plädierte er auch nicht für die Revolution, sondern für Aufklärung. Ihm ging es um einen Überblick, um einen Blick von oben in undurchschaubaren Zeiten. Theater, Publizistik und Literatur sollten das Getriebe aus Macht und Verschleierung aufdecken. Als ein Freund aus dem Zirkel um Bertolt Brecht den avantgardistischen *Der Scheinwerfer* gründete, kündigte Erik Reger bei Krupp. Der *Scheinwerfer* avancierte schnell zum überregionalen Forum der Neuen Sachlichkeit. Reger stürzte sich in die Arbeit wie ein Hauer in den Vortrieb. Sein Artikel ausstoß war immens: Realitäten, Realitäten, Realitäten, sie aufdecken und dabei aufrütteln. Schnell stieß er dabei an klare Grenzen. Um über Kommunalpolitik schreiben zu können, gründete er deshalb Ende Januar 1928 die Wochenzeitschrift *Westdeutscher Scheinwerfer*. Ein »Kampforgan«, so Reger, zu Städtepolitik, Wirtschaft und Kultur. Wie später in den *Tagesspiegel*-Anfängen schrieb er in ihm fast alles selbst, bis zur Sportberichterstattung. Seine Pseudonyme sollten einen Journalistenstab vortäuschen. Wo er Mystifizierung und fehlende Aufklärung ausmachte, ob bei Kollegen aus der Lokalpresse oder bei Bertolt Brecht, Alfred Döblin oder Heinrich Mann, immer ging er in den Angriff und wurde »der bestgehasste Mann im Ruhrgebiet«, so Reger selbst.¹⁰ Ein Karl Kraus des Reviers. Trotz seiner Lust an der Attacke blieb der Erfolg aus. Schon nach 31 Ausgaben war Schluss. Die Schulden hingen ihm noch bis in die dreißiger Jahre an.

Der Röntgenroman

Reportage-Journalisten wie Theodor Plievier, Erich Kästner oder Ludwig Renn wurden damals zu einem regelrecht neuen Schriftstellertypus, denn alle versuchten sie sich an romanhaften Zeitportraits.

So auch Reger. Ihm ging es darum, Ursachen und Zusammenhänge darzustellen, und dafür brauchte er Raum. »Der polemische Roman muss wie ein Röntgenapparat wirken und mit durchdringender Schärfe den geistigen Mechanismus der Zeit bloßstellen, der die äußeren Ereignisse vorbereitet.«¹¹ Seine Romanidee wurde ein Vorhaben in Zeiten des apparativen Wahrnehmens. Während Erik Reger eine journalistische Heimat im linksbürgerlichen *General-Anzeiger* für Dortmund und das gesamte Rheinisch-Westfälische Industriegebiet fand – mit 250 000 Exemplaren die auflagenstärkste Zeitung außerhalb Berlins –, arbeitete er an einer Geschichte des Ruhrgebiets von der Novemberrevolution bis in die Gegenwart. Eine einzigartige, sechshundert Seiten starke, detailüberflutete Milieuschau. Unschwer sind im Roman die Realprotagonisten Gustav Krupp von Bohlen und Hallbach, Hugo Stinnes oder Fritz Thyssen auszumachen, deren klandestine Zusammenschlüsse dem Roman seinen Titel gaben: »Union der festen Hand«. Ein Schlüsselroman mit Material aus sieben Jahren Krupp-Büro, der neben satirisch zugespitzten Charakterstudien von Boten, Pförtnern, Direktoren, Werksfriseurinnen, Sekretären und Gewerkschaftern auch die Zechen, die Walzhalle, sogar die Sitzungszimmer beschreibt. Darunter viele kleine Kabinettstücke, unterlegt mit Originalzitate aus Reden, Kommuniqués, Interviews, Statistiken und wörtlichen Übernahmen ganzer Essays vom Autor selbst aus der Weltbühne. So loyal Erik Reger jahrelang gegenüber Krupp gewesen war, so scharf ging er nun in den Angriff: gegen Preis- und Kartellabsprachen, Politikerspenden, Lobbyismus, politische Einflüsterungen, Irreführung der Öffentlichkeit, Sozialabbau oder den Industrieverrat nationaler Interessen.

Während er auf der Unternehmerseite die ganze Palette des Machterhalts des modernen Industriekapitalismus geißelte, zeigte er die Arbeiter in ihrem ganzen Spießbürgertum mit Autoritätsdenken, Naivität und marxistischer Phraseologie. So wendet sich eine Zentralfigur, der einst radikale Spartakistenführer Adam Griguszies, in den zwanziger Jahren angeekelt von der Partei ab, um zum kleinbürgerlichen Familienvater zu werden, der als Arbeitsloser über die unabänderliche Gesellschaft sinniert. Im letzten Kapitel beschreibt Reger die Weltwirtschaftskrise mit geschlossenen Hütten und entlassenen Arbeitern. Manche der Schwerindustriellen verbündeten sich mit den aufkommenden Nationalsozialisten.

⁹ Erik Reger, *Kulturpolitik an der Ruhr*, in: ders., *Kleine Schriften*, Bd. 1., Berlin 1993, S. 96.

¹⁰ *Brief von Reger an Ernst Rowohlt vom 3. Dezember 1936*, AdK, Mappe 24.

¹¹ Erik Reger, *Die publizistische Funktion der Dichtung*, in: *Dortmunder General-Anzeiger vom 31. März 1931*.

Die Arbeiter aber werden ihm zu »schwimmender Hefe« zwischen KPD und NSDAP.¹²

Als das Buch im Mai 1931 erschien, legte Reger damit nicht weniger als eine Sozialgeschichte des Ruhrgebiets der Zwischenkriegszeit vor. Ein großes Kaleidoskop aus Klassenkämpfen, Intrigen, Eitelkeiten, Karrieredenken, falschen Loyalitäten, Böswilligkeiten, Unbedarftheiten. Reger machte soziologische Mikrokosmen zu einem Gesellschaftspanorama, in das ökonomische, machtpolitische, kulturelle und soziale Aspekte eingingen. Das war nichts anderes, als die originellsten Denker des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt zur gleichen Zeit versuchten. Nach Ludwig Marcuse gab es »kaum Historiker, die der Geschichte soviel Tiefe und Breite gegeben haben« wie Reger.¹³

Reger erzählte im Roman, den er »Dem deutschen Volk« widmete, wie schwerindustrielle Cliquen im Geheimen agierten und das Ruhrgebiet zur Sphäre ihrer Manipulation machten. Dabei stilisierten sich diese Wirtschaftsbesse ebenso wie die monarchistischen Offiziere des Ersten Weltkriegs zu einer Führungselite, die letztlich allesamt illegitim und völlig unfähig die Gesellschaft in den Abgrund riss. »Wir haben den Krieg verloren«, lässt der Autor Ottokar Wirtz, den Hugo Stinnes in der Romanwelt, sagen. »Jetzt heißt es die Geldschlacht gewinnen.«

Im Zentrum seines Buches steht für Reger aber eigentlich nicht Krupp oder die Großindustrie, sondern die »Herrschaft der Phrase«. Damit versucht er, das Gefüge des Kultur- und Propagandabetriebs bloßzulegen, zuallererst der Industriepressestellen und Werkzeugungen als Agenturen der Desinformation und Verschleierung. Nicht zufällig ist der Aufstieg Alfred Hugenburgs ein Hauptstrang des Textes und damit jenes Mannes, der aus der Montanindustrie kam, am Ende von Weimar mit seinem Medienkonzern die Hälfte der deutschen Presse kontrollierte und zum bedeutendsten bürgerlichen Wegbereiter des Nationalsozialismus wurde. Insofern nahm Reger vorweg, was linke Medientheorien erst nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Begriff der »Bewusstseinsindustrie« zu fassen versuchten. Erik Reger ging es um die »Vivisektion der Zeit«,¹⁴ er wollte nicht Individuum und Handlung, sondern Typologie und Muster. Das wurde auch zu seinem Credo im Mahlower Tagebuch.

Reger war absolut detailbesessen. »Die kleinen oder wenigstens unauffälligen Vorgänge; dieses Unscheinbare ist ungeheuer aufschlussreich, wenn es richtig

gruppiert wird«, schreibt er in einem Vorwort. Das Detail wird ihm zu einer Konstante und lässt sich als dramaturgisches Stilprinzip und Präzisionsinstrument wiederum in seinem Mahlower Tagebuch wiederfinden. »Als ich diese Eintragungen der letzten Wochen überlas«, notierte er dort am 9. Juni 1945, »staunte ich selbst, wie wesentlich die kleinsten Ereignisse geblieben sind. Jedes, dessen Aufzeichnung fehlen würde, würde das Gesamtbild schmälern und die Charakterisierung der Menschen und Dinge beeinträchtigen.«

Doch so genau Regers Analysen auch waren, sie hatten auch immer etwas von einer resignativen Weltsicht. Auch darin also war er konstant. In der »Union der festen Hand« gibt es keine einzige Hoffnungsfigur. Alternativen fehlen, säkularisierte Heilerwartungen werden ausgeschlossen. Auch hier die Parallele zum Mahlower Tagebuch. Denn trotz des Aufbruchs 1945 dominiert auch hier das Resignative. Sein Ausweg schien ihm mehr und mehr das Sarkastische zu werden. Lediglich eine Instanz hatte für ihn Bestand: der ideologisch und politisch ungebundene, nicht korrumpierte Journalist oder der journalistische Schriftsteller, der Missstände sichtbar macht.

Dass es Reger damit bitter ernst war, das beweist sein Schlüsselroman. Als dieser veröffentlicht wurde, legte er sich auf einen Schlag mit allen Machhabern jener Region an, in die er so unbedingt hineinwirken wollte. Keinen anderen als den wichtigsten Medienmagnaten der Zeit, Alfred Hugenberg, hatte er in seinem Text als lächerliche Figur vorgeführt. Während einige Rezensenten noch rätselten, wer sich hinter dem Pseudonym Reger verbarg, schrieben die Sprachrohre der Industriearbete schon von »Reger/Dannenberger«. Der Fehdehandschuh war geworfen, und Erik Reger hatte sich im Ergebnis so ziemlich alle journalistischen Arbeitsfelder verschlossen. Aber genau das machte ihn aus: Statt auf die eigene Absicherung zielte er auf die Sache.

Reger kämpfte allein, aber er war kein Einzelgänger. Er hielt Distanz, ohne sich zurückzuziehen. Er ging auf andere zu, aber er verbrüdete sich nicht. Sein Prinzip: Journalismus musste Wirkung zeigen und sollte auf den Kern zielen. *L'art pour l'art* war vor dem Krieg, meinte er, war insofern prähistorisch. Reger agierte in all dem unbeirrbar bis zum Starrsinn. Das war nicht Eitelkeit, sondern Nachvornverteidigung. Das, was er als richtig erkannte, sollte, nein durfte nicht preisgegeben werden. Mit diesem

12 Zur historischen Stimmigkeit von Regers Darstellung siehe: Hans-Werner Niemann, »Die Ruhrindustriellen als Feinde der Demokratie und Arbeiterfeinde. Erik Reger: Union der festen Hand«, in: ders., »Das Bild des industriellen Unternehmers in deutschen Romanen der Jahre 1890 bis 1945«, Berlin 1982, S. 183–211.

13 Ludwig Marcuse, *Geschichtsdichtung*, in: »Das Tagebuch«, 12. Jg., Berlin 1931, S. 1063.

14 Vorwort zu Erik Reger, »Das wachsame Hähnchen. Ein polemischer Roman«, Berlin 1932.

Arbeitsstil war Reger freilich kein geschmeidiger Zeitgenosse, aber eben einer mit Haltung, einer, der seine Einsichten gegen alle Widerstände durchzusetzen wusste.

»Die Union der festen Hand« machte Reger berühmt. Er avancierte zum »sozialistischen« Autor. In linksliberalen Kreisen feierte man ihn als »Upton Sinclair der Ruhr«, manche verglichen ihn sogar mit Émile Zola.¹⁵ Im November 1931 bat Ilja Ehrenburg Erik Reger um Hintergrundmaterial über die rheinischen Industriearbeiter. Vermutlich kam auf diesem Weg die russische Übersetzung des Romans, die die Reger-Familie in der Mahlower Zeit schützen sollte, zustande. Ganz anders natürlich war die Reaktion aus den Kreisen der Ruhrindustriellen oder auch aus dem kommunistischen deutschen Umfeld. Deren Rezensionen glichen sich. Hier schreibe einer, so die KPD-nahe Linkskurve, der keine Ahnung von der Realität habe, ein »Dutzendreporter« aus der »Froschperspektive«. Die Schwerindustrie-Postille Rhein und Ruhr bezeichnete Reger als einen Autor, der »aus persönlichem Ehrgeiz« der »Aufgabe nicht gewachsen war«.

So richtig flammten die Angriffe aus der rechten Klientel aber erst auf, als Erik Reger im Oktober 1931 zusammen mit Ödön von Horvath aus den Händen von Carl Zuckmayer den Kleist-Preis überreicht bekam. Die wichtigste Literaturauszeichnung der Zeit. Vermutlich hingen die neuerlichen Angriffe aber auch damit zusammen, dass Reger inzwischen nachgelegt hatte. In Artikeln wie »Männer des Hintergrunds« nannte er Ross und Reiter im Hinblick auf deutsche Wirtschafts-Connections, schrieb über geheime Konferenzen und enthüllte die Strategien der Unternehmerverbände. In der Vossischen Zeitung veröffentlichte er eine Serie zur »Naturgeschichte des Nationalsozialismus«. Darin bezeichnete er Hitler als »Rattenfänger«, die NS-Ideologie als »realitätsfern«, das Revolutionäre der NSDAP als »Bluff« und ihr Ziel als die »Pöstchenbeschaffung für Parteifunktionäre«.¹⁶ Für die Nationalzeitung in Essen waren danach die Zeiten nicht mehr fern, da »kein Literat vom Schläge Regers einen Preis erhalten« werde. Regers scharfe Sicht auf alles Nationalsozialistische im Mahlower Tagebuch hatte einen langen Vorlauf.

Die Anfeindungen auf Reger nahmen zu, aber er blieb unbeirrt. Das Romanschreiben schien ihm nun seine Berufung. Mit Büchern wollte er sein Geld verdienen. Zur Vervollständigung seiner Gesellschaftstheorie in Romanform nahm er sich als nächstes das städtische Klein- und Bildungsbürgertum der Jahre

zwischen 1927 bis 1931 vor. In seinen Augen habe dieses »für die anstehenden Aufgaben nur armselige Phrasen als Antworten parat« und trage so »zum absehbaren Untergang der Republik« bei. In den neuen Roman – angesiedelt in den Städten Köln, Essen und Bochum – floss sein ganzes Wissen um kommunale Possen und Intrigen, Korruption und Vetternwirtschaft ein. Es war die Komplementär-Studie zur Ruhrwelt. Unter dem Titel »Das wachsame Hähnchen. Ein polemischer Roman« erschien das Buch im Oktober 1932. »Reger bildet die Epoche nicht einfach ab,« schrieb Siegfried Kracauer in seiner Rezension, »er schlitzt ihr den Bauch auf.«¹⁷

Exil und Nicht-Exil

Mit dem 30. Januar 1933 setzte ein, wovor Reger kontinuierlich gewarnt hatte. Es wird ihn nicht verwundert haben, dass die Nazis auch sofort gegen ihn losgingen. Bereits im Mai 1933 bezeichnete ihn eine Rezension im Hamburger Tagblatt als jüdischen Autor, dessen Buch sein »völliges Anderssein umso schärfer sicht-



Erik Reger mit seiner Frau Christine, Linz am Rhein, 1933
Quelle: Reger GmbH

15 N.N., *Upton Sinclair der Ruhr*, in: *Herner Zeitung* vom 12. Juli 1931.

16 Erik Reger, *Männer des Hintergrunds*, in: *Dortmunder General-Anzeiger* vom 15. November 1931; *Naturgeschichte des Nationalsozialismus*, in: *Vossische Zeitung* vom 16., 23., 30. August und 6. September 1931, wiederabdruckt in *Reger, Schriften*, Bd. 1. S. 195–218.

17 Siegfried Kracauer, *Vivisektion der Zeit*, in: *Frankfurter Zeitung* vom 6. November 1932.

bar« werden lasse. Sie zielte auf »seine Böswilligkeit, sein hasserfülltes Ressentiment gegen alles Deutsche schlechthin«.18 Im Juni 1933 teilte der Westdeutsche Rundfunk Reger mit, dass man nichts mehr von ihm bringen könne. Im November 1933 wurde eine Postsperrung gegen ihn verhängt.

Eine Existenz als Schriftsteller war ihm damit unmöglich geworden. »Heute außer meinen Schulden noch ganze zwölf Mark«, schrieb Reger im Februar 1934 an seinen Verleger und fragte sich, »ob man überhaupt noch Bücher schreiben soll«.19 Im Juni 1933 war er mit seiner Familie nach Linz am Rhein gezogen, dreißig Kilometer von Bendorf entfernt. Es war ein Rückzug nach einer verlorenen Schlacht, ein »Überwintern« bis in die Mahlower Zeit. Aber es war auch eine Rückkehr an den Strom seiner Jugend, in ein Haus mit einem grandiosen Blick auf den Rhein. Hier saß er an seinem dritten Roman. Im September 1933 erschien »Schiffer im Strom«. Der Buchverkauf, der ihn hätte monetär retten können, blieb aus. Nun mussten Verwandte in Zofingen, im schweizerischen Aargau, einspringen. Der Mann der Schwester von Christine Dannenberger arbeitete hier als technischer Leiter der Druckerei des Pressehauses Ringier. Im Tagebuch später werden die Pakete der Verwandten Erwähnung finden. 1934 dann zog Reger mit Frau und Sohn in das Haus in der Schweiz. Dort schrieb er weiter, veröffentlichte zwei Romane, unterrichtete seinen Sohn, und alle zusammen erkundeten die Schweiz. Bilder zeigen die Familie auf dem Rhonegletscher, Vater und Sohn eng beieinander. Aber das Bild war nicht ungetrübt. Alle verwandtschaftliche Unterstützung wurde genauestens notiert, die finanzielle Abhängigkeit machte mürbe. 1935 verboten die Nationalsozialisten dann die »Union der festen Hand« und »Das wachsamen Hähnchen«. Die Angriffe in den deutschen Medien gegen Erik Reger hörten nicht auf, und er selbst haderete immer wieder mit sich und wollte »das Schreiben an den Nagel hängen«. Zu guter Letzt verweigerten die Schweizer Behörden 1936 auch noch eine Verlängerung des Aufenthalts wegen »Überfremdung«.

Notgedrungen musste die Familie deshalb nach Deutschland zurückkehren. Über das Arbeitsamt bekam Reger eine Stelle in einem Mannheimer Werbebüro. Es war ihm klar, dass es »auf die Dauer eine Unmöglichkeit ist, in einem totalitären Staat, wo alles, bis in die kleinste Lebensäußerung hinein erfasst und organisiert ist, in innerer Opposition zu leben«.20

Er überlegte ins Exil zu gehen, verwarf die Idee aber wegen fehlender beruflicher Perspektiven, aber auch wegen der »fehlenden Opposition des Auslands gegen den Nationalsozialismus«.

Was blieb? Er schrieb weiter, und er veröffentlichte sogar. Es war ein kräftezehrendes Vabanquespiel zwischen seiner Leidenschaft zu schreiben, der Hoffnung, mit einem Buch endlich einmal genügend Geld zu verdienen, den anhaltenden Angriffen gegen seine Person und den Steinen, die ihm die Reichsschrifttumskammer in den Weg legte. Dazu kam, was er selbst als eigene innere Zensur bezeichnete. Sie ärgerte ihn. Er habe »nichts mehr schreiben können, wo nicht die Konzeption durch Rücksichten gestört worden wäre«, hielt er 1936 fest und beschloss, sich die »Themen, die absolute Entschlossenheit verlangen, ... nicht mehr aufweichen zu lassen«.21

Erik Reger veröffentlichte während der Hitler-Zeit sechs Romane. In allen versuchte er, seine literarisierte Zeitgeschichte weiter auszubauen. Über Beziehungen zu Margret Boveri und Paul Scheffer, dem Chefredakteur des Berliner Tageblatts, konnte er in dieser bedrängten Zeit einige wenige seiner Texte unterbringen. Wiederum durch Kontakte gelang Reger im April 1938 der Wechsel ins einstige Ullstein-Verlagshaus in Berlin. Hier überarbeitete er halbtags in einem winzigen Zimmer für den Literaturwissenschaftler Paul Wiegler die Fortsetzungsromane für die Berliner Illustrierte Zeitung. Es war ein versteckter Schutzraum eines verfeimten, teils verbotenen Autors im nazikontrollierten Deutschen Verlag. Dabei war Reger nicht der einzige, der hier unterkam. Helmut Kindler hatte damit begonnen, Nicht-Nazis um die Soldatenzeitung Erika zu versammeln. Zusammen mit Fritz Pregel, dem Werbechef im Deutschen Verlag, bildeten Kindler, Wiegler und Reger einen kleinen oppositionellen Zirkel, der sich täglich traf.22 Dies ist vermutlich auch der Kreis, den Erik Reger meinte, als er am Ende des Mahlower Tagebuchs davon spricht, sich nun in Berlin »nach meinen Freunden umzusehen«. Und vermutlich haben Reger und seine Frau nach dem Wegzug aus Mahlow auch bei Helmut Kindler gewohnt, der dann den Kontakt zu dem alliierten Presseoffizier Peter de Mendelssohn herstellte, der wiederum Reger mit der Gründung des Tagesspiegel beauftragte.23

Erik Reger saß also im Pressehaus am Tempelhofer Ufer und brachte von dort aus seine unpolitischen Artikel unter. Endlich verdiente er wieder

18 Dr. K., Erik Reger: *Das wachsamen Hähnchen*, in: *Hamburger Tageblatt* vom 5. Mai 1931.

19 *Brief im Nachlass Reger*, AdK, *Mappe* 367.

20 *Tagebuch* vom 26. Juni 1937, *Nachlass Reger*, AdK, *Mappe* 348.

21 *Brief im Nachlass Reger*, AdK, *Mappe* 367b.

22 Satter, Heinrich, *Hundert Jahre Ullstein (1877–1977)*, zit. nach Kindler, Helmut, »Zum Abschied ein Fest«, München 1991, S. 212/213.

23 Kindler arbeitete anfangs noch in der *Tagesspiegel*-Redaktion, wo sich zwischen ihm und Reger, so Kindler, ein »Vater-Sohn-Verhältnis« entwickelte. Kindler, *Fest*, S. 322–324.

und konnte die Schulden gegenüber den Schweizer Verwandten abzahlen. Nach finanzklammen Jahren ging es der Familie nun nicht schlecht. Ihre Wohnung in der Nähe des Kurfürstendamms war geräumig und gut eingerichtet.²⁴ Aber es war zugleich auch eine fragile Existenz. Im Jahr des Russlandfeldzugs veröffentlichte Reger seinen Roman »Kinder des Zwilichts«, darin eingestreut auch Widerständiges. So empfiehlt jemand Bertha von Suttners pazifistisches »Die Waffen nieder!« und ein Huhn hat »einen Instinkt für die listige Diplomatie wiederholter Angriffsvorbereitungen unter Friedensbeteuerungen«. Will Vesper, der selbsternannte Hüter der NS-Literatur, schlug denn auch mit einer seiner gefürchteten Diffamierungskampagnen zu: Das Buch triefe von einer »schleimigen Lüsternheit« und spiele »in einer verlogenen, widerlichen und krankhaften Welt voll Gemeinheiten, Rohheiten und Tratsch«. Zudem sei Reger ein »linksradikaler Hetzschriftsteller«.²⁵

In Mahlow

1943 kam es zum Zerwürfnis mit Rowohlt. Es ging um die Veröffentlichung einer Sammlung von Erzählungen, die gekürzt werden sollte. Reger wechselte daraufhin zum Eduard Kaiser Verlag in Böhmisches-Leipa. Als die Bombardierungen Berlins intensiver wurden, bot Kaiser Reger das verlagseigene Haus in Mahlow, fünfzehn Kilometer südlich von Berlin, an, und Reger zog im August 1943 mit seiner Frau in die 2500-Seelen-Gemeinde. Das rettete ihnen vielleicht das Leben, denn das Haus in der Albrecht-Achilles-Straße in Halensee, in dem sie gewohnt hatten, wurde kurz vor Kriegsende von einer Fliegerbombe völlig zerstört.

Die Burgsdorfstraße in Mahlow lag im Westen der Kleinstadt, neben der Bahnlinie nach Berlin. Das Gelände war erst wenige Jahre zuvor parzelliert worden. Die zwölf Häuser der noch unbefestigten Straße waren allesamt erst in den letzten Jahren als Einfamilienhäuser mit Garten für Beamte und Bessergestellte gebaut worden. Zwischen den Häusern gab es noch unbebaute Grundstücke. Das Verlags-Haus war mit seinem schönen Wintergarten zur Straße vergleichsweise stattlich.

Mahlow gehörte zum inneren Verteidigungsring von Berlin. In der nahen Kiesgrube standen Flakgeschütze, und auf den Gleisen in die umkämpfte Hauptstadt fuhren Güterwagen mit Geschützen ständig hin und her. Aufgrund der direkten Eisenbahnverbindung nach Berlin gab es in Mahlow mindestens neun kleinere Zwangsarbeiterlager, eines direkt am Bahnhof. Drei

Kilometer entfernt hinter dem Waldfriedhof Blankenfelde existierten seit August 1942 die Baracken des größten Haftkrankenhauses für Zwangsarbeiter in Berlin mit achthundertfünfzig Betten, offiziell »Ausländerkrankenhaus« genannt. Insgesamt starben dort an die tausendfünfhundert Häftlinge.

Im Tagebuch erwähnt Reger das letzte Volkssturm-Aufgebot in Mahlow. Ihn selbst hatte man im Juli 1937 bei einer Musterung als »bedingt tauglich« eingestuft, ein Jahr später aber wurde er für nicht wehrpflichtig erklärt. In Mahlow wiederum hatte man ihn sofort zur Heimatflak einberufen. Er verweigerte sich und gab an, er sei unabhkömmlich, da er für die vom Oberkommando der Wehrmacht herausgegebene Auslandszeitschrift *Signal* arbeiten würde – was nicht stimmte. Schließlich attestierte ihm ein Arzt Herz- und Kreislaufstörungen. So ließ er sich von Januar bis April 1944 in einem Krankenhaus in Böhmisches-Leipa behandeln und fuhr daraufhin zur Kur nach Bad Tölz. Als er im April 1944 als »allgemein verwendungsfähig« eingestuft wurde, entzog er sich erneut jeglichem Einsatz.



Erik Reger mit Sohn Manfred, Mahlow 1943
Quelle: Reger GmbH

Der Sohn Manfred, der im Tagebuch so oft eine Rolle spielt, war schon nicht mehr mit nach Mahlow übersiedelt. Den 19-Jährigen hatte die Wehrmacht im Jahr zuvor eingezogen. Bei Gefechten in Italien erlitt er einen schweren Schädelbasisbruch und wurde zurück nach Deutschland gebracht. Eine Woche lang lag er im Koma und litt an den Folgen dieser schweren Verletzung ein Leben lang. Halbwegs rekonvaleszent, riet ihm sein Vater, sich unbedingt freiwillig nach Italien zurückzumelden, um so einer Kommandierung nach Russland zu entgehen. Nach der schweren Verwundung mussten die Eltern Reger Todesängste um den

²⁴ Die Familie habe Porzellan und Silberbesteck gehabt, so Vera Dannenberger im Interview vom 19. März 2014, Berlin, Zehlendorf.

²⁵ Will Vesper, *Unsere Meinung*, in: *Die neue Literatur*, Jg. 43 (1942), H. 5, S. 117–119.

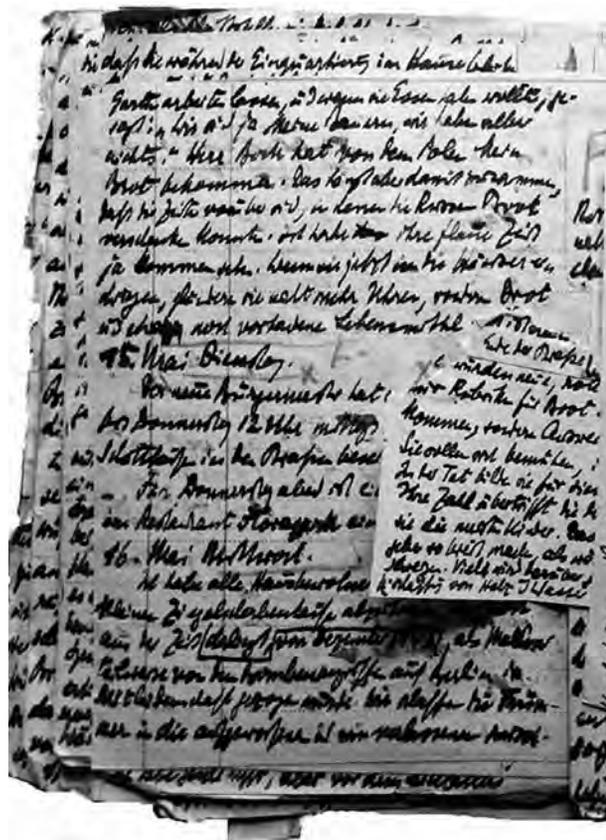
Sohn gehabt haben, von dem sie schon lange nichts mehr gehört hatten. Und Regers Italien-Kalkül ging auch auf. Der Sohn überlebte. Er war in der Zeit, als der Vater in Mahlow an seinem Tagebuch saß, bereits bei Halle in amerikanischer Kriegsgefangenschaft und wurde als Berliner später an die Franzosen übergeben. 1946 kehrte er aus der Kriegsgefangenschaft zurück und begann als Volontär beim Tagesspiegel.

Erik Reger lebte zu Beginn des Tagebuchs im April 1945 schon seit zwanzig Monaten in der Mahlower Burgdorfstraße. Wie lange er noch mit der S-Bahn zum Südkreuz und dann mit der Ringbahn ins Tempelhofer Redaktionshaus gefahren ist, ist nicht mehr nachzuvollziehen. Spätestens aber mit den Nächten in den Luftschutzkellern in seiner Mahlower Straße dürfte er die Nachbarn näher kennen gelernt haben. Auch die Flüchtlinge in seinem Haus waren schon seit drei Monaten dort einquartiert. Folglich kannte er die Personen, die er in seinem Tagebuch in kurzen Sequenzen charakterisiert, nicht nur vom Hörensagen.

Die letzten Tage des Krieges, die Schlacht um Berlin, das Vorrücken der Front. Erik Reger verfolgte all das genau. Als routiniertem Journalisten war ihm klar, dass sich soeben um ihn herum Weltgeschichte ereignete. Lange war der Angriff der Roten Armee auf die deutsche Hauptstadt erwartet worden. Fünf Tage nach ihrer Überquerung der Oder begann er seine Aufzeichnungen in dem Notizbuch. Immer wieder ergänzte er die Seiten mit Einschüben auf kleinen und kleinsten Zetteln, die er einklebte. Die Einschubstellen notierte er sorgfältig mit einem roten »F«. Am 1. Mai 1945 waren bereits alle Seiten restlos vollgeschrieben. Doch er schrieb weiter, jetzt auf losen Blättern. Gegen Ende des Tagebuchs bestand das Konvolut nur noch aus aneinandergeklebten und eingelekten Zetteln.

Es war das erste Mal seit zwölf Jahren, seit der Zeit in

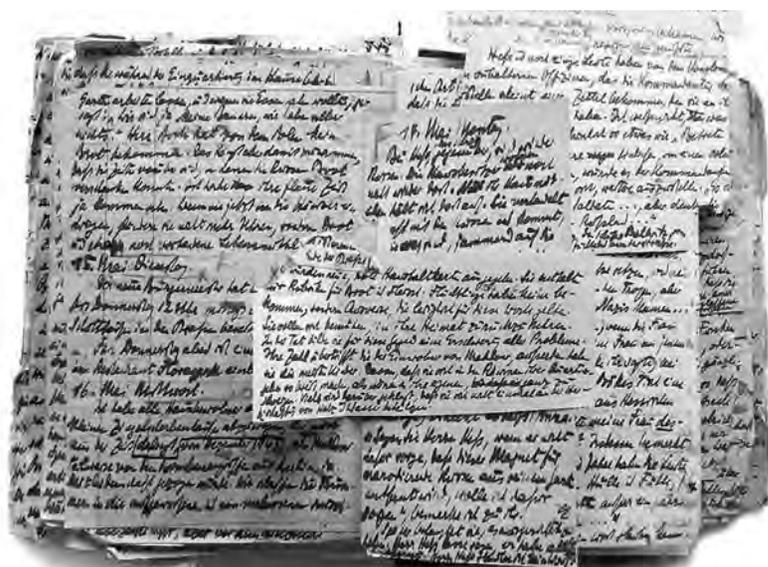
Linz, dass Reger wieder ohne inneren Zensor schreiben konnte. Und in gewisser Weise knüpfte er dort an, wo er mit der »Union der festen Hand« und dem »Wachsamen Hähnchen« aufgehört hatte. Wie in seinen ersten beiden Romanen verdichtete er seine Beobachtungen zu Typen, schrieb vom »Typ Dorfhändler« oder »Typ Soldatenmutter« und charakterisierte mit kurzen Strichen fordernde Flüchtlinge, die alten Dorf-Macht-haber, die Wendehälse. Den Beschreibungen liegen seine skeptischen Erfahrungen zugrunde, die er in den



Oben und links:

Zettelwerk. Vom 21. April bis 10. Juni 1945 führte Erik Reger Tagebuch. Seine Notizen ergänzte er mit eingeklebten Einschüben, die Einschubstellen markierte er jeweils mit einem roten »F«.

Foto: Der Tagesspiegel, 30.08.2014



langen NS-Jahren mit den deutschen »Volksgenossen« gemacht hatte. »Ein typischer Fall zur Charakteristik der Durchschnittsdeutschen«, heißt es einmal. Hinzu kamen die Besatzer. Auch sie wurden Reger zu »Studienobjekten«, und wieder formte er dabei Typen. Sein Schreibkonzept verschob sich dabei von der »Vivisektion der Zeit« zur »Vivisektion des Moments«.

Vom Röntgenroman zur Mikrostudie

Hätte Reger den Lebensweg des in seinem Tagebuch so oft erwähnten Kurt Heß gekannt, er hätte ihn vielleicht zur Zentralfigur eines neuen Romans gemacht. Der Wein- und Sektlieferant, dem es trotz seiner halb-jüdischen Abstammung gelungen war, sich durch undurchsichtige Alkoholeschäfte mit den lokalen NS-Größen gut zu stellen, kungelte auch nach 1945 schnell wieder mit den neuen Machthabern. Karl-Heinz Bölke, der Junge der Nachbarsfamilie in der Burgsdorfstraße, der heute noch in der Straße wohnt, erzählt plastisch, wie Heß hinter seinem Haus in einer großen Baracke eine kleine Firma installierte. Statt Wein schob der nun Kinder-nahrung an sowjetische Offiziere im nahen Wünsdorf, die diese wiederum an die Amerikaner weiter verkauften. Bald schon schwamm Heß im Geld, ließ sich von seinem Chauffeur im Luxusauto, einem Sechszylinder Wanderer W14, durch die Gegend kutschieren und wurde durch seine deftigen Orgien ortsbekannt. Seine Frau trieb er damit 1947 in den Selbstmord. Die sowjetischen Offiziere hatten in seinem Haus eine illegale Funkanlage installiert. Über diese warnten sie Heß, als der Schwarzhandel aufzufliegen drohte. Der war darauf über Nacht verschwunden und wurde nie mehr gesehen. Karl-Heinz Bölke staunte Jahre später nicht schlecht, als er im »Westradio« einen Bericht über den ihnen so gut bekannten Heß hörte, der nun als Karnevalsprinz im Kölschen Klüngel seine nächste Karriere begonnen hatte.²⁶

Das Mahlower Tagebuch hielt nicht einfach den fragilen Umbruch im Ort fest wie etwa in Margret Boveris »Tage des Überlebens – Berlin 1945«, in dem sie ihre Rundbriefe an Freunde von Februar bis September 1945 aus Charlottenburg veröffentlichte. Vielmehr setzte Reger sein Literatur- und Aufklärungskonzept um, das ihm längst zum zweiten Blick geworden war. Darin tritt Reger ganz hinter seinen Beschreibungen zurück. Mehr als einmal würde man von ihm gern mehr erfahren, in diesen so existentiellen Wochen kurz nach Ende des Krieges. Dass er jedoch in seinem Tagebuch so wenig von sich preisgibt, entsprach ganz seiner Vorstellung von Literatur, und war gleichermaßen Lebensprinzip geworden, sein Habitus. Wenn er nach seiner Person gefragt wurde, verwies er kurzerhand auf die Sache. Darüber hinaus ließ er sich auch kaum fotografieren. Die meisten Fotos von ihm gibt es im Grunde erst seit der Tagesspiegel-Zeit.

Nur in einer Hinsicht ist in den Tagebucheinträgen mehr von der Persönlichkeit Reger herauszulesen, als

er selbst vielleicht beabsichtigte. Schnell, im Grunde wie nebenher und doch auffällig oft, schrieb er von Gott. Darin vertrauend, dankend, flehend. Gott wird auf diese Weise zum Zeichengeber in einer Zeit, die um Beistand flehte. Das ist viel für Reger und viel für den kurzen Text. Auf sein religiöses Fundament stößt man in den übrigen Schriften nie.

Und was war mit der Veröffentlichung des Tagebuches? Für Mahlow gibt es bei Reger die Notiz, dass er ein neues Buch angefangen habe. Im Nachlass aber findet sich nichts davon. Im Grunde gab er in der Nachkriegszeit nur Neuauflagen seiner bereits erschienenen Romane und Artikelsammlungen heraus. Sein Mahlower Tagebuch blieb unveröffentlicht wie andere Romanmanuskripte, die er 1947/1948 noch angefangen hatte, was offenkundig mit der erdrückenden Arbeitslast als Chefredakteur zu tun hatte.

Das Ende der Mahlow-Zeit brachte Reger in eine extreme Zeitnot. Voller Enthusiasmus arbeitete er ein »Memorandum« aus. Darin bezog er sich auf einen Artikel in der Täglichen Rundschau vom 10. Juni 1945. Die Denkschrift war bei Lichte besehen nichts anderes als ein Kompendium seiner Aufklärungs- und Erziehungspositionen. Wieder pochte er auf eine »dauernde Erziehungsarbeit«, von der er glaubte, dass Presse und Literatur durch sie Gesellschaft verändern müsse. Dazu wollte er eine »Verlagsgesellschaft für Publizistik und Literatur« gründen, die Zeitschriften, Zeitungen, Broschüren und Bücher herausgeben würde. Erik Reger wollte also nicht nur eine Zeitung, sondern gleich einen ganzen Verlagskonzern. Um den durchzusetzen, schlug er sich in Berlin sogar bis zu den zuständigen sowjetischen Stellen durch. Hier aber interessierte sich niemand für sein Großvorhaben. Die Propagandawürfel waren offenbar schon gefallen. Immerhin gab es, als die »Information Control«-Abteilung der amerikanischen Truppen vier Wochen nach Kriegsende in die Trümmerstadt einrückte, schon vier sowjetisch kontrollierte Zeitungen, dazu waren noch zwei weitere in Planung.

Es muss dann so gewesen sein, dass nicht Reger mit seinem Papier an den 37-jährigen amerikanischen Presseoffizier Peter de Mendelssohn herantrat, sondern de Mendelssohn auf Reger stieß, nachdem es Startschwierigkeiten mit der Gründung einer bürgerlich-liberalen Zeitung gegeben hatte. Die Amerikaner wollten ein Blatt in der Tradition des Berliner Tageblatts, wo de Mendelssohn einst als Volontär gearbeitet hatte. Reger sollte ein Konzept dafür ausarbeiten.²⁷

²⁶ Interview mit Karl-Heinz Bölke. Mahlow, vom 28. Mai 2014.

²⁷ Hilde Spiel beschreibt ihren Mann Peter de Mendelssohn, mit dem sie 1936 nach London emigriert war, als rigoros gegenüber den Mitläufern von gestern. »Und vor allem um mein eigenes kleines Teil zu der Gewissheit beizutragen, dass dieses Volk, das meine Freunde ermordet, meine Familie ins Unglück getrieben, die von mir geliebte Welt zerstört und ohne Grund meine Fenster und Wohnungswände eingeschlagen hat, mich und meine Leute von jetzt an und für alle Zeiten in Frieden lässt, und damit basta.« Reger gehörte für de Mendelssohn ganz dezidiert zu einer anderen deutschen Tradition. Sie verkehrten auch privat mit Erik Reger und seiner Frau, luden sie ein zu Festen in ihrer beschlagnahmten Villa im Grunewald. (Spiel, Hilde, »Die hellen und die finsternen Zeiten«. Erinnerungen 1911–1946, München 1989, S. 212).

Die Nachkriegsstimme

Erik Reger und der Tagesspiegel ist dann noch einmal eine ganz eigene Geschichte. Auf jeden Fall waren die Anfänge des Tagesspiegel auch eine Replik Regers an sein erstes Zeitungsprojekt. Statt Ruhrgebietsaufklärung nun Erziehung der Deutschen von der zerstörten Hauptstadt aus. In dem Sinne also »Volksgenossen«-Erziehung. Wieder stürzte er sich in den publizistischen Bergwerksstollen, arbeitete oft zwei Schichten hintereinander, schürfte unter dem Schutt der Vorkriegsjahre Traditionen und Anknüpfungspunkte hervor, schrieb viele Artikel der ersten Ausgaben bis hin zur Gartenkolumne unter Pseudonym, und das wie immer faktenstark und polemisch. Wieder teilte er aus, nach links und nach rechts, wo immer er Verschleierung, Propaganda, Missbrauch der Massen vermutete. Dafür fand er im Osten bald ein breites Feld. Und wieder schreckte er auch nicht davor zurück, bei West-Politikern und ihren Parteien Missstände, Filz und Betrug aufzudecken. Im Nachkriegs-Berlin gab es bald keine Partei mehr, die sich nicht irgendwann über Regers Angriffe bitter beklagte. Und wieder saß er im zugigen Ullstein-Druckhaus in Tempelhof, nun in der dritten Etage, während unten die halb zerstörte Druckerei mühsam in Gang gebracht werden musste. Den Pförtner kannte er noch aus alten Tagen. Die mittlere Generation der berufserfahrenen Redakteure fehlte, die Jungen waren kaum ausgebildet. Mittwochs versammelte Reger sie im Konferenzraum, in der Redaktion »Kinderstunde« genannt, und bot Basiswissen: Warum ging Weimar unter?

Von der ersten Ausgabe an schrieb Erik Reger im Tagesspiegel schneidend gegen jede Verklärung der NS-Zeit an. Diejenigen, die auf einmal nichts mehr von ihrer einstigen Diktaturvorliebe wussten, nahm er sich genauso vor wie die sich breitmachende Sehnsucht alter Konservativer nach Bismarck'schen Reichsvorstellungen. Gründlich und ausführlich wurde im Blatt über Vorgänge von zwölf Jahren NS-Diktatur aufgeklärt und die Verbrechen ihrer Akteure ans Licht gebracht. Reger war auch hier wieder der Zeit voraus – und seine Faschismusanalyse treffend.

Der Tagesspiegel war Regers Mission. Er schrieb in mahnendem Ton und predigte den Deutschen Buße wegen ihres politischen Versagens. »Solange wir die Fehler bei anderen suchen, solange lebt Hitler weiter.« Viele »Volksgenossen« hielt er für politisch verdorben. Das brachte ihm nicht gerade die ungeteilte Zustim-

mung der Leser ein, aber selbst das war ihm egal. Für ihn stand fest: Das Publikum musste, wenn nötig, auch gegen sich selbst erzogen werden. Seine Leitartikel entstanden aus einer umfassenden, reichen Lektüre. »Er verfiel sich gedanklich nicht in den Plattheiten des tagespolitischen Geschäfts«, so Klaus-Dietrich Gurezka, der ihn noch in der Redaktion erlebt hatte, »sondern griff auf historische Erfahrungen zurück, suchte Mentalitäten zu beschreiben und Charaktere zu analysieren. So fand er auch bei »kleinen« Themen das Wesentliche und Grundsätzliche.«²⁸ Reger versuchte im Nachkriegschaos wieder ganz die Höhe zu halten. Auch Helmut Kindler, sein junger Redaktionskollege, verwies darauf und betonte, dass Reger »nicht mit einem antikommunistischen Programm angetreten« war. Der Tagesspiegel sollte, so Reger, »einen aufrichtigen Kontakt und eine wahre Beziehung zwischen der Sowjetunion und den westlichen Demokratien herstellen.«²⁹ In seinem ersten Leitartikel begrüßte er alle Besatzungsmächte, also auch die Rote Armee. Den Deutschen sei klar, »dass auf der Seite dieser fremden Soldaten Recht und Wahrheit liegt. Daher sehen wir sie gerne.«³⁰ Das ist die Position, die sich auch im Mahlower Tagebuch findet. Die Rote Armee war ihm alles andere als ein Heilsbringer, aber Deutschland hatte sich schuldig gemacht, auch seine Bevölkerung. So erschienen im Tagesspiegel Artikel zur »Religionsfreiheit in der Sowjetunion« oder in Fortsetzung ein Sowjetunion-Reisetagebuch des prosowjetisch eingestellten Engländers J.B. Priestley. Die sowjetische Erklärung im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess über die Massaker an den polnischen Offizieren in Katyn wurden genauso kommentarlos abgedruckt wie eine wichtige Rede Stalins vom März 1946 unter dem Titel »Stalin gegen Kriegshetze«.

Das war Regers Position in der Stunde Null. In ihr unterschied er klar zwischen der Sowjetunion und der ostdeutschen Politik. Was die anging, berichtete er zunächst kritisch zurückhaltend, beispielsweise über die Landreform oder die sogenannten Volksrichter. Spätestens aber mit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im April 1946 hatte sich sein Ton Richtung Osten rigoros geändert. Von da an stellte er sein Blatt offensiv und deklariert den sozialdemokratischen Vereinigungsgegnern zur Verfügung, weil denen ein eigenes Publikationsorgan fehlte.

In den Ost-Blättern wurde Reger nach seinen ersten kritischen Artikeln zum »Goebbels-Imitator« gemacht.³¹ Wieder hatte man in ihm einen Erzfeind

28 Gurezka, Klaus-Dietrich, *Meine Zeitung. Erinnerungen an den Berliner Tagesspiegel 1945–1991*, Manuskript S. 13.

29 Kindler, »Fest«, 326. *Gründungsdossier Der Tagesspiegel*, zitiert nach: Hurwitz, »Die Stunde Null der deutschen Presse«, Berlin 1972, S. 311/312

30 Erik Reger, *Leitartikel der ersten Ausgabe*, in: *Der Tagesspiegel vom 27. September 1945*.

31 *Tägliche Rundschau vom 30. November 1945*.

erkannt: Im Tagesspiegel haben »die faschistischen Kriegsverbrecher ... ihre Presse gefunden«,³² hieß es.

Und Mahlow und die alten Nazis? Die Antifa-Ausschüsse setzten keinen der von Reger im Tagebuch genannten NSDAP-ler auf die Tagesordnung. Die meisten waren offenkundig geflohen. Sechzehn Grundstücke ehemaliger Nationalsozialisten wurden enteignet, darunter auch das von Friedrich Hagena und das des stellvertretenden NSDAP-Ortsgruppenführers Wirth. Die »Obersekretärin« Frau Krüger hatte nach 1945 keine Funktion mehr in der Verwaltung. In Mahlow erzählt man sich, dass die kleine, zierliche Frau noch vor dem Mauerbau zu ihrer Schwester nach Lichtenrade geflohen und über hundert Jahre alt geworden sei. Der Bürgermeister Friedrich Hagena, der 1931, also früh, in die NSDAP eingetreten war, war schon bald aus Mahlow geflohen. Ansonsten wäre er wohl von den Russen belangt worden. Mit seinen 69 Jahren hätte er das womöglich nicht überlebt. Zumindest ist er offenbar nicht zur Verantwortung gezogen worden. Seine Nachfahren stritten nach 1989 noch mit allen juristischen Mitteln fünfzehn Jahre lang um die Rückgabe des enteigneten Grundstücks, am Ende ohne Erfolg.

Die Burgsdorfstraße wurde in der DDR in Beethovenstraße umbenannt, das Quartier zum sogenannten Musikerviertel. Das Reger-Haus, nunmehr mit der Nummer 26, verwaltete ab da die »KWV«, die Kommunale Wohnungsverwaltung. Neuer Mieter wurde der ehemalige litauisch-gräfliche Gutsbesitzer Klasohn, von dem es heißt, dass er Stalin 1949 noch persönlich kennengelernt haben soll. Das Haus mit dem schönen Erker steht nach wie vor. Nach dem Mauerbau machte man Mahlow zur hochbefestigten Grenzregion. Die Bahngleise nach Berlin wurden stillgelegt und überwucherten. Klaus-Jürgen Bölke, der Nachbar von einst, hat berichtet, dass von den Bewohnern der Straße »alle in den Westen rüber sind«.

Und der Tagesspiegel-Chef? Wenige, genau gewogene Worte, eine kühle Verbindlichkeit, kein Lachen, literarische und journalistische Perfektion, so beschrieben ihn seine Mitarbeiter. Handeln statt Reden, Distanz statt Gekungel. Ein Preußenfeind mit preußischem Arbeitsethos. Ein Mann mit graurasiertem Gesicht und dünnen, glatt gekämmten Haaren. Ein Geistesarbeiter mit den Zügen eines Bergarbeitersohns. »Er war kein geselliger Mensch im hergebrachten Sinne«, sagte sein langjähriger Redaktionskollege und Nachbar im Haus am Nikolassee, Walther Karsch, auf der Beerdigung von Reger. »Er schloss sich nur sehr

schwer auf, und sein Gefühl für das Unwägbar im Verhalten seines Gesprächspartners, einer seiner Mitarbeiter oder eines Besuchers war so empfindlich, dass er sich sehr schnell wieder vor dem anderen verschließen konnte. Er war eben schwierig, wie das meist bedeutende Menschen sind.«³³

Erik Reger starb am 10. Oktober 1954 ganz plötzlich auf einer Konferenz in Wien, herausgerissen aus seiner Arbeit, seiner Mission. Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« hatte ihn Tage zuvor erst gewarnt. Man habe ein Dokument, in dem von Gewaltakten gegen führende Antikommunisten die Rede sei, darauf stünde auch sein Name.³⁴ Der Obduktionsbericht stellte Herzversagen fest. Vermutlich das Resultat seiner jahrelangen Überarbeitung. Bergwerkhauer werden nicht alt.

Erik Reger war ein Ausnahme-Journalist. Er war ein Zeit-Seher, der sich gegen seine Zeit stellte, ja stel-



Erik Reger in seinem Büro, 1953
Foto: Archiv Der Tagesspiegel

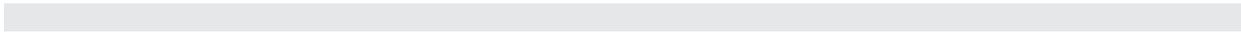
len musste. Er kam aus der harten Industriewelt am Rhein, mit dem Bewusstseinsschock des Ersten Weltkriegs. Aus diesen Erfahrungen zog er seine Schlüsse, die ihn zu dem Grundsatz führten: In verschleierte Realitäten gilt es, »die Zahnräder des Getriebes zu erkennen«. Mit dieser Erkenntnis überlebte er den Zweiten Weltkrieg und war wie wenige Intellektuelle des 20. Jahrhunderts immun gegen alle Ideologien und politischen Heilslehren. Es ist diese Kontinuität, die auch die Grundlage seiner Beobachtungen der Zeitenwende in Mahlow ausmachte. Hellsichtig und engagiert warnte er vor beiden deutschen Diktaturen und stemmte sich mit all seiner Energie gegen sie. Glücklicherweise eine Demokratie, die solche Köpfe hat.

Andreas Petersen, Berlin, im Juli 2014

32 N.N., *Die Berliner fordern Übereignung der Kriegsverbrecherbetriebe*, in: *Neues Deutschland vom 19. September 1946*.

33 *Nekrolog von Walther Karsch*, 20. Mai 1954, *Nachlass Reger*, AdK, Mappe 232.

34 *Brief der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«*, 20. April 1954 an Erik Reger, *Nachlass Reger*, AdK, Mappe 275.



Einheitsschule in Berlin gescheitert - Gott sei Dank oder vertane Chance?

Moderation: Peter Lassau (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)

Gäste: Dr. Klaus Mancke, ehemaliger Mittelstufenleiter an der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule,

Peter Kersten, viele Jahre Lehrer am Rückert-Gymnasium Steglitz

Regina Szepansky, Tochter des Widerstandskämpfers Wolfgang Szepansky

Montag, 02. November 2016

Sie war tatsächlich schon beschlossen – die Einheitsschule in Groß-Berlin.

Das Schulgesetz des Berliner Magistrats hatte ihre Einführung mit Wirkung vom 1. Juli 1948 verkündet. Sieht man von der Fritz-Karsen-Schule ab, wurde sie in West-Berlin allerdings nie verwirklicht. Starkes Beharrungsvermögen des traditionellen Systems, die normative Kraft des Faktischen und vor allem der beginnende Kalte Krieg ließen ihr dort kaum eine Chance, obwohl nach der Katastrophe von Naziterror und Krieg nicht zu bestreiten war, dass das traditionelle deutsche Schulsystem mit seiner selektiven ständischen Ausrichtung nicht unschuldig gewesen war am Lauf der Dinge. Die Geschichte des Rückert-Gymna-

siums veranschaulicht die Zwänge des Schulalltags in der unmittelbaren Nachkriegszeit, Kraft und Lebenswillen der Menschen – fernab von schulpolitischen Diskursen. Die Entlassung des kommunistischen Widerstandskämpfers Wolfgang Szepansky aus dem Schuldienst macht deutlich, wie pädagogische Reformansätze in den politischen Auseinandersetzungen der ‚Frontstadt‘ Berlin zerrieben wurden.

Dennoch blieb auch im Westteil der Stadt die Idee der Einheitsschule immer lebendig und es ist vielleicht Ironie der Geschichte, dass heutzutage „Gemeinschaftsschulen“ reüssieren. Ein solcher Etikettenwechsel erlaubt immerhin eine ideologiefreie, sachliche Diskussion.

Veranstaltungsbericht

Jürgen Karwelat (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)

Oberlehrerhaft ging es nicht zu, obwohl die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer bei der Veranstaltung zur Geschichte der Berliner Schule nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus erheblich war. Jedenfalls saßen erst einmal drei Lehrer vorn und erzählten den anderen etwas von Schule, Lehrplänen und Lehrkräften. Nach der vollständigen Niederlage des Hitlerfaschismus im Mai 1945 hatten die Berlinerinnen und Berliner alles andere im Kopf als Schule. Die Berliner Innenstadt war weitgehend zerstört, die Infrastruktur war zusammengebrochen. Das Deutsche Reich war in Besatzungszonen unterteilt. Flüchtlingsströme zogen durch Berlin. An eine geordnete Schule war nicht zu denken. Trotzdem wurden die Schulen im Juni 1945 mit den „Vorläufigen Richtlinien für die Wiedereröffnung des Schulwesens“ vom 11. Juni 1945 wiedereröffnet. Freilich gab es kaum Unterricht. Die Lehrer sollten laut Richtlinie den Kindern vermitteln, dass Hitler schuld am Krieg ist, die Kinder sollten beim Entrümmern, besonders ihrer Schule, helfen, sie sollten Gartenarbeit leisten und vor Verwahrlosung geschützt werden.



Regina Szepansky, Peter Lassau und Dr. Klaus Mancke während des Vortrags, Foto: Elke Mocker

Mehr als 2.500 Lehrer wurden wegen ihrer Nähe zum Nationalsozialismus entlassen. Viele neue, nicht ausgebildete Lehrkräfte kamen zum Einsatz. In den Schulen gab es Schichtunterricht, die Schülerinnen und Schüler wurden z.T. in fünf Schichten unterrichtet. Das Durchschnittsalter der Lehrer war mit 59 Jah-

ren sehr hoch. In den Berliner Volksschulen befanden sich durchschnittlich 41 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse, in den Oberschulen etwa 30. Angesichts des Chaos hatte sich die Schulverwaltung an der traditionellen Schule, bestehend aus 4-jähriger Grundschule und sich anschließender 4-jähriger Volksschule bzw. 8-jähriger höherer Schule orientiert.

Die Alliierten allerdings machten auch das alte Schulsystem mit seinen undemokratischen und unsozialen Auslesemechanismen für die Entwicklung zum Nationalsozialismus verantwortlich. Das Schulsystem habe Unterwürfigkeit produziert. Sie forderten eine sechsjährige Grundschule und ein integrales Schulsystem mit der Möglichkeit zu gleicher Schulbildung für alle und veröffentlichten dies auch im Juni 1947 als „Direktive Nr. 54“ des Alliierten Kontrollrats. Diese Direktive war die Richtlinie für die Stadtverordnetenversammlung bzw. den Magistrat von Berlin als Grundlage für die Arbeit an einem Schulgesetz. So kam es dann in Berlin am 13.11.1947 zum Beschluss der Berliner Stadtverordnetenversammlung über das „Schulgesetz für Groß-Berlin“. Es sah eine 12-stufige Einheitsschule ohne obligatorischen Religionsunterricht vor. In ein und demselben Gebäude mit denselben Lehrern sollten die Schülerinnen und Schüler 12 Jahre lang ausgebildet werden. In den letzten drei Jahren sollte eine Trennung in einen praktischen und einen wissenschaftlichen Zweig vollzogen werden. In Kraft trat dieses Gesetz am 26. 06. 1948, also fünf Tage nach der Währungsreform in den Westzonen. Entsprechend schlecht die Startbedingungen für die Realisierung der „Einheitsschule“.

Sehr plastisch wurde an diesem Abend von der Rückert-Schule berichtet, die sich in der Zeit von 1945 bis 1951 zwischen Kontinuität und Reform bewegte. Die Schule war 1901 als Mädchenschule gegründet worden. Das Schulgebäude am Innsbrucker Platz war zum Teil zerstört worden. Die Schüler waren 1943 nach Ortelsburg/Ostpreußen und dann in das Protektorat evakuiert worden, um den Bombenangriffen zu entgehen. Sie kehrten nach und nach zurück und mussten die Trümmer beseitigen. Es gab keine Bücher, keine Lehrpläne. Weil keine Kohlen vorhanden waren, musste der Unterricht im Mantel mit Handschuhen an den Händen stattfinden. Trotz dieser widrigen Umstände sprachen die damaligen Schülerinnen von der schönsten Zeit in ihrem Leben.

Regina Szepansky berichtete aus dem Leben ihres Vaters, Wolfgang Szepansky, der sich, nachdem er zurück aus dem KZ gekommen war, an der Bildung des antifaschistischen Jugendausschusses in Tempelhof

beteiligt hatte und dort darauf angesprochen wurde, „Neulehrer“ zu werden. Das wurde er dann auch praktisch ohne Vorkenntnisse. Er unterrichtete zunächst Kunst, wurde engagierter Klassenlehrer. Seine Mitgliedschaft in der SED wurde ihm dann im September 1951 zum Verhängnis. Er wurde aus fadenscheinigen Gründen aus dem Dienst entlassen, etwa zur selben Zeit, als es auch aus war mit der neuen demokratischen Einheitsschule. Der West-Berliner Senat beschloss am 13.12.1951 die 3. Durchführungsverordnung zum Schulgesetz vom 10.05.1951. Vorgeschrieben ist jetzt eine 6-jährige Grundschule. Danach wird unterschieden nach „praktisch Begabten“, „technisch Begabten“ und „wissenschaftlich Begabten“ mit jeweils eigenen Schulen, dem traditionellen deutschen Schulsystem folgend. Das war das Ende des Experiments, das keine Chance hatte, sich zu entwickeln, da 1951 die Schülerinnen und Schüler zu diesem Zeitpunkt nur die ersten vier Jahre in dieser neuen Schulform hatten verbringen können. Lediglich die Fritz-Karsen-Schule durfte „Einheitsschule“ bleiben.

Die Diskussion an diesem Abend blieb zwiespältig. Ein Teil der Akteure bedauerte, dass die „Einheitsschule“ als demokratischer Ansatz aufgrund des ideologischen Ost-West-Konflikts nicht in ganz Berlin weiter betrieben worden ist. Ein anderer Teil verteidigte das gegliederte Schulsystem mit dem Gymnasium als besonderer Schulform, die eine qualifiziertere Ausbildung garantieren würde. Plastisch waren die Schilderungen aus der Rückert-Schule und die Zitate aus dem Memoiren von Wolfgang Szepansky, der sich später mit verschiedenen Beschäftigungen durchschlug, bis er, wie viele Westberliner SED-Angehörige in einer ähnlichen Situation, bei der Reichsbahn Unterschlupf fand. Er wurde Kulturleiter und war eine anerkannte Größe in der Szene der antifaschistischen Bildungsarbeit in West-Berlin.

Was an der Diskussion außerdem auffallend war: Wir waren sehr schnell beim zweiten großen Bruch in der Pädagogik, jedenfalls was die Entwicklung in Ost-Berlin betrifft. Dort wurde nach der Wende und der Vereinigung der beiden Stadthälften das Schulsystem umgekrempelt, neue Lehrpläne umgesetzt – und das dreigliedrige Schulsystem eingeführt.

Letztlich blieb die Frage „Einheitsschule in Berlin gescheitert – Gott sei Dank oder vertane Chance?“ unbeantwortet, wie auch die Frage nach dem Erhalt von Teilen aus der DDR-Schulorganisation 40 Jahre später. Zwar wurde in der DDR die „Einheitsschule“ beibehalten, aber die Schulstruktur alleine ist offenbar noch kein Garant für pädagogischen Erfolg.

Vorträge

Dr. Klaus Mancke

(Pädagoge, war in Berlin Lehrer in den Bereichen Grundschule sowie Haupt-, Real- und Gesamtschule, zuletzt als Gesamtschuldirektor. Beim Senator für Schulwesen arbeitete er im Beirat für Geschichte und an der Technischen Universität hatte er als Privatdozent für Erziehungswissenschaft seine Schwerpunkte auf den Gebieten Schulpädagogik, Lehrerausbildung und Bildungspolitik.)

„Der folgende Text ist eine überarbeitete und aktualisierte Fassung des Artikels „Aspekte der Schulreform am Beginn der Nachkriegszeit“ von Klaus Mancke, veröffentlicht in der Zeitschrift „Demokratische Erziehung“ (3. Jg., Heft 6/1977, S 651 - 662)

Dieses Einheitsschulgesetz ist eine revolutionäre Tat. Die Durchführung des Gesetzes ist Voraussetzung für die geistige und weltanschauliche Erneuerung unseres Volkes. ...

Ein Jahrhundert lang hat die fortschrittliche Lehrerschaft um die Einheitsschule gekämpft. Berlin stand stets im schulpolitischen Kampf in vorderster Linie. Es liegt bei den Lehrern, Eltern und Schülern Berlins, die Idee der Einheitsschule in die Tat umzusetzen.“¹

Die Einheitsschule nach dem Kriegsende in Berlin

Vor 70 Jahren, nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945, nach zwölf Jahren unter einer faschistischen Regierung in Deutschland, nach sechs Jahren Kriegszustand und nach drei Jahren Luftschutz- und Bombenalarm auch in der deutschen Hauptstadt Berlin, waren Chance und Notwendigkeit gegeben, das gesellschaftliche Leben neu zu gestalten. Die alliierten Siegermächte übernahmen die vollständige Regierungsgewalt in Deutschland und bestimmten, dass auch das Schulwesen neu aufzubauen sei und einen Beitrag zur „Umerziehung“ des deutschen Volkes hin zu einer antifaschistisch-demokratischen Lebensweise zu leisten habe. Dazu verordneten sie den deutschen Schulpolitikern Richtlinien, die in hohem Maße reformpädagogischen Modellen der in Deutschland schon lange vor 1933 geforderten Einheitsschule entsprachen.

Unter dem Eindruck der gerade überstandenen, jahrelangen Kriegsgräuelp und dem Willen zu einem neuen, friedlichen Anfang wurden diese Orientierungen von einer breiten Mehrheit des sich politisch artikulierenden Teils der Bevölkerung aufgenommen. Teilweise trafen sie aber auch auf Widerstand.

Die Idee einer Einheitsschule, wie sie im Jahr 1947 von der Stadtverordnetenversammlung (StVV) beschlossen und 1948 vom Magistrat und der Alliierten Kommandantur (AK) in Kraft gesetzten „Schulgesetz für Groß-Berlin“ beschrieben wurde, war in den ersten Jahren von einem breiten gesellschaftlichen

Konsens getragen worden. In der Schulpraxis erhielt dieses Berliner Modell einer Einheitsschule aber keine Chance, denn bevor ihre tragenden Elemente erstmals realisiert und erprobt werden konnten, wurde es 1951/52 bereits wieder weitgehend ersetzt: Durch die bekannte sozial-hierarchische Dreigliedrigkeit. Allerdings wurde die „neue“ Schulorganisation nun nicht mehr mit einer quasi naturwüchsigen Ständestruktur begründet, sondern mit scheinbar sozialneutralen Argumenten einer genetisch-statisch bestimmten Begabungstheorie.

1. Ausgangslage

Die Überwindung des ständischen, dreigliedrigen Schulsystems durch eine für alle Kinder des deutschen Volkes verpflichtende Einheitsschule, die mit einem obligatorischen Kindergarten beginnen sollte, gehörte bereits im November 1918 zu den Forderungen der Preußischen Revolutionsregierung. 1919 jedoch konnten sich die Linksparteien damit weder in der Weimarer Verfassung noch im Reichsschulgesetz durchsetzen. Erreicht wurde damals lediglich die Abschaffung der elitären „Vorklassen“, die bislang den ständischen Mittelschulen und Gymnasien vorgeschaltet waren. Von nun an sollten alle Kinder gemeinsam die vierjährige Unterstufe der Volksschule (= Grundschule) besuchen, auf die sich dann für das breite Volk die vierjährige Oberstufe aufbaute. Davon separiert

¹ Hauptschulamt von Groß-Berlin, aus dem Vorblatt zum Text „Schulgesetz für Groß-Berlin“. Broschüre, o.J. (1948)

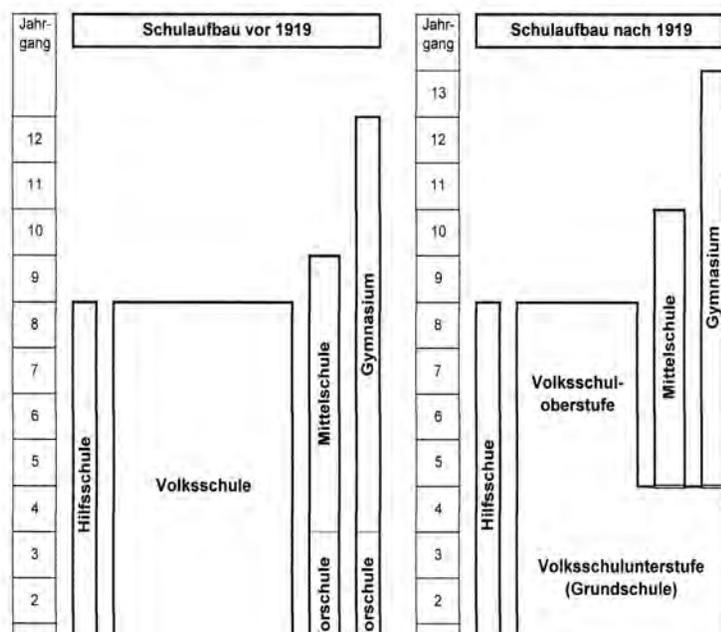
Bezirk	Gesamtzahl der Schüler (= 100 %)	davon an (in %)				
		Sonder-schulen	Volks-schulen	Mittel-schulen	höheren Schulen	Mittel + höhere Schulen
5 Friedrichshain	27160	3,5	88,5	2,1	5,9	8,0
3 Wedding	33456	3,4	83,7	2,4	10,5	12,9
4 Prenzlauer Berg	29084	3,4	81,3	2,4	12,9	15,5
6 Kreuzberg	27133	2,3	81,1	2,6	14,0	16,6
14 Neukölln	29033	3,8	76,4	6,8	13,0	19,8
8 Spandau	12180	2,7	75,9	8,5	12,9	21,4
15 Treptow	10663	2,2	76,3	-	21,5	21,5
17 Lichtenberg	21322	2,3	75,6	6,1	16,0	22,1
18 Weißensee	6432	3,1	74,2	5,6	17,1	22,7
20 Reinickendorf	12010	1,8	75,0	2,9	20,3	23,2
2 Tiergarten	21884	1,7	72,3	3,2	22,7	25,9
16 Köpenick	7250	1,8	68,2	1,5	28,6	30,1
7 Charlottenburg	26472	1,9	65,5	2,9	29,7	32,6
19 Pankow	10598	2,6	63,1	7,2	27,1	34,3
1 Mitte	23245	2,5	59,8	2,1	35,7	37,8
13 Tempelhof	8260	1,8	58,2	3,1	36,8	39,9
11 Schöneberg	17758	1,8	54,4	5,0	38,7	43,7
12 Steglitz	16334	2,0	50,6	8,0	39,4	47,4
10 Zehlendorf	3619	1,4	50,4	3,5	44,8	48,3
9 Wilmersdorf	14218	1,5	44,2	7,1	47,1	54,2
Groß-Berlin insgesamt	358111	2,6	71,7	4,0	21,8	25,8

Tabelle 1: Verteilung der Schüler auf Schularten in den Verwaltungsbezirken Groß-Berlins am 1.11.1925 (Quelle: NYDAHL 1928, S. 593 - eigene Prozentuierung) - Die kursiv gedruckten Bezirke gehörten später zu West-Berlin

schlossen sich weiterhin in der alten ständischen Gliederung die sechsjährige Mittelschule und das achtjährige Gymnasium an, so dass man bereits der Schulstatistik über die Verteilung der Schüler auf Schularten und Bezirke entnehmen konnte, welcher Bezirk zu den „bürgerlich“ und welcher eher zu den „proletarisch“ geprägten gehörte (Tab. 1).

Außerdem wurde 1919 eine akademische Ausbildung auch für Volksschullehrer gefordert,² die „geistliche“ (kirchliche) Aufsicht über die Volksschulen abgeschafft, und es konnten konfessionsfreie und -simultane „Sammelschulen“ eingerichtet bzw. legalisiert werden.

Abb. 1: Schulsystem in Preußen/Deutschland vor und nach 1919ten Bezirke gehörten später zu West-Berlin. Grafik: Klaus Mancke



² Bis 1919 wurde für den Beruf des Volksschullehrers kein Abitur vorausgesetzt.

Während der Weimarer Zeit wurden die Volksschuloberstufe und die Mittelschulen qualitativ weiterentwickelt. Die Mittelschule erfuhr durch eine Aufwertung ihres Abschlusses und einer Vielzahl unterschiedlicher Profile neue Attraktivität, und an einigen Volksschulen richtete man 9. und 10. Jahrgangsklassen ein, die zwar keine besonderen Abschlüsse, wohl aber ein Mehr an Bildung vermittelten. Hinzu kamen Aktivitäten etwa des „Bundes entschiedener Schulreformer“, zu dessen Gründungsmitgliedern u.a. Paul Oestreich („Elastische Einheitsschule“) und Fritz Karsen (bis 1933 Leiter der Karl-Marx-Einheitsschule in Berlin-Neukölln) gehörten, die nach 1945 auch die Entwicklung des Berliner Schulgesetzes beeinflussten. Schließlich wurde der „Religionszwang in der Schule“ aufgehoben. Nach 1933 hatten sich das Bildungsziel von Schule und ihr Aufbau der nationalsozialistischen Ideologie unterzuordnen, um die „arische“ Jugend zu „rassebewussten Volksgenossen“ zu formen. Strukturell hieß das: So wenig Verschiedenheit in Stufen und Typen zuzulassen wie möglich (u.a.: Aufhebung der Mittelschule und ihrer Berechtigungen), Einführung eines gemeinsamen „Arbeitspflichtjahres“ (Arbeitsdienst- oder Wehrdienstjahr) für alle Schulabgänger (egal ob von Volksschule oder Gymnasium). Die Vielfalt der zum Abitur führenden Höheren Schulen wurde (neben wenigen Gymnasien für Jungen) weitgehend reduziert auf getrennte Oberschulen für Mädchen (mit sprachlichem und hauswirtschaftlichem Zweig) und für Jungen (mit sprachlichem und naturwissenschaftlich-mathematischem Zweig), die Schulzeit von 13 auf 12 Jahre herabgesetzt.³ In der Lehrerausbildung genügte trotz des dort eingeschränkten wissenschaftlichen Lehrplans (nur eine Fremdsprache, kein Latein, Mathematik reduziert) ab 1935 bereits ein Abschluss von Frauenoberschulen („Pudding-Abitur“) zum Besuch von Pädagogischen Hochschulen. Das zunächst geforderte Bestehen einer Zusatzprüfung vor Aufnahme des Studiums wurde 1941 gestrichen.⁴ Und am Ende der 30er Jahre geschah die Ausbildung in politisch geprägten Lehrgängen im Anschluss an die Volksschule.⁵

Von allen Schulen und Schülern wurde ein bedingungsloser Einsatz „für die Volksgemeinschaft“ erwartet; dafür wurde in steigendem Ausmaß auch planmäßige Unterrichtszeit zweckentfremdet, neben anderen Veranstaltungen häufig auch für di-

verse Sammlungen (Winterhilfswerk u.a.).

Mit dem Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 wurden der bereits vorhandene Lehrermangel und der politische Druck noch erhöht, denn auch jeder Lehrer stand nun vor der Entscheidung, sich mit der Vereidigung auf Adolf Hitler zum NS-Staat zu bekennen⁶ – oder entlassen zu werden. Auch durften keine „nicht-arischen“ oder kommunistischen Lehrer mehr unterrichten.

Nach Kriegsbeginn wurde das Niveau der schulischen Bildung weiter gesenkt. Offizielle Erleichterungen wie Sonderlehrgänge, Sonderreifeprüfungen und Sonderregelungen für spätere Studienberechtigungen verlagerten die Bildung immer mehr an die Front und verdeutlichten Hitlers Ideal der Jugend-erziehung: „Ich will keine intellektuelle Erziehung. Mit Wissen verderbe ich mir die Jugend... Aber Beherrschung müssen sie lernen. Sie sollen mir in den schwierigsten Proben die Todesfurcht besiegen lernen.“ Während der letzten Kriegsjahre stieg der Bedeutungsverlust von Schule weiter an, als der Unterricht wegen des Bombenkrieges und Kriegseinsätzen von Lehrern und Schülern kaum noch geregelt stattfand und die Schule der Hitler-Jugend endgültig nachgeordnet wurde. Schülerinnen wurden häufig zum Sozialdienst geschickt, Schüler zum Einsatz in der Rüstungsindustrie, zum Volkssturm, oder sie wurden als Flak-Helfer eingesetzt.⁷ Und das bis zum letzten Kriegstag: Noch am 29.4.1945 erschien auf Seite 1 der Zeitung „Panzerbär“ ein Artikel, der unter dem Titel „Historisches Ringen“ den Kampfgeist des Volkssturms und der in Berlin verbliebenen Soldaten fördern sollte; drei Tage später hatte die sowjetische Armee die zerbombte deutsche Hauptstadt endgültig erobert.

Im nun einsetzenden Alltag ohne Fliegeralarm wurde zwar nicht mehr militärisch gekämpft, aber es ging für die Bevölkerung noch immer ums alltägliche Überleben, für Menschen, die durch ihre Erfahrungen während der stark reglementierten, faschistisch geprägten Jahre und dem jahrelang erlebten Krieg zum Teil traumatisiert waren, die sich mit völlig ungewisser Zukunftsperspektive nun neuen und unbekanntenen Anordnungen und Orientierungen der seit Jahren als Feinde bekämpften Siegermächte ausgesetzt sahen. Das Thema „Schule“ hatte da zunächst wohl keine allgemeine Priorität.

³ Ernst Aurich: *Der Schulaufbau im nationalsozialistischen Staat*. In: *Die Deutsche Schule*, 37. Jg. 1933, S. 603-610

⁴ Diese Art der Lehrerausbildung (zweijähriges Studium an einer PH, das mit einem „Pudding-Abitur“ aufgenommen werden konnte) war in manchen Ländern der BRD noch bis Ende der 60er Jahre nachweisbar.

⁵ Nach: Sigrid Blömecke: *Lehrerausbildung*. In: Blömecke u.a. (Hrsg.): *Handbuch Schule*. Bad Heilbrunn/Stuttgart 2009, S. 483-490

⁶ *Deutsches Beamtengesetz vom 26.1.1937, § 4,1: „... Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein ...“*

⁷ Nach: Rene Ejury: *Regionale Schulentwicklung in Berlin und Brandenburg 1920-1995*. Dissertation FU Berlin 2004

Aber bereits nach wenigen Tagen wurden nicht nur beschädigte und teilzerstörte Wohngebäude auf ihre Verwendbarkeit und Möglichkeit einer wenigstens provisorischen Wiederherstellung hin begutachtet, sondern auch ehemalige Schulen. Das große Aufräumen hatte begonnen, meist spontan, noch bevor irgendeine „amtliche“ Stelle (die erst wieder geschaffen werden musste) dies anordnen und organisieren konnte.

Kaum zwei Wochen nach der Eroberung Berlins setzte die Sowjetische Militär-Administration (SMAD) für Groß-Berlin einen Magistrat als deutsche Verwaltungsinstanz ein, dessen Abteilung Volksbildung am 11.6.1945 „Vorläufige Richtlinien zur Wiedereröffnung des Schulwesens“ veröffentlichte. Diese

Richtlinien⁸ beinhalteten noch keine Reformmaßnahmen oder Aussagen über die künftige Struktur der

Schule in Berlin, vielmehr ging es in der Hauptsache um den Einsatz der von Verwahrlosung bedrohten Kinder und Jugendlichen zur Wiederherstellung der Schulgebäude und zur Gartenarbeit sowie um die ideologische Überprüfung des vorhandenen Lernmaterials und Schulpersonals.

Dort, wo es räumlich möglich war (zum Beispiel also auch im Freien), trafen sich aber auch schon Lehrer und Schüler – ohne amtlichen Auftrag und in noch ungeklärter Schulform – um neben den noch lange notwendigen Aufräum- und Instandsetzungsarbeiten mit spontan organisiertem Unterricht zu beginnen. Die von ihnen neu eröffneten Schulen, Klassen und Lerngruppen orientierten sich mangels administrativer Vorgaben zunächst vor allem am Schulwesen aus der Weimarer Zeit oder an damals entwickelten reformpädagogischen Ideen.⁹

8 *Magistrat der Stadt Berlin: Vorläufige Richtlinien für die Wiedereröffnung des Schulwesens. Vom 11. Juni 1945:*

„1. Der Magistrat der Stadt Berlin ist nach Weisungen der Besatzungsbehörde die einzige gesetzgebende Körperschaft für die Organisation, Verwaltung und Leitung des gesamten Schulwesens der Stadt Berlin. ...

2. Die Naziherrschaft hat das gesamte Schulwesen ... völlig in den Dienst der faschistischen Parteipolitik, der Kriegsvorbereitung, des Rassenhasses und der chauvinistischen Verhetzung gestellt... Das gesamte Lehrmaterial wurde mit dem Ungeist der faschistischen Rassen- und Kriegshetze, Geschichtsfälschung und Entstellung unumstrittener wissenschaftlicher Forschungsergebnisse durchsetzt. ... Zu diesem tiefen geistigen und moralischen Verfall des deutschen Schulwesens kam durch die 5 1/2 Jahre Krieg noch die Zerstörung der materiellen Grundlage hinzu, der Schulgebäude, ihrer Einrichtungen und des Lehrmaterials.

3. Angesichts dieser Lage kann von einer sofortigen Aufnahme eines geregelten Schulbetriebs in Berlin nicht die Rede sein ...

4. Zugleich muss der weiteren Verwahrlosung der Kinder Einhalt geboten werden. Sie müssen von der Straße weg und unter den erzieherischen Einfluss antifaschistischer Lehrkräfte gebracht werden.

Zu diesem Zweck sind folgende Maßnahmen notwendig:

A. Volksschulen

a) Es sind sofort alle unter der Naziherrschaft gemäßregelten Lehrer festzustellen und nach Überprüfung ihrer weiteren Haltung heranzuziehen.

b) Alle aktiven Mitglieder der Nazi-Partei, SS, SA, NSKK und die Frauenschaft sind sofort aus jeder Tätigkeit an den Schulen zu entfernen.

c) Das nach dieser Sichtung verbleibende Lehrer- und das übrige Schulpersonal bedarf ebenfalls der Überprüfung nach seiner Haltung gegenüber dem Hitlersystem. ...

e) Heranziehung geeigneter Antifaschisten ohne pädagogische Vorbildung als Hilfslehrer, die teils gemeinsam mit erfahrenen alten Lehrern tätig sein werden, teils durch besondere Kurse für ihre neuen Aufgaben geschult werden. Die Vorarbeiten sind auch für die Erfassung eines vorläufigen Schulbetriebes notwendig. Wo Schulen ohne diese vorbereitenden Maßnahmen eröffnet wurden, sind diese sofort nachzuholen.

5. Der vorläufige Schulbetrieb in den Volksschulen soll umfassen:

a) Einsatz der Lehrer, des Verwaltungspersonals und der älteren Kinder zu Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten an Schulgebäuden, Schulhöfen und -gärten zur Sicherung des vorhandenen Lehrmaterials, Einziehung der alten Lehrbücher zur Entfernung aller faschistischen Bilder und Embleme. Dafür muss die Arbeitsfreude der Kinder geweckt werden; zugleich muß den Kindern dabei der erste Aufklärungsunterricht erteilt werden. (Schuld an diesen Ruinen und Zerstörungen ist Hitler!). Darüber lassen sich auch sehr gut Aufsätze und Diktate schreiben. ...

b) Beschäftigung der Kinder mit Gartenarbeiten, Einrichtung von Gartenarbeitschulen. Auch das verbinden mit Aufklärungsarbeit. Die Kinder können sehr gute Propagandisten des Gedankens werden, daß zur Sicherung der Ernährung die Bebauung jedes Fleckchens brauchbarer Erde notwendig ist.

c) Regelmäßige Spiele, besonders für die Jüngeren, und Sportübungen, Wanderungen, auch Besichtigungen besonders wichtiger zerstörter Gebäude und Anlagen, um den Kindern durch entsprechende Erläuterungen Hitlers Verbrechen bewusst zu machen. Vorführung von russischen Kinderfilmen, einwandfreien Lehrfilmen..., Einführung eines Kinderfunks beim Berliner Sender.

d) Unterricht in den Grundfächern (Lesen, Rechnen, Schreiben) ohne Lehrbücher. Für das Lesen dürfen vorläufig außer den Werken der Klassiker der deutschen Literatur nur die Zeitungen, die seit dem Zusammenbruch des Hitlersystems erscheinen, verwendet werden.

e) Die Lehrkörper zusammen mit Vertretern der Bezirksvolksbildungsabteilungen werden möglichst nach den ersten Wochen des provisorischen Unterrichts Beratungen mit antifaschistischen Eltern über ihre Erfahrungen durchführen.

6. Um die Erfahrungen dieser ersten Arbeiten zu sammeln und zu verarbeiten, hat die Volksbildungsabteilung in den Bezirken Lehrerberatungen durchzuführen. Sie haben zugleich durch Vorlesungen und Vorträge der antifaschistischen Orientierung der Lehrer zu dienen.

...

8. Allen Eltern steht es frei, ihren Kindern Religionsunterricht erteilen zu lassen. Er ist als zusätzliche oder Eckstunde von den von den Kirchengemeinschaften damit beauftragten Geistlichen oder Lehrern zu erteilen.

9. Beim zentralen Magistrat der Stadt Berlin ist die Abteilung Volksbildung eingerichtet. Als Unterabteilung besteht das Schulamt der Stadt Berlin. Um eine Einheitlichkeit in der Gesamtverwaltung zu gewährleisten, wird gebeten, den gleichen Aufbau auch bei den Bezirksverwaltungen durchzuführen ...

Berlin, den 11. Juni 1945

Der Magistrat der Stadt Berlin, Abteilung für Volksbildung, Schulamt - Schulze“

9 Otto Winzer (Stadtrat für Volksbildung): Man müsse sich darauf beschränken, nazistische und militaristische Erziehungselemente aus dem Schulwesen zu entfernen und im Wesentlichen wieder da anzuknüpfen, wo die Weimarer Republik aufgehört habe.

Beim Aufbau der dringend benötigten neuen Verwaltungsstrukturen war (neben dem materiellen und räumlichen Mangel) ein großes Problem, dafür befähigte Mitarbeiter zu finden, die nicht der NS-Ideologie gefolgt waren. So wurden vor allem auch solche Menschen eingesetzt, deren Qualifikation darin bestand, „politisch unverdächtig“ zu sein. Das galt besonders auch für den Bereich „Schule“. Was dies 1945 für den Aufbau des Schulwesens bedeutete, lässt sich aus einem Rückblick von Otto Winzer, dem ersten Stadtrat für Volksbildung im Nachkriegs-Berlin, erahnen:¹⁰

„Es gab keine zentrale Schulverwaltung, ja nicht einmal bezirkliche Schulverwaltungen. Die Schulgebäude waren zerstört, beschädigt oder verwüstet, die Schuleinrichtungen ausgebrannt, zerschlagen oder verschleppt, das Lehr- und Lernmaterial war, soweit nicht ebenfalls vernichtet oder beschädigt, zum allergrößten Teil unbrauchbar, da nazistisch oder militaristisch. Die Reihen der Lehrer waren gelichtet, ein Teil ruhte in den Massengräbern, ein anderer Teil war in Gefangenschaft, wieder andere waren als Evakuierte über ganz Deutschland verstreut und mit ihnen zehntausende von Kindern.“

Und im „Jahresbericht der Abteilung für Volksbildung“ aus dem Jahr 1946 heißt es unter der Überschrift „Ein Jahr geistige Enttrümmerung“¹¹:

„... Es galt nicht nur, den menschenfeindlichen, barbarischen Nazismus auszurotten, sondern auch den Kampf gegen alle seine Vorläufer aufzunehmen, jene reaktionären Traditionen des Kasernenhofes und der Untertanengesinnung zu zerstören, aus denen der Hitlerismus erwachsen war. Es konnte sich also nicht einfach um die Anknüpfung an althergebrachte Formen handeln, es musste vielmehr ein konsequenter Bruch mit den Methoden der Vergangenheit vollzogen, der Versuch eines völligen Neuaufbaues gemacht werden. Das erforderte neue Menschen, neue Ideen und auch neue Formen und Methoden. ...

Durch die Hilfe der Alliierten Kommandantur ist es dem Magistrat gelungen, den Schulen 11.883 Tonnen Briketts und 3.959 Tonnen Koks zu liefern und so die notwendigste Beheizung der Schulen zu sichern, eine Tatsache, deren Bedeutung um so größer ist, als nicht wenige Kinder in diesem Winter zu Hause keinen warmen Raum hatten. Allerdings wurde dieser Erfolg beim Heizen der Berliner Schulen nur dadurch erreicht, daß in vielen Bezirken Berlins in drei-, vier und sogar fünf-fachen Schichten nur ein Unterricht von drei bis vier Kurzstunden erteilt werden konnte, ja, in manchen be-

sonders in Mitleidenschaft gezogenen Bezirken kam es auch vor, daß die Kinder nur ihre Hausaufgaben abliefern, die Schulspeisung einnahmen, neue Hausaufgaben erhielten und wieder nach Hause gingen. ...

Alles bisher Gesagte betrifft nur die materielle Grundlage des Schulbetriebes, noch nicht seinen Inhalt, nicht die erforderliche Demokratisierung der Schule, ihre Erneuerung im Geiste einer wahrhaft fortschrittlichen, kämpferischen Demokratie. Das Grundproblem dieser demokratischen Erneuerung unserer Schule ist der Lehrer, der Erzieher. Gleich zu Beginn der Wiederaufnahme des Schulbetriebes wurden alle ehemaligen Mitglieder der Nazipartei, insgesamt 2.474, aus dem Schuldienst entfernt bzw. nicht wieder eingestellt. Die Berliner Schulen, die einmal rund 14.000 Lehrer hatten, nahmen nach dem Zusammenbruch mit 2.663 ordentlichen Lehrern ihre Tätigkeit wieder auf. Sie mußten schnellstens durch neue Kräfte ergänzt werden. Neben 828 Hilfslehrern aus dem Lehrerberuf kamen bis März 1946 2.325 Hilfslehrer aus anderen Berufen hinzu, die sich durch Hospitieren sowie in pädagogischen Kursen und in Arbeitsgemeinschaften die unumgänglich notwendigen Kenntnisse aneigneten. ... Trotzdem sind zwei Momente nicht außer acht zu lassen. Das ist erstens die starke Überalterung der ordentlichen Lehrer (das Durchschnittsalter der Lehrer beträgt 59 Jahre, das der Lehrerinnen 49 Jahre). Zweitens ist auch die Zahl von 8.889 Lehrkräften bei weitem noch nicht ausreichend. Die Hilfslehrer, die sich neben dem Unterricht auf die erste Lehrerprüfung vorbereiten müssen, können nur mit 12 bis 18 Stunden in der Woche eingesetzt werden. Dies berücksichtigt, ergibt sich heute folgendes Bild: An den Volksschulen entfällt auf 58 Kinder eine Lehrkraft, an den Mittelschulen auf 37 Kinder, an den höheren Schulen auf 21 Schüler und an den Berufs- und Fachschulen auf 53 Schüler. Diese Ziffern offenbaren nicht nur den noch immer akuten Lehrermangel, sondern auch die absolut unsoziale Benachteiligung der Volksschulen zugunsten der höheren Schulen. ...“

2. Zielvorstellungen

Erst die „Übergangslehrpläne für die Volksschulen der Stadt Berlin“ vom 15. Oktober 1945 skizzierten neben Strukturvorstellungen auch Ansätze von Bildungszielen.

Auf eine vierjährige Grundschule sollten nebeneinander eine vierjährige Volksschule und eine achtjährige höhere Schule aufbauen. Insgesamt wollte man das Niveau der Volksschule durch die Aufnahme von Fächern, die bisher im Lehrplan dieser Schulart nicht enthalten waren, deutlich anheben: Ab Klasse 5 war

¹⁰ zitiert nach Rene Ejury 2004

¹¹ Magistrat der Stadt Berlin: Jahresbericht 1946, S. 143ff.

für alle Schüler Unterricht in einer Fremdsprache vorgesehen sowie qualifizierter Fachunterricht in Algebra, Geometrie und Physik ab der 7. Klasse, um der „Jugend aller Schichten dieselben Möglichkeiten ... auf Zugang auch zu den höchsten Bildungsstätten“ bieten zu können.

Die Verwirklichung der hier formulierten Ziele hing jedoch stark vom Ausbildungsstand und von der Zahl der zur Verfügung stehenden Lehrer ab sowie von den konkreten räumlichen und materiellen Bedingungen. Für Gymnasien gab es keine Vorgaben, auch nicht für Mittelschulen, die gleichwohl ab 1945 wieder zur Realität des Berliner Schulwesens gehörten.

Die Zielsetzungen der alliierten Siegermächte, die diese per Befehl oder Anordnung zur Beachtung und Ausführung an deutsche Verwaltungsstellen übermittelten, waren da schon konkreter.

Auf eine übergreifende intentionale Vorgabe hatten sich die Siegermächte bereits im Juli 1945 geeinigt. Im Protokoll der Potsdamer Konferenz (17.7.-2.8.1945) heißt es im Abschnitt „Grundsätze über die Behandlung Deutschlands“ im Punkt 7:

„Das Erziehungswesen in Deutschland muss so überwacht werden, dass die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.“

Ein neues Schulkonzept wurde hier noch nicht vorgeschlagen. Das geschah im Juni 1947 mit der „Direktive Nr. 54“, in der der Alliierte Kontrollrat „Grundprinzi-

prien der Demokratisierung des Erziehungswesens in Deutschland“ anordnete¹²:

„...“

1. Es soll allen die Möglichkeit gesichert werden, eine gleiche Schulbildung zu genießen. ...
3. Alle Kinder im Alter von 6 bis zu mindestens 15 Jahren sollen volksschulpflichtig sein. ...
4. Schulen, in denen Pflichtunterricht gegeben wird, sollen ein integrales Schulsystem bilden. Die Ausdrücke „Grundschule“ und „Höhere Lehranstalt“ sollen nacheinander folgende Erziehungsstufen, also nicht zweierlei Art oder Güte der Erziehung, die einander überlagern, bedeuten. ...“

Diese Direktive galt zwar für das ganze besiegte Deutschland; in der Mehrheit der westdeutschen Besatzungszonen wurde ihre Realisation mit vielerlei Begründungen immer wieder verschoben und in den meisten Regionen bis 1950, dem Ende ihrer Gültigkeit, kaum oder gar nicht umgesetzt.

In Berlin leitete die Alliierte Kommandatura, die aus Vertretern aller vier Besatzungsmächte gebildet wurde, diese Anordnung in ihrem Befehl „BK/O (47) 205“ der 1946 gewählten Stadtverordnetenversammlung und dem von ihr neu gebildeten Magistrat der Stadt Berlin formell als inhaltliche Vorgaben zu, die bei den Arbeiten am Gesetzentwurf für Schulreform zu beachten war.

Grundlage für diese Direktive der Siegermächte war der Bericht der US-amerikanischen Zook-Kommission¹³ über den „gegenwärtigen Stand der Erzie-

12 Landesarchiv Berlin (Hrsg.): Berlin. Quellen und Dokumente 1945-1951. Hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin. Berlin 1964, S. 545f.: Kontrollrat-Direktive Nr. 54, 25. Juni 1947 - Grundprinzipien der Demokratisierung des Erziehungswesens in Deutschland. Der Kontrollrat billigt die nachstehenden Grundsätze und übersendet dieselben als Richtlinien an die Zonal-Kommandanten und die Alliierte Kommandatura Berlin.

1. Es soll allen die Möglichkeit gesichert werden, eine gleiche Schulbildung zu genießen.

2. Unterricht, Lehrbücher und sonstiges unentbehrliches Lehrmaterial sollen in allen ausschließlich durch öffentliche Mittel unterhaltenen Lehranstalten unentgeltlich erteilt bzw. überlassen werden, wenn die Schüler hauptsächlich im schulpflichtigen Alter stehen.

Ferner sind Stipendien an diejenigen zu gewähren, die deren bedürfen.

In allen anderen Lehranstalten einschließlich Universitäten sollen, wo das Bedürfnis besteht, nebst Stipendien auch Unterricht, Lehrbücher und unentbehrliches Material ebenfalls unentgeltlich erteilt bzw. überlassen werden.

3. Alle Kinder im Alter von 6 bis zu mindestens 15 Jahren sollen volksschulpflichtig sein. Ferner sollen alle Schüler, die ihre Studien auf keiner Vollschule fortsetzen, bis zum vollendeten 18. Lebensjahr teilschulpflichtig bleiben.

4. Schulen, in denen Pflichtunterricht gegeben wird, sollen ein integrales Schulsystem bilden. Die Ausdrücke „Grundschule“ und „Höhere Lehranstalt“ sollen nacheinander folgende Erziehungsstufen, also nicht zweierlei Art oder Güte der Erziehung, die einander überlagert, bedeuten.

5. Alle Schulen sollen sich für die Entwicklung eines bürgerlichen Verantwortungsgefühls besonders interessieren und sollen die Auffassung einer demokratischen Lebensweise unterstreichen, und zwar durch die Wahl der Lehrpläne, Lehrbücher und Lehrmittel sowie auch durch die Schulorganisation selbst.

6. Lehrpläne sollen die Förderung von Verständnis und Achtung gegenüber anderen Nationen zum Ziele haben, und zu diesem Zwecke soll das Studium moderner Sprachen Wichtigkeit beigemessen werden, ohne irgendeine dieser Sprachen zu bevorzugen.

7. Erziehungs- und Berufsberatung soll allen Schülern und Studenten zugänglich sein.

8. Die Gesundheit aller Schüler und aller Studierenden soll überwacht werden, und Unterricht in Hygiene ist ebenfalls zu fördern.

9. Alle pädagogische Ausbildung soll auf einer Universität oder auf einer der Universität gleichstehenden Anstalt stattfinden.

10. Alle erforderlichen Maßnahmen sollen zur wirkungsvollen Teilnahme der Bevölkerung an der Reformierung, der Organisation und der Verwaltung des Erziehungssystems getroffen werden.

13 Diese „United States Education Mission to Germany“ wurde von George F. Zook, dem Präsidenten des American Council on Education, geleitet und hatte den Auftrag, Empfehlungen im Sinne der als notwendig erachteten „Re-education“ des deutschen Volkes zu erarbeiten. Sie wurde von den deutschen Reformpädagogen Erich Hylla und Franz Hilker begleitet. Ihr Bericht wurde veröffentlicht unter dem Titel: Der gegenwärtige Stand der Erziehung in Deutschland. Bericht der Amerikanischen Erziehungskommission. Hrsg.: Die Neue Zeitung, München 1946. Hier zitiert als: Zook 1946

hung in Deutschland“ vom September 1946.

Aus den Empfehlungen der Zook-Kommission:

Das bisherige Schulwesen in Deutschland habe „bei einer kleinen Gruppe eine überlegene Haltung und bei der Mehrzahl der Deutschen ein Minderwertigkeitsgefühl entwickelt, das jene Unterwürfigkeit und jenen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, auf denen das elitäre Führerprinzip gedieh“.¹⁴ Es sei alleine schon durch seine Struktur hochgradig selektiv und betone dadurch die Unterschiede zwischen den sozialen Klassen.

Deshalb müsse es nun nach demokratischen Gesichtspunkten umgestaltet werden, damit die auf Geld, Geburt und Stellung begründeten Klassenunterschiede beseitigt werden:

„Die Volksschulen, die höheren Schulen und die Berufsschulen sollten weit mehr als bisher vereinigt werden zu einem umfassenden Schulsystem für alle Kinder und Jugendlichen unterhalb des Hochschulalters. ...

... Die Entwicklung eines umfassenden Erziehungssystems für alle Kinder und Jugendliche ist von allergrößter Bedeutung. Die Worte ‚elementar‘ und ‚höher‘ in der Erziehung sollten in erster Linie nicht zwei verschiedene Arten oder Qualitäten des Unterrichts bezeichnen (wie es die deutschen Worte Elementarschule¹⁵ und höhere Schule tun), sondern zwei aufeinander folgende Schulabschnitte, wobei die Elementarschule die Klassen 1-6 und die höhere Schule die Klassen 7-12 umfasst. In diesem Sinne sollten die Berufsschulen als Teil des höheren Schulwesens gelten. ...

Die höheren Schulen aber - höhere und Berufsschulen - sollten soweit als möglich in einheitlichen Schulen organisiert werden. Alle höheren Schulen sollten schulgeldfrei sein, so dass der Besuch künftig nicht mehr auf die Besitzenden beschränkt ist.“¹⁶ Im Mittelpunkt des Unterrichts sollten soziale Lernformen und die Vermittlung demokratischer Werte stehen. Schulbesuch und Lernmittel sollten kostenfrei sein.

Als Kernstück einer umfassenden Schulreform sei jedoch die Lehrerbildung zu sehen: „Wenn wirklich ein hoher Stand der Lehrerbildung erreicht werden soll, muss der Ausbildungsplan für die Volksschullehrer mindestens drei, wenn möglich vier Jahre nach der Reifeprüfung der höheren Schule umfassen. ...“ Deshalb sollte die gesamte Lehrerausbildung an einer Universität oder einem Pädagogischen Institut von Universitätsrang erfolgen.¹⁷

3. Umsetzungsbedingungen

Die im Juni 1945 erlassenen „Vorläufigen Richtlinien ...“ hatten noch keine Änderung in der traditionellen Schulstruktur vorgegeben. Als allgemein bekannter Orientierungsrahmen stand daher vor allem der hergebrachte Schulaufbau zur Verfügung. Statt das Schulwesen umzuorganisieren, waren aber zunächst einmal materielle und personelle Voraussetzungen zu schaffen, um überhaupt wieder den Unterricht aufnehmen zu können:

Viele Schulgebäude waren zerstört, andere wurden von alliierten oder deutschen Dienststellen oder als Flüchtlingsunterkünfte und Krankenhäuser genutzt, so dass z. B. in den drei von westlichen Alliierten besetzten Sektoren Berlins 1945 für 237.000 Schüler nur 198 Schulgebäude mit 2.350 Klassenräumen zur Verfügung standen, während in denselben Stadtbezirken vor Beginn des Krieges 394 Schulen mit 8.300 Klassenräumen von nur 218.000 Schülern besucht worden waren.

Neben der räumlichen Misere bestand das zweite große Reformhindernis in der ungenügenden Anzahl und Reformbereitschaft der vorhandenen Lehrer: So wurden im August 1945 die 234.224 in Berlin registrierten Schüler von 5.331 Lehrkräften betreut, davon waren 3.895 „ordentliche“ (= vollausgebildete) Lehrer, die aber - nach Ansicht des zuständigen Stadtrates - zum großen Teil „die Aufgaben der Zeit durchaus noch nicht verstanden“ hatten.¹⁸ Ein großer Anteil dieser Lehrer hatte während der Kaiserzeit seine ersten beruflichen Erfahrungen gesammelt und war unter den gesellschaftlichen Normen dieser Zeit oder im und nach dem Ersten Weltkrieg erstmals professionell geprägt worden.¹⁹

Bis Anfang 1948 konnte zwar die Zahl der Lehrkräfte durch die Einstellung von Hilfslehrern und pädagogisch nicht vorgebildeten Schulhelfern auf rund 10.000 erhöht werden, dabei sank jedoch der Anteil der ausgebildeten Lehrer von 73 Prozent (1945) auf 40 Prozent.²⁰

Die frühen statistischen Daten aus jener Zeit weisen aus, dass dieser Mangel an „ordentlichen“ Lehrern vom Neubeginn an in den verschiedenen Schulformen in unterschiedlichem Maße herrschte und dass außerdem beträchtliche Unterschiede beim Vergleich der Situation in den einzelnen Bezirken Berlins bestanden. Im Gegensatz zu den auf „Einheitlichkeit“,

14 Zook 1946, S. 26

15 Gemeint ist hier wahrscheinlich Volksschule (Übersetzungsfehler?). Siehe dazu Punkt 4 der Kontrollrats-Direktive Nr. 54.

16 Zook 1946, S. 28ff. - Hervorhebungen im Original.

17 Zook 1946, S. 33f.

18 Landesarchiv Berlin 1964, S. 515 ff.

19 Das Durchschnittsalter der 1945 vorhandenen „ordentlichen“ Lehrer lag bei 60 Jahren (der Lehrerinnen bei 50 Jahren); sie waren also um 1885 geboren und um 1905 in den Schuldienst eingetreten.

20 DIE LEHRERGEWERKSCHAFT (künftig: DL) 11/1948, S. 84ff.

	Volks- schulen	Sonder- schulen	Mittel- schulen	Ober- schulen	Berufs- und Fachschulen
durchschnittliche Klassenfrequenz:	41,0	19,3	37,2	30,5	30,3
auf einen ausgebildeten Lehrer entfallen durchschnittlich ... Schüler	99,2	28,9	44,3	29,1	77,5
auf eine Lehrkraft (einschließlich Schulhelfer) entfallen durchschnittlich ... Schüler	49,3	26,0	34,9	24,1	54,1

Tabelle 2: Klassenfrequenzen und Schüler-Lehrer-Relationen nach Schulformen in Berlin
(Stand: 1. Oktober 1946; Quelle: DL 2/47, S.15)

„Chancengleichheit“ und „soziale Demokratie“ gerichteten Zielen der Schulreform etablierten sich während der ersten Wochen des Schulbetriebs jene traditionellen Strukturen, die in der nach Schulform und sozialer Wohnregion abgestuften Ausstattung und Angebot dem Bild der ständisch-sozial gestuften Gesellschaft entsprach, die eigentlich überwunden werden sollte.

Seit dem Schulbeginn 1945 war bis zum 1. Oktober 1946 der Anteil der vollausgebildeten Lehrer an den Berliner Schulen insgesamt von 73 Prozent auf 60,6 Prozent gesunken. An den Volksschulen hatte noch nicht einmal jede zweite Lehrkraft eine vollständige Ausbildung absolviert, mindestens jede dritte war ein „Schulhelfer“ (also ein pädagogischer Laie) - während an den Oberschulen diese Laienhelfer nur 6,1 Prozent der dort tätigen Lehrkräfte ausmachten und noch nicht einmal jede fünfte kein „ordentlicher“ Lehrer war. Nur die „Hilfslehrer“ waren relativ gleichmäßig auf alle Schularten verteilt.

Insgesamt kann man wohl sagen, dass die traditionelle Benachteiligung der Volksschule im Hinblick auf die berufliche Ausbildung der Lehrer an den einzelnen Schulformen nach 1945 durchaus nicht aufgehoben wurde. Diese Diskriminierung lässt sich auch an den Klassenfrequenzen und an den Schüler-Lehrer-Relationen aufzeigen: Einem vollausgebildeten Lehrer standen an der Volksschule fast 100 Schüler gegenüber, an Mittelschulen dagegen nur knapp halb so viele, und noch nicht einmal 30 an Oberschulen. Der Einsatz von Hilfslehrern und Schulhelfern senkte die Schülerzahl pro Lehrkraft an Volksschulen zwar auf unter 50, sie betrug damit aber noch immer mehr als das Doppelte des entsprechenden Wertes an Oberschulen.

In den westlichen Vororten Berlins war traditionsgemäß auch 1946 die Zahl der höheren Schulen und ihrer Schüler erheblich größer als in den einwohner-

reichen mittleren und östlichen Bezirken. Bezogen auf die Gesamtschülerzahl betrug der Anteil der Schüler an höheren Schulen z.B. in den bürgerlichen Bezirken *Zehlendorf* und *Wilmersdorf* 32 Prozent bzw. 23 Prozent, in den Arbeiterbezirken *Kreuzberg* und *Friedrichshain* dagegen nur 6 Prozent und 5 Prozent. Auch die Schüler-Lehrer-Relationen wiesen im September 1945 regionale Unterschiede aus, die die traditionelle Bevorzugung der westlichen Bezirke zu Lasten der mittleren und östlichen bestätigte: Während in den Bezirken *Mitte* und *Kreuzberg* 105 bzw. 125 Schüler auf einen voll ausgebildeten Lehrer kamen, waren es in *Zehlendorf* und *Wilmersdorf* nur 50 bzw. 35. An den höheren Schulen betrug diese Relation im westlichen Bezirk *Wilmersdorf* 11:1, dagegen 60:1 im Bezirk *Prenzlauer Berg*.²¹

Diese Entwicklung, die offensichtlich eher auf die Restauration der traditionellen Schulverhältnisse als auf deren Reform hinauslief, wurde administrativ abgesichert in der „Verordnung über Schulaufsicht und Schulverwaltung“ vom 27. August 1945²² des von der SMAD eingesetzten *Magistrats*. Hier wurden z. B. die *Durchschnittsfrequenzen* in unterschiedlicher Höhe für Klassen an (in absteigender Reihenfolge) Volksschulen, Mittelschulen und höheren Schulen festgelegt (§ 7) sowie die Höhe des *Schulgeldes* „sinngemäß nach dem preußischen Gesetz vom 18. Juli 1930“ für den Besuch der höheren Schulen (240 RM) und der Mittelschulen (120 RM) bestimmt (§ 9). Neben der traditionell höheren *Pflichtstundenzahl* für Lehrer an Volksschulen und der entsprechend niedrigeren für Lehrer an höheren Schulen (§ 8) findet man in dieser Verordnung auch eine Vorschrift, die die hergebrachten *Dienstbezeichnungen* für Leitungsfunktionen aus dem hierarchisch gegliederten Schulwesen übernahm: „*Erster Lehrer*“, „*Hauptlehrer*“, „*Rektor*“, „*Direktor*“, „*Studiendirektor*“. Das *berufliche Schulwesen* wurde in seiner traditionellen Sonder-

²¹ Landesarchiv Berlin 1964, S. 535 und 516.

²² Ebenda, S. 509-512.

stellung belassen (§ 6), und man war sich z.B. in der Magistratssitzung am 3. September 1945 durchaus nicht einig, ob die Berufs- und Fachschulen „nach ihrer Organisation und Zwecksetzung“ der Wirtschaftsverwaltung bzw. der Arbeitseinsatzverwaltung oder der Schulverwaltung zu unterstellen seien.

Im Oktober 1945 waren lediglich Lehrpläne für die Volksschule erlassen worden, die keinerlei Hinweise auf Ziele und Ausgestaltung der höheren Schule beinhalteten und die Mittelschulen noch nicht einmal erwähnten. Diese „weiterführenden“ Schulformen, die ja gleichwohl einen Teil der Realität im Nachkriegsschulwesen Berlins darstellten, konnten und mussten sich ohne neue (über die Entnazifizierung hinausgehende) administrative und politische Vorgaben weitgehend in ihren traditionellen Strukturen reorganisieren.

Auf den Etat der Stadt Berlin wirkte sich diese stillschweigende Duldung einer faktischen Restauration im Schulwesen durchaus positiv aus: Von den im Haushaltsjahr 1946 im Bereich Schulwesen erzielten Einnahmen der Stadt in Höhe von 23 Millionen RM wurde der überwiegende Teil durch das an höheren Schulen und Mittelschulen zu zahlende Schulgeld aufgebracht. In der Beratung für das Haushaltsjahr 1947 sah man sogar bei den Mittelschulen, die ja nach Kriegsende offiziell überhaupt nicht eröffnet oder durch einen formellen Akt zugelassen worden waren, ein Anwachsen der Schülerzahl von 13.500 (zahlenden) Schülern 1946 auf 15.500 im Jahre 1947 vor.²³

Als 1948 das „Schulgesetz für Groß-Berlin“ endlich in Kraft trat, traf es also auf ein in traditionellen Strukturen weitgehend gefestigtes Schulwesen, das den im Gesetz nun enthaltenen Reformvorstellungen grundlegend widersprach und eher geeignet schien, die soziale Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung zu wahren.

4. Das „Schulgesetz für Groß-Berlin“ 1948

Während der Diskussionen um das neue Schulgesetz zeigte sich in der deutschen schulpolitischen Öffentlichkeit ein breiter Konsens über Aufbau und Ziele der neuen Schule, der im Anschluss an die Reformdiskussion der Weimarer Zeit und im gemeinsamen Willen einer demokratischen Erneuerung Deutschlands im wesentlichen auch die Vorgaben der Alliierten beachtete.

Von den politisch relevanten Gruppierungen verharrte mit ihren die Zulassung von Privatschulen, den Religionsunterricht und die Wahlmöglichkeit „Latein“ als erster Fremdsprache betreffenden Forderungen am stärksten die CDU in traditionellen Vorstellungen. Aber selbst der von der *CDU-Fraktion* im März 1947 der *Stadtverordnetenversammlung* vorgelegte *Entwurf zu einem Schulgesetz für Groß-Berlin* stellte in den Mittelpunkt des gesamten Erziehungs-, Unterrichts- und Bildungswesens eine in Grund- und Oberstufe gegliederte *Einheitsschule* (§ 2,1), deren auf die sechsjährige gemeinsame Grundstufe (§ 5,2) folgende (ebenfalls sechsjährige) Oberstufe sich lediglich in einen „praktischen“ und einen „wissenschaftlichen“ Zweig gabeln sollte.

Die Gesetzesvorlage des (SPD-geführten) *Magistrats*²⁴ und der Entwurf der CDU stimmten in weiten Teilen wörtlich überein und hatten ebenso wie der Entwurf der SED²⁵ folgende Grundsätze zum Inhalt:

- *staatliche Aufsicht über das gesamte Schulwesen,*
- *Schulpflicht für alle bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres,*
- *gemeinsame sechsjährige (SED: achtjährige) Grundstufe,*
- *fachlich gegliederter Unterricht und Beginn einer Fremdsprache (Englisch, Französisch oder Russisch; in der CDU-Vorlage als „Sonderform“ auch Latein) von der 5. Jahrgangsstufe an,*
- *Einbeziehung des beruflichen Schulwesens in die allgemeine Schulgesetzgebung und in den allgemeinen Schulaufbau,*
- *Schulgeld- und Lernmittelfreiheit,*
- *Möglichkeit, auch noch nach der 8. Klassenstufe von einem Zweig der Oberstufe in den anderen zu wechseln.*

Die vierte in der Stadtverordnetenversammlung vertretene Partei, die LDP (Liberal-Demokratische Partei, später: FDP), brachte ihre Vorstellungen zur Schulreform nicht mit einer eigenen Vorlage in das Gesetzgebungsverfahren ein, sondern lediglich durch ihre Redebeiträge im Plenum und in den Ausschüssen sowie während ihrer Verhandlungen vor allem mit der SPD. Dabei wurde die LDP durch Georg Wolff vertreten, der als ehemaliger Vorsitzender des Verbandes der Lehrer und Erzieher die Verbindung zu reformpädagogischen

23 *Plenarprotokoll der StVV vom 8. Mai 1947 über die „Erste Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs für 1947“.*

24 *Dem aufgrund der Wahlen von 1946 gebildeten Magistrat gehörten 7 Stadträte der SPD, 3 der CDU, 2 der LDP (später: FDP) und 2 der SED an; den Stadtrat für Volksbildung stellte die SPD, die keinen gesonderten Fraktionsentwurf zur Schulreform vorlegte. - Die hier erwähnten Übereinstimmungen zwischen den Vorlagen von Magistrat und CDU bilden ein äußeres Zeichen dafür, wie sehr die sozialdemokratischen Unterhändler im Magistrat der CDU entgegengekommen waren, um deren Zustimmung zu erreichen und um sich von der als „kommunistisch“ diffamierten SED deutlich absetzen zu können.*

25 *„Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“, hervorgegangen aus einer „Zwangsvereinigung“ von SPD und KPD im sowjetisch besetzten Sektor der Stadt, aber auch im Westteil zugelassen.*

Vorstellungen der Weimarer Zeit (und damit auch zur Einheitsschule) ideell und personell herstellte.

Nach den vorhandenen Protokollen wurden im Parlament außer den von den Parteien artikulierten Vorstellungen und den Vorschriften der Alliierten (insbesondere der Direktive Nr. 54) auch die noch im März 1947 eingebrachte Eingabe der gewerkschaftlich organisierten Lehrer und Erzieher Berlins berücksichtigt.

Die am 13. November 1947 von der SPD, LDP und SED beschlossene, von der Alliierten Kommandatura mit Wirkung vom 1. Juni 1948 angeordnete und am 26. Juni 1948 vom Magistrat verkündete Einheitsschule²⁶ hatte im „Schulgesetz für Groß-Berlin“ folgenden Aufbau:

Nach Punkt 4 des Gesetzes sollte das „Schul- und Unterrichtswesen Groß-Berlin... in einem einheitlichen Aufbau den Schulkindergarten, die in sich gegliederte zwölfjährige Einheitsschule, die Fachschulen und die Hochschulen“ umfassen.

Für die gemeinsame Grundstufe der Einheitsschule waren acht Schuljahre vorgesehen: mit dem Beginn des fachlich gegliederten Unterrichts und einer zu wählenden Fremdsprache für alle Schüler im 5. Schuljahr

sowie einer weiteren Differenzierung nach wahlfreien Kursen (neben weiterhin gemeinsamen Kernunterricht) mit Beginn der 7. Jahrgangsstufe.

Nach der achten bzw. neunten Jahrgangsstufe sollte keine „Entlassung“ oder ein „Abgang“ aus der gemeinsamen Grundstufe erfolgen, sondern lediglich ein „organischer“ Aufstieg in eine weitere Stufe der Einheitsschule im Rahmen der zwölfjährigen Schulpflicht.

Auch noch nach der von der 9. Klasse an vorgesehenen Trennung der Oberstufe in einen zur Hochschulreife führenden „wissenschaftlichen Zweig“ und den die praktische Berufsarbeit und die Berufsausbildung begleitenden „praktischen Zweig“ der Einheitsschule waren die Klassen beider Zweige „grundsätzlich in ein und demselben Gebäude unterzubringen und vom gleichen Lehrpersonal gemeinsam zu unterrichten, sofern sich die Fächer zum gemeinsamen Unterricht (eigneten)“ (SchG Punkt 20).

Die (im Vergleich zur traditionellen Berufsschule) erweiterte Allgemeinbildung (neben den speziell beruflich-fachlichen Inhalten) sollte zu einer Verlängerung des die Lehre oder Berufsausübung begleitenden Unterrichts auf zwei Tage pro Woche mit mindestens zwölf Stunden führen; für arbeitslose Jugendliche war die Vollschulpflicht an einer Berufsschule innerhalb der

²⁶ Die zeitgenössische Veröffentlichung des Gesetzes wurde eingeleitet durch folgenden Text:

„DIE BERLINER EINHEITSSCHULE“

Das Berliner Schulgesetz ist nach langem geistigem Ringen aller fortschrittlichen Kräfte unserer Heimat Wirklichkeit geworden.

Dieses Einheitsschulgesetz ist eine revolutionäre Tat. Die Durchführung des Gesetzes ist Voraussetzung für die geistige und weltanschauliche Erneuerung unseres Volkes. Jeder Pädagoge und Erzieher muss sich innerlich verpflichtet fühlen, den hohen Gedanken der sozialen Gerechtigkeit und demokratischen Freiheit zu verwirklichen. Soziale Gerechtigkeit! Schulgeld-, Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen beseitigen die Bildungsvorrechte der Vergangenheit. Kein Almosen! Schulgeldfreiheit ist allgemeines Recht. Jeder Schüler hat gesetzlichen Anspruch auf Förderung. Eignung und Bildungswille allein entscheiden. Alle Kinder und Jugendlichen besuchen eine Schule, die Einheitsschule. Kein Nebeneinander der verschiedenen Schularten als Ausdruck der verschiedenen Volksschichten.

Lehrer und Eltern vereinigen sich zu erzieherischer Lebenshilfe an der Jugend. Schüler selbstverwaltung, Elternausschüsse, gemeinsame Erziehung beider Geschlechter sind charakteristische Merkmale der neuen Schulgemeinschaft.

Sie nimmt das Kind nach dem freiwilligen Besuch des Kindergartens mit 6 Jahren auf und entlässt den Jugendlichen mit 18 Jahren in das Berufsleben oder in das Fach- und Hochschulstudium. Die Entwicklung aller Anlagen und Fähigkeiten der Schüler ist gewährleistet durch den vierjährigen „praktischen Zweig“ (Berufsfindungsjahr, dann Berufsschule oder Berufsfachschule) und den ebenfalls vierjährigen „wissenschaftlichen Zweig“ (früher höhere Schule). Beide Zweige bilden die Oberstufe, die sich nach dem 8. Schuljahr auf der Grundstufe aufbaut. Der praktische Zweig steht gleichwertig neben dem wissenschaftlichen, die wissenschaftliche Begabung in gleicher Wertgeltung neben der praktischen.

Die neue Einheitsschule wird das Bildungsniveau nicht senken, sondern heben;

im praktischen Zweig

durch die Verwirklichung des Gedankens der Berufsfindung im 9. Schuljahr,

durch die Erweiterung des Berufsschulunterrichtes auf mindestens 12 Wochenstunden,

durch weiteren Ausbau der wahlfreien Lehrgänge, der Aufbaukurse und der Berufsfachschule,

durch die Betonung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer und den Werkunterricht in Kursen,

durch Einrichtung einer ganzwöchigen Schule für arbeitslose Jugendliche;

im wissenschaftlichen Zweig

durch eine zuverlässige Auslese für die geistigen Berufe — Erprobung der Eignung und Neigung in Kern- und Kursfächern vom 7. Schuljahr an —,

durch eine weitgehende Aufgliederung des Lehrgutes im 9. bis 12. Schuljahr (elastische Ausgestaltung der Oberstufe).

Der Bildungsweg über den praktischen Zweig führt zur Fachschule und auch zur Hochschule.

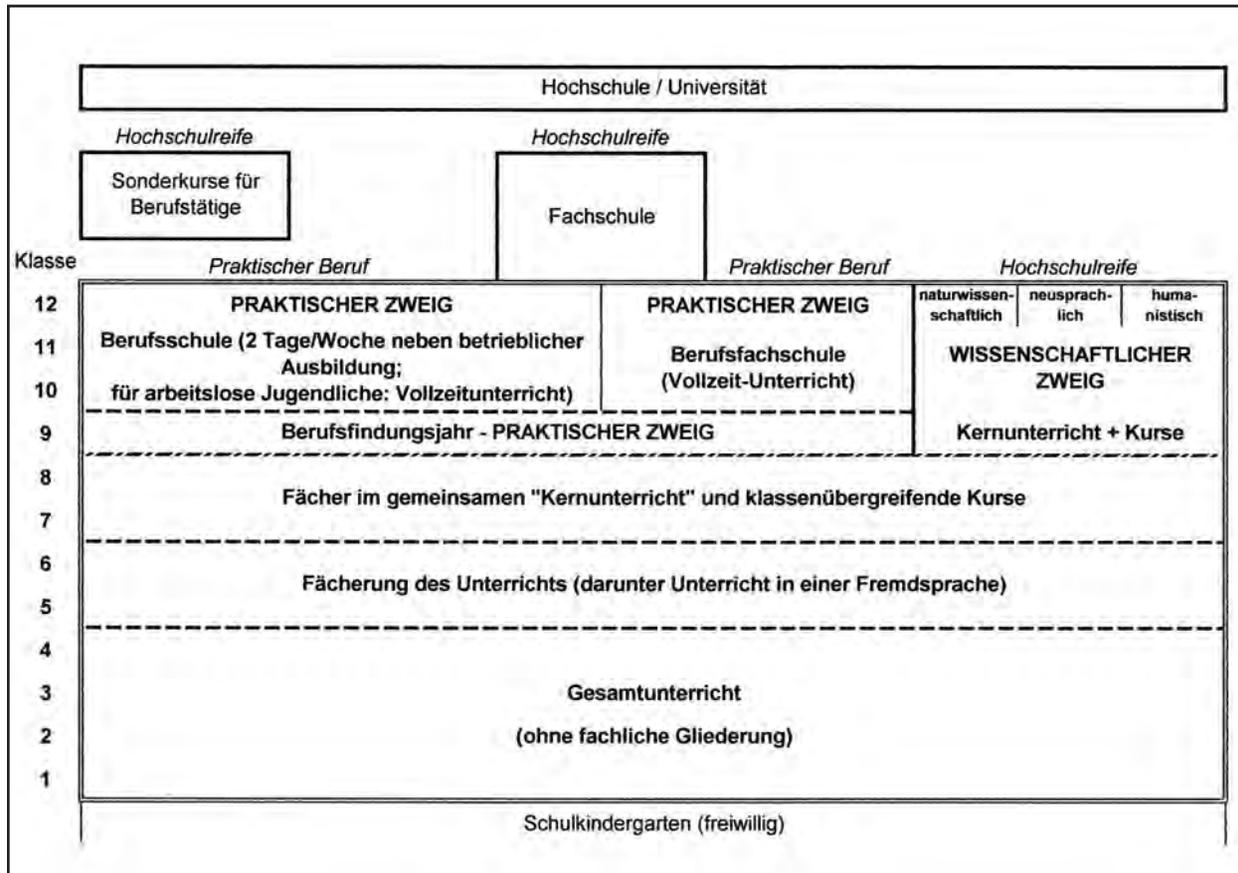
Der Religionsunterricht ist im Interesse der religiösen Erziehung der Kirche vorbehalten. Die Geschlossenheit der neuen Schule würde durch Aufspaltung in Konfessionsschulen gestört werden. Erziehung zur Toleranz muss das Bestreben jedes Lehrers sein. Die Erteilung des Religionsunterrichtes seitens der Kirchengemeinschaften erleichtert das Gesetz durch entsprechende organisatorische Maßnahmen.

Die Erziehung unserer Jugend in der Einheitsschule ist die Voraussetzung für die Neugestaltung des deutschen Gemeinschaftslebens und für die Verständigung mit ändern Völkern.

Ein Jahrhundert lang hat die fortschrittliche Lehrerschaft um die Einheitsschule gekämpft. Berlin stand stets im schulpolitischen Kampf in vorderster Linie.

Es liegt bei den Lehrern, Eltern und Schülern Berlins, die Idee der Einheitsschule in die Tat umzusetzen.

HAUPTSCHULAMT VON GROSS-BERLIN“



Schulgesetz für Groß-Berlin 1948 - Einheitsschule für Klassen 1 bis 12, Grafik: Klaus Mancke

Einheitsschule im Gesetz vorgesehen (Punkt 21).

Auch Berufstätige sollten die Möglichkeit erhalten, die Hochschulreife nachträglich zu erwerben (Punkt 24).

Schließlich sollten - nach einer Übergangszeit - nur noch Lehrer eingestellt werden, die eine wenigstens dreijährige „für den Lehrberuf anerkannte Hochschule“ besucht hatten (Punkt 25).

Dieses Reform-Modell wies im „praktischen Zweig“ der Oberstufe als hervorragende Neuerung (neben dem neunten Vollzeit-Pflichtschuljahr) die völlige Integration des beruflichen Schulwesens in die allgemeine Schulgesetzgebung vor. In der geplanten räumlichen, personellen und curricularen Verklammerung mit der Grundstufe und mit dem „wissenschaftlichen Zweig“ der Einheitsschul-Oberstufe (SchG Punkt 20,6) war die traditionelle Trennung zwischen „allgemeinbildenden“ und „berufsbildenden“ Schulen, zwischen (mit der Fiktion der „Zweckfreiheit“ behafteten)

„Bildung“ und „Ausbildung“ strukturell aufgehoben worden.

Die Integration von „beruflicher“ und „allgemeiner“ schulischer Ausbildung ist wohl als eigentlicher Kern der Schulreform von 1947/48 anzusehen.²⁷ Verbunden mit der geplanten Schulgeld- und Lernmittelfreiheit war hier ein Modell in Gesetzesrang gehoben worden, das zusammen mit weiteren Reformmaßnahmen zur Demokratisierung der Gesellschaft beitragen sollte: zum Beispiel durch Bodenreform, durch Neuordnung der Sozialversicherung und durch die Abschaffung des Beamtentums im öffentlichen Dienst.²⁸

Von alliierter Seite (insbesondere von den Amerikanern) wurde das Berliner Schulreform-Gesetz als „rühmliche Ausnahme“ und „beispielhaft“ für Reformpläne in anderen Teilen Deutschlands angesehen und als „one of the most important steps in education since the beginning of the occupation“ bezeichnet. Die Integration der beiden bis dahin getrennten Ausbildungs-Institutionen in der gemeinsamen Oberstufe

27 Auch aus zeitgenössischer Sicht; vgl.: DL 1/1947, 20/1950, Adolf Schwarzlose: Das berufsbildende Schulwesen in der Einheitsschule. In: Wege zu neuer Erziehung, 1. Jg., H. 1/1950, S.14-19.

28 Differenzierte Hinweise hierzu geben z. B. Hans-Hermann Hartwich: Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo. Köln-Opladen 1970; speziell für Berlin: Studie zur Lage und Entwicklung Westberlins (Gutachten der Wissenschaftlichen Beratungskommission beim Senat von Berlin) 1968, Jürgen Fijalkowski / Peter Hauck / Axel Holst / Gerd-Heinrich Kemper / Alf Mintzel: Berlin - Hauptstadanspruch und Westintegration. Köln-Opladen 1967.



EINHEITSSCHULE VON GROSS-BERLIN
 Grundstufe
 Mühlenau Schule des Verwaltungsbezirks Zehlendorf

Zeugnis

für Barbara Mancke
 geb. am 12. 1. 1938 in Nürnberg Kreis:
 Schüler in der 5^a Klasse*) vom 1. 9. 1948 bis 14. 7. 1949

Allgemeine Beurteilung:

Betragen: gut Fleiß: gut
Barbaras Leistungen und Mitarbeit
waren allgemein zufriedenstellend.

Leistungen:

	Kern	Kurs		Kern	Kurs
Heimatkunde:			Nadearbeit:	3	
Deutsch:	3		Hauswirtschaft:	/	
Erdkunde:	3		Rechnen:	2/3	
Geschichte:	3		Raumlehre:	/	
Musik:	2		Physik:	/	
1. Fremdsprache: <u>Englisch</u> 3	3		Chemie:	/	
2. Fremdsprache:			Biologie:	2/3	
			Körperkultur:	2/3	
Zeichnen:	3				
Werken:	/				
Handschrift:	3				

Versäumte Tage: 19 Kam / mal zu spät. Wird in die 6^a Klasse versetzt.

Bemerkungen:

Berlin Zehlendorf, den 14. Juli 1949.

Sasert
 Schulleiter

Kjübbert
 Klassenlehrer

Gelesen: L. Mancke
 Erziehungsberechtigter

BERLIN-DAHLEM
 Mühlenau-Schule
 Möhlheimer Str. 7
 Fernruf: 76 17 87

Leistungen: 1 = Sehr gut; 2 = Gut; 2/3 = Befriedigend; 3 = Genügend; 4 = Mangelhaft; 5 = Nicht genügend.
 * Die Schule umfaßt 8 aufsteigende Klassen (1. bis 8. Klasse).

Zeugnis von Barbara Mancke, Einheitsschule Berlin-Zehlendorf, 1949, Privatbesitz von Klaus Mancke

bildete dabei eine wesentliche Voraussetzung für diese Beurteilung.²⁹

Auch innerhalb der deutschen schulreformerischen Aktivitäten nahm Berlin damals mit seinem im Gesetz von 1948 vorgesehenen einheitlichen Schulaufbau durchaus keine einzigartige Sonderstellung ein. Schon im Mai 1946 war ein einheitlicher Schulaufbau mit einer achtjährigen gemeinsamen Grundstufe im für das Gebiet der sowjetisch besetzten Zone erlassenen „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ festgelegt worden.³⁰ Und die Vorgaben der im Juni 1947 von den Alliierten für ganz Deutschland verordneten „Direktive 54“ stimmten in ihren Intentionen weitgehend mit Reformbestrebungen zur Einheitsschule der zwanziger Jahre überein, die in vielen Teilen Deutschlands aus der Weimarer Zeit heraus eine gesicherte historische Tradition und in Hamburg, Bremen, Berlin, Thüringen und Sachsen besonders starke Wurzeln hatten.³¹

Im Jahre 1948 forderte die noch von Vertretern sämtlicher Besatzungszonen besuchte *Konferenz der Deutschen Erziehungsminister* einstimmig die Vereinheitlichung sowie soziale Demokratisierung und Niveauverbesserung im Schulwesen. Ein Jahr danach wurde auch in die Schulgesetze von *Hamburg* und *Bremen* eine einheitliche, auch die Berufsschulen umfassende Schulorganisation aufgenommen, die die horizontale Verbindung zwischen einzelnen Zweigen/Formen der einheitlichen Oberschule besonders berücksichtigte.³² In *Hessen* wurde ebenfalls eine „einheitliche Schule“ geplant, in deren Oberstufe die Berufs- und Berufsfachschulen sogar stärker als die direkt zur Hochschulreife führende „Studienschule“ berücksichtigt waren.

Widerstand gegen eine derart grundlegende Reform des traditionellen deutschen Schulwesens, wie sie in der „Direktive 54“ vorgegeben war, wurde vor allem in *Bayern*³³ und in der Programmatik von *CDU* und *CSU* geübt, während die *SPD* auf ihren Parteitag in Nürnberg (1947) und Düsseldorf (1950) für die

Errichtung der „differenzierten Einheitsschule“ eintrat.

Der Widerstand der Konservativen konnte sich auf die allgemein bekannten Strukturen des herkömmlichen Schulaufbaus stützen, in denen sich - teilweise spontan - das Nachkriegsschulwesen zu organisieren begonnen hatte. Gründe für solche spontanen Re-Organisationen in den traditionellen Strukturen lagen zum Teil in dem Versuch, durch einen Rückgriff auf „hellere Zeiten“ die während NS-Zeit, Kriegswirren und dem in einer Gegnerschaft zur „Überfremdung“ durch das zum Teil als „Besatzungs-Diktat“ empfundenen Reformprogramm der Alliierten verloren gegangene Identität wiederzugewinnen. Sie waren teilweise aber auch im Fehlen einer schulpolitischen Gegenkonzeption zu sehen - wie z. B. in *Württemberg-Hohenzollern*,³⁴ wo die *SPD* der Kultur- und Schulpolitik nur sekundäre Bedeutung beimaß und auch keine organisierte Lehrerschaft entsprechende Forderungen erhob. Hinzu kam, dass die westlichen Alliierten in der allerersten Nachkriegszeit den Deutschen gegenüber keine klare Reformkonzeption vertreten, der noch nicht aus Wahlen hervorgegangenen deutschen Administration für solche grundlegende gesellschaftliche Änderung die demokratische Legitimation abgesprochen und deshalb zunächst die vorfaschistischen Modelle der Weimarer Zeit zugelassen hatten.

Spätere Reformvorschläge von deutscher Seite wurden z.B. von der amerikanischen Militärregierung teilweise nicht deshalb abgelehnt, weil sie ihren Vorstellungen widersprachen, sondern weil sie ihr nicht weit genug gingen.³⁵

5. Das Ende der Schulreform in West-Berlin bis Anfang der fünfziger Jahre

Ehe sich die Berliner Schulreform durchsetzen konnte, wurde sie jedoch im westlichen Teil der Stadt gestoppt. Dies ist vor allem auf die Veränderungen in der internationalen Politik und deren Auswirkungen auf Deutschland zurückzuführen. 1947 verkündete

29 Das wird z. B. deutlich in der Behandlung der von deutschen Stellen den Alliierten vorgelegten Reformplänen (Huelsz 1970, Winkeler 1971). Vgl. dazu auch die Darstellung des Leiters der Abt. für berufliche und technische Erziehung beim Office of Military Government for Germany (U. S.) in Berlin, F. J. Keller: *Berufliche Erziehung in Deutschland*. in: *Die Deutsche Berufs- und Fachschule*, 45. Jg. 1949, S. 1941.

30 In: Leonhard Froese (Hrsg.): *Bildungspolitik und Bildungsreform. Amtliche Texte und Dokumente zur Bildungspolitik im Deutschland der Besatzungszonen, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik*. München 1969, S. 91-94.

31 Vgl. Wolfgang Scheibe (Hrsg.): *Zur Geschichte der Volksschule*, Bd. II (19. und 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart). Bad Heilbrunn, 2. A. 1974, Helmut Sienknecht: *Der Einheitsschulgedanke. Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Problematik*. Weinheim 1968, J. Tews: *Die Deutsche Einheitsschule. Freie Bahn jedem Tüchtigen. Im Auftrage des Geschäftsführenden Ausschusses des Deutschen Lehrervereins bearbeitet*. Leipzig 1916, Fritz Karsen: *Deutsche Versuchsschulen der Gegenwart und ihr Probleme*. Leipzig 1923, Franz Hilker (Hrsg.): *Deutsche Schulversuche*. Berlin 1924.

32 Vgl. dazu Froese 1969, S.37.

33 Isa Huelsz: *Schulpolitik in Bayern zwischen Demokratisierung und Restauration in den Jahren 1945-1950*. Hamburg 1970; Josef Meyer: *Der Wiederaufbau des bayerischen Volksschulwesens*. Passau 1965, S. 70-76; Karl-Ernst Bungenstab: *Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945-49*. Düsseldorf 1970, S.93-97.

34 Rolf Winkeler: *Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945-1952. Eine Analyse der Auseinandersetzungen um die Schule zwischen Parteien, Verbänden und französischer Besatzungsmacht*. Stuttgart 1971.

35 Bungenstab 1970, S. 93.

der amerikanische Präsident die sogenannte *Truman-Doktrin*³⁶ - und damit den Beginn des *Kalten Krieges*: Er propagierte die Auflösung der Anti-Hitler-Koalition und die Bildung eines westlichen Blocks unter Führung der USA. Der *Marshallplan*³⁷ sicherte den USA die dominierende Position in Westeuropa im ökonomischen und damit auch im politischen Bereich. Eng damit verbunden war eine Reaktivierung und Stützung der unmittelbar nach Kriegsende stark diskreditierten konservativen Politiker und Unternehmer. Versuche zur Neuordnung im gesellschaftlichen Bereich wurden als „kommunistisch“ diffamiert und abgeblockt. Das betraf auch den Bereich der Schule.

Von diesem Umschwung des politischen Klimas war West-Berlin besonders betroffen, denn hier, geographisch mitten in der sowjetischen Besatzungszone gelegen, ging es um nicht weniger als um die Entscheidung, sich weiterhin an den westlichen Besatzungszonen zu orientieren und sich weiterhin unter den Schutz der westlichen Besatzungsmächte zu stellen - oder mittelfristig ein Teil der sowjetischen Besatzungszone zu werden.³⁸

In der Bildungspolitik wurde hier vor allem die Einheitsschule angegriffen. Zwar hatte das antagonistische Zusammenspiel von alliierter Reformeifer und konservativem deutschen Widerstand in den westlichen Besatzungszonen fast überall die Restauration des Schulwesens in den herkömmlich-ständischen Strukturen bewirkt, jedoch meldete das *Statistische Bundesamt* für das Jahr 1952 noch 294.937 Schüler an „Einheitsschulen“ der Bundesrepublik (bei 6,8 Millionen Schülern insgesamt) und weitere 265.950 Schüler in West-Berlin.³⁹ Aber allein der - auch in der DDR gebräuchliche - Terminus „Einheitsschule“, hinter dem in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin nun kaum mehr als eine Erinnerung an frühere Reformkonzepte stand, war noch derart vom „Ost“-Stigma beladen, dass er in der Folgezeit durch die Klausel „Schulen mit neu organisiertem Aufbau“ ersetzt wurde.

Zu diesem Zeitpunkt jedoch entsprachen die so bezeichneten schulischen Organisationsformen keineswegs mehr einem Modell der Einheitsschule, wie es im Berliner Schulgesetz von 1948 vorgesehen worden war. Vielmehr handelte es sich hier nur noch um eine auf den allgemeinbildenden Bereich beschränkte ad-

ditive Verbindung der Volksschuloberstufe, der Mittelschule und der Höheren Schule, die allerdings mit neuen Namen belegt worden waren und auf eine nun sechsjährige gemeinsame Grundschule aufbauten: „Praktischer Zweig“ (OPZ), „Technischer Zweig“ (OTZ) und „Wissenschaftlicher Zweig“ (OWZ) der Oberschule.

Im Bemühen um den Anschluss an die BRD wurde im August 1950 die Berliner Verfassung an das *Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland* angepasst. Im Vorfeld der Wahlen zum *Abgeordnetenhaus von Berlin* (anstelle der StVV) traten FDP und CDU gemeinsam besonders gegen die Einheitsschule und die einheitliche Sozialversicherung an, die nun nur noch von Sozialdemokraten verteidigt wurden. Im Vergleich zum Ergebnis der in Berlin vorangegangenen Wahlen zur 2. Wahlperiode der *Stadtverordnetenversammlung* (1948) sank der Anteil der am 3. Dezember 1950 für die SPD abgegebenen Stimmen von 64,5 Prozent auf 44,7 Prozent. Im neuen Parlament verfügten nun CDU (mit 34 Sitzen) und FDP (32 Sitze) gemeinsam gegenüber der SPD (61 Sitze) über eine Mehrheit von fünf Mandaten.

Zwar einigten sich die Parteien dennoch wieder auf *Ernst Reuter* (SPD) als *Regierenden Bürgermeister*, jedoch schlugen die neuen Mehrheitsverhältnisse im Parlament bereits in der von ihm abgegebenen Regierungserklärung unübersehbar durch. Als eine Maßnahme zur Förderung der angestrebten Integration des Westteil Berlins als einem 12. Bundesland der Bundesrepublik Deutschland kündigte Reuter bereits Anfang 1951 die Angleichung des Schulwesens an die restaurierte Schulstruktur des größten Teils der BRD an.

Nur drei Monate nach dieser Regierungserklärung verabschiedeten die Fraktionen von CDU und FDP mit 63:55 Stimmen gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten eine erste Änderungsnovelle zum Schulgesetz. Fortan bestand auch auf der normativen Ebene West-Berlins wieder ein dreigliedriges Schulsystem, das vom berufsbildenden Bereich durch „Abschlüsse“ und „Abgänge“ getrennt war und als Rudiment der Nachkriegsreform lediglich eine sechsjährige Grundschule erhalten hatte.

Die Revision des Einheitsschul-Gesetzes unter dem

36 *Truman-Doktrin*: Bezeichnung für die in einer Erklärung des US-amerikanischen Präsidenten Truman vom 12.3.1947 verkündete Bereitschaft der USA, den durch kommunistische Bewegungen und Staaten „bedrohten“ Ländern wirtschaftliche, finanzielle und militärische Hilfe zu gewähren, um sie damit in die westliche Seite einzubeziehen.

37 Der *Marshallplan*, offiziell „European Recovery Program“ (kurz ERP) genannt, war ein Wirtschaftswiederaufbauprogramm im Sinne der Truman-Doktrin, das von den USA den an den Folgen des Krieges leidenden Staaten Europas angeboten wurde. Regionen im sowjetischen Einflussbereich (also auch die SBZ) durften diese finanziellen Hilfen nicht annehmen, da sie mit der in einer Rede von US-Außenminister George C. Marshall am 5.6.1947 formulierten Forderung verbunden war, sich den Interessen und Wertvorstellungen der USA zu unterordnen. - Diese Rede wird zitiert in: Ernst-Ulrich Huster / Gerhard Kraiker / Burkhard Scherer / Friedrich-Karl Schlotmann / Marianne Welteke: *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949*. Frankfurt/Main, 2. A. 1973, S.341ff.

38 Siehe hierzu auch: Fijalkowski u. a.: *Berlin - Hauptstadtanspruch und Westintegration*. Köln-Opladen 1967.

39 *Wirtschaft und Statistik* 8/1953, S. 351 ff. und S. 392f.

politischen Primat der Integration West-Berlins in die Bundesrepublik Deutschland wurde zu einem Zeitpunkt realisiert, an dem die 1948 auf sieben Jahre konzipierte Phase des „organischen Aufbaus“ der neuen Schule gerade erst begonnen hatte: Die 1948 erstmals eingerichteten 5. Klassen der Einheitsschule hatten 1951 gerade einmal die 7. Klassenstufe erreicht und mit dem Kern- und Kursunterricht begonnen, als dieses Reformmodell abgebrochen wurde. Der Kalte Krieg sorgte für eine Art „Hallstein-Doktrin“⁴⁰ im Bildungsbereich: Die Nähe zum in der BRD vorherrschenden Schulsystem war zu suchen, Elemente der im sowjetisch besetzten Teil der Stadt und in der DDR etablierten Einheitsschule waren zu vermeiden.⁴¹

Amtlich begründet wurde dieser „neue“ Schulaufbau im Rückgriff auf Argumente einer nativistischen, also primär auf ererbte, genetisch bestimmte Anlagen beruhenden, statischen Begabungstheorie, wobei man von genau drei Begabungen ausging, mit der jeder Mensch leicht erkennbar und dauerhaft ausgestattet sei. In der 3. Durchführungsverordnung zum Schulgesetz (3. DfVO) liest sich das so:⁴²

„... § 4

1. Die Grundschule vermittelt die Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten und entwickelt die verschiedenen Begabungen in einem gemeinsamen Bildungsgang.
2. Die Oberschule fördert und pflegt die verschiedenen Begabungsrichtungen in den besonderen Bildungsgängen der einzelnen Zweige.
3. Der Praktische Zweig der Oberschule vermittelt den Schülern, die überwiegend praktisch-manuell begabt sind, eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine erfolgreiche Berufsausbildung und entwickelt die Fähigkeit, diese allgemeine Bildung später zu erweitern.
4. Der Technische Zweig der Oberschule vermittelt den Schülern, deren Begabung überwiegend auf die praktische Anwendung theoretischer Kenntnisse gerichtet ist, eine vertiefte und erweiterte allgemeine Bildung als Grundlage für den Eintritt in entsprechende Berufe.
5. Der Wissenschaftliche Zweig der Oberschule dient der Erziehung zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit und führt die überwiegend theoretisch-wissenschaftlich begabten Schüler zur Reife.
6. Die Wissenschaftlichen Oberschulen in Aufbauform geben Schülern des Praktischen oder Technischen Zweiges, deren Begabung und Bildungswille erst später hervortreten, die Möglichkeit, das Bildungsziel des Wis-

senschaftlichen Zweiges der Oberschule zu erreichen.
...“

Die Berliner Einheitsschule war damit terminologisch und strukturell beseitigt worden, noch bevor der 1947 von einer breiten parlamentarischen Mehrheit befürwortete Neuaufbau auch nur im Ansatz realisiert worden war und erprobt werden konnte. Faktisch und im Bewusstsein von Eltern, Schülern, Lehrern und Öffentlichkeit war die traditionelle Trennung zwischen „allgemeinem“ und „beruflichem“ Schulwesen auch nach 1948 nicht unterbrochen worden. Selbst die für das 7. und 8. Schuljahr vorgesehene Differenzierung des Unterrichts nach Kern und Kurs, deren schulorganisatorische Realisation in den am 1. September 1950 gebildeten siebenten Klassen erstmals begonnen hatte, ähnelte stellenweise mehr der herkömmlichen Aufteilung der Schüler auf verschiedene Schultypen als den Intentionen des Einheitsschulgesetzes. So kam es 1951 trotz der recht rasch durchgeführten Revision keineswegs zu einem „großen Bruch“ in der Schulpraxis, da lediglich die Schüler der neuen siebenten Klassen nachträglich auf die 1951 geschaffenen drei Oberschul-Zweige verteilt werden mussten. Und bereits diese Verteilung entsprach wieder jenen an den Sozialstatus ihrer Bewohner gebundenen Unterschieden zwischen den einzelnen Bezirken, die bereits aus der Weimarer Zeit her bekannt waren und sich in den Schülerzahlen der seit 1948 „auslaufenden“ Mittel- und Oberschulen bis zur Revision des Schulgesetzes im Jahre 1951 aufzeigen lassen (Tab. 3)

Die wiederhergestellte sozial-regionale Benachteiligung der Einwohner in innerstädtischen und Arbeiter-Bezirken West-Berlins (vor allem: Kreuzberg, Wedding, Neukölln) im Vergleich mit den südwestlichen „bürgerlichen“ Vororten (Steglitz, Wilmersdorf, Zehlendorf) manifestierte sich auch am Ende des folgenden Schuljahres in den bezirksspezifischen Empfehlungen der Grundschulen für den Übergang in die 7. Klassen der Oberschulen (Tab. 4).

Neben der in der 3. DfVO von 1951 auch formal bestätigten Nachfolge von OTZ und OWZ in der Tradition der früheren Mittelschulen und höheren Schulen bestätigen diese Daten die OPZ als Schule der „restlichen“ Schüler in der Nachfolge der alten Volksschul-Oberstufe. Als dann 1952 (gegen die Stimmen der SPD) mit einer weiteren Gesetzesänderung der zweite Berufsschultag für Handwerk und Gewerbe

40 Die nach Walter Hallstein (1951-1958 Staatssekretär im Auswärtigen Amt der BRD) benannte Doktrin hatte zum Ziel, die DDR außenpolitisch zu isolieren, indem die Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Drittstaaten mit der DDR als einen „unfreundlichen Akt“ ansah, der sich gegen den Alleinvertretungsanspruch der BRD als einzig legitimen deutschen Staat richtete. Staaten, die Beziehungen mit der DDR aufnahmen, riskierten wirtschaftliche Sanktionen der BRD, die bis zum Abbruch diplomatischer Beziehungen führen konnten.

41 Grigoleit (FDP) im Abgeordnetenhaus am 5.4.1951: „Wir wollen alles vermeiden, was den Eindruck erwecken könnte, dass die Berliner Schule eine der ostzonalen Einheitsschule verwandte Form aufweise.“

42 Dritte Durchführungsverordnung zum Schulgesetz für Berlin. Vom 13. Dezember 1951.

Bezirk	Schüler in den Klassen 6 und 7 am 23.6.1951	davon gingen über in die Klassen 7 und 8 der ... (in %)		
		OTZ	OWZ	OTZ + OWZ
Wedding	6192	20,0	8,9	28,9
Kreuzberg	5211	19,8	9,9	29,7
Spandau	4907	19,9	15,6	35,5
Neukölln	7540	25,0	11,3	36,3
Tiergarten	3087	25,7	11,5	37,2
Reinickendorf	6019	27,5	15,3	42,8
Schöneberg	4512	23,3	22,3	45,6
Charlottenburg	4721	27,2	23,1	50,3
Wilmersdorf	2910	32,4	23,5	55,9
Tempelhof	3321	29,6	29,1	58,7
Steglitz	4172	33,7	36,0	69,7
Zehlendorf	2576	28,8	41,5	70,3
West-Berlin	55168	25,4	18,6	44,0

Tab. 3: Übergänge der Schüler in die Klassen 7 und 8 der OTZ und der OWZ nach der Neuordnung des Schulaufbaus in West-Berlin 1951 (Quelle: DL 14/1951, S. 218; z.T. eigene Berechnung)

Bezirk	Anzahl der Schüler (=100 %)	davon erhielten eine Empfehlung zum Übergang auf den			
		OPZ (in %)	OTZ (in %)	OWZ (in %)	OTZ + OWZ (in %)
Kreuzberg	2720	67	24	9	33
Wedding	3496	66	25	9	34
Neukölln	3914	65	26	9	35
Tiergarten	1825	64	25	11	36
Spandau	2612	63	23	14	37
Charlottenburg	2888	60	25	15	40
Reinickendorf	3290	59	28	13	41
Schöneberg	2679	56	28	16	44
Tempelhof	1821	54	27	19	46
Wilmersdorf	1877	48	27	25	52
Steglitz	2306	46	33	21	54
Zehlendorf	1350	36	33	31	64

Tab. 4: Empfehlungen der Grundschule für den Übergang auf die Oberschule in West-Berlin Ostern 1952 (nach: Schneider 1952⁴³, S. 536)

ausgesetzt wurde, war die von CDU und FDP vorangetriebene Restauration des traditionell vertikal-differenzierten und vom berufsbildenden Bereich separierten Schulwesens zunächst abgeschlossen.⁴⁴

Die 1951 mit ihrer Errichtung proklamierte „Gleichwertigkeit“ der drei Oberschul-Zweige⁴⁵ wurde dabei nicht realisiert. Insbesondere die Entwicklung der OPZ als Nachfolgerin der Volksschul-Ober-

43 Hans R. Schneider: Der Übergang in die Oberschule in Westberlin Ostern 1952. In: Pädagogische Blätter, 3. Jg., H. 23-24/1952, S. 534-538.

44 Vgl.: Studien zur Lage... (1968), S. 78ff

45 So z.B. Tiburtius, der Senator für Volksbildung (Protokoll des Abgeordnetenhauses vom 10.5.1951, S. 288)

stufe stand dabei unter ungünstigen Vorzeichen.⁴⁶ Im Bewusstsein von Eltern, Schülern und Lehrern stellte sich der „Praktische Zweig“ bereits im ersten Jahr seiner Errichtung als eine „Schule minderer Güte“ dar, als eine „Armeleuteschule“, deren Schüler nicht - wie für die anderen Zweige - nach besonderen Neigungs- und Begabungsrichtungen ausgewählt, sondern tatsächlich der verbliebene „Rest“ gewesen seien.

Da sich die Siegermächte 1945 im Potsdamer Abkommen geeinigt hatten, ganz Berlin als eine Einheit zu behandeln, galt auch das „Schulgesetz für Groß-Berlin“ für ganz Berlin, also auch für den sowjetisch besetzten Sektor. In den Jahren nach der Teilung der Stadt im Herbst 1948 drifteten die beiden Stadthälften jedoch in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen auseinander und bekamen getrennte Verwaltungen und Parlamente. So wurde in Ost-Berlin die Einheitsschule von den 1951/52 in West-Berlin beschlossenen Gesetzesänderungen nicht mehr betroffen, sie näherte sich in ihrer Entwicklung dem im Schulwesen der DDR seit 1946 geltenden „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ an. Ab Ende der 50er Jahre galten für die Schulen in Ost-Berlin dieselben normativen Bedingungen wie in allen anderen Bezirken der DDR. Zwar stand auch hier zunächst eine reformpädagogisch geprägte Einheitsschule im Mittelpunkt, die aber zunehmend ersetzt wurde durch ein kommando-zentriertes System mit stalinistischen Verengungen, zentralistischen, am Marxismus-Leninismus orientierten Vorgaben und Kontrollen. Reformpädagogische Zielsetzungen und Modelle wurden zunehmend als „bürgerliche Pädagogik des Westens“ diffamiert, die mit „sozialistischer Pädagogik“, mit der „Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit“ unvereinbar sei. Somit hörte das Berliner Schulmodell von 1948 Anfang der 50er Jahre auch in Ost-Berlin auf zu existieren.

Völlig verschwunden aus der Berliner Schullandschaft war die Einheitsschule damit aber nicht: Dem 1951 novellierten „Schulgesetz für Berlin“, das nunmehr nur noch für den Westteil der Stadt galt, wurde später ein Reform-Paragraph eingefügt, nach dem im Einzelfall Abweichungen von der eigentlich vorgegebenen Struktur zugelassen werden konnten.⁴⁷ Und

eine solche Ausnahme-Genehmigung erhielt 1951 auch die Onkel-Bräsig-Schule (seit 1956: Fritz-Karsen-Schule) in Berlin-Neukölln, die als einzige Schule West-Berlins als Einheitsschule entsprechend dem im Punkt 20 des Schulgesetzes von 1948 beschriebenen Schulaufbau weitergeführt werden durfte.⁴⁸

Was blieb sonst in der 1952 restaurierten Dreigliedrigkeit des Schulwesens West-Berlins von der Reformkonzeption des Jahres 1948?

Verglichen mit der in der Weimarer Zeit vorherrschenden Schulstruktur, in der sich ja fast alle westdeutschen Länder reorganisiert hatten, behielt die neue „Berliner Schule“ mit der organisatorischen Aufteilung der traditionellen Volksschule in eine sechsjährige Grundschule und einer von ihr gelösten, eigenständigen „Oberschule Praktischen Zweiges“, in der formal gewährleisteten horizontalen „Durchlässigkeit“ innerhalb der Eingangsstufe des vertikal gegliederten Oberschul-Systems sowie im Bemühen um ein anspruchsvolleres Curriculum (Pflichtfremdsprache, statt „Naturkunde“ und „Naturlehre“: Physik, Chemie, Biologie), der Schulgeld- und Unterrichtsmittelfreiheit, einige Rudimente der ursprünglichen Reformkonzeption. Hinzu kamen:

- die zunächst auf 9 Jahre verlängerte allgemeine Vollzeit-Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche (1979 auf 10 Jahre ausgedehnt, davor als freiwilliges 10. Schuljahr an OPZ/Hauptschulen ab 1956),
- die Schulgeldfreiheit,
- der „Reform-Paragraph“ 3 bzw. 3a im Schulgesetz ab 1952 mit „Schulen besonderer pädagogischer Prägung“
- die an Schulstufen (statt an Schularten) orientierte Lehrerausbildung und
- die Ausbildung für alle Lehrer-Laufbahnen nach Erwerb der allgemeinen Hochschulreife an wissenschaftlichen Hochschulen für eine Dauer von mindestens sechs (später acht) Semestern.⁴⁹

Einheitsschule in Berlin nach 1945 gescheitert - Gott sei dank oder vertane Chance?

Ob die Einheitsschule im damaligen West-Berlin gescheitert ist, ist sicher eine Frage der Definition von „scheitern“.

46 Darauf hatten Gegner der Revision frühzeitig hingewiesen. Siehe z.B. die „Erklärung des Senats der Pädagogischen Hochschule zur Änderung des Berliner Schulgesetzes“ in: DL 12/1951, S. 179-180

47 § 3 (später: § 3a) SchG: „(1) Die Schulbehörde hat Vorsorge zu treffen, dass wertvolle fortschrittliche pädagogische Ideen Gelegenheit finden, in öffentlichen Schulen ihre Bedeutung zu erweisen. ...“ Nach diesem Paragraphen wurden als „Schulen besonderer pädagogischer Prägung“ neben der Fritz-Karsen-Schule auch die Schulfarm Insel Scharfenberg, das Französische Gymnasium und die John-F.-Kennedy-Schule zugelassen. Gegenwärtig laufen ca. 20 Schulen unter diesem Titel (jetzt nach § 18 des aktuellen Schulgesetzes) - wenn auch nicht als Einheitsschulen.

48 Bescheid des Senators für Volksbildung, Tiburtius (CDU), vom 5. Juli 1951.

49 In manchen Ländern der BRD dauerte die Ausbildung zum Lehrer bis weit in die 60er Jahre hinein nur vier Semester; zusätzlich reichte zuweilen noch immer ein „Pudding-Abitur“ zum Studium an einer PH aus. - In der DDR wurde im März 1953 mit der „Verordnung der Regierung der DDR über die Neuregelung der Ausbildung der Lehrer ...“ eine niveaueverschiedene Ausbildung festgeschrieben.

Das Projekt „Einheitsschule“ gehörte nach Ende des Krieges zu einem Bündel von gesellschaftlichen Reformmaßnahmen, mit denen in der von den vier Siegermächten zunächst gemeinsam verwalteten Stadt so etwas wie ein „Dritter Weg“ zwischen den sich machtpolitisch weltweit entwickelnden Fronten hätte begangen werden können. Neben dem Schulbereich gehörten dazu beispielsweise die einheitliche, für die gesamte Bevölkerung verpflichtende Sozialversicherung und die Abschaffung des Beamtentums mit seinen „hergebrachten“ Grundsätzen.

Doch außerschulische Entwicklungen wie

- die getrennten Währungsreformen in den westlichen Besatzungszonen und in der sowjetischen Zone,
 - der Beginn des Kalten Krieges,
 - die Blockade der Verbindungswege nach West-Berlin und die Luftbrücke,
 - die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik,
 - die vollständige Einbeziehung und Anpassung West-Berlins in und an das Wirtschaftssystem der BRD
- verhinderten, dass erste Ansätze zur Verwirklichung

dieser Reformen weiterentwickelt und mit ihrer Erprobung ernsthaft begonnen werden konnte.

Die Berliner Einheitsschule wurde 1947, in einer durch Mangel und unübersichtlicher Zukunftsperspektive geprägten Zeit, nach von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges den Deutschen verordneten Vorgaben konzipiert. Durch die Politik eben dieser Weltmächte wurde ihr wenige Jahre später die Existenzgrundlage entzogen, noch bevor ihre Reformstruktur erstmals in Praxis umgesetzt werden und sich bewähren konnte.

Inzwischen sind viele Jahrzehnte vergangen. Die Berliner Schule wurde weiterentwickelt. Und wenn man will, kann man die Tatsache, dass es im (wieder vereinten) Berlin seit dem Schuljahr 2013/2014 keine Haupt- und Realschulen mehr gibt, sondern mit Sekundarschulen und Gymnasien nur noch zwei Schulformen, die auf die gemeinsame Grundschule aufbauen und die beide zur Allgemeinen Hochschulreife führen, eine strukturelle Wiederaufnahme der 1951 abgebrochenen Reform zur Demokratisierung und Vereinheitlichung des Schulwesens sehen.

Zeittafel zu: „Einheitsschule in Berlin gescheitert“

11.8.1919	Art. 144-146 Weimarer Reichsverfassung: Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht; gemeinsame Grundschule und Aufhebung der Vorschulen, achtjährige Vollzeit-Schulpflicht mit anschließender Teilzeit-Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel, akademische Lehrerausbildung
1933	Jüdische Lehrer werden entlassen, Schulleiter durch NSDAP-Mitglieder ersetzt. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentum: Vereidigung auf Hitler
15.9.1935	Nürnberger Gesetze: Juden dürfen keine öffentlichen Ämter bekleiden
29.1.1938	Ministerieller Erlaß: Schaffung einer einheitlichen Oberschule: baut auf 4j. Grundschule auf, nach Geschlechtern getrennt und umfaßt 8 Jahresklassen, Lehrpläne an NS-Ideologie ausgerichtet und im Niveau gesenkt.
15.11.1938	Juden wird der Besuch deutscher Schulen verboten.
1.9.1939	Einschränkungen für den Schulbetrieb: Schüler werden zunehmend zum Kriegshilfsdienst eingesetzt (Erntehelfer, Arbeiter in kriegswichtigen Betrieben, ab 1943 als Flakhelfer) oder vor Schulabschluß zur Armee, Lehrer werden zum Kriegsdienst eingezogen
Okt 1940	Beginn von Evakuierungsmaßnahmen für Frauen mit kleinen Kindern und „ Kinderlandverschickung “ für Schüler und Lehrer „in weniger luftgefährdete Gauen“ (bis 1946)
ab Aug 1943	kein ordnungsgemäßer Unterricht mehr: Luftangriffe, auch Schulen werden beschädigt/zerstört oder zu Notunterkünften
12.9.1944	Londoner Protokoll: Einteilung Deutschlands in den Grenzen von 1937 in drei Besatzungszonen und ein besonderes Berliner Gebiet.
4.-11.2.1945	Jalta-Konferenz: Frankreich nimmt an Besetzung und Kontrolle Deutschlands teil.
29.4.1945	Panzerbär: „Historisches Ringen“
2.5.1945	Kapitulation deutscher Truppen in Berlin
8.5.1945	Bedingungslose Kapitulation Deutschlands
1945ff.	durch NS-Zeit und Krieg traumatisierte Bevölkerung: auch Kinder, Lehrpersonen, Politiker; Schulgebäude genutzt als Auffanglager für Vertriebene + Flüchtlinge, teilweise auch als Krankenhäuser oder -stationen

Einheitsschule in Berlin gescheitert...

- 14.5.1945 Sowjetische Militär-Administration in Deutschland (SMAD) **setzt Magistrat für Groß-Berlin ein.**
- 17.5.1945 Tägliche Rundschau: „*Der Nazismus wird ausgerottet werden*“
- 5.6.1945 Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Alliierten.
- 10.6.1945 Befehl Nr. 2 der SMAD: Zulassung von Parteien und Gewerkschaften (unter Kontrolle der SMAD)
- 11.6.1945 Magistrats-Richtlinien für die Wiedereröffnung des Schulwesens.**
Ressort-Leitung Volksbildung: Otto WINZER (KPD -> SED): „... 4. *Zugleich muß der weiteren Verwahrlosung der Kinder Einhalt geboten werden. Sie müssen von der Straße weg und unter den erzieherischen Einfluß antifaschistischer Lehrkräfte gebracht werden.*“
- 4.7.1945 **Westalliierte besetzen ihre Sektoren in Berlin**
- 7.7.1945 **Direktive für die kommandierenden US-Generale** über Entnazifizierung und Neuordnung des Erziehungswesens in Deutschland
- 17.7.-2.8.1945 Potsdamer Konferenz: Grundsätze über die Behandlung Deutschlands;**
Punkt 7: Erziehungswesen: „*Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.*“
- 26.7.1945 Einbeziehung Frankreichs in die Besetzung Deutschlands
- 27.7.1945 **SMAD Befehl Nr. 17:** Errichtung einer „**Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung**“
- 6.8.1945 Atombombe auf Hiroshima
- 25.8.1945 **Befehl Nr. 40 der SMAD:** ordnet für ihre Besatzungszone Entnazifizierung der Unterrichtsinhalte und Lehrerschaft sowie den **Schulbeginn zum 1.10.1945** an.
- 27.8.1945 Berlin: Verordnung über Schulaufsicht und Schulverwaltung (galt bis 1948)
- 15.10.1945 Magistrat: Übergangslehrpläne für die Volksschulen der Stadt Berlin**
Auf eine vierjährigen Grundschule sollte nebeneinander eine vierjährige Volksschule und eine achtjährige höhere Schule aufbauen.
- Nov. 1945 Grundzüge gestufter Bezirksverwaltungen: Einrichtung von Haupt- und Bezirksschulräten
- 21.-22.4.1946 Vereinigung von **SPD und KPD zur SED** im sowjetisch besetzten Gebiet
- 31.5.1946 Alliierte Kommandatur (AK): Zulassung der SED in allen vier Sektoren Berlins
- Mai/Jun 1946 SBZ: Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule** (galt bis 1959):
8jährige Einheitsschule, keine Privatschulen, kein Religionsunterricht;
- 1.7.1945: Einheitliche Lehrpläne für die gesamte SBZ
- 1946 Magistrat: **Ein Jahr geistige Entrümmerung** (Aus dem Jahresbericht der Abteilung für Volksbildung): ...In vielen Bezirken Berlins (konnten) in drei-, vier und sogar fünffachen Schichten nur ein Unterricht von drei bis vier Kurstunden erteilt werden ..., ja, in manchen besonders in Mitleidenschaft gezogenen Bezirken kam es auch vor, daß die Kinder nur ihre Hausaufgaben ablieferten, die Schulspeisung einnahmen, neue Hausaufgaben erhielten und wieder nach Hause gingen. ...
- 12.10.1946 Empfehlungen der Zook-Kommission:**
Demokratisierung des Bildungssystems durch Stufengliederung, Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit sowie demokratische Erziehungsformen, Unterrichtsziele, Schulleben, Entnazifizierung von Unterrichtsmaterial und Schulpersonal; akademische Lehrerausbildung
- 20.10.1946 **Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung (StVV) in Groß-Berlin.**
Ressort-Leiter Volksbildung wird: Siegfried NESTRIEPKE (SPD), Walther MAY (SPD)
- 10.1.1947 OMGUS-Telegramm
- 17.1.1947 AK: erlaubt **Rückführung von 20.050 Kindern und 4.775 Müttern**, die während des Krieges in verschiedene deutsche Länder evakuiert waren, nach Berlin.
- 5.2.1947 in Berlin seit Jahresbeginn: 134 Menschen erfroren, 500 mit Erfrierungen im Krankenhaus
- 15.2.1947 Da die Haustoiletten weitgehend eingefroren sind, öffnet die BSR die Lüftungsschächte der Entwässerungsanlagen für eine „Notentwässerung“
- 2.2.1947 AK: Gesetz Nr. 46 zur Auflösung des Staates Preußen. Berlin wird „Land“.
- 27.4.1947 sämtliche U-Bahn-Linien sind wieder befahrbar
- 5.6.1947 USA: Truman-Doktrin -> Marshall-Plan** (ERP) zum Wiederaufbau Europas

29.5.1947	AK ordnet einheitliche Schulspeisung in allen Berliner Schulen an
29.5.1947	StVV beschließt 9. Pflichtschuljahr
13.6.1947	schriftlicher Behördenverkehr droht wg. Mangel an Schreibmaschinenpapier zusammenzubrechen.
25.6.1947	Direktive 54 des Alliierten Kontrollrates zur Demokratisierung des Bildungswesens in Deutschland (Grundlage: Bericht der Zook-Kommission von 1946 über deutsche Schulen in US-Zone). (Diese Direktive wurde 1950 aufgehoben.)
7.9.1947	„Rundfunk im amerikanischen Sektor“ (RIAS) beginnt Schulfunksendungen
8.-10.9.1947	SBZ: II. Päd. Kongress : Grundsätze der Erziehung in der deutschen demokratischen Schule
20.9.1947	AK: befiehlt dem Magistrat, bei der Ausarbeitung des Schulgesetzes für Groß-Berlin die Direktive 54 des Kontrollrates über die Grundprinzipien des Erziehungswesens in Deutschland zu beachten.
13.11.1947	StVV Groß-Berlin beschließt Schulgesetz : („in sich gegliederte, zwölfjährige Einheitsschule“, „ ihr Aufbau hat von unten her organisch zu erfolgen “: Koedukation nun verbindlich, wenige Privatschulen, Religionsunterricht freiwillig)
19.-20.2.1948	1. gemeinsame „Konferenz der Erziehungsminister aus ganz Deutschland“
20.3.1948	Ende des Alliierten Kontrollrates durch Auszug des sowjetischen Vertreters
16.6.1948	Alliierte Kommandantur: jetzt ohne den sowjetischen Stadtkommandanten
21.6.1948	Währungsreform in den Westzonen Deutschlands, am 23.6.1948 in West-Berlin
23.6.1948	Währungsreform in der SBZ
24.6.1948	Nach Währungsreform: Beginn der Blockade West-Berlins durch Sowjets, um Anbindung an das westliche Deutschland zu verhindern; danach: Luftbrücke der westlichen Alliierten (bis 12.5.1949).
26.6.1948	Schulgesetz für Groß-Berlin tritt in Kraft
1948	Lehrerbildung in Berlin : einheitlich an wissenschaftlichen Hochschulen, einheitliche Besoldung aller Lehrkräfte (Gegner: FU, TU, OSI: bestanden auf gymnasialer Lehrerbildung an der Uni)
2.7.1948	Konstituierung der Konferenz der Kultusminister in (West-)Deutschland (KMK)
5.-8.7.1948	SBZ: III. Päd. Kongress : erörtert politisch-ideologische Anforderungen der SED an Lehrer und Lehrerbildung, Studium der Sowjetpädagogik wird forciert.
6.9.1948	StVV und Magistrat ziehen nach West-Berlin ins Rathaus Schöneberg
30.11.1948	SED proklamiert in Ost-Berlin einen „provisorischen demokratischen Magistrat“
5.12.1948	Wahl zur StVV (nur in West-Berlin, sowjetischer Stadtkommandant verbietet diese Wahl im Ostsektor), SED nimmt nicht teil: SPD 64,5%, CDU 19,4%, LPD 16,1%
1949	Kalter Krieg, SBZ: Aufbau des Sozialismus : Demokratisch-humanistische Orientierung der Schulreform wird zunehmend ersetzt durch zentralistische Vorgaben und Kontrollen. <i>Reformpädagogische Zielsetzungen und Modelle wurden zunehmend als „bürgerliche Pädagogik des Westens“ diffamiert, die mit „sozialistischer Pädagogik“, mit Erziehung zur „sozialistischen Persönlichkeit“ unvereinbar seien.</i>
4.4.1949	Gründung der NATO
12.5.1949	Aufhebung der Blockade West-Berlins
14.5.1949	„Kleines Besatzungsstatut“ für West-Berlin (= Magistrat erhält die Befugnisse für einige bisher von den Alliierten wahrgenommene Hoheitsaufgaben)
23.5.1949	Grundgesetz / Gründung der BRD . Für Berlin bleibt alliierter Sonderstatus
23.-25.8.1949	SBZ: IV. Päd. Kongress : verabschiedet die vom Parteivorstand der SED beschlossenen Schulpolitischen Richtlinien für die deutsche demokratische Schule
7.10.1949	Verfassung / Gründung der DDR, Ost-Berlin: „Hauptstadt der DDR“
1950	Die „Direktive 54“ vom 25.6.1947 tritt außer Kraft.
4.7.1950	DDR: VO über Unterrichtsstunde rückt „führende Rolle des Lehrers“ in den Mittelpunkt und verbietet reformpädagogische Methoden
1.10.1950	Neue Verfassung von Berlin: Stadt und zugleich Land der BRD
3.12.1950	Wahlen zur StVV in West-Berlin : SPD 44,7%, CDU 24,6%, FDP 23,0%.
1950/51	West-Berlin: noch 167 Schulen in Zweischicht-, 12 in Dreischichtbetrieb.

Einheitsschule in Berlin gescheitert...

1951-1953	Ost-Berlin: Nach III. Parteitag des SED wird die Einheitsschule schrittweise in Richtung zehnjährige allgemeine Schulpflicht erweitert. Allparteien-Koalition (SPD, CDU, FDP) in West-Berlin. Ressort-Leiter Volksbildung wird (bis 1963): Joachim TIBURTIUS (CDU)
17.5.1951	Erste Novelle zum Schulgesetz: Gegen die Stimmen der SPD wird die Reform- Aufbau- und Erprobungsphase der Einheitsschule beendet und am 1. Juli 1951 ein neues Schuljahr mit der nun wieder dreigliederigen Schulorganisation begonnen. In Neukölln kann die Onkel-Bräsig-Schule (später: Fritz-Karsen-Schule) nach dem „Reform-Paragrafen“ 3 SchG als Einheitsschule weitergeführt werden.
13.12.1951	3. DfVO zum SchG vom 10.5.1951: 6jährige Grundschule, dreigliedrige Oberschule (Begründung: nativistische Begabungstheorie) . Die „auslaufenden“ Mittelschulen und Gymnasien brauchten nur ihre Namen zu ändern: Oberschule Technischer Zweig (OTZ), Oberschule Wissenschaftlicher Zweig (OWZ); Umstellung des Schuljahresbeginns; Religionsunterricht in Berlin weiterhin kein ordentliches Unterrichtsfach , weil Ausnahme durch: Art. 141 GG (Bremer Klausel) vom 1.1.1949 (da bestand schon das Berliner Schulgesetz) - noch immer einige Grundschulen ohne Koedukation
5.8.1952	2. Änderung des Schulgesetzes: Berufsschule gekürzt von zwei Tagen auf einen Tag, Wiedereinführung / Legalisierung humanistischer Gymnasien
29.7.1952	DDR: Politbüro der SED stellt der Schule ein sozialistisches Erziehungsziel.
1953	Landesbeamtengesetz: Lehrer werden wieder Beamte

Peter Kersten

(Von 1979 bis 2013 Studienrat am Rückert-Gymnasium in Berlin-Schöneberg. Unterrichtsfächer: Geschichte, Politikwissenschaft und Englisch. Regelmäßig Veranstaltungen mit Zeitzeugen. In der Festschrift zum 100jährigen Schuljubiläum 2009 verschiedene Beiträge zur Geschichte der Rückert-Schule: www.rueckert-gymnasium-berlin.de/timeline.html)

Zwischen Stillstand und Neuanfang – Die Entwicklung der Rückert-Schule von 1945 bis 1951

Die Rückert-Schule (heute: Rückert-Gymnasium) liegt zentral in Schöneberg zwischen Innsbrucker Platz und

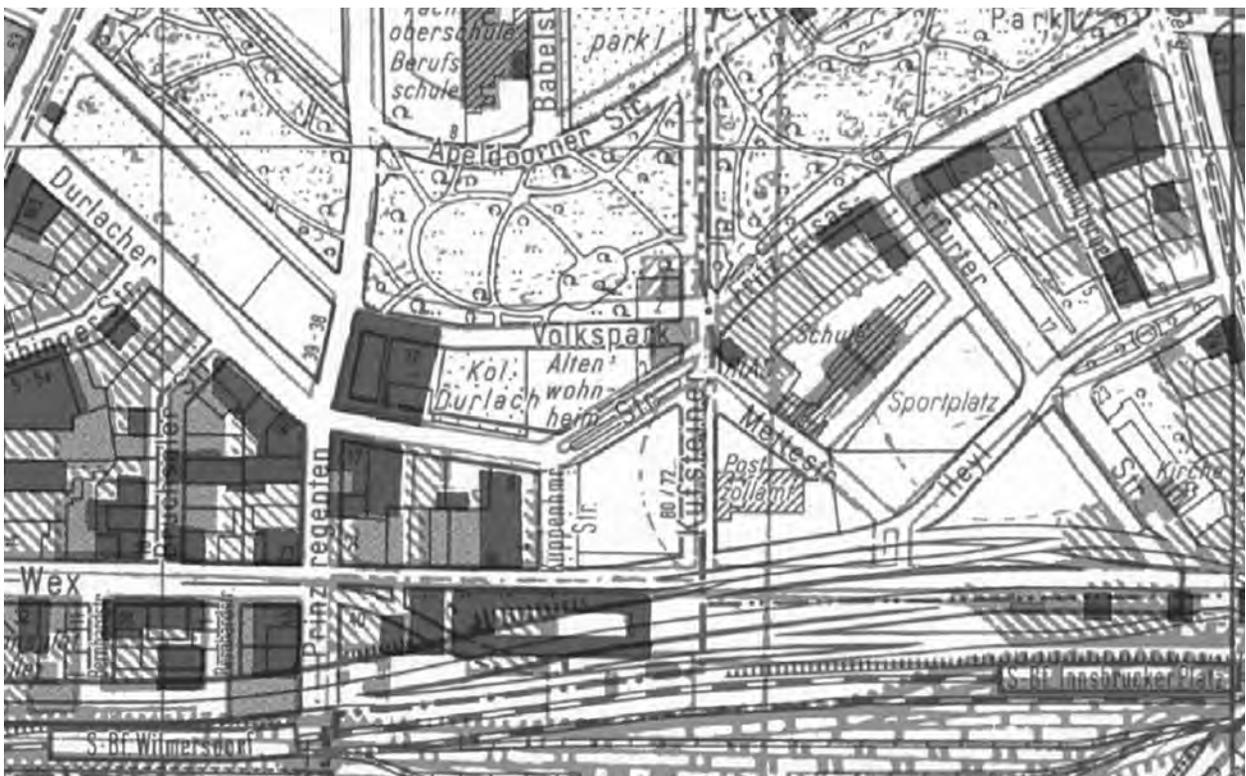


Ansicht der Rückert-Schule 1957 mit den Schrebergärten und der Wexstr. im Vordergrund.

Volkspark. Unmittelbarer Nachbar ist das Deutschlandradio (früher: Rias Berlin). Die Rückert-Schule zog im April 1914 als städtisches Lyzeum in das neu errichtete Gebäude an der Raetherstraße 2-3. Die aktuelle Schulanschrift ist Mettestr. 8, 10825 Berlin.

Der nachfolgende Text schildert die Situation der Schule zum Kriegsende, den schwierigen Neubeginn nach einer kurzen Phase der Unterbrechung des Schulbetriebs im Frühjahr 1945 sowie die weitere Entwicklung bis zur Konsolidierung Anfang der 50er Jahre.

Grundlage dafür sind die Erinnerungen von drei Betroffenen: einer jungen Lehrerin, einer 16jährigen Schülerin sowie der späteren Schulleiterin, die in der 75-Jahre-Festschrift der Rückert-Schule von 1984 ausführlich dokumentiert sind. Durch die unterschiedliche Perspektive entsteht ein anschauliches Bild der schulischen Umbruchsituation nach dem Krieg.



Die Karte zeigt die Gebäudeschäden. Das Dach war im Bereich der Aula beschädigt.
Quelle: <http://fbinter.stadt-berlin.de/fb/wms/senstadt/gebschaden>

Die Rückert-Schule im Bombenkrieg und Kriegsende

Als sich im März 1943 die Luftangriffe auf Berlin verstärkten und die Schule bei einer Bombardierung beschädigt wurde, sollte sie wie die meisten anderen Schulen auch evakuiert werden. Am 1. August 1943 begann für ein Drittel der Schülerinnen – teilweise in Begleitung ihrer Mütter – eine Odyssee in Richtung Osten.

Direktor Dr. Conrad Kölle berichtet in seinen Tagebuchaufzeichnungen von der schweren Zeit seit März 1943:

„Vor der Schule lagen Schrebergärten und ein großer Tennisplatz mit einer langgestreckten Baracke. Da war (...) eine Luftmine heruntergegangen, und durch sie war auch unser (Schul-)Haus schwer erschüttert worden. Zahlreiche Brandbomben mussten gelöscht werden, Türen waren herausgedreht und dabei zersplittert, sämtliche Fenster zerbrochen (...)

Der Unterricht musste nun für längere Zeit in einer fremden Schule abgehalten werden, was viel Unbequemlichkeit und Verdruss bereitete.

(...)

Am 1. Juli 1943 konnte die Schule wieder in ihr



Ansicht der Rückert-Schule 1957 mit den Schrebergärten und der Wexstr. im Vordergrund.

geflicktes altes Gebäude einziehen und die paar Tage hier bis zum Beginn der Ferien den Unterricht wieder aufnehmen. Dass es für mich und viele andere das letzte Mal sein sollte, ahnte damals keiner.“

Die Schule wurde nach Ortelsburg in Ostpreußen verlegt und befand sich bei Kriegsende nach einer langen Irrfahrt in einem kleinen Ort in Böhmen.

„Schule war ein Teil des Lebens und des Überlebens“

So überschreibt eine junge Referendarin und langjährige Rückert-Lehrerin rückblickend ihren Start in das Berufsleben.

„Im März ‚45 habe ich das erste Staatsexamen gemacht. Eben noch hatte ich in Bombenkellern gesessen und war mit dem Fahrrad bei Fliegeralarm durch Berlin gefahren, als das Kriegsende da war. Da bin ich auf dem Fahrrad mit meiner Freundin losgefahren, eine Schule zu suchen – mit einer alten Brille auf der Nase, ver mummt, damit man nicht auffiel; die Frauen hatten damals ständig Angst, vergewaltigt zu werden. Mich interessierte ein Gymnasium. (...) Als wir mit dem Rad die Wexstraße entlangfuhren, sahen wir hinter den Schrebergärten die Rückert-Schule. Damals befanden sich rund um die Schule nichts als Schrebergärten: da, wo der Sportplatz ist; wo heute die Neubauten der Erfurter Straße stehen; entlang der Mettestraße, beim Zollamt. Es war wunderschön: alles blühte in diesem Mai ‚45...

Da Sport mein Hauptfach ist und die Rückert-Schule zwei Turnhallen übereinander besitzt, sagte ich mir: Die Schule müsste eigentlich gut für mich sein: Die beiden Turnhallen liegen innerhalb des Gebäudes; das Gebäude ist im Krieg nicht zerstört worden; die Turnhallen könnten noch existieren, also brauchen sie dort Sportlehrer. Ich, so wie ich war, mit dem Fahrrad hingefahren, hab‘ mich durchgefragt und stieß auf ein kleines Häufchen von Lehrern. Meine Freundin und ich erzählten, dass wir Referendare seien, welche Fächer wir hätten und dass wir gern an diese Schule wollten. – Hochentzückt! Ja, bleiben Sie! Fahren Sie zum Schulrat! – Und da sind wir zum Schulrat gefahren, der uns eingestellt hat. So bin ich an die Rückert-Schule gekommen...

Die Schule als Gebäude war im Krieg stehengeblieben, aber natürlich beschädigt: Die Dachschindeln waren abgedeckt, Fensterscheiben mit Pappe und Röntgenplatten ausgeflickt. In den ersten Tagen gab es keine Schüler. Da haben wir zusammen mit Trümmerfrauen jeden Tag Eimerketten gebildet und den Schutt von oben heruntergeholt auf einen großen Schutthaufen, und ein russischer Soldat mit aufgeflepptem Bajonett hat zugesehen. Berlin war ja noch ganz und gar russisch, und es gab noch keine Sektoreinteilung.

Insgesamt bestand das Kollegium vielleicht aus zwanzig Lehrern. Männliche Kollegen waren nur wenige da. Ich war weitaus die Jüngste und blieb es auch noch lange Zeit.

Und dann sprach es sich ‚rum: Die Schule fängt wieder an. Die ersten Schülerinnen kamen.

Anfangs besuchten vielleicht 150 bis 200 Schülerinnen die Schule. Es war eine große Freude, wieder in die Schule gehen zu können. Natürlich fand zuerst kein Unterricht statt. Die Schülerinnen haben mitgeholfen, die

Schule aufzuräumen, haben Eimerketten gebildet, Trümmer weggeschafft, saubergemacht und das noch vorhandene Material gesichtet – es gab ja kein neues. Zuallererst gab es kein Wasser in der Leitung. An der Pumpe in der Erfurter Straße standen die Leute Schlange und haben in Eimern Wasser geholt. Als die Schule jedoch wieder begann, klappten sowohl Wasser- als auch Elektrizitätsversorgung.

Ich war damals 25 Jahre alt und hatte teilweise Schülerinnen, die ebenso alt waren wie ich. (...) Obwohl die Kriegsschrecken eben erst vorüber waren, Väter nicht zurückgekommen, Wohnungen zerstört waren, vermissten wir nichts, hatten keine Ansprüche. Wir wollten endlich wieder leben. Die Schule war ein Teil des Lebens und Überlebens. (...)

Das Leben war so schwer, dass die Schule eine Oase war für Musikabende, Aufführungen, Bälle und Gelächter. Es klingt eigenartig, aber wir haben damals 1945/46 in der Schule viel gelacht.“

Erundina Krafft

Erst aufräumen, dann lernen – Schule 1945

Eine 16jährige Schülerin beschreibt den schwierigen Beginn des Unterrichts im Frühjahr 1945.

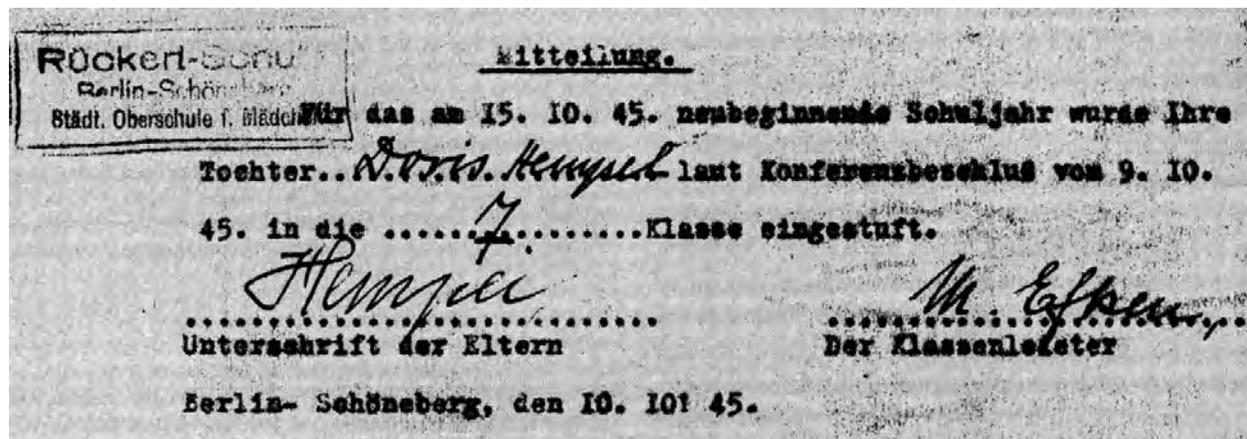
„An Unterricht war zunächst nicht zu denken, weil sich unmögliche Raumverhältnisse boten. Der alte „Kasten“ stand zwar unerschüttert in der Landschaft, Mauern und Decken legten Zeugnis ab von deutscher Wertarbeit, doch das „Innenleben“ war hin. So verwandelten sich alle in ein Räum- und Putzgeschwader. Nach einiger Zeit konnte dann mit so etwas Ähnlichem wie Unterricht begonnen werden, von linden Lüften durch Fenster- und Türhöhlen schwebend zart umweht. Es war ja Sommer.

Man fasste uns nach Altersgruppen bzw. nach angegebenen Klassenstufen zusammen und prüfte uns in allen Fächern auf Herz und Nieren; Englisch, Französisch und Geschichte entfielen, dafür zischten wir uns kyrillisch im Russischen durch eine ungeliebte Sprache. Das hatte im Juli mit der Verwaltungsübernahme durch die Amerikaner ein Ende.

Unter den Lehrern waren Rivalitätskämpfe um die Schulleitung im Gange, die auf Grund der akustischen Intensität, in der sie geführt wurden, nicht zu überhören waren. Frau Dr. Mesterknecht blieb bei diesem In-fight auf der Strecke.

Einige Handwerker bevölkerten das Gebäude, setzten Türen ein und verglasten, verpappten, verholzten und verblechten die Fenster.

Die Leistungsprüferei dauerte bis Anfang Oktober, am 9.10. entschied eine Konferenz, wer in welche Klassen-



Mitteilung an die Eltern über die Einstufung der Schülerinnen im Oktober 1945.

stufe gehörte, am 10.10. erhielten wir den schriftlichen Einstufungsbescheid.

Einige Klassenkameradinnen hatten sich Soldiers angelacht. Davon profitierte die ganze Klasse in Form von Kaugummi- und Schokoladenspenden. Am wichtigsten jedoch war die tägliche Coca-Cola-Lieferung. Mit einem Jeep fuhren die Amis vor, veranstalteten ein Hupkonzert. Zwei sprangen auf, griffen den leeren Flaschenkasten, flitzten aus dem Zimmer, nichts konnte sie aufhalten, brachten einen gefüllten Kasten retour. Manchen Lehrern schaute damals der Hunger förmlich aus den Augen. Wir „schoben“ fast alle. Da wir zu den Lehrern so allmählich ein gutes Verhältnis bekamen, profitierten sie von unseren Lebensmitteltransaktionen, die auch während der Schulzeit abgewickelt wurden, damit sie nicht wegen Hungers fehlen mussten.“

Stefka Doris Schröder

„Mädchen, kommt zur Rückert-Schule!“ – Aus Trümmern zu einem neuen Leben

Auch die spätere Schulleiterin schildert die Wiederaufnahme des Schulbetriebs als unsicher, vorläufig, und – was die Besetzung der Funktionsstellen anging – zufällig. Der Schulbetrieb konnte auch auf der Leitungsebene nur mit sehr viel Improvisationstalent wieder in Gang gesetzt werden.

„Der 22. Mai war ein Datum, das für mich selbst und für die Rückertschule von Bedeutung werden sollte. Ich hatte gehört, dass in der Ebersstraße ein Schulamt mit einem neuen Schulrat, Dr. Schaefer, eingerichtet sei. Dorthin begab ich mich am Vormittag des 22. Mai. Der Schulrat begrüßte mich als „völlig unbelastete Person“ – so nannte man damals die Deutschen, die kein Bündnis mit dem Nationalsozialismus eingegangen waren – sehr freundlich und forderte mich auf, in Schöneberg Umschau zu halten, welche Schulen am ehesten wieder instandgesetzt werden könnten; insbesondere sollte ich ein Gebäude suchen, das für eine Mädchenschule geeignet sei, um die heimkehrenden Schülerinnen der Chamisso-, Rückert- und Uhland-Oberschule aufzunehmen.

Am Nachmittag des 22. Mai stand ich vor dem Gebäude der Rückertschule, die mir aus meiner früheren Referendarzeit bekannt war. Die Türen standen offen, die meisten Fensterscheiben waren zerstört, der untere Flur etwa 1 - 2 m hoch mit Unrat bedeckt, das Dach stark beschädigt, aber die dicken, festen Mauern waren erhalten geblieben. Ich entschied mich für die Rückertschule und meldete das Dr. Schaefer, der mit meiner Wahl einverstanden war. Noch am selben Tag besorgte ich mir Papier und machte im Umkreis von etwa 100-200 m Zettel an die Bäume, auf denen zu lesen stand:

„Mädchen, kommt zur Rückertschule. Ich erwarte Euch morgen ab 9.00 Uhr. Wenn möglich, bringt einen Kittel oder eine Schürze oder einen Eimer und eine Schippe mit!“ (Unterschrift)

Schon am nächsten Tag erschienen etwa 30 mit voller Ausrüstung. Ihre Zahl vergrößerte sich von Tag zu Tag. Es waren Kinder und junge Mädchen, die die Eroberung Berlins in den Kellern durchgestanden hatten oder mit ihren Eltern im Mai von der Flucht zurückgekehrt waren. Es kamen auch schon Lehrer, Damen und Herren von Schöneberger und anderen Schulen.

Von 9.00 bis 12.00 Uhr wurde gemeinsam aufgeräumt. (...)

Am 1. Juni 1945 begann in der Rückertschule der neue eigentliche Schulbetrieb. Die Schülerinnen wurden möglichst nach Klassenstufen eingeteilt. Sie erhielten einen Klassenlehrer oder eine Klassenlehrerin. Eine größere Anzahl der Lehrer und Lehrerinnen war inzwischen eingetroffen, so dass die meisten Fächer besetzt werden konnten. Wenn ein Fachlehrer fehlte, musste ein Kollege mit verwandten Fächern das gesuchte Fach übernehmen. Es gab noch keine Bücher, weder für Schüler noch für Lehrer, keinerlei Anordnungen, keine Bildungspläne, nur einen von uns selbst entworfenen Stundenplan, der Richtung und Ordnung in das Unterrichtsgeschehen brachte. Die Schule war ganz auf das Fachwissen und das pädagogische Geschick der Lehrer und auf das Interesse, die Mitarbeit und den Fleiß der Schüler angewiesen. Alle, Lehrer und Schüler, die diese Zeit erlebt haben, sagen: „Es war die schönste Zeit, die es je in der Schule gegeben hat.“

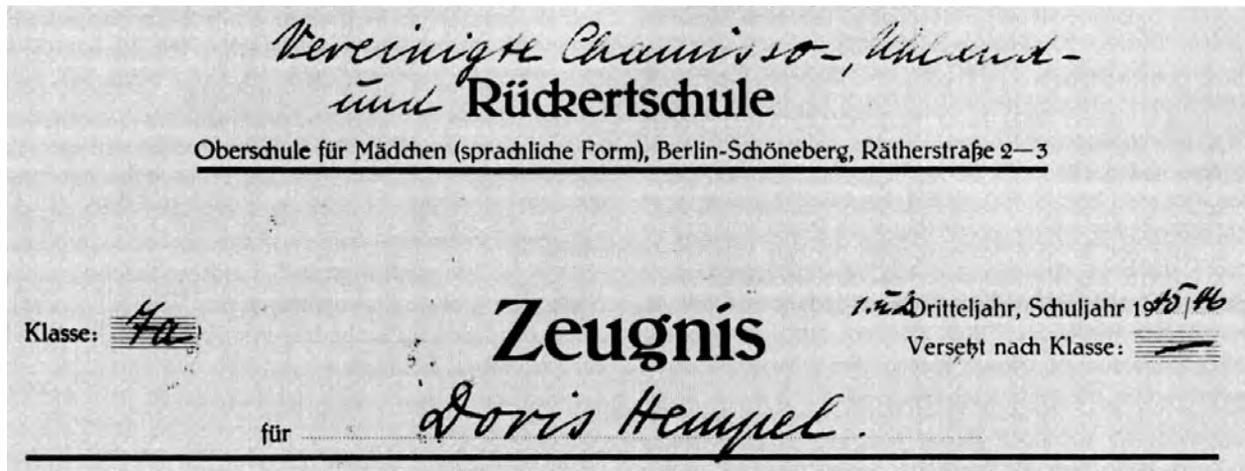
Im Juni 1945 erhielt ich eine Aufforderung des russischen Kommandanten von Schöneberg, mich vorzustellen. Da ich Gründe hatte, dieser Aufforderung nicht persönlich zu folgen, bat ich den Kollegen Dr. Hühne, mich zu vertreten. Als er zurückkam, war er zum Schulleiter unserer Schule bestimmt und blieb es, bis er am 15. Juni 1951 als Oberstudiendirektor in den Ruhestand trat. Ich war in dieser Zeit als seine Stellvertreterin tätig. Wir arbeiteten beim Aufbau der Schule zusammen.

Schon im Juni 1945 gab es Überlegungen wegen des Namens der neu entstandenen Rückert-Oberschule. Im Einvernehmen mit dem Schulrat erhielt sie für einige Jahre den Namen Vereinigte Chamisso-Rückert-Uhland-Oberschule. Die Reifezeugnisse der ersten Jahre nach 1945 weisen diesen Namen auf.

Die Namensgebung erfolgte mit Rücksicht auf die noch nicht zurückgekehrten Lehrer und Schülerinnen dieser drei Schulen. Die Schülerinnen der Rückert-Oberschule kehrten kurz nach Kriegsende aus ihrem Lager bei Prag zurück. Die Lager der Chamisso- und Uhland-Oberschule waren in Westdeutschland. Die Schülerinnen durften erst nach sehr langer Zeit – z.T. erst nach einigen Jahren – nach Berlin zurück. Die Verbindung zu ihren alten Schulen sollte durch die dreifache Namensgebung gewährleistet werden. Als dann keine Heimkehrer mehr erwartet wurden, kam es zu einem einmütigen Beschluss, dieser Schule wieder den alten Namen zu geben, mit dem man auch das Gebäude bezeichnete: Rückert-Oberschule.

Am 1. Juli 1945 zog die amerikanische Besatzung in Schöneberg ein.

Nach den großen Ferien kamen die Schülerinnen sehr fröhlich zur Schule. Sie hatten die freien sechs Wochen in dem zerstörten Berlin zubringen müssen. Da erschien ihnen die Schule wieder als interessanter Ort freundschaftlicher Begegnung und geistiger Anregung. Die Zahl der Schülerinnen hatte sich weiter vermehrt. Die



Zeugnis der (vorübergehend) vereinigten Chamisso-, Uhland- und Rückert-Schule

Unterrichtssituation war der im Juni ähnlich. Das Wichtigste für die Lehrer war die Wandtafel, das Wichtigste für die Schülerinnen Hefte oder anderes Papier. Aber die Lehrer hatten vorgesorgt.

Sie hatten Lesestoff zur Hand: Aus den Lesebüchern von vor 1933 Texte, Gedichte und Lieder, ferner gute deutsche Literatur, fremdsprachliche Lektüren, aus dem Bereich der Mathematik und der Naturwissenschaften einwandfreie Unterlagen, oft aus Fachbüchern herausgeschnitten. In allen Klassen wurde wieder eifrig gearbeitet. In den Herbst- und Wintermonaten tauchten neue Probleme auf. Die Heizung konnte nicht in Betrieb gesetzt werden. Hausmeister und Heizer besorgten einen riesigen eisernen Ofen für das Lehrerzimmer und kleine eiserne Öfen für die Klassen. Leider reichte ihre Zahl nicht aus. Bei großer Kälte wurden im Lehrerzimmer von 8.00 - 18.00 Uhr Klassen nacheinander untergebracht und unterrichtet. Man gewöhnte sich daran, dass Lehrer und Schüler während der Unterrichtsstunden immer mit Mantel, Mützen und Handschuhen bekleidet waren. All das hat den Unterricht nicht gestört. Nur in den Pausen wurden an den Öfen trockene Schnitten geröstet und mitgebrachte Getränke warm gemacht. Selbst die Schulspeisung, gespendet von den Amerikanern, die in Kübeln auf einem Handwagen von der Rheingauschule jeden Tag geholt werden musste, konnte an den Öfen aufgewärmt werden.

Auch der Winter 1945/46 ist vergangen, und die Frühjahrs Sonne hat die Mühen des Winters vergessen lassen. Das Schuljahr 1945/46 wurde von den meisten Schülerinnen erfolgreich abgeschlossen. Zum Schuljahr 1946/47 normalisierte sich das Schulleben mehr und mehr, abgesehen von den fehlenden Hilfsmitteln. Man kann sich heute wohl gar nicht vorstellen, wie so etwas möglich ist. Im Herbst 1946 fand die erste Reifeprüfung statt, die alle Schülerinnen mit Erfolg bestanden. Außerdem legten drei Studienreferendare ihre 2. Staatsprüfung ab.

Noch ein Hinweis ist notwendig.

Die Fächer Musik, Kunst und Sport machten sich neben den wissenschaftlichen Fächern nach und nach mehr bemerkbar. Sie sorgten in den kommenden Jahren für mancherlei Veranstaltungen, die das Gesicht der Schule mitprägten und den Schulalltag auflockerten.

In den Schuljahren 1947/48, 1948/49 und 1949/50 fanden jeweils eine oder zwei Abiturprüfungen statt. Von vielen Prüflingen haben wir später gehört, dass sie ihren Weg durch



Die Klasse 1a im Jahr 1947 – die letzte reine Mädchenklasse mit ihrem Klassenlehrer, Herrn Caspary

Studium, Beruf und Leben sehr erfolgreich gemacht haben.

Eine Erschwernis der Lebensbedingungen für alle Berliner, also auch für unsere Schüler, bedeutete die Blockade von Sommer 1948 bis Sommer 1949, die sich in den Wintermonaten besonders stark auswirkte.

Seit dem 1. Juni 1948 gab es in Berlin das Einheitsschulgesetz. Es ist aber nicht zur Durchführung gekommen. Am 17.5.51 und 5.8.52 erschienen die Novellen zum Schulgesetz, die eine Änderung in der Rückert-Oberschule bewirkten. Es entstand die 6jährige Grundschule. Die Schüler und Schülerinnen konnten erst im Alter von 12 Jahren in die 7. Klasse der Oberschule eintreten. Ich habe die männlichen und weiblichen Schüler gleichzeitig genannt, weil auch die Koedukation eingeführt wurde.

Manche Damen und Herren des Kollegiums zeigten etwas Sorge über diese Neuerung. Sie hat sich aber als überflüssig erwiesen. Die Knaben haben die Rückert-Oberschule nicht erstürmt. Sie kamen nach und nach. Alles ging seinen ruhigen Weg. Nur durch Sportlehrer wurde das Kollegium für die männlichen Schüler erweitert. Erst 1956 hat der erste männliche Abiturient die Rückert-Oberschule verlassen.

(...)

Von 1951 an ging es mit der Rückertschule weiter aufwärts.

Maria Efken



Die Klasse 9b mit ihrem Klassenlehrer Herrn Koppe im Dezember 1952. Die Koedukation hat Einzug gehalten. Die Jungen sitzen vorn!

Schlussbetrachtung zum Nachkriegs-Provisorium

Der organisatorische Strukturrahmen – eine Mädchenoberschule (Oberlyzeum) mit acht Schuljahrgängen, von Klasse 5 bis zum Reifeprüfungsabschluss der 12. Klasse – war neben dem stark demolierten Schulgebäude das einzige, was die vergangene Ära überdauert hatte.

Auswirkung der Einheitsschule

Das Lehrerkollegium schrumpfte von 1948 bis 1950 auch deshalb merklich zusammen, weil in dieser Zeit – jeweils zum Schuljahreswechsel im August/September – nacheinander die 5., 6. und 7. Klassenstufe bei

der Grundschule, der neugeschaffenen achtjährigen Einheitsschule, verblieb und dorthin auch die in der Oberschule Wissenschaftlichen Zweiges (OWZ) überzähligen Lehrkräfte versetzt wurden.

Durch die Veränderung des Schulsystems entstand eine drei Jahre währende Unruhe, die nur noch 1951 übertroffen wurde, als das Einheitsschulgesetz novelliert wurde. Berlin hatte sich inzwischen in einen Ost- und einen Westteil gespalten. Durch die Wahl vom Dezember 1950 war im Westteil eine Koalitionsregierung von SPD, CDU und FDP zustande gekommen, die wenige Monate später – gegen die Stimmen der

SPD – die Reduzierung der Einheitsschule von acht auf sechs Jahre (nunmehr auch „Berliner Schule“ genannt) beschloss. Da kamen die Klassenstufen 7 und 8 wieder zur Oberschule, d.h. 1951 gleich zwei Jahrgänge.

Eine Rückert-Lehrerin erinnert sich daran, dass die Aufnahme der beiden Klassenstufen nicht nur ihr die Rückkehr zur Rückertschule brachte. Der jüngere der beiden Jahrgänge war der erste, der Koedukationserfahrung mitbrachte. Von jetzt ab gab es auch Jungen an der Rückertschule.



Ansicht der Rückert-Schule 1957 mit den Schrebergärten und der Wexstr. im Vordergrund.

Fazit

Nach Kriegsende war man bemüht, möglichst schnell den gewohnten Schulbetrieb wieder aufzunehmen und da anzuknüpfen, wo der Schulbetrieb im August 1943 aufgrund der Bombenangriffe und der Evakuierung unterbrochen worden war. Anpacken, aufräumen und mit viel Improvisationstalent möglichst schnell den Unterricht wieder zu beginnen – also möglichst bald

zur (Schul-) Normalität zurückzukehren, das war das Gebot der Stunde. Das geschah zunächst in den alten organisatorischen Schulstrukturen, was aber nichts mit vermeintlichen restaurativen Tendenzen im Bildungsbereich zu tun hatte. Mit dem Gewohnten und Eingebübten weiter zu machen, das gab in der chaotischen und ungewissen Nachkriegssituation Halt und Orientierung, nicht nur den Schülerinnen. Es darf auch nicht vergessen werden, dass es sich bei der Rückert-Schule um ein traditionelles staatliches Oberlyzeum handelte, dessen Kollegium bei allem notwendigen Revirement wahrscheinlich doch bemüht war, wieder in eine gesicherte und privilegierte berufliche Situation zurückzukehren. In Notzeiten ist niemand gewillt, sich auch noch zusätzliche Probleme aufzubürden. Man musste sich zwangsläufig den schweren Startbedingungen unterwerfen und anpassen und aus der Notsituation heraus das Beste machen.

Hinweise auf eine organisatorische oder inhaltliche Reform der Berliner Schule finden sich in den vorliegenden Zeitzeugenberichten nur bei der späteren Schulleiterin, die die politischen Bestrebungen (Einheitsschule) mit dem Hinweis auf den ideologischen Ost-West-Konflikt kurzerhand für erledigt erklärt.

Die Zeitzeugenberichte geben auch keinen Aufschluss über die Haltung der Lehrerschaft gegenüber den Reformbestrebungen im Zusammenhang mit der Einheitsschule.

Brüche mit der Schulvergangenheit gab es natürlich – zum einen im Lehrerkollegium, zum anderen in den Lehrplänen und Lehrwerken. Nationalsozialistisch belastete Kollegen und Kolleginnen wurden nicht weiterbeschäftigt – allerdings war der Prozentsatz der Betroffenen an der Rückert-Schule relativ gering. Lehrbücher und Lehrpläne wurden natürlich entnazifiziert – aber dafür sorgte die alliierte Verwaltung ohnehin.

Von der Schulreform blieben der Beginn mit Klasse 7 sowie die Einführung der Koedukation übrig.

Versasser: Peter Kersten (ehemaliger Rückert-Lehrer)

Quellen:

1. 75 Jahre Rückert-Schule, Nachforschungen – Erinnerungen – Einblicke, Festschrift vom Mai 1984
2. Fotos/Abbildungen: Schularchiv / Rahel Mann / Karte „Gebäudeschäden 1945“ - Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin
3. www.rueckert-gymnasium-berlin.de/timeline.html

Regina Szepansky

(Religionswissenschaftlerin und Germanistin, stellvertretende Vorsitzende des Sachsenhausen-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland)

(Im folgenden Text werden ausgewählte Passagen der Autobiographie von Wolfgang Szepansky zitiert: Wolfgang Szepansky, Dennoch ging ich diesen Weg, Trafo-Verlag, Berlin 2000. Wir danken dem Trafo-Verlag für die Abdruckgenehmigung.)

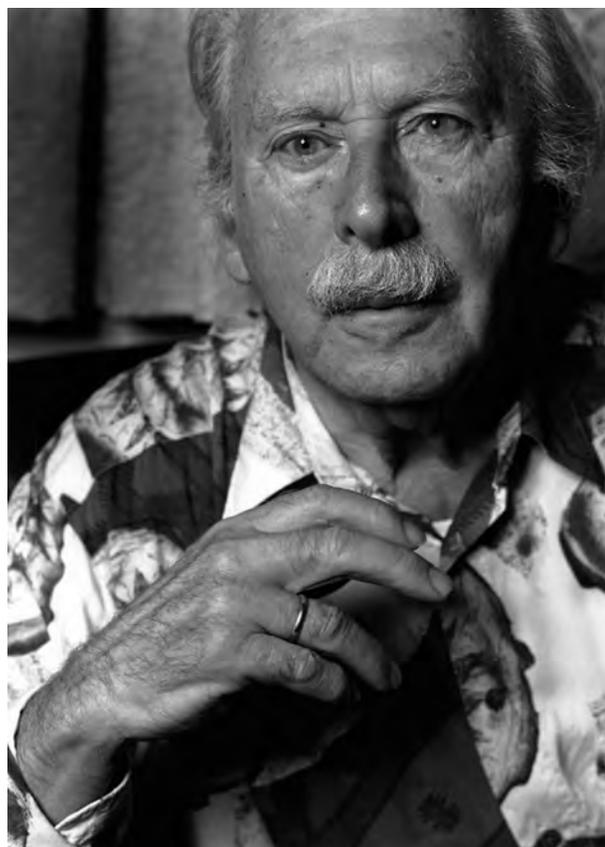
Wolfgang Szepansky – 1945 als Neulehrer in Tempelhof

Mein Vater Wolfgang Szepansky (9.10.1910–23.8.2008) wuchs in Berlin-Mariendorf in einem politisch und kulturell engagierten Elternhaus auf. Er lernte Dekorationsmaler und spielte in seiner Jugend mit der ganzen Familie Arbeitertheater in der Agit-Prop-Gruppe Roter Hammer. Als diese verboten wurde, war er aktiv im Kommunistischen Jugendverband. Im August 1933 schrieb er „Nieder mit Hitler! KPD lebt! Rot Front!“ an die Wand der damaligen Schultheiß-Brauerei in Berlin-Kreuzberg. Er wurde verhaftet und kam in das frühe KZ Columbiahaus und in die Gestapozentrale Prinz-Albrecht-Straße. Nachdem er wieder freikam, emigrierte er Ende 1933 in die Niederlande nach Amsterdam, wo er mit einer holländischen Jüdin und dem 1938 geborenen Sohn zusammenlebte. Anfang 1940 wurde er in Hoek van Holland interniert, kam wieder in die Hände der Deutschen und im Oktober 1940 schließlich ins KZ Sachsenhausen. Dort blieb er, unterbrochen von einer zweijährigen Zuchthausstrafe wegen „Rassenschande“, bis zum Todesmarsch Richtung Ostsee im April 1945. Nach der Befreiung kehrte er im Juni 1945 nach Berlin zurück, begleitet von seinem Kameraden und ehemaligen Mithäftling Karl Veken, und wurde sofort in Mariendorf wieder aktiv.

Im Folgenden zitiere ich aus der Autobiografie meines Vaters, in der er diese Zeit des Aufbruchs sowie seine Tätigkeit als Neulehrer unter den Umständen des beginnenden Kalten Krieges bis zu ihrem unfreiwilligen Ende 1951 schildert.

»In den Bezirken Berlins hatte sich außerhalb der offiziellen Magistratsstellen, die die Versorgung der Bevölkerung organisierten, die „Antifa“ gebildet. Hier meldeten sich Antifaschisten, um über alle Probleme der Aufräumungsarbeiten und des Wiederaufbaus zu beraten und tatkräftig anzupacken. Das erste, was Karl Veken mit Zustimmung der „Antifa“ und des Bürgermeisters einleitete, war eine Jugendversammlung im Bezirk. Wir klebten einige Handzettel mit der Einladung zum 18. Juni in die Eckener-Schule Mariendorf. An diesem Tag war die Aula der Schule überfüllt, Galerie und Gänge polizeiwidrig vollgestopft. Als Karl

an das Rednerpult trat, wurde er mit Beifall begrüßt. Er winkte ab: „Hört erst, was wir euch zu sagen haben. Wenn ihr uns aus ehrlichem Herzen zustimmen könnt, ist es immer noch Zeit zu klatschen.“ Er sprach von der Katastrophe, in die Europa durch die



Wolfgang Szepansky, um 2001
Foto: Privat

Faschisten gestürzt worden war, und dass es nun darauf ankäme, Not und Elend zu überwinden. Der Aufbau eines neuen Deutschland sei die ureigenste Sache der Jugend. Er rief zur Gründung eines Antifaschistischen Jugendausschusses für den Bezirk Tempelhof-Mariendorf auf. Alle, die gewillt wären, in diesem Jugendausschuss mitzuarbeiten, sollten sich am nächsten Tag in dem neu einzurichtenden Jugendheim treffen. Zuvor

hatten wir bereits vom Magistrat eine Baracke für diese Zwecke zugewiesen bekommen. Sie machte einen passablen und geräumigen Eindruck.

Achtzig Jugendliche kamen, es war ein guter Anfang. Nachdem Karl die Aufgaben des Jugendausschusses im Einzelnen erläutert hatte, wurde diskutiert. Die Jugendlichen wählten ihre Leitung. Vorsitzende wurde Elli Lommel, die schon kurz nach der Befreiung zur „Antifa“ gekommen war. Sie organisierte Heimabende, auf denen debattiert, gesungen und getanzt wurde. Englisch-Kurse und Russisch-Unterricht wurden ab sofort eingeführt, eine Theatergruppe „Jugend voran“ und ein Jugendchor wurden gebildet. Öffentliche Versammlungen wurden in der Eckener-Schule einberufen, auf denen Spielgruppen, Chor und junge Talente mit Rezitationen, Gesang und Akkordeonsolo auftraten.

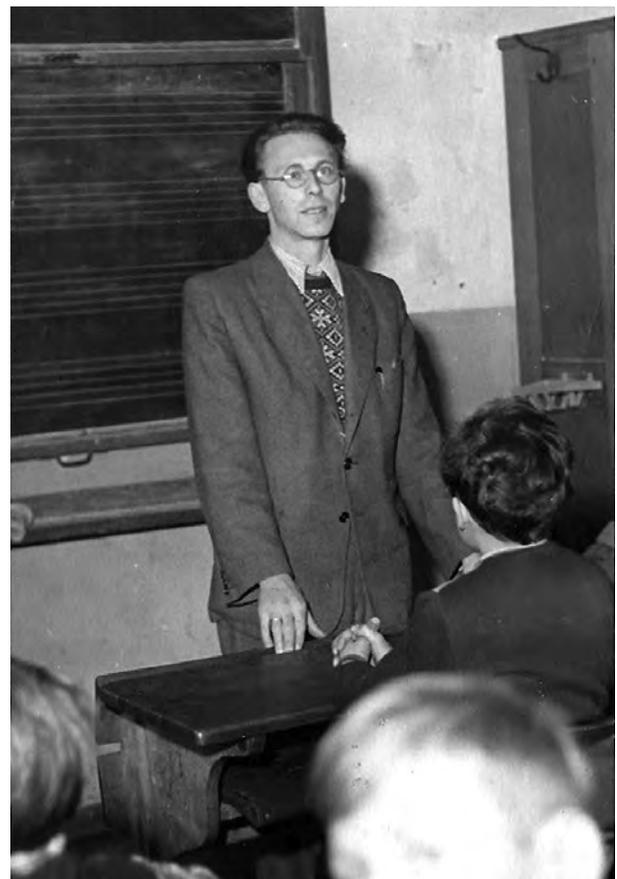
Als eine der wichtigsten Arbeiten betrachtete Karl die Werbung junger Menschen, die als Neulehrer oder Schulhelfer an Stelle der Nazilehrer mit dem Schulunterricht beginnen sollten. Es war für die Leute aus dem sich neu bildenden Schulamt selbstverständlich, dass Karl, der ehemalige Lehrer und KZ-Häftling, seinen Wünschen gemäß als Schulleiter eingesetzt werden müsste, mit dem Auftrag, eine demokratisch-antifaschistische Schule aufzubauen. Dieser Aufbau geschah von der Basis her. Hier wurde entschieden: Wer ist würdig, Lehrer zu werden? Die Aktiven des Jugendausschusses waren die ersten, die Karl in Betracht zog. Natürlich kam er auch zu mir. Konnte ich mit meinen geringen schulischen Vorkenntnissen Lehrer werden? Er redete lange auf mich ein: „Wissenslücken kannst du auffüllen. Was du besitzt, sind Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus, eine demokratische Überzeugung und eine marxistische Weltanschauung.“ Nun ja, und schließlich sollte ich auch nur Zeichenlehrer werden.

Die sowjetische Militäradministration hatte den Befehl erteilt, am 1. Juli 1945 den Schulbetrieb wieder aufzunehmen. Das war ein deutlicher Hinweis an die Berliner, die vorhandene Mutlosigkeit und Lethargie zu überwinden. Sie wurden mit Nachdruck daran erinnert, dass das Leben weiterging und eine Orientierung für den Wiederaufbau einsetzen musste. Uns war der Befehl eine gute Hilfe.

Der erste Schultag in der Mädchenschule [1. Volksschule Tempelhof, Manteuffelstr. 66] war herangerückt. Die Kinder fanden sich ein. Karl gab den neuen Lehrern, auch mir, die Anweisung: „Geht in die Klassen und beginnt mit dem Unterricht!“ Ich war völlig verduzt. Was sollte ich tun? Wie anfangen und womit? Er sagte: „Geh zu den Kindern und unterhalte dich mit ihnen. Lass dir von ihnen erzählen, und erzähle du von dir!“ Ich begriff langsam, dass ich alle Schwie-

rigkeiten allein zu lösen hatte. Die Zeit für eine bessere Vorbereitung war mir weggerannt. Die Wochen seit unserer Ankunft in Berlin waren von morgens bis in die Nachtstunden ausgefüllt mit Diskussionen, Sitzungen, Versammlungen. Dazu kam die Herausgabe einer hektographierten Jugendzeitung, das Schreiben von Berichten oder von Artikeln für eine öffentliche Wandzeitung, all das hatte mich in einen tollen Wirbel gerissen. Den Gedanken an meine bevorstehende Laufbahn als Lehrer hatte ich verdrängt, und den Beginn hatte ich mir so nicht vorgestellt. Als ich immer noch zögerte, in die Klasse zu gehen, schickte er uns zu zweit, Gerda Lange und mich, hinein. Wir wurden sozusagen ins Wasser geworfen.

Schwimmt oder geht unter, und wir schwammen. Die Kinder waren arme, bedauernswerte Geschöpfe, deren Gesichter von Kriegserlebnissen gezeichnet waren, von den Bombennächten in Luftschutzkellern, von den Flüchtlingstrecks auf den Landstraßen, von Hungerrationen, Strapazen und vielfältigen Ängsten. Die Schülerinnen erzählten davon, und die eine oder andere sprach von dem Vater, der gefallen war, von der kranken Mutter oder warum sie barfuß oder hungrig in die Schule kommen musste. Als sie Vertrauen zu



Wolfgang Szepansky in der Schule, um 1949
Foto: Privat

uns gefasst hatten, wurde auch von der Rohrstockdisziplin der Nazilehrer erzählt, von denen sie nun erlöst waren. Die Schule brachte neue Aufgaben, ohne dass die alten vernachlässigt werden durften. Doch die Arbeit erwies sich als ein Jungbrunnen, sie machte mich jünger und stärker, ich tat sie freudig, ich ging in ihr auf. Nie zuvor hatte ich Arbeit als so beglückend empfunden. Ich war nicht der einzige, der so fühlte. Die jungen Menschen, die mich umgaben, waren gleichfalls erfüllt von der friedlichen Aufbauarbeit. Sie drängten sich nach Aufgaben.

Karl Veken leitete sie mit großem Verständnis. Auf allen Lehrerkonferenzen des Kollegiums stellte er das Erziehungsziel der neuen Schule in den Mittelpunkt der Diskussion. Die jungen Kollegen folgten begeistert seinen Anweisungen und Ratschlägen. Mit ihren Schwierigkeiten bei der Erziehung der Schülerinnen und bei der Vermittlung des Lehrstoffs kamen sie zu ihm, und keiner ging unzufrieden fort. Schnell wuchs die Lehrerschaft seiner Schule zu einem Kollektiv zusammen, dem sich auch ältere Lehrer, die inzwischen ins Amt zurückgekehrt waren, anschlossen. Die Zeit war herangereift, der Schule einen ehrenwerten Namen zu geben. Wir kamen auf den Widerstandskämpfer Anton Saefkow. In geheimer Abstimmung waren achtzehn Kollegen dafür, niemand dagegen. Zwei enthielten sich der Stimme.

Unsere Schule hatte kaum noch Fensterscheiben. Lehrerinnen, Lehrer und die älteren Schülerinnen gingen gemeinsam daran, sie durch Pappe oder Glasscheiben aus Bilderrahmen zu ersetzen. Jeder wollte mithelfen, dabei sein. Die Aula war stark in Mitleidenschaft geraten, der Putz war durch die Erschütterungen der explodierenden Bomben von der Decke gefallen. Die älteste Mädchenklasse räumte mit ihrem Fräulein Lange, die sie innig liebten, den Schutt beiseite. Die Aula samt Bühne wurde dringend gebraucht für Schulfeiern, für Theateraufführungen, die ein Teil der Schüler für Mitschüler und Eltern gestaltete. Schule und Jugendausschuss beanspruchten mich ganz und gar.

Ein großer Wechsel hatte in meinem Leben stattgefunden. Von einem nummerierten Sklaven war ich zu einem Menschen geworden, der über sein Schicksal bestimmte, sein eigenes und das Leben junger, ihm anvertrauter Kinder formte.

Mitte Juli sahen wir die ersten amerikanischen Soldaten in Tempelhof. In den darauffolgenden Tagen erlebten wir eine böse Überraschung. Wir fanden unser Jugendheim versiegelt. Elli Lommel lief zum Magistrat. Ihr wurde mitgeteilt, dass es auf Anordnung der Besatzungsmacht geschehen sei. Sie verlangte einen Jugendraum. Für ein Jugendheim geeignete Räume waren rar, so mussten wir mit einer baufälligen Baracke zufrieden sein.

Auch im Schulamt Tempelhof setzten Veränderungen ein. Einige alte Damen und Herren, Lehrer mit langjährigen pädagogischen Erfahrungen, die sie zum Teil noch in der Kaiserzeit erworben hatten, waren aufgrund ihrer demokratischen Lippenbekenntnisse eingestellt worden. Sie wurden Schulleiter und bildeten Schulhelfer aus.

Herr Schulleiter Klein unterrichtete uns in Pädagogik. Unter den Kollegen gab es einige, die beschworen, ihn vor kurzem noch mit dem Parteiabzeichen der NSDAP gesehen zu haben.

Es gingen Gerüchte um, dass an der Schule des Herrn Rektor auch im Jahre 1945 noch geschlagen wurde. Meine Frage diesbezüglich, die ich öffentlich stellte, trug mir seine erbitterte Feindschaft ein. Zu meiner Überraschung tauchte meine erste Lehrerin, Fräulein Weste, auf. Sie unterrichtete in Psychologie. Sie war ja wohl besonders für dieses Fach prädestiniert. Ich erinnerte sie bescheiden daran, wie sie mir als sechsjährigem Knirps die Finger mit dem Rohrstock blaugeschlagen hatte. Sie gestand mir nun, dass ja daran der Schulrat schuld gewesen sein, der gesagt hatte: „Nehmen sie ruhig mal das Stöckchen, wenn die Bengels schmieren.“ Aber peinlich schien es ihr nach all den Jahren doch zu sein, denn sie errötete.



Schusterwerkstatt in der 1. Volksschule Tempelhof, Manteuffelstr. 66, 22.12.1945, Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-H0813-0600-012, Foto: Dreyer | 1945/1946 Winter

Wir fanden auch Mittel und Wege, die drückende Not zu bekämpfen. Als der Herbst nahte, überlegten wir im Lehrerkollektiv, was wir für die barfuß laufenden Kinder tun könnten. Karl hatte zahlreiche Verbindungen, seine Nase überall und eine fabelhafte Idee: Bei den Liegenschaften der Reichsbahn hatte er unbenutzte Blasebälge gesehen. Aus dem Holz ließen sich Sohlen für Klapperlatschen schneiden, die Lederteile zu Sandalenriemen verarbeiten. Eine Schusterwerkstatt wurde im Keller der Schule eingerichtet. Der Vater einer Schülerin stiftete Schusternägel, ein Schuster betrieb die freiwilligen Helfer. Die Produktion lief gut an. Die Kinder trugen die Sandalen gern. So verhinderten wir, dass die Schüler wegen fehlendem Schuhwerk der Schule fernbleiben mussten. Wir waren verbunden mit unseren Schülern, kannten nicht nur ihre Wissenslücken, sondern auch Kummer und wirtschaftliche Nöte, es ging uns selbst kaum besser.

Arbeit und Aufträge der Organisation lenkten mich ab. Durch die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse hatte für mich die Arbeit einen höheren Sinn bekommen. Arbeit war nicht mehr Mühe, Qual und Langeweile. Der übliche Wunsch, die Zeit möge schneller vergehen, war dem Wunsch nach mehr Zeit gewichen, mehr Zeit, um viel zu schaffen. Ich glaub-



Gerda Szepansky in der Schule, 1948
Foto: Privat

te, meinen Beruf gefunden zu haben, einen Beruf, der mir zugleich Berufung war. Meinen Kolleginnen und Kollegen schien es wie mir zu ergehen. Wir jungen Menschen waren voll Lebensfreude, die gemeinsame Arbeit förderte Gleichklang und Harmonie. Gerda trat in mein Leben. An ihrer Seite bekam es einen neuen Inhalt. Wir beschlossen, den weiteren Lebensweg gemeinsam zu gehen. Unsere Hochzeit war außergewöhnlich. Der 27. September 1947 überraschte durch blauen Himmel und hochsommerliche Temperaturen. Gerda trug ein leichtes, lustiges Sommerkleid und in ihren Armen den zum Kleid passenden Blumenstrauß. Von einem Vetter aus Amerika war mir ein alter grauer Anzug geschickt worden. Gewendet sah er fast wie neu aus. Als wir die Treppe zum Standesamt emporstiegen, bildete unsere Schulklasse Spalier. Die Mädchen hatten sich eingebildet, dass wir in einer Brautkutsche vorfahren würden.

Das Leben normalisierte sich. Von welcher Seite konnte uns jetzt noch Gefahr drohen? Mich beunruhigte die politische Entwicklung der letzten Jahre. Seit 1946 hatte sich in der Schule vieles sichtlich verändert. Zwar war die demokratische Schulreform vom Berliner Parlament beschlossen worden. Doch ihrer Durchführung in den Westsektoren Berlins setzten sich die dort an Einfluss gewinnenden rückständigen Kräfte entgegen. Das Schulamt im amerikanischen Sektor war jetzt ganz anders besetzt. Alte „bewährte Fachkräfte“ hatten allmählich Einzug gehalten. Anweisungen des Hauptschulamtes, in dem Antifaschisten stärker vertreten waren, wurden angefeindet oder ignoriert. Das Lehrerkollegium der Anton-Saefkow-Schule wurde vom Schulamt Tempelhof umgeformt, die Kollegen an andere Schulen versetzt. Karl Veken musste aus Gesundheitsgründen die Arbeit aufgeben. Er wurde Kinderbuchautor und zog in den sowjetischen Sektor, der ihm mehr Wirkungsmöglichkeiten bot.

Ich kam an die Schule von Frau Weste [3. Volksschule, Boelckestr. 58-69], die zur Schulleiterin befördert wurde. Sie herrschte autoritär über Lehrer und Schüler. Sie kritisierte, kommandierte, schikanierete, registrierte! Mich aber behandelte sie bevorzugt freundlich, als wären wir die besten Freunde. Sie lobte mich öffentlich, dann übergab sie mir die zahlenmäßig stärkste Klasse, obwohl die Klassenfrequenz im Durchschnitt vierzig Schüler nicht überschritt. Ich bekam die Verantwortung für siebenundfünfzig Schüler der dritten Klasse übertragen. Als erfahrene Pädagogin wusste sie, so eine Klasse Neunjähriger kostet viel Nerven und zehrt an der Substanz des Lehrers. Mit diesen Methoden wollte sie mich ausschalten.

Dieses Tartuffenspiel setzte sie fort. Sie tat sehr besorgt um mich, ich sähe schlecht aus, ob ich vielleicht



Wolfgang Szepansky mit 58 Schülern der 3. Klasse, um 1950, Foto: Privat

krank sei? Unter diesen Umständen könne sie mir auf keinen Fall zumuten, die Rede zum Gedenktag für die Opfer des Faschismus zu halten. Sie fand dafür eine sich von der Politik zurückhaltende Lehrerin, die einen entfernten Verwandten hatte, der Verfolgter des Naziregimes war. Diese übernahm ungern den Auftrag, doch dem Druck der Schulleiterin konnte sie sich nicht entziehen

Am 18. Juni 1949 bestand ich meine zweite Lehrprüfung. Es war ein denkwürdiger Tag voller Entscheidungen, nicht nur für meine Person. Die Mathematikstunde in der dritten Klasse, die ich zu geben hatte, verlief gut. Die Schüler wussten, worum es für mich ging. Sie waren diszipliniert und ganz bei der Sache. Das 1-Liter-Maß war das Anschauungsobjekt. Mir standen ein Eimer Wasser, verschiedene ½- und 1-Liter-Maße sowie ein Würfel 10 x 10 x 10 cm, der sich mit Wasser füllen ließ, zur Verfügung. Die Kinder planschten mit viel Spaß. Die Herren der Prüfungskommission hatten prompt bemerkt, „dass außerordentlich viel Anschauungsmaterial“ benutzt wurde.

Die mündliche Prüfung, in der ich Rede und Antwort zu stehen hatte, war in vollem Gange, als plötzlich die Tür von draußen aufgerissen wurde. Frau Weste steckte freudig erregt den Kopf ins Zimmer und rief: „Es steht jetzt fest, die Währungsreform gilt auch für uns! Gott sei Dank, Berlin bleibt einheitlich!“ Ein freundliches Nicken der Herren war die Antwort. Mich traf es wie ein Schlag, der mich fast aus dem Konzept brachte. Berlin bleibt einheitlich! Wie spiegelte sich die Welt in diesen Köpfen? Die separa-

te Währungsreform im Westen mit der Einbeziehung West-Berlins bedeutete den Bruch des Potsdamer Abkommens. Das war die Spaltung Deutschlands, die Spaltung Berlins. Zur gleichen Zeit wurden die in den Westsektoren befindlichen Magistratsstellen in Westberliner Senatsämter umgebildet und von den sich zur SED bekennenden Antifaschisten „gesäubert“.

Die Atmosphäre in unserer Schule wurde unerträglich. Jeder Lehrer mußte den Nachweis erbringen, dass er seine Lebensmittelkarten im Westen anmeldete. Wer das nicht wollte, wurde als Feind der westlichen Demokratie bezeichnet, mit der zynischen Bemerkung: „Sie werden in den Ostteil Berlins versetzt.“ Das gleiche drohte den Kollegen, die im FDGB blieben. Es wurde ihnen verboten, im sowjetischen Sektor zu kaufen. Mit persönlicher Unterschrift musste sich jeder Lehrer verpflichten, das Verbot einzuhalten. Schulbücher und Schulhefte aus dem Osten durften nicht mehr verwendet werden. Klassenfahrten nach Grünau wurden nicht mehr riskiert. Ich wurde von einem Kollegen freundschaftlich gewarnt, mit meiner Klasse nicht mehr in der S-Bahn zu fahren, das könnte mir angekreidet werden. Der ideologische Mauerbau vollzog sich unter dem Hinweis, „Freiheit und Demokratie“ zu schützen. Die meisten fügten sich dem Druck. Sie waren materiell gesichert und wollten ihre Stellung nicht aufs Spiel setzen.

Auf einer Lehrervollversammlung verlangte der Schulrat, jeden Kollegen mit Namen anzugeben, der den Kakao der Luftbrücke genießt und zugleich im Osten Kohlen bezieht. Ich konnte nicht an mich halten

und rief: „Das ist Denunziantentum!“ Frau Weste, die Leiterin der Versammlung, fragte: „Wer hat das gerufen?“ Ich stand auf und begründete meinen Zwischenruf. „Aha“, sagte sie und machte sich eine Notiz. Ich wurde zum Schulrat bestellt. Der Kakao schien es ihm angetan zu haben. Er warf mir unmoralisches Verhalten vor, „als Russenfreund amerikanischen Kakao zu trinken“.

Von nun an spürte ich, wie mich mein Schulleiter beobachtete. Unter den Kollegen hatte es sich herumgesprochen, dass er den Unterricht des ahnungslosen Lehrers am Schlüsselloch belauschte. Oft riss er ruckartig die Tür auf, um wie aus dem Erdboden gewachsen im Raum zu stehen. Einmal glaubte er, mich auf diese Art in Verlegenheit zu bringen. Ich ließ mich jedoch nicht stören, die Schüler übrigens auch nicht. Sie waren zu sehr in das kleine Schauspiel vertieft, welches ich ihnen mit einer Marionette vorführte. Der Inhalt meines Spiels bezog sich indirekt auf den Appell aus Stockholm gegen die Atombombe. Ich vermied den Ausdruck „Stockholmer Appell“. Wer diese Worte aussprach, war schon verdächtig. Nicht die Atombombe wurde geächtet, sondern diejenigen, die gegen die Atombombe Unterschriften sammelten.

Einige Zeit später wurde ich erneut zum Schulrat bestellt. „Haben Sie eine Dampferfahrt in die Zone gemacht?“ „Ja, ich habe an einer Dampferfahrt in die DDR teilgenommen, ja, ich habe mit Kindern Theater gespielt, nein, ich habe die Schuleinrichtung nicht geschmäh.“ Der Spitzelbericht war von meinem Schulleiter zusammengestellt. Die Mutter eines Schülers hatte ihm den Stoff geliefert, und er hatte ihre Erzählungen ausgeschmückt. Die Folge war eine schriftliche Kündigung. Sie trug die Überschrift „Strafbescheid!“. Ich erhob beim Amtsgericht Einspruch und bereitete mich auf die Verhandlung vor. Ich wollte wissen, was in meiner Personalakte stand. Eine freundliche Angestellte gab sie mir zur Einsicht, und ich konnte mir einiges daraus abschreiben. Ei, ei, was sich dort alles an Berichten über mich angesammelt hatte! Das war ein ganzes Sammelsurium. Ich las:

Eidesstattliche Erklärung

1. Juni 1950 Betrifft: Pfingsttreffen der FDJ. Der Abwehrkampf gegen den Kommunismus verlangt größte Wachsamkeit. Aus diesem Grunde und zur Vermeidung von Beunruhigungen der Elternschaft, sehe ich mich gezwungen, dem Schulamt Tempelhof folgende Mitteilung zu machen: Am Freitag, dem 26. Mai 1950, 19.15 Uhr, stand an der Haltestelle 99 in Richtung Lichtenrade ein kommunistischer Funktionär im Blauhemd der FDJ ohne Jacke, der von einer Kundgebung aus dem Osten kam. Von Passanten aufmerksam gemacht, erkannte ich den an der 11. Schule angestell-

ten Lehrer Szepansky, der im Bezirk als Kommunist bekannt ist. Beim Einsteigen benutzte Herr S. die hintere Plattform. Er kehrte dem Publikum den Rücken, um nicht erkannt zu werden. Am Sonnabend machte ich Herrn Dr. F. mündlich meine Meldung.
gez. Klein Schulleiter

Blau war meine im Westen gekaufte Jacke. War Herr Kl. vielleicht auch blau? Oder ein Hellseher? Er sah einen Funktionär, der aus dem Osten kam, wurde aufmerksam gemacht, aber erkannte er ihn? Was macht man, wenn man nicht erkannt werden will? Man zeigt überall nur seinen Rücken. Ich las weiter:

8. Juni 1950: Dr. F. und Herr F. an das Hauptschulamt. Sz. Bewies durch seine Haltung, daß er unter der Maske des harmlosen Kollegen eine oppositionelle Haltung einnimmt, die er in dem Augenblick hervorkehrt, in dem er sich nicht überführt glaubt. Seiner Angabe, eine Windjacke getragen zu haben, steht die eindeutige und eidesstattliche Erklärung des Zeugen gegenüber. Das Schulamt hält es für untragbar, daß Sz. im Tempelhofer Schuldienst verbleibt. Nicht verstanden wird es in der Öffentlichkeit, daß er seit längerer Zeit für seine Ausbildung als Zeichenlehrer ein Stipendium und Stundenentlastung genießt.
gez. Dr. F., Herr F., Hauptschulräte

Herr Dr. F. und Herr F. schlugen dem Hauptschulamt vor, dem heimlichen Verschwörer, der es dennoch wagte, öffentlich aufzutreten, natürlich nur, wenn er sich nicht als Missetäter überführt glaubte, den Geldhahn abzudrehen und seine weitere Ausbildung zu verhindern. Sie handelten ja nur im Sinne der „Öffentlichkeit“! Das Hauptschulamt reagierte nicht, zumindest gibt es keinen Vermerk. Dann folgten Anfragen und Antworten:

27.9.50 Anfrage des Schulamtes an die Schulleiter Herrn W. und Frau W.

- a) Gehört Sz. der SED an?
 - b) Hat er sich politisch betätigt?
 - c) Hat er Unterricht in bestimmten Fächern abgelehnt?
- Antwort der Frau W.:

Es war im Kollegium bekannt, daß Sz. Kommunist war. Er machte keinen Hehl daraus, übte jedoch Zurückhaltung. Seine Aktivität trat nach der Spaltung in Erscheinung.

gez. Frau W.

5.10.50 Antwort von Herrn W.:

Das Zeichenthema „Luftbrücke“ hat Herr Sz. abgelehnt und erst nach Aufforderung gestellt. Nach Umfrage bei Kollegen wird bestätigt, daß er die Maibeiträge ohne die Zustimmung der Kollegen an den FDGB abführte.

BEZIRKSAMT TEMPELHOF VON GROSS-BERLIN

Gez. Z.: Schul. 1.
(Ausgabe bei Antwort ansetzen)

Bis. Tempelhof, den 12. Dezember 1951.
Tempelhofer Lizenz: 183/187/109
Formid: 75 2591. Apparat:

Gegen. Befristungssache ist!

Herrn Wolfgang L. z. B. P. 4 4 5 2,

Berlin-Silberndorf,

31. Doststr. 2.

Strafbescheid

Da Sie sich durch Ihr Verhalten nicht nur der Achtung und des Vertrauens, das Ihr Dienstverhältnis erfordert, unwürdig erwiesen, sondern auch die öffentlichen Würdungen Ihres Arbeitgebers und Ihre Kollegen verächtlich gemacht und sich aktiv im Sinne der 100 betätigt haben, sprechen wir - gemäß § 8, 2 F der Dienst- und Disziplinarordnung (Anlage 1 zum Rahmenarbeitsvertrag für die im öffentlichen Dienst stehenden Beschäftigten vom 28.1.1949) - mit Bestimmung des Betriebsrates der Lehrer und Erzieher und des Hauptkomitees die Dienststrafe der

„Minutenlassung nach fristloser Kündigung“

aus.

Gegen diese Dienststrafe können Sie gemäß § 11 100 innerhalb von 7 Tagen, nachdem Sie den Strafbescheid erhalten haben, schriftliche Beschwerde beim Vorsitzenden des Disziplinarausschusses, Berlin-Silberndorf, Ebelsteberger Str. 14/16, einlegen. Erheben Sie gegen eine nach § 8 100 ausgesprochene Strafe Einsage beim Arbeitsgericht, Berlin-Silberndorf, Ebelsteberger Str. 14/16, so ist das vorerst

-sonstige-

gekennzeichnete Sachverhalt abgeschlossen.



Im übrigen will ich aber darauf hinweisen, daß er menschlich sowie als eifriger Lehrer von allen Kollegen geschätzt ist. Der Zwischenruf in der Betriebsversammlung entspricht nicht dem sonstigen Verhalten Herrn Sz's. Er kam für alle unerwartet.

gez. W.

Man spürt, Herr W. leistete ungerne Spitzeldienste. Er fühlte sich unter Zwang und verstieg sich zu der Lüge, er hätte von mir das Thema „Luftbrücke“ gefordert.

Aus den verschiedenen Berichten, Anfragen und Antworten konnte ich entnehmen, daß fünf Schulleiter und drei Schulräte sich bemühten, „ein Bild von mir zu gewinnen“, bzw. mich zu bespitzeln. Die „Bildgewinnung“ wurde auch bei anderen Kollegen praktiziert, nachweisbar bei Kollegen R. und Kollegin L. Dann entdeckte ich das „Glanzstück“ der „Materialsammlung“:

27.4.51 An den Senator für Volksbildung, Hauptschulamt.

Anliegend übersenden wir Ihnen die Personalakten und den Strafregisterauszug für den Lehrer W. Sz. bezüglich der Verurteilung in den Jahren 1931-32 zu ihrer Kenntnis und Entscheidung. Es ist zu beachten, daß die Vergehen sich s. Zt. gegen die damaligen Staatsautoritäten (Gesetzte der demokratischen Weimarer Republik) richteten.

gez. Dr. Langeheinecke

Auszug aus dem Strafregister:

Am 18.9.31 wegen Sachbeschädigung, Straßenverunreinigung, 3 Tage Gefängnis (Näheres nicht feststellbar, Akten im Bez. Mitte).

Am 6.5.32 wegen Teilnahme am verbotenen Aufzug 10 Tage Gefängnis

Am 28.8.41 wegen Rassenschande 2 Jahre Gefängnis.

Diesmal gab es eine Abfuhr vom Hauptschulamt. Dr. Langeheinecke mußte sich durch die Antwort des Senators für Volksbildung belehren lassen:

Die Strafen liegen 20 Jahre zurück, möglicherweise sind sie annulliert. Eine Fragebogenfälschung kann ihm nicht zur Last gelegt werden. Rassenschande ist ein nazistisches Delikt. Eine weitere Verfolgung ist unzumutbar.

Zwei Monate nach meiner fristlosen Kündigung war die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht. Der Richter war drauf und dran, über mich den Stab zu brechen. Da griff mein Rechtsberater ein. „Bitte, ich möchte die Zustimmung des Betriebsrates zur Entlassung meines Klienten sehen!“ Als anerkanntes Opfer des Faschismus genoß ich besonderen Kündigungsschutz. Meine Entlassung war nur mit Zustimmung des Betriebsrates möglich. Nun begann ein Herumblättern in Aktenstücken. Der Richter fragte: „Ja, haben Sie diese Zustimmung überhaupt?“ Die Schulräte in ih-

rer Selbstherrlichkeit hielten Entscheidungen des Betriebsrates offenbar für überflüssig. Der Richter, zuvor ganz auf der Seite des Schulamtes, machte nun den Vertretern der Schulleitung Vorwürfe: „Das ist ja mehr als ein Formfehler, das ist ein nicht wieder gutzumachendes Versäumnis. Was werden Sie tun, wenn der Betriebsrat gegen Sie entscheidet?“ In die einsetzende Ratlosigkeit meiner Widersacher schlug er einen Vergleich vor. Die fristlose Kündigung wurde in eine termingemäße umgewandelt. Damit entfiel auch die Rückzahlung eines Stipendiums von 2500 DM.

Sie hatte gesiegt, die alte Lehrergarde aus der Nazizeit, eingenistet in der mittleren Ebene der Verwaltungen: im Schulamt, in der UGO-Leitung, im Betriebsrat, in der Lehrerbildung oder als Schulleiter tätig.

Auch mein Schulleiter hatte eine braune Vergangenheit. Es gelang mir ein Einblick in ein Klassenbuch, das er einst geführt hatte. Die Notiz stammte vom 30. Januar 1933. Mit überschwenglichen Worten beschrieb er den Tag der „Machtergreifung“. Auch wie er den Schülern den Hitlergruß beigebracht und Widerspenstige bestraft hatte.



Wolfgang Szepansky mit Schülern in der Gedenkstätte Sachsenhausen, 1990er, Foto: Privat

Alle standen nun sauber entnazifiziert als waschechte Christ-Demokraten oder Sozialisten besonderer Art da.

Nun war ich arbeitslos. Meine Versuche, als Berufsschullehrer eingestellt zu werden, schienen Erfolg zu haben. Der Schulleiter und die Vertreter versicherten: „Sie sind genau der Richtige, wir brauchen Sie dringend.“ Es gab nur eine Frage zu klären, warum ich aus der allgemeinbildenden Schule ausgeschieden war. Hätte ich ihnen da etwas vorgeflunkert, sie hätten es gerne geglaubt. Als sie die Wahrheit erfuhren, waren die Herren plötzlich reserviert. Es täte ihnen leid, mich nunmehr nicht einstellen zu können.

Da die Presse nicht bereit war, sich meines Falles anzunehmen, schrieb ich allen Kollegen meiner Schule

einen offenen Brief, in dem ich die wirklichen Gründe meiner Entlassung mitteilte. Herr K. hatte inzwischen auf den Lehrerkonferenzen alle Register gezogen und die Acht über mich verhängt. Traf ich frühere Kollegen, sahen sie sich scheu um, bevor sie mir erzählten, wie unbeliebt sich der K. gemacht hätte und wie sie mit ihrer Sympathie ganz auf meiner Seite stünden. Das war aner kennenswert, aber viel zu wenig.

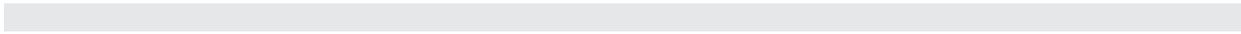
Sie schwiegen, weil sie Schwierigkeiten fürchteten. Das stand nun freilich im krassen Widerspruch zu den Reden über Demokratie und Freiheit. Was konnte ich tun? Sollte ich mich der Enttäuschung hingeben, lamentieren über die Schlechtigkeit der Welt? Hatte ich doch schon härtere Schläge einstecken müssen. Das Leben ging weiter. Unser Sohn Thomas wurde geboren. Nun hatten wir für zwei Kinder heranzuschaffen. Das war während der lang anhaltenden Arbeitslosigkeit nicht immer leicht.«

Soweit die Schilderung meines Vaters. Meine Mutter wurde mit derselben Begründung ebenfalls aus dem Schuldienst entlassen. Ein Jahr später, im September 1952, erkannte man meinem Vater den Verfolgtenstatus ab, den er erst 1968, nach langwierigem Rechtsstreit, zurückerhielt. 1971 bekam er schließ-

lich auch Entschädigungszahlungen zuerkannt. In den 1950er Jahren schlugen sich meine Eltern mehr schlecht als recht mit verschiedenen Arbeiten und teilweiser Arbeitslosigkeit durch. Erst in den 1960er Jahren konnten sie wieder geregelte Anstellungen finden. Mein Vater kam bei der West-Berliner Reichsbahn unter, wo er den Kulturclub leitete, meine Mutter bei der Deutsch-Sowjetischen Freundschaftsgesellschaft, wo sie ebenfalls im Veranstaltungsbereich tätig war.

Ab den 1970er Jahren war mein Vater als Zeitzeuge aktiv und berichtete vor allem Schülern und Jugendlichen von seiner Geschichte. In den 1980er Jahren wurde ihm, wie allen VVN-Mitgliedern, durch die Schulsenatorin Laurien untersagt, in Schulen zu sprechen. Eine weitergehende Beschäftigung mit dem Thema im Rahmen des Schulunterrichts war, trotz des großen Interesses bei Lehrern und Schülern, noch zu dieser Zeit auf Seiten des CDU-Senats unerwünscht. Das gehörte zu den letzten Ausläufern des Kalten Krieges.

Aber die Zeiten ändern sich. 1996 bekamen meine beiden Eltern das Bundesverdienstkreuz für ihre Verdienste um die Aufklärung der Jugend über den Nationalsozialismus.



Vom Stillen Helden zum Kreuzberger Boheme – Der „Überlebenslauf“ von Oskar Huth

Moderation: Sonja Miltenberger (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)

Gäste: Hartmut Topf, Freund und Weggefährte ,

Dr. Barbara Schieb, Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Gedenkstätte
Stille Helden

Montag, 07. Dezember 2015



Sonja Miltenberger am 07. Dezember 2015
Foto: Elke Mocker

Oskar Huth, 1918 in Berlin geboren, wächst in der Gegend um den Schlesischen Bahnhof auf. Früh entdeckt er seine zeichnerische Begabung und kopiert Gemälde in Berliner Museen. Dieses Talent rettet ihn selbst vor dem Dienst in der Wehrmacht - aber auch viele untergetauchte lebende Juden vor Hunger und Verfolgung.

Heute wird er für sein Engagement in der Gedenkstätte Stille Helden geehrt.

Das Kriegsende erlebt der Einzelkämpfer, der selbst viele Jahre illegal lebte, in Berlin. 1946 erklären ihn die amerikanischen Alliierten zum „Evident of Anti-Nazi-Activities“. In der unmittelbaren Nachkriegszeit sollen dem vielfach begabten Künstler, der in Musik, bildender Kunst und Literatur zu Hause ist, Ämter im Kultursenat - gar die des Kultursenators - angeboten worden sein. Oskar Huth lehnt ab. Seine Unabhängigkeit ist dem überaus feinsinnigen und klugen „freischaffenden Kunsttrinker“, wie er sich selbstironisch nennt, wichtiger. Huth, der während der Naziherrschaft die Kunst des Überlebens gelernt hat, behält auch in der deutschen Nachkriegsgesellschaft ein offenes und wachsames Auge. Die „artistische Balance-meierei“, wie er selbst seine Zeit im Untergrund - fast ein wenig abwertend-bescheiden - beschreibt, wird auch weiterhin sein Leben prägen.

Veranstaltungsbericht

Peter Lassau (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)

„Oskar schöner Götterfunke, meide das Delirium“

So der Auftakt für Oskar Huths „Hymne an die Freude“, wie sie im Kreis seiner Freunde und Freundinnen lustvoll geschmettert wurde.

Vertreter der alten ‚jungen Garde‘, die in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts den Charlottenburger Künstlerkneipen wie dem legendären Zwiebfisch, der ‚kleinen Weltlaterne‘ oder dem ‚Sybelfisch‘ in der Sybelstraße, der eigentlich Litfaß hieß, ihren legendären Charakter gegeben hatten, bestimmten die Atmosphäre der Veranstaltung am 7. Dezember 2015 in den Räumen der Berliner Geschichtswerkstatt.

Unbeschwert, etwas chaotisch, voller Empathie erinnerten sich 30 Gäste an Oskar Huth oder erhielten eine Ahnung davon, welche Lebenskraft, welche Ausstrahlung und welche eisernen Grundsätze dieses Berliner Original hatte. (Abb. 1)

„Freiberuflicher Kunsttrinker“, das hätte er wohl selbst als Berufsbezeichnung angegeben, so der Journalist Hartmut Topf, einer seiner Freunde und Wegbegleiter und Referent an diesem Abend.

Er war ein ‚polyzentrischer Unterhalter‘, bekannt und beliebt in den Kneipen von vielen Stadtteilen Berlins. „Kunst“ – so wird in dieser Veranstaltung deutlich, ist der Schlüssel zum Verständnis Oskar Huths. Er - Sohn eines Klavierbauers - ist ausgebildeter Graphiker, kann zeichnen, malen, spielt Klavier, kennt die Mechanik dieses Instruments, verfügt über ungeheuren Sprachwitz und Sprachphantasie. Ein kreativer Mensch, der alle Sinne vernetzt. – Wir erfahren, dass er auch ein Anhänger der Astrologie gewesen sei.

Er habe ein Horoskop erstellt, in dem der Todesfall eines Amerikaners vorausgesagt worden sei, und dieser Mensch sei tatsächlich zu Tode gekommen. Von da an habe er es abgelehnt, jemals wieder ein Horoskop zu erstellen.

Kein Wunder, dass einer seiner alten Freunde auf E.T.A. Hoffmann verweist. Wer dessen Erzählung „Ritter Gluck“ kenne, kenne auch Oskar Huth:

Ein Mann, der einem früheren Jahrhundert entstammt, ein Romantiker Hoffmannscher Prägung, bei dem die Grenzen zwischen Fiktion und Realität verschwimmen, nicht gläubig katholisch, aber gläubig, korrekt gekleidet, aber trotzdem lässig, ein Sprachvirtuose mit Tiefgang und eher verstecktem Spott. So wird z.B. aus „An der Saale hellem Strande“ die Doppelsaale, nämlich „An der Doppelsaale doppelhellem Doppelstrande“. Dabei ist er weniger Schriftsteller als ‚Sprechsteller‘. Schade, dass er sich da von E.T.A. Hoffmann unterscheidet. Er hätte die deutsche Literatur bereichert.

Bei seinen Freunden ist Oskar „Der große Latsch“. Er durchquerte Berlin per pedes. Nur das schien ihm die richtige Perspektive zu gewährleisten und daran hatte er sich gewöhnt, weil es ihm während der NS-Zeit Schutz geboten hatte vor den Nachstellungen der Feldjäger. Als ihm Fahrgeld für die BVG zugesteckt wird, damit er aus Charlottenburg nach Kreuzberg fahren kann, wird er dabei beobachtet, wie er dieses Geld im nächsten Zigarettenautomaten versenkt. (Das hätte wohl auch Helmut Schmidt entzückt.)

Dass dieser Mensch mit den Nazis nichts anfangen kann und die nicht mit ihm, liegt auf der Hand.

Gleichwohl wird er im Oktober 1939 zur Wehrmacht einberufen. Aber „dieser Firma“ will er nicht dienen. Er hungert, wird für untauglich erklärt, aber im November 1941 erneut einberufen.

Mit guten Nerven, List und Chuzpe gelingt es ihm unterzutauchen: Nach einem Luftangriff in Bremen lässt er sich ableben und existiert mit von ihm selbst perfekt gefälschten Papieren unter dem Namen ‚Haupt‘ weiter. Beim Transport einer Druckmaschine von Kreuzberg nach Wilmersdorf hilft ihm ein Polizist, für den er ein kriegswichtiger wissenschaftlicher Zeichner ist und der nicht ahnt, dass Oskar Huth in einer dann perfekt ausgestatteten Druckerwerkstatt Arbeitsbücher, Wehrpässe, Buttermarken fälscht. – Seine Buttermarken – das ist ihm wichtig – sind besser als die Originalmarken der Behörde, denn während

den offiziellen Stellen längst das Papier mit den fälschungssicheren Wasserzeichen ausgegangen ist, kann er weiter liefern. (Abb. 2)

Etwa 60 bis 80 untergetauchte jüdische Menschen kann er mit seiner Fälscherkunst retten.

Für den späteren UdK-Professor Heinz Trökes fälscht er einen „Ausmusterungsschein“ von der Wehrmacht. Bezeichnend für seinen Witz die dabei erfundenen Unterschriftennamen: „Polizeimajor Dankwert“ und „Oberst Hammel“. (Abb.3 und 4)

Bescheiden bleibt Oskar Huth nach dem Krieg. „Selbstvermarktung ist seine Sache nicht“, so Hartmut Topf. Er fordert keine Dankbarkeit. Was ihm aber bleibt, ist sein Misstrauen gegenüber Behörden. Freunde sind es, die ihn zur Wahrnehmung seiner Rechte gegenüber staatlichen Stellen drängen, als es z.B. um den Anspruch auf eine Wohnung geht. – Sein Talent als Fälscher wendet er noch nach dem Krieg in West-Berlin an: Er fälscht BVG-Fahrscheine, allerdings als „Dreiwochenmarken“, und die gibt es bei der BVG gar nicht. Es hat fast den Anschein, als sei dies in der Absicht geschehen, den Rias – Gerichtsreporter Horst Cornelsen kennen zu lernen, der sich jedenfalls nach einem launigen Gerichtsprozess für ihn einsetzte.

Auf die Frage nach seiner politischen Verortung erhalten die Anwesenden an diesem Abend die eigentlich nicht überraschende Auskunft, dass man da nichts sagen könne. Maßgeblich für diesen Mann war eine christlich-humane Grundhaltung, die auch in seiner Familie galt, eine große Freundlichkeit und Menschenliebe. Für Dogmatiker jeglicher Couleur ein ‚verdächtiges Subjekt‘. Dabei aber durchaus auch in der Lage, entschlossen zu handeln, wie uns Hartmut Topf am Ende der Veranstaltung versichert: Nach einem Kneipenbesuch war es zu einem Wortwechsel zwischen ihm (Hartmut Topf) und einem jugendlichen Hitzkopf gekommen, der Hartmut Topf einen Schlag gegen den Kopf einbrachte. Couragiert und erfolgreich dazwischen ging Oskar Huth, der ‚große Latsch‘.

Einig waren sich die Anwesenden nach knappen zwei Stunden, dass Oskar Huth eine größere Aufmerksamkeit in Berlin verdient hätte.

Keine Frage: Nach dem offiziellen Ende gingen die Gespräche bei Rotwein und der ein oder anderen Zigarette noch weiter. Alles andere hätte Oskar Huth auch nicht verstanden. – Meines Wissens ist allerdings niemand zu Fuß nach Hause gegangen.



Abb. 1: Oskar Huth, um 1970, Foto: Hartmut Topf

Bild oben: Kommentar von H. Topf: Der große Latsch war vor allen Dingen seine Tätigkeit durch die ganze Stadt zu laufen. Das nannte er den großen Latsch.



Abb. 3 und 4): Wehrpass, 44 – Pass von Innen, für Karl Hegemann der gefälschte Wehrpass für Ludwig von Hammerstein, Quelle: Gedenkstätte deutscher Widerstand



Abb. 2: Oskar Huth gefälschte Buttermarken, Quelle: Trökes-Archiv

Bild links:

Das waren die berühmten Buttermarken und es wird sich auch erzählt, dass die am Ende qualitativ besser waren als die Originale.

Topf: Die hatten ein Wasserzeichen das (...) und er hat auch eingekauft wenn er konnte, gleich einen ganzen Bogen und ein kleines Köfferchen voll, das waren kleine Portionen die man kriegte. Er hat immer gesagt, er muss ja durch ne Reisetätigkeit Leute, die woanders arbeiten versorgen, wenn er gleich so viel Bütterken kaufte. Er hat den Leuten ja nicht die Marken gegeben. Die durften sich ja oft gar nicht sehen lassen auf der Straße. Er hat dann eben - ich erinnere immer daran, so wie die Zigarettenwährung nach dem Krieg - da gabs dann eben auch so ne Art Bütterken-Währung. Ein Stückchen Butter war was wert. Und er hat die besorgt mit Hilfe seiner gefälschten Marken.

Vortrag

Barbara Schieb

(Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Gedenkstätte Stille Helden, Topographie des Terrors. Sie ist Mitherausgeberin des Buches von Magret Ilse Volgel: *Über Mut im Untergrund*, das 2014 in Deutsch erschien.)

Vom Stillen Helden zum Kreuzberger Boheme – Der „Überlebenslauf“ von Oskar Huth

Der am 26. Februar 1918 in Berlin geborene Oskar Huth starb am 21. August 1991 in seiner Stadt, geliebt und umsorgt von seinen Freunden, von denjenigen, die seine unerschöpfliche Kreativität in vielfältiger Form erlebt hatten. Sie taten das letzte, was Freunde für einen Freund tun können: sie veranlassten ein Ehrengrab für ihn. So ist bis heute Oskar Huths Grab nahe des Halleschen Tores auf dem Friedhof I der Jerusalems- und Neuen Kirchengemeinde die letzte sichtbare Erinnerung an das künstlerische Multitalent, den „freiberuflichen Kunsttrinker“, aber auch an den überaus klugen und mutigen Überlebenskünstler während der NS-Zeit.

Seine Bedeutung nach 1945 rührt aus der - für uns heute kaum mehr vorstellbaren - NS-Zeit her, in der sich Oskar Huth als Deserteur tarnen konnte und gleichzeitig zum Unterstützer anderer Untergetauchter – Juden und politisch Verfolgter - wurde. Damit lebte er eine Doppexistenz: Der Verfolgte war eigentlich Opfer, doch diese Rolle passte nicht zu ihm. Er verstand sich immer als Künstler und Individualist, der mit seinem eigenen Kopf eigene Wege ging. Huth wusste, dass er in seiner ausgedachten Identität nur Erfolg hat, wenn es ihm gelang, sein Leben nach außen so „normal“ wie möglich zu gestalten. Er kannte sich selber und seine Talente, und er kannte seine Mitmenschen, die durch die langen Jahre des NS-Systems mit seinem Repressionsapparat geprägt waren. So lebte er: Er schlüpfte mental in die Rolle des wissenschaftlichen Zeichners, der für ein Institut arbeitete, er war mit absoluter Selbstdisziplin immer auf der Hut, er befolgte eisern die Regel, nie öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen und keinen Alkohol zu trinken, er hatte sich für den Notfall bewaffnet, und hatte seine körperlichen Bedürfnisse auf ein selbstgenügsames Niveau reduziert. Dies waren seine Überlebensvoraussetzungen, um in seiner zweiten Identität nicht erkannt zu werden. Er schaffte es, dem

Regime gewagte Schnippchen zu schlagen, indem er unter dessen Augen Papiere fälschte und ihm mit List und Tücke regelmäßig etliche Portionen Butter entwendete, nicht um sie zu verkaufen, sondern sie in seinen großen Wanderungen durch Berlin an andere versteckt lebende Geflüchtete zu verteilen.

Huth war kein ideologischer Gegner des NS-Regimes, keiner, der als Kirchenmann, Liberaler, Sozialdemokrat oder Kommunist dagegen war, sondern aus tiefer Menschlichkeit als Künstler wusste, dass kein fühlender und denkender Mensch Nazi sein kann. Mit seiner pazifistischen Grundhaltung gehörte er zu einer kleinen Minderheit. Da er ein Einzelgänger war, der zu keiner Organisation gehörte, war er als Mitglied nirgends aktenkundig, und dies war für ihn von großem Vorteil.

Oskar Huth hatte Ende der 1930er Jahre an der Berliner Kunstakademie studiert. Seit November 1941 war er fahnenflüchtig. Seine letzten Spuren hatte er in Richtung Ruhrgebiet und Bremen gelegt, wo es Bombenangriffe gab. Als „Oskar Haupt“ kehrte er nach Berlin zurück. Eine seiner engen Freundinnen aus Studienzeiten war die Modezeichnerin Käte Kausel, deren Mann Walter 1942 gefallen war, und die kurz darauf den ersten Bombenangriff auf Berlin mit ihrem vier Jahre alten Sohn am Breitenbachplatz hautnah miterlebt hatte. Daraufhin verließ sie Berlin und überließ Oskar im März 1942 ihre Wohnung in der Dillenburger Straße 58f in Wilmersdorf. „Ich bin da die ganze Zeit durchgelaufen, ... weil mich dort ... alle Leute als 'legal' kannten.“¹

Mit einem festen, sicheren Quartier entstand sein kühner Plan, sich eine Druckerpresse zu beschaffen, um falsche Papiere und Lebensmittelmarken zu drucken. Die Grundkenntnisse des Druckens erwarb er sich während des Studiums. Durch Glück fand er die Druckereimaschinen-Firma Rudolf Stenz in der Belle-Alliance-Straße 92 (heute Mehringdamm), Ecke

¹ Oskar Huth: *Überlebenslauf*, aufgeschrieben und herausgegeben von Alf Trenk, Berlin 1994, S. 45

Gneisenaustraße, deren Inhaber ihm eine intakte Spezialkonstruktion des Generalstabs aus dem 1. Weltkrieg überließ (hinter der Front wurden laufend neue präzise Karten mit den ständig wechselnden Frontverläufen benötigt). Der Besitzer schien wohlwollend zu ahnen, dass der junge Mann nicht nur legale Absichten verfolgte. Oskar Huth bewerkstelligte den Transport des 450 Kilogramm schweren Monstrums alleine mit Hilfe eines Handwagens und einiger zufälliger Passanten, inklusive des in Käte Kausels Haus lebenden Polizisten.

Oskar Huths Strategie beinhaltete immer das offene Agieren, denn er wusste, dass alles, was im Verborgenen geschieht, Misstrauen erregt. Er nannte sich Oskar Haupt, hatte natürlich perfekte eigene Papiere und arbeitete angeblich für wissenschaftliche NS-Institute. Die Druckpresse im Keller setzte er während der Bombenangriffe vor aller Augen in Gang. Wenn ein Neugieriger im Haus Genaueres über seine Arbeit wissen wollte, meinte er bedauernd, dass alles unter höchster Geheimhaltung geschähe, und er leider nicht mehr verraten dürfe. Da dies sehr logisch klang, gaben sie Ruhe und hatten sogar das gute Gefühl, durch ihn unter einem gewissen Schutz zu stehen. Während er an seiner Presse stand, las er dem Kellerpublikum zur Tarnung Texte über Themen vor, die angeblich in seinem Institut entstanden und die nun gedruckt wurden, während er einen Bogen Buttermarken nach dem anderen druckte. Die Presse hatte er so positioniert, dass niemand die Druckerzeugnisse sehen konnte.

Ilse Vogel beschrieb in ihrem Kapitel über Oskar Huth seine Arbeitsweise: „... Wie er alte Papierbestände fand, Papier, von dem er wusste, dass er es so behandeln konnte, bis es sich anfühlte und aussah wie das, was Militär und Parteiorganisationen benutzten. Er zeigte mir Gummistempel mit den Insignien des Oberkommandos der Wehrmacht und des Reichsarbeitsministeriums und eine Reihe von Stempeln verschiedener Polizeibehörden aus ganz Deutschland.“²

Er fälschte für die Brüder Ludwig und Kunrat Freiherr von Hammerstein Wehrpässe. Beide wurden nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 gesucht, und vermutlich hat ihnen Oskar Huths Maler-Freund Heinz Trökes, der 1942 zur Wehrmacht eingezogen werden sollte, und für den er einen Ausmusterungsschein fälschte. Diese drei Männer überlebten und erzählten nach 1945 von Oskar Huths existentieller Hilfe. (Abb. 5)



Abb. 5: Ausmusterungsschein, 1942, gefälscht von Oskar Huth für seinen Freund Heinz Trökes, Quelle: Trökes-Archiv

Topf: Heinz Trökes war Mitglied der Akademie der Künste. Es kann auch sein, das wissen wir nicht genau, ob Heinz Trökes ihm damals geholfen hat, auch Bilder herzustellen und zu verkaufen. Er hat an die Amerikaner Bilder verkauft, nach populärem Geschmack gemalt. Also ich sag mal ganz schlicht „Röhrende Hirsche“. Da gibts so ein paar Fotos wie er auf so einem Straßenmarkt damit steht aber er ist ja auch in den 50er Jahren - wahrscheinlich nicht für sehr lange - in den Genuss der Berliner Künstlerförderung gekommen, des Künstlersozialprogramms. Das ist bekannt aber diese Institution ist über sich selbst hinaus gewachsen. Die ist seit drei vier Jahren glaub ich ohne festes Quartier mit einem riesen Bestand, Graphothek. Auf alle Fälle auch da ist er hinein gekommen. Möglicherweise durch Fürsprache oder Hilfe von Trökes.

[Zuhörer] Trökes ist später Professor an der HdK gewesen

[Zuhörerin] Man beachte die Unterschriften

Topf: ja die Unterschriften sind sehr schön. Er hat ja dann die Namen natürlich erfunden, unterschreibende Offiziere: Hammel und Dankwerth ((allgemeines Gelächter))

² Ilse Vogel: *Über Mut im Untergrund, Eine Erzählung von Freundschaft, Anstand und Widerstand im Berlin der Jahre 1943 – 1945*, hgg. von Jutta Hercher und Barbara Schieb, Berlin 2014, S. 141

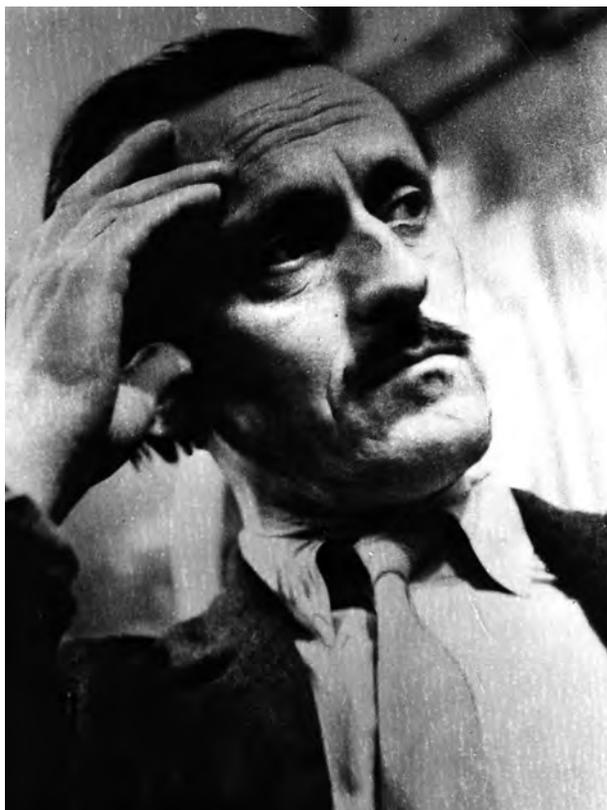


Abb. 6: Oskar Huth, Nahaufn. Hand an Denkerstirn, um 1985
Foto: Alf Trenk

Wir kennen keinen anderen Fälscher, der so vorging wie Oskar Huth. Es gab etliche mutige Menschen, die originale Kennkarten umänderten, indem sie die Fotos austauschten und die Stempel nachzogen. Wehrmachtspapiere konnten als Blanko-Formulare verwendet werden, um dann für die neuen geflüchteten Besitzer passend gemacht zu werden. Oskar Huth ist einzigartig im tatsächlichen Herstellen des eigenen, echten Papiers. Er war stolz auf seine Kenntnisse der Rezeptur und sein geduldiges Herstellen des Papiers, das sich von dem Original kaum unterschied. Dies galt ebenso für das Papier, das er zum Drucken der Buttermarken benötigte. Es erfüllte ihn mit einer tiefen Genugtuung, dass er seine Buttermarken auch 1944 und 1945 auf dem qualitätvollen Papier druckte, ganz im Gegensatz zu den Originalen, die kriegsbedingt einen hohen Holzanteil aufwiesen. Wie amüsierte er sich darüber, dass seine Fälschungen besser als die Originale waren!

Die kleinen Portionen von 62,5 Gramm Butter verteilte er nach einem strengen Zeitplan in ganz Berlin.

Wenn er zur verabredeten Zeit nicht am verabredeten Ort erschien, kam er erst in der Woche darauf wieder vorbei. Alles andere war ihm viel zu riskant gewesen. Er wusste, dass ihm im Falle seiner Entdeckung die Todesstrafe als Deserteur drohen würde. Als Pass- und Urkundenfälscher hätte er sie sicherlich gleich noch einmal erhalten. Entdeckt wurde er nie.

Nachdem er überlebt hatte, war er frei. Alf Trenk hat diese Zeit wunderbar zusammengefasst:

„Ein hoher Politoffizier schließt Freundschaft mit dem eigenartigen Deutschen, bringt ihn in politische Kreise, nimmt ihn gelegentlich mit zu Treffen mit sowjetischen Militärs – einmal auch mit Marschall Schukow. Als die Amerikaner ein Dutzend bewährter Antifaschisten niederschreiben lassen, wie sie sich die Zukunft ihres Landes denken, ist Oskar darunter. Sein Fazit: Aufteilung des Staatsgebietes unter die Anrainerstaaten, denn ein deutscher Nationalstaat führe zwingend wieder in die Katastrophe. An der Richtigkeit dieses Votums hält er zeitlebens fest. (Abb. 6)

Die Lehre an Bord großer Frachter³ hatte vieles umfasst. Abstinenz ausgenommen. Dennoch meidet er in den Jahren seiner Illegalität jeden Tropfen Alkohol. Nervenanspannung und Selbstkontrolle, sekundliches Auf-der-Hut-sein werden ihm zur zweiten Natur. Die Stunde der Befreiung entwertet schlagartig diese Tugenden. In den Stabsquartieren der Alliierten fließen Whiskey und Wodka, die Askese verliert ihr Motiv.

Es beginnt die Ära des Wiederaufbaus und der Wiederinamtsetzung von Leuten, die er verabscheut und gefürchtet hat. Leicht könnte er nun selbst ein politisches Amt bekleiden – es wird berichtet, man habe ihm das Kultur-Ressort im Berliner Magistrat angeboten. Doch Amtszimmer und Dienstvorschriften sind ihm ebenso wesensfremd wie Autos, Fließbänder, Fragebogen und jene Dinge, die Jahre später die Gesellschaft entscheidend verändern werden: Supermärkte, Fernsehen und Computer. Er kam gut ein Jahrhundert zu spät auf die Welt und kann sich darauf nur einrichten mit einer endlosen Kette von Fluchten.⁴ (Abb. 7) Die Beschäftigung mit diesem ungewöhnlichen Künstler lohnt sich auch heute, weil es spannend ist, seinen Ideen und Handlungen nachzugehen, und nachzuvollziehen, mit welcher Größe und gleichzeitigen Bescheidenheit er in einer unmenschlichen Diktatur menschlich agierte.

³ Oskar Huth heuerte als Jugendlicher auf Frachtern an; s. Ilse Vogel 2014, S. 146.

⁴ Alf Trenk: Nachwort für den Huthfremden, in: Oskar Huth: Überlebenslauf, 1994, S. 155



Abb.7: Oskar Huth schläft oder meditiert am Klavier,
Foto: Hartmut Topf, um 1975

Topf: Ja das habe ich mal gemacht und wenn Sie wollen kann ich Ihnen sogar einen kleinen Text, den ich dazu geschrieben habe, zu genau der Situation vorlesen. Das war in der Kneipe, die wir zuerst, weil uns aus dem Zwiebelfish so ein bisschen verabschiedet hatten, dann den Sybelfisch nannten. Das war das Litfaß in der Sybelstraße.

Das ist die Ode an Oskar nach der Melodie Freude schöner Götterfunke, Seite 7. Das les ich jetzt mal vor, wenn Sie erlauben:

„Wir waren nicht wenige, eher schon waren wir viele. Wir lebten in einem Dorf, das sich nicht abgewöhnen konnte eine Stadt zu sein. Die Landschaft war vielgestaltig. An dem Namen lässt sich das ablesen: zwischen Lichten-, Schöne-, Kreuz- und Prenzlauer Berg, Wilmers-, Schmargen-, Zehlen-, Marien-, Herms- und Rixdorf. Lichten-, Haken- und Marienfelde, allerhand Witz- und Ruheleben, Waidmannslust und Lustgarten, Weißen-, Plötzen-, Halen- und Wannsee lagen die Reste im Glanze des aufbrechenden Menschheitstages. Reichstag eingeschlossen, Schloss ausgeschlossen, Irrtum inbegriffen. Wie einseitig eine jeweilige andere Seite mit den Jahren wird - ist das Dialektik oder Mangel an Phantasie? Unkenntnis ist eine verlässliche Grundlage für Verleumdungen. Mit Nadelstichen kann hier nichts mehr geheilt werden. Doppelrecht und Doppel-freiheit für das Doppelvaterland.

Einst war das Klavier ein Klopfinstrument. Dieses war ein Schrank mit Gebiss. Und vor dem Gebiss und dem Drahtgedärm mit kreuzweisem Aufzug saß schlafend ein dünner Mann in dünnem Mantel mit dünnem Bart und dünnen Lippen, wirr hingen seine dünnen Haare, seine dünnen Hände lagen auf den dünnen Tasten und dünnen Knien. Bevor ihm das Kinn auf die Brust mit der verblüffenden Krawatte gesunken war, hat er einem durchreisenden Fremden Grüße nach Brasilewski mitgeben wollen. So lieb war ihm der Gast, dass er ihm eine neue Heimat schenkte, dazu ein gehöriges Maß an Scarlatti, Mozart und agogischen Unfällen auf der Rüttelstrecke aus Elfenbein und Ebenholz, Schlaglöcher wurden mit dem Ellenbogen abgewehrt, die Bremsen hatten längst versagt, die S-Bahn sang mit der Lerche um die Wette und alle Erfrischungen schlie-fen. Wir schlichen uns davon, nicht ohne den Schlaf und seinen Besitzer mitzunehmen. Auf Widersehen Radomir. Das hat er wirklich gesagt.“

Oskar (Götterdämmerung⁵)

Auszug aus:

Ilse Margret Vogel: Über Mut im Untergrund. Eine Erzählung von Freundschaft, Anstand und Widerstand im Berlin der Jahre 1943–1945 / hrsg. von Jutta Hercher und Barbara Schieb, Berlin 2014
Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeberinnen und des Lukas-Verlages

Als ich ihn kennenlernte, war sein Name Haupt, Oskar Haupt. Aber als er mich besser kannte und mir vertraute, erklärte er, sein richtiger Name sei Oskar Huth.⁶

Er zeigte mir seinen Ausweis und den Nachweis seiner Wehruntüchtigkeit, ausgestellt auf Oskar Haupt, und mit einem Lächeln flüsterte er:

„Selbstgemacht.“

„Selbstgemacht?“ fragte ich.

„Ja, ich mache das selbst.“

Ungläubig schaute ich ihn an. Er lächelte und nickte.

„Woher hast du das Papier?“

„Ich mache es.“

„Es hat ein Wasserzeichen“, sagte ich.

„Natürlich. Das muss es auch.“

„Da sind drei verschiedene Stempel vom Oberkommando der Wehrmacht drauf, woher hast du sie?“

„Die habe ich von Oskar Huth“, sagte er und feixte.

Doch das war noch nicht alles. Er zog einen ganzen Bogen mit Buttermarken aus seiner Tasche.

„Mein Gott!“ rief ich. „Das sind ja mehrere Pfund Butter.“ Unsere wöchentliche Ration war zu dieser Zeit sehr klein. „Das reicht für ein Jahr.“

„Nein, das nicht“, sagte Oskar. „Aber für mehrere Leute.“

„Was für Leute?“ wollte ich wissen.

„Leute, die keine Lebensmittelmarken kriegen – offiziell. Weil sie nicht existieren – offiziell.“

Ich wurde neugierig und stellte eine Frage nach der anderen, und Stück für Stück entstand das ganze Bild.

[...]

Oskar ging hinaus, und als er wiederkam sagte er: „Es ist wahr. Es ist wirklich vorbei! Es sind Autos mit Lautsprechern auf den Straßen, die bekanntgeben, dass Berlin heute, am zweiten Mai, kapituliert hat.“

„Und unser Haus?“ fragte ich.

„Verschwunden“, sagte Oskar.

„Der Kolbe-Engel auch?“ Ich wusste, dass es dumm war, diese Frage zu stellen.

„Natürlich“, sagte Oskar.

Wieder und wieder musste Oskar die Neuigkeiten über die Kapitulation für alle und jeden im Bunker wiederholen. Jetzt, wo der langersehnte Moment gekommen war, schienen es die Leute nicht zu glauben.

Jetzt begannen die Spekulationen, und man fragte Oskar, ob er glaube, es sei nun sicher, den Bunker zu verlassen.

„Es sind viele Russen auf den Straßen, betrunken und verrückt vor Freude über den Sieg. Und ab und zu sind Schüsse zu hören.“ Zu weiteren Aussagen fühlte Oskar sich nicht verpflichtet.

Zu mir sagte er: „Ich möchte jetzt gehen. Ich kann verstehen, wenn du bleiben willst. Ich bin zurück, bevor es Nacht wird.“

Aber ich war genauso ungeduldig wie er. Ich schlüpfte in meinen Mantel, warf mir die Handtasche über die Schulter und folgte Oskar, der schon draußen war.

Mein erster Blick ging über die Straße zur Nummer 21. Das Vorderhaus und das Gartenhaus waren Gerippe: die Trümmer rauchten noch, hier und dort schlugen Flammen aus der Asche. Auch die Häuser links und rechts waren verschwunden. Aber etwas weiter in Richtung Kurfürstendamm waren die meisten Häuser heil, abgesehen von zerbrochenen Fenstern und Schrapnell-Einschlägen. Weiße Bettlaken als Zeichen der Kapitulation hingen von den Fassaden.

In weniger als einer Minute hatten wir den Kurfürstendamm erreicht. Aus einem halbdemolierten Gebäude, vormals ein elegantes Hotel mit Restaurant, kamen Russen, die Arme voller Flaschen. Sie schlugen die Fla-

⁵ *Im Original deutsch*

⁶ *Oskar Huth, geboren am 26. 2. 1918, gestorben am 21.8. 1991, siehe Nachwort. Sein Pseudonym benutzte er ab November 1941, als er sich dem Wehrdienst entzog.*

schenhalse gegen den Bordstein, hielten die Flaschen dann hoch über den Kopf und gossen sich den Inhalt in den Mund.

„Sicher ist der Weinkeller randvoll mit Spirituosen“, meinte Oskar, „aus allen Ecken der Welt zusammengeklaut“.

Es gab kaum Zivilisten auf der Straße. Während der ersten zehn Minuten trafen wir keinen einzigen. Nur lange Kolonnen deutscher Kriegsgefangener, von russischen Soldaten eskortiert, bewegten sich langsam die Straße entlang. Das Laufen war nicht einfach, weil man den Kurfürstendamm kaum noch als Straße bezeichnen konnte. Bombenkrater bildeten tiefe Täler und Häuser, die auf die Straße gestürzt waren, waren zu Gebirgen geworden, übersät mit Leichen, Russen und Deutschen.

Ich war nicht wirklich auf solch einen Anblick vorbereitet. Ich senkte den Kopf, griff nach Oskars Hand und lief mit geschlossenen Augen. Das ging ein paar Minuten gut, aber dann strachelte ich und fiel beinahe hin. Ich gehorchte Oskar, öffnete meine Augen und passte auf, wo ich hintrat.

Ich drehte mich um, um zu sehen, worüber ich gestolpert war. Es war ein Arm. Ein Arm in einem blutgetränkten schwarzen Ärmel mit dem SS-Abzeichen darauf.

Und während ich schaute, tauchte ein Hund auf, nahm den Arm in die Schnauze und zog die Beute in eine Ruine. Oskar lachte hämisch. Ich kämpfte mit den Tränen.

Hier und da gab es immer noch Widerstandsnester. Aus Fenstern wurden Schüsse abgegeben.

Ein russischer Offizier an der Spitze einer Kolonne mit Gefangenen hielt an. Durch einen Lautsprecher verkündete er: „Rauskommen oder das Haus wird gesprengt.“ Innerhalb von Sekunden tauchte ein Dutzend deutscher Soldaten auf, sie warfen ihre Waffen weg und nahmen die Hände über den Kopf. In Handschellen mussten sie vor dem Offizier hermarschieren.

„Wohin gehen wir?“ fragte ich.

„Zum Nollendorfplatz“, antwortete Oskar. „Ich möchte wissen, ob Karl⁷ und seine Freundin heil durchgekommen sind.“

Wir gingen an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche vorbei und bogen in die Tauentzienstraße ein. Dasselbe Bild der Zerstörung: die Häuser noch in Flammen, ein beißender Rauch, der in der Kehle brannte und die Sicht behinderte.

Der Körper eines kleinen Krokodils, das aus dem nahegelegenen Zoo geflohen sein musste, erregte Oskars Aufmerksamkeit. Ein paar Schritte weiter fanden wir einen wunderschönen toten Flamingo.

Als wir den Wittenbergplatz erreichen, sahen wir eine größere Menschenmenge, Zivilisten, die sich nach etwas am Boden bückten, danach griffen, an etwas zerrten, was wir nicht erkennen konnten.

Als wir näher kamen, sahen wir, dass es ein großes totes Pferd war. Die Leute, manche mit Taschenmessern, manche mit bloßen Händen, rissen Stück für Stück vom Kadaver.

Eine Frau mit bis zu den Ellenbogen blutigen Armen rief triumphierend: „Ich habe das Herz!“ Und sie begann, es auf der Stelle zu verschlingen.

Ich wollte so schnell wie möglich vorbeigehen, aber Oskar hielt mich zurück.

„Goya hätte diese Szene gefallen“, sagte er.

Oskar war fasziniert. Ich war entsetzt.

Schließlich konnte er sich losreißen, und wir gingen weiter. Wir waren dankbar, dass die Russen uns so wenig Aufmerksamkeit schenkten. Doch kurz bevor wir Karls Mietshaus erreichten, wurden wir angehalten. Ein Russe trat zwischen Oskar und mich. Er drückte Oskar eine Schaufel in die Hand und zeigte auf eine Stelle, wo der Beton des Gehsteigs aufgebrochen war und ein Stückchen Erde freigab, und befahl ihm zu graben. Daneben lag eine Leiche.

Während Oskar schaufelte, zog der Russe mich in den Flur eines halb zerstörten Gebäudes. Wohl wissend, was nun folgen würde, benutzte ich die Strategie, die bei meinem ersten Angreifer so gut funktioniert hatte. Wieder schlang ich die Arme um seinen Nacken. Wieder schmiegte ich mich an seinen Körper. Lächelnd wiederholte ich meine russische Willkommensrede.

Er war perplex.

Und dann flüsterte ich zärtlich in sein Ohr: „Oh, nein, nicht hier. Du kommst heute Nacht.“

⁷ Wie Ilse Vogel in ihrem Brief vom 29.10.1993 an Alf Trenk mitteilte, war „Karl“ Oskar Huths Freund Heinz Trökes. Oskar Huth hatte seinem Freund einen Ausschließungsschein aus der Wehrmacht gefälscht, mit dem er unbehelligt als Zivilist leben konnte. S. Huth, Oskar: Überlebenslauf 1994, S. 78, 80; <http://www.troekes.de/biographie.html>. Ilse Vogel arbeitete mit Heinz Trökes ab Juni 1945 in der neu eröffneten Galerie Gerd Rosen am Kurfürstendamm zusammen; Krause, Markus: Galerie Gerd Rosen - Die Avantgarde in Berlin 1945-1950, Berlin 1995, S. 33-46.

Er hörte auf, seine Hose aufzuknöpfen.

„Meine Adresse“, sagte ich, „ist Nollendorfplatz Nummer zehn. Mein Name ist Maria Schulz“.

Er hob ein Stück angesengtes Papier vom Boden auf, gab es mir und sagte: „Schreib auf.“

Das tat ich. Ich tätschelte seine Wange und sagte: „Bring Wodka mit, wir feiern.“

Ich wollte gerade gehen, als ein zweiter Russe kam.

„Bist du fertig?“ fragte er seinen Kameraden. „Jetzt ich.“

Er legte seinen kräftigen Arm um meine Taille, aber der erste Russe zog ihn weg und drückte ihn gegen die Wand.

„Das ist meine Deutsche“, ereiferte er sich.

Und ich begriff, dass es mir erneut gelungen war, den ritterlichen Instinkt in diesem wilden, jungen Soldaten zu wecken, der mich nun beschützte.

Wieder auf der Straße, musste ich warten, bis das Loch, das Oskar schaufelte, groß genug war für den Körper des russischen Soldaten. Dann durften wir gehen.

Wir waren froh, dass Karls Haus noch stand. Es hatte noch nicht einmal eine Schramme. Das war vermutlich der Grund, warum es nun als eine Art russisches Hauptquartier ausgewählt worden war. Russen liefen herum, sangen, tanzten und stampften mit den Füßen.

In der Eingangshalle tanzten sie wild um ein Grammophon herum, das in voller Lautstärke den letzten deutschen Schlager plärrte: „Das wird ein Frühling ohne Ende“.⁸

[...]

„Wohin jetzt?“ fragte ich.

„In meine Wohnung“, antwortete Oskar. „Lass uns nachschauen, ob das Haus noch steht. Aber es wird ein langer, anstrengender Marsch.“

„Ich weiß“, sagte ich. „Das macht nichts.“

Nur ein Häuserblock entfernt von uns war früher eine schöne Galerie gewesen, ein Buchladen im Erdgeschoß mit einer Treppe, die in die kleine Galerie führte. Wir beschlossen, nachzusehen, ob es das Gebäude noch gab. Es stand als einzelnes Haus in einer Reihe von Ruinen. Wir traten durch die offene Tür und trafen auf ein lärmendes Feldlager. Ein Lagerfeuer brannte hell in der Mitte des Raumes. Ein Feuer! Auf dem polierten Parkett in einem Raum, der noch schön und ordentlich war! Russen hockten drum herum. An den Enden ihrer Gewehrläufe hingen Fleischstücke, die sie über dem Feuer brieten. Pferdefleisch, vermutete ich.

Flaschen machten die Runde, die an der Wand zerschmettert wurden, sobald sie leer waren. Sofort wurden sie durch neue ersetzt. Als die Soldaten uns bemerkten, schienen sie eher amüsiert als überrascht und boten uns die Flasche an. Jeder von uns nahm einen großen Schluck, und wir wurden gedrängt, mehr zu trinken. Sie rückten sogar enger zusammen und luden uns gestikulierend ein, uns zu setzen.

Wir taten es. Die Wärme des Feuers und die Wärme des Wodkas im Magen taten uns gut. Draußen war es kalt gewesen, eine feuchte Kälte, die in die Knochen kriecht.

„Das ist gut“, hatte Oskar zuvor gesagt. „Die Kälte verhindert, dass die Leichen schnell verwesen.“

[...]

Oskar schaute sich um und entdeckte große Brocken Fleisch, die in einer Ecke lagerten. „Es muss hier irgendwo leeres Papier geben. Geh und sieh nach.“

Wofür brauchte er Papier? Ich wunderte mich. Ich fand etwas auf einem Schreibtisch, wo früher vermutlich die Kasse gestanden hatte.

Oskar nahm ein Blatt und ging hinüber zu einem Soldaten, der, erschöpft von Tanz und Wodka an einer Wand lehnte. Innerhalb weniger Minuten zeichnete Oskar ein Porträt dieses jungen Mannes, das große Ähnlichkeit aufwies, auch wenn Oskar sein Aussehen stark idealisiert hatte.

Er gab es seinem Modell, und das Entzücken, mit dem der junge Russe sich selbst betrachtete, war anrührend. Oskar streckte die Hand aus, um ihm das Porträt wieder wegzunehmen, aber der Soldat drückte es an die Brust und schüttelte energisch den Kopf.

„Sag ihm“, meinte Oskar zu mir, „er kann es behalten, wenn er uns etwas Fleisch dafür gibt.“

Ich tat es, und ein blutiges Stück Fleisch landete in meinen Händen. Ich wickelte es in ein Stück Papier, das ich aus dem Feuer gezogen hatte – eine wunderbare Reproduktion eines Chagall-Gemäldes.

Stolz zeigte der Soldat seinen Kameraden das Porträt, und sofort war Oskar von der ganzen Mannschaft umringt. Auf sich selbst zeigend, bettelten sie: „Ich auch ein Bild! Ich auch!“

⁸ Im Original deutsch.

Während Oskar zeichnete, ging ich an den Bücherregalen entlang und nahm zwei Bücher. Ich fühlte mich weder als Dieb noch als Plünderer. Nein. Die Bücher würden sowieso im Feuer landen, und ich fühlte mich reich, mit den zwei Bänden Rilke in meinen blutverschmierten Händen.

[...]

Eine Stunde war vergangen, Oskar hatte viele Porträts gezeichnet. Nachdem wir noch mehr Fleisch bekommen hatten, wollten wir aufbrechen. Es gab ein endloses Bedanken, viele Spasibos hin und her, Händeschütteln und Umarmungen.

Nun begann der lange Marsch nach Wilmersdorf, zu Oskars Wohnung. Es war inzwischen Nachmittag geworden, und die Situation in den Straßen hatte sich geändert. Anstelle der Kolonnen mit gefangenen deutschen Soldaten, kamen wir an endlosen Kolonnen mit russischen Fahrzeugen vorbei: die Versorgungseinheiten der Roten Armee, die der kämpfenden Truppe folgten. Was für ein Anblick! Wagen, gezogen von Pferden oder Ponys, vorwiegend Soldaten, aber auch alle Sorten von Marketendern, unter ihnen auch Frauen. Sie saßen auf Heuballen, singend und saufend. Viele extravagant gekleidet: geschmückt mit Samtdecken, glitzernden Blusen, sogar Kronen auf den Köpfen. Ich traute meinen Augen kaum, fühlte mich, als beobachte ich ein verrücktes Spiel oder eine wild maskierte Prozession.

[...]

Oskar drängte mich, den Schritt zu beschleunigen. Er wollte seine Wohnung, falls sie noch existierte, gern vor Einbruch der Dunkelheit erreichen. Doch das hielt ihn nicht davon ab, von Zeit zu Zeit anzuhalten, um eine Leiche zu untersuchen, die auf unserem Weg lag.

Während ich mich abwendete, studierte er sie genau. Als es zum dritten Mal geschah, wurde ich wütend und verwünschte ihn.

„Kleine Schwester“, sagte er, „kleine Schwester, auch das ist Teil des Lebens: der Tod. Denk an Leonardo da Vinci! Er war sehr interessiert an Leichen und hat sie sehr schön gezeichnet.“

In Momenten wie diesen wurde Oskar mir unheimlich. Und ich war nicht mehr ganz sicher, ob ich ihn wirklich mochte.

Eine Weile gingen wir stumm nebeneinander her, da trat Oskar vor mich hin und mit warmer Stimme und großer Anteilnahme fragte er: „Wie geht es dir, kleine Schwester?“

„Gut“, log ich, und wir gingen weiter.

Wir kamen an die Stelle, wo ein paar Stunden zuvor der Pferdekadaver von der hungrigen Menge zerstückelt worden war. Jetzt war nur noch das blanke Gerippe übrig, Fellfetzen hingen hier und da.

Als wir die Vororte von Wilmersdorf erreichten, wo die kleineren Häuser mit Vorgärten standen, wurde mir schmerzlich bewusst, dass Frühling war. Lange, helle, gelbe Forsythien-Hecken, weißgelbe Osterglocken und frühe Tulpen blühten.

Da sah ich einen jungen deutschen Soldaten auf der anderen Straßenseite. Er stand unter einem Apfelbaum, der mit weißen Blüten bedeckt war. Er schien in einer Art Rausch, hatte die Arme über dem Kopf ausgestreckt. Oder... vielleicht hatte er Schmerzen? Ich legte meine Bücher und das Fleisch auf den Boden und eilte hinüber. Sobald ich näher kam, sah ich, dass er tot war. Er lehnte am Baumstamm. Sein Kopf war erhoben und seine braunen Augen starrten in das Zelt aus Blüten über ihm.

„Leichenstarre“, stellte Oskar sachlich fest.

Ein Vogel, der in der Baumkrone zu singen begann, gab mir den Rest. Ich brach in Tränen aus.

Oskar ließ mich eine Weile weinen, bevor er meine Hand nahm und mich wegzog.

Und plötzlich geschah eine mysteriöse Verwandlung mit mir. Das Entsetzen ließ nach und mich überkam eine Ruhe, wie ich sie viele Jahre nicht mehr empfunden hatte. Noch einmal schaute ich in die braunen Augen des toten Soldaten. Und diesmal schien mir, als sähe ich ein feines Lächeln auf seinem Gesicht.

Auch ich versuchte zu lächeln.

Ich drehte mich zu Oskar und sagte: „Mit dem Krieg und dem Töten ist jetzt Schluss.“

„Ja“, sagte Oskar, „Hitler ist weg, und die zwölf Jahre des Tausendjährigen Reichs sind auch vorbei.“

Auszüge aus dem Transkript der Veranstaltung am 7. Dezember 2015

Transkript: Sonja Miltenberger

Topf: Hartmut Topf**S. M.: Sonja Miltenberger****A: andere Wortbeiträge**

S. M.: Ich würd jetzt gern mal auf die Nachkriegszeit zu sprechen kommen. Also es gehen ja viele Mythen und Geschichten um Oskar Huth um und - ich weiß nicht ob wir hier einige klären können oder ob wir sie einfach im Nebel lassen, weil sie so schön sind - aber es gibt zum Beispiel die Geschichte, dass ihm in den frühen 50er Jahren ein Posten angeboten wurde im Kultursenat. Können sie sagen, ob da was dran ist?

Topf: Ja ich kann das auch nur als Gerücht sagen und es gibt eine Geschichte an der sich mal ein Bekannter, oder fast Freund, vergeblich bemüht hat. Der Kabarettist Kurt Noack, der in Berlin die Theatergruppe „Die Bedienten“ aufgebaut hat, der wollte entweder einen Film oder ein Radiofeature machen. Auf alle Fälle wollte er auch diese Nachkriegsdinge erforschen und dokumentieren. Und er bezog sich auf eine Aussage, die Oskar oft gemacht, auch mir gegenüber, mehrfach: Er habe durch Beziehungen zu den Amerikanern in erster Linie, den Alliierten hier, die um Rat gefragt haben, wer ist denn brauchbar für die Zukunft, wer hat denn hier keinen Dreck am Stecken und so, habe er ein Dokument besessen, das nennt er Evidenz of Anti-Nazi Activities. Und er nannte mir etwa ein Dutzend Namen, von denen fallen mir heute nur noch drei ein. Der eine war Redslob, der den Tagesspiegel gegründet hat, der die Lizenz bekam. Der andere war Konsul Respondek, auch ein Mann des Widerstandes und der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski. Und als der Noack versuchte, bei amerikanischen Stellen, auch im Berlin Document Center, darüber was zu erfahren, haben sie ihn immer abgewimmelt. Er ist zu nichts gekommen. Er hat es oft versucht mit Briefen und mit Hingehen. Hat nie 'ne Auskunft bekommen und nach der Wende habe ich dann Kuczynski angerufen. Er war sehr freundlich. Er sagte: Schreiben Sie ein paar Zeilen. Ich antworte Ihnen schnell. Und das hat auch wirklich funktioniert. Er hat sogar ganz blitzschnell geantwortet. Ein DIN A 4-Blatt, die Hälfte davon nur, handschriftlich, etwa des Inhalts: Ich bedaure es sehr, Ihrem Freund nicht helfen zu können. Ich hatte doch so ein Papier gar nicht nötig. Und das hab ich Oskar, das war so kurz vor seinem Tod, nicht gesagt, weil ihn das wahrscheinlich sehr gekränkt hätte. Also er hatte behauptet, er hat das Papier einmal verloren und später hat er gesagt, er hätte es in einer dusseligen Aktion selber vernichtet und jetzt hätte er es so gerne.

Aber, ob es das nun wirklich gegeben hat oder nicht - man muss sich das vorstellen, vielleicht war das von Leuten die ihn kannten eine Art Bestätigung, dieser Mann hat jedenfalls keine Nazigeschichte, er war sogar ein Aktivist gegen die Nazis. Es gab ja innerhalb Berlins durchaus 'ne offene Grenze, auch Kontrollen unverhofft hier und da. Und auf Russisch hieß so ein Papier, das man gut gebrauchen konnte, ein Propusk - so 'ne Art Durchlassschein.

S. M.: Oskar Huth lebte ja vor 1945 im Untergrund. Er kannte wenige Menschen, hatte kaum Kontakte, nur wenige wussten von seiner Existenz. Wie war das denn nach dem Krieg. Wie hat er sich verhalten. Hat er sich gleich offenbart oder war er vorsichtig. Wie kann man sich das vorstellen.

Topf: Auch da kann ich nur sagen, was ich per Gerücht gehört habe. Dass einige Leute, die wussten, dass sie ihm was danken, versucht haben, sich bei ihm zu bedanken. Dem ist er ausgewichen. Das war ihm wahrscheinlich peinlich. Er wollte das ja gar nicht. Dazu war er zu bescheiden. Er konnte frech auftreten, aber in dieser Hinsicht war er sehr bescheiden und wollte nicht, dass man ihn groß dafür ehrt. Wir trafen uns oft bei Herbert Dahl, das war ein Versicherungsfachmann, der erst in der DDR und dann bei der Allianz in der Vorstandsetage tätig war. Der macht so einen jour fix, da kam Oskar auch gerne hin. Also da wusste man ein bisschen was, aber da blieb's auch eigentlich



Abb. 6: Oskar Huth, Profilaufnahme, mit Zigarette, um 1985
Foto: Alf Trenk

immer, so auf der Ebene der Gerüchte.

[...]

S. M.: Diese Geschichten kamen dann über die Freunde ans Licht?

Topf: Ja, es gab einen großen Artikel im „Neuen Deutschland“, der ihm gewidmet war. - unter anderem Namen. Da wurde die Geschichte von diesem einen Mann erzählt. Das ist richtig. Ich weiß gar nicht, ob er damit einverstanden war. Ich glaube nicht.

A: Ich glaube es geht darum, in der DDR war zu lesen, dass sie letztendlich Oskar getötet haben.

Topf: Das war das Ende der Autorin, die nicht mehr weiter wusste, was sie mit dem Mann, der ja nun im Westen war und eben nicht für die richtige Fahne zu gewinnen war, tun sollte. Dann hat sie ihn literarisch einfach sterben lassen. Das ist ja ein berühmter Weg, auch wenn ein Dramatiker nicht weiter weiß, läßt er die Helden einfach sterben.

A: Sie hat aber seine ganze Geschichte entfaltet in diesem Artikel. Leider hat sie ihn getötet. Er hat alle diese Taten geschildert nach dem Krieg in dieser Zeitung - und in DDR-Sprache oder stalinistische Sprache ist er einfach vernichtet, so dass er nicht zu einem großen Held wird. Diesen Artikel gibt's noch.

[...]

Topf: Er hatte, das muss ich sagen, wahrscheinlich aus der Nazizeit einfach etwas als Haltung behalten. Er ging - ja beinahe als ob es eine klinische Phobie wäre - er ging nicht in Behördenhäuser. Er mied Polizeireviere, Rathäuser, was immer. Das war nichts für ihn. Da fühlte er sich automatisch bedroht. Und ich weiß nicht, seine letzte Wohnung, wie er die bekam, da kann ich nur die kurze Episode erzählen: Der Paul Gehring, der Theaterzeichner hatte in der Pestalozzistraße eine kleine Wohnung und die daneben, die war vom Bezirksamt Charlottenburg verwaltet, die sollte der Oskar kriegen, das wurde ihm angeboten. Es war ein heißer Sommertag, als ich da Richtung Savignyplatz mit dem Auto vorbei fuhr. Vor dem Lokal Cremecheese saßen ein paar Freunde. Hab das Auto abgestellt, bin hingegangen und da saß der Oskar dabei und hatte diese Anforderung vom Rathaus Charlottenburg, er möge sich doch für diese Wohnung bitte anmelden und bewerben. Kann man



Abb. 6: Porträt von Anne Dach, gezeichnet von Oskar Huth, 1945/46
Quelle: Alf Trenk

denn so etwas überhaupt unterschreiben. Ich hab mir das angesehen, es war völlig normal und unverbindlich: Wir bieten Ihnen einen Mietvertrag - Sozialmiete - zu allerbesten Bedingungen an. Also ich hab ihn überredet, das Ding zu unterschreiben, ins Couvert zu stecken. Sagt er: Brüderchen, ich hab' aber nicht die Münze. Ich sag, das ist kein Problem. Die Briefmarke klebe ich auch noch drauf. Dann haben wir es abgeschickt und er hat die Wohnung bekommen. Er nannte die Straßen dann immer - in seiner Ulksucht - Läterpozzistraße. Aber die Behördenphobie die blieb. Er war mindestens mal ein Jahr ohne Ausweis.

A: Ich weiß noch dass der (Huck) ihn bis zum Polizeirevier gebracht hat und ihn dann reingeschubst hat.

A: Bei meinen vielen Spaziergängen mit Oskar, hat er mir berichtet, dass er im Krieg und Nachkrieg durch Berlin nur gelaufen ist - gelaufen! Das müssen Tausende Kilometer gewesen sein, wo er sich einfach auf den Füßen bewegt hat.

Topf: Das war seine Art. Das war der große Latsch. Ich weiß noch - es war spät in der Nacht - in der Wohnung von Alf und seiner Frau Inge am Winterfeldtplatz - und Oskar wollte nach Kreuzberg, wohl zur Blücherstraße, hatte kein Geld, also haben wir ihm die paar Münzen gegeben und dann ist er losgerannt. Dann haben wir gesehen, dass er mit dem Geld zum nächsten Zigarettenautomaten ging. Er ist trotzdem gelaufen, natürlich.

A: Aber meinst du, er hatte Angst? Das hat mich gewundert, obwohl der Krieg längst zu Ende war, hat sich sein Zustand immer noch gehalten, dass man nichts von ihm wissen sollte. Für mich war das eine Art Bestätigung, dass er wusste, dass nach dem Krieg bestimmte Leute in den Osten gekommen sind, was eigentlich für ihn eine Qual war.

Topf: Dass er in Gefahr war, das wusste er sicher. Es gab ja einige Leute, die einfach nicht verschwanden. Zum Beispiel Prof. Dovitat von der FU. Er hatte für die Nazi-propagandakompanie geschrieben. Das wusste man. Abgesehen von den vielen kleinen Nazis, die im Hause wohnten. Da war der Oskar nicht verrückt drauf. Aber der Freund Wölfig, der hat das gut beschrieben in diesem Almanach, dass die Berliner Gesellschaft in mehrere Sektoren, im Sinne von Gesellschaftsteile, unterteilt war: die einen, die Oskar kennen und die anderen, die ihn nicht kennen, und welche die behaupten, ihn zu kennen. Das trifft zu. Oskar war, wie die Stadt Berlin auch, polyzentrisch. Da gab es Kreise, die voneinander nichts wussten, die aber alle ihn kannten. Er wusste, da ist eine alte Dame, da kann ich hingehen, da bin ich willkommen, oder ist 'ne gute Geselligkeit in dieser oder jener Kneipe, da kenn ich auch ein paar Leute, da bin ich willkommen. Da er auch sehr unterhaltsam sein konnte, waren

natürlich auch fremde Leute oder Touristen von ihm begeistert. Er saß dann am Tisch und schwadronierte und machte seine Witze. Seine Sprachphantasie war ja grenzenlos. Das hat einfach Spaß gemacht. Und so wurde er dann auch ein bisschen eine Legende. Aber dieser geistige Hintergrund, seine umfassenden Kenntnisse in vielen Bereichen, nicht nur Musik und dazu seine schwer greifbare Erscheinung, die haben mich damals schon öfter zu der Behauptung gebracht, er sein eine Reinkarnation von E. T. A. Hoffmann,

ein Gespenster-Hoffmann. Er war Sternzeichen Fische, er entglitschte auch immer. Er war ein Anhänger der Astrologie. Da gab es einen, Werner Beischlag, in Frankfurt, der in der Hinsicht wohl ein bekannter Name war. Von dem hat er oft erzählt. Und mir hat er erzählt, wie er einmal ein Horoskop für einen amerikanischen Freund (Staufer) gemacht hat, der dann tödlich verunglückt sei. Oskar hatte das vorausgesagt und hat danach nie wieder ein Horoskop gemacht.

„Pazifisten gegen Flieger“ – ein Stadtviertel mit neuen Straßennamen, zu denen es nie kam

Führung: Jürgen Karwelat (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)

Lesung: Elmar Gutmann, Schauspieler

Sonntag, 24. Januar 2016

Die Nationalsozialisten haben vielen Teilen Berlins ihren ideologischen Stempel dadurch aufgedrückt, dass sie Straßen umbenannt und ihnen Namen



Rundgang durch das Pazifistenviertel
Foto: Andreas Bräutigam

nach Wegbereitern des Nationalsozialismus gegeben haben. Der in den 1920er Jahren erbaute Stadtteil Gartenstadt Tempelhof wurde militarisiert. Am 21. April 1936, dem „Tag der Luftwaffe“, bekamen

alle Straßen neue Namen, nämlich die Namen von „Fliegerhelden“ des Ersten Weltkriegs. Prominenteste Umbenennung war der neue Name für die größte Straße, den Hohenzollerncorso, die nach dem „Fliegerhelden“ Manfred von Richthofen benannt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg plante der Berliner Magistrat völlig neue Straßennamen für das Viertel. Die Flieger sollten durch pazifistische Schriftstellerinnen und Schriftsteller abgelöst werden. Für die Manfred-von-Richthofen-Straße war Mühsamstraße vorgesehen. Auch Berta von Suttner, Ernst Toller, Georg Büchner, Franz Werfel und weitere Schriftstellerinnen und Schriftsteller sollten auf die Straßenschilder. Es kam aber nicht dazu. Der Stadtplan von 1946 blieb an dieser Stelle ein Plan. Nahezu alle Straßen tragen bis heute die Namen aus der Nazi-Zeit.

Wir machen einen realen Rundgang durch das nicht realisierte „Pazifistenviertel“. Wir hören vom Leben der Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die geehrt werden sollten, und warum dies nicht geschah. Die Zitate aus ihren Werken werden vom Schauspieler Elmar Gutmann vorgetragen.

Veranstaltungsbericht

Andreas Bräutigam (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)

Im Rahmen der BGW-Veranstaltungsreihe „So viel Anfang war nie?! Nach dem Kriegsende in Berlin 1945“ fand am 24. Januar 2016 ein Stadtrundgang durch die in den 1920er Jahren erbaute Gartenstadt Tempelhof statt, die auf Grund der Straßennamen auch als „Fliegerviertel“ bekannt ist, da der Großteil der Straßen die Namen von deutschen Kampffliegern trägt, die im Ersten Weltkrieg bei Luftkämpfen an der Westfront ums Leben gekommen sind. Die Teilnehmerzahl von 40 Personen (und einem Hund) entsprach der vom Stadtführer Jürgen Karwelat prognostizierten Zahl zwischen fünf und 50. Nicht ganz durchhalten konnte er aber das selbst – nicht ganz im Ernst - gesetzte Ziel, die heute noch bestehenden Straßennamen, die seit 1936 an „Fliegerhelden“ des Ersten Weltkrieges erinnern, zu vermeiden, sondern während des Rundgangs

nur die 1946 vom Berliner Magistrat geplanten Straßennamen mit pazifistischen Schriftstellern, Künstlern und sozialistischen Politikern zu nennen. Gleichwohl standen aber deren Biografien und Texte bei dem fast dreistündigen Rundgang im Vordergrund. Der Schauspieler Elmar Gutmann las Gedichte und Prosa der verhinderten Namensgeber.

Ursprünglich waren Straßen des Viertels nach deutschen Adelsgeschlechtern und deutschen Ländern benannt. Eine erste Umbenennung zur Verherrlichung der preußischen Militärtradition erfolgte am 4. August 1930. Vier Straßen erhielten die Namen von Fliegeroffizieren des Ersten Weltkrieges. Danach folgte am 21. August 1931 die Straßenbenennung nach einem weiteren Flieger. Dieses war die Basis für die Umbe-

nennungsaktion der Nazis am 21. April 1936 zum „Tag der Luftwaffe“: Insgesamt 16 weitere Straßen in Neutempelhof erhielten von der NS-Parteiprominenz die Namen von „Fliegerhelden“ des ersten Weltkrieges. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurden vielfach Vorschläge zur Umbenennung von Straßennamen gemacht. In der Magistrats-Vorlage Nr. 428 vom 25. September 1946 sind berlinweit über 1.700 - davon 197 für den Bezirk Tempelhof - verzeichnet, darunter auch die Umbenennung der Straßen im „Fliegerviertel“. Bekannte Namen wie Erich Mühsam, Bertha von Suttner, Franz Werfel, Joachim Ringelnatz, Franz Mehring, Georg Büchner, Ernst Toller, Kurt Tucholsky, aber auch viele heute weitgehend unbekanntere Namen wie Karl Schneidt, Hermann Gorter, Paul Scheerbart, Otto Krille, Lily Braun, Karl Friedrich Henckell, Erich Küstner, Otto Erich Hartleben, Ada Negri, Gerhard Tersteegen und Ernst von Wolzogen waren vorgesehen.

Etwas voreilig wurden diese Planungen im vom Richard Schwarz-Verlag herausgegebenen Stadtplan von Berlin 1946 bereits verzeichnet. Aber es kam anders. Die Umbenennungsaktivitäten kamen relativ schnell zum Erliegen. Das lag zum einen wohl an bürokratischen Schwierigkeiten, zum anderen aber auch daran, dass die Vorschläge in die schärfer werdenden Auseinandersetzungen der im Magistrat vertretenen Parteien gerieten. Am 8. Januar 1947 stellte die SPD in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof die Frage, wann mit der bereits beschlossenen Veränderung der Straßennamen zu rechnen ist. Auf Initiative der CDU wurde die Frage nach den Straßennamen zur erneuten Überprüfung in einen extra hierfür eingesetzten Ausschuss verwiesen. Im Ergebnis wurde dann im Februar 1948 eine erneute Liste mit 20 Vorschlägen für ganz Tempelhof vorgelegt. In dieser tauchte das Fliegerviertel nicht mehr auf. Also blieb es bei der nati-

onalsozialistischen Namensgebung. Lediglich der von den Nazis benannte Paradeplatz erhielt im Juli 1955 seinen früheren Namen Adolf-Scheidt-Platz zurück. Zu allem Überfluss wurde dann aber am 29. April 1957 eine zu diesem Zeitpunkt noch unbenannte Straße (Straße 417) erneut nach einem Fliegeroffizier des Ersten Weltkriegs benannt (Udet-Zeile). Die militaristische Tradition setzte sich also auch nach dem Krieg fort und ist bis heute nicht korrigiert.

Näheres über geplante, aber nicht oder lange nicht umgesetzte Straßenumbenennungen zur Beseitigung rassistischer, imperialistischer, nationalistischer oder nationalsozialistischer Traditionspflege ist dem von der Berliner Geschichtswerkstatt herausgegebenen Buch „Sackgassen. Keine Wendemöglichkeit für Berliner Straßennamen“ zu entnehmen. Es ist bereits 1988 erschienen und war augenscheinlich seiner Zeit weit voraus. Es gibt noch ausreichend Restexemplare, die im Laden der Geschichtswerkstatt in der Goltzstraße 49, Berlin-Schöneberg gegen Spende auf ihre Leser warten.

Der Rundgang fand bei den Teilnehmern großes Interesse. Manche Passanten blieben auch spontan an einzelnen Stationen stehen und schlossen sich den Teilnehmern an. Die Frage, ob ein erneuter Vorstoß zur Umbenennung der Flieger-Viertel-Straßen erfolgversprechend ist, brachte jedoch nur verhaltene Reaktionen hervor.

Auf dem Rückweg zum S-Bahnhof Südkreuz durch den Werner-Voß-Damm fielen mir vor der Hausnummer 42 zwei Stolpersteine für Kurt und Elisabeth Schumacher auf, die vor nicht allzu langer Zeit am 25. September 2015 dort verlegt wurden. Kurt Schumacher war Bildhauer und seine Frau Elisabeth Malerin und Grafikerin. Beide gehörten zur Schulze-Boysen/Harnack-Widerstandsorganisation und wurden von den Nazis am 22. Dezember 1942 in Berlin-Plötzensee ermordet.

Vortrag

Jürgen Karwelat

(Verwaltungsjurist, Mitglied der Berliner Geschichtswerkstatt, erfahren mit Straßenumbenennungen in Berlin)

Ein Rundgang durch das Pazifistenviertel, das es nie gab.

Einleitung

Im Jahr 1988 hat die Berliner Geschichtswerkstatt ein Buch mit dem Titel „Sackgassen – Keine Wendemöglichkeit für Berliner Straßennamen“ herausgegeben. Seitdem bestand die Idee, einen Rundgang durch ein

Literatenviertel zu machen, das zwar geplant, aber nicht Wirklichkeit wurde. Im Vorwort des Buches hieß es:

„Am Platz der Luftbrücke mit dem Luftbrückendenkmal aus dem Jahre 1952 biegen wir nach rechts

in die Erich-Mühsam-Straße ein. 1946 war sie zu Ehren des pazifistischen Schriftstellers umbenannt worden. Mühsam war an der Münchener Räterepublik beteiligt gewesen und 1934 im KZ Oranienburg von den Nationalsozialisten umgebracht worden. Früher hieß die Straße Manfred-von-Richthofen-Straße. Das beschauliche Stadtviertel, durch das wir nun fahren, heißt im Volksmund »Pazifistenecke«, da ein Großteil der Straßen nach sozialistischen und pazifistischen Schriftstellern benannt worden ist. Nach dem Überqueren des Mehringrings passieren wir jetzt den Franz-Werfel-Platz.“

So könnte ein Stadtführer seine Bustouristen durch Neutempelhof führen - wenn Pläne von 1946 Wirklichkeit geworden wären. Aber in Neutempelhof gibt es weder eine Mühsamstraße noch einen Werfelplatz, obwohl der Stadtplan von 1946 dies so darstellte. Wir befinden uns heute im »Fliegerviertel«.

Im Jahr 2016 war es nach 28 Jahren so weit. Wir machten uns zwar nicht mit dem Bus aber zu Fuß auf den Weg durch das nicht verwirklichte Pazifistenviertel. Dieser Artikel orientiert sich am Rundgang. Auf einige geplante Umbenennungen wird in dieser Dokumentation aber wegen der Fülle des Materials nicht eingegangen.



Rundgang durch das Pazifistenviertel
Foto: Andreas Bräutigam

Entstehung der Gartenstadt Neutempelhof

Die Gartenstadt Neu-Tempelhof, oft auch als Fliegerviertel bezeichnet, ist eine ab dem Jahr 1911 auf dem westlichen Tempelhofer Feld im Berliner Ortsteil Tempelhof entstandene Wohnsiedlung mit etwa 16.000 Einwohnern. Mit 72 Millionen Mark Kaufpreis war es das seinerzeit größte Immobiliengeschäft im Deutschen Reich. Die Bebauung wurde durch den Ersten und Zweiten Weltkrieg unterbrochen und das Konzept mehrfach verändert. So finden sich dort der typische Mietshausbau aus der Zeit vor 1914, die dörfliche Gartenstadt der 1920er Jahre und die aufgelockerte Bebauung der 1950er Jahre. Die Bebauung wurde erst in den 1960er Jahren abgeschlossen.

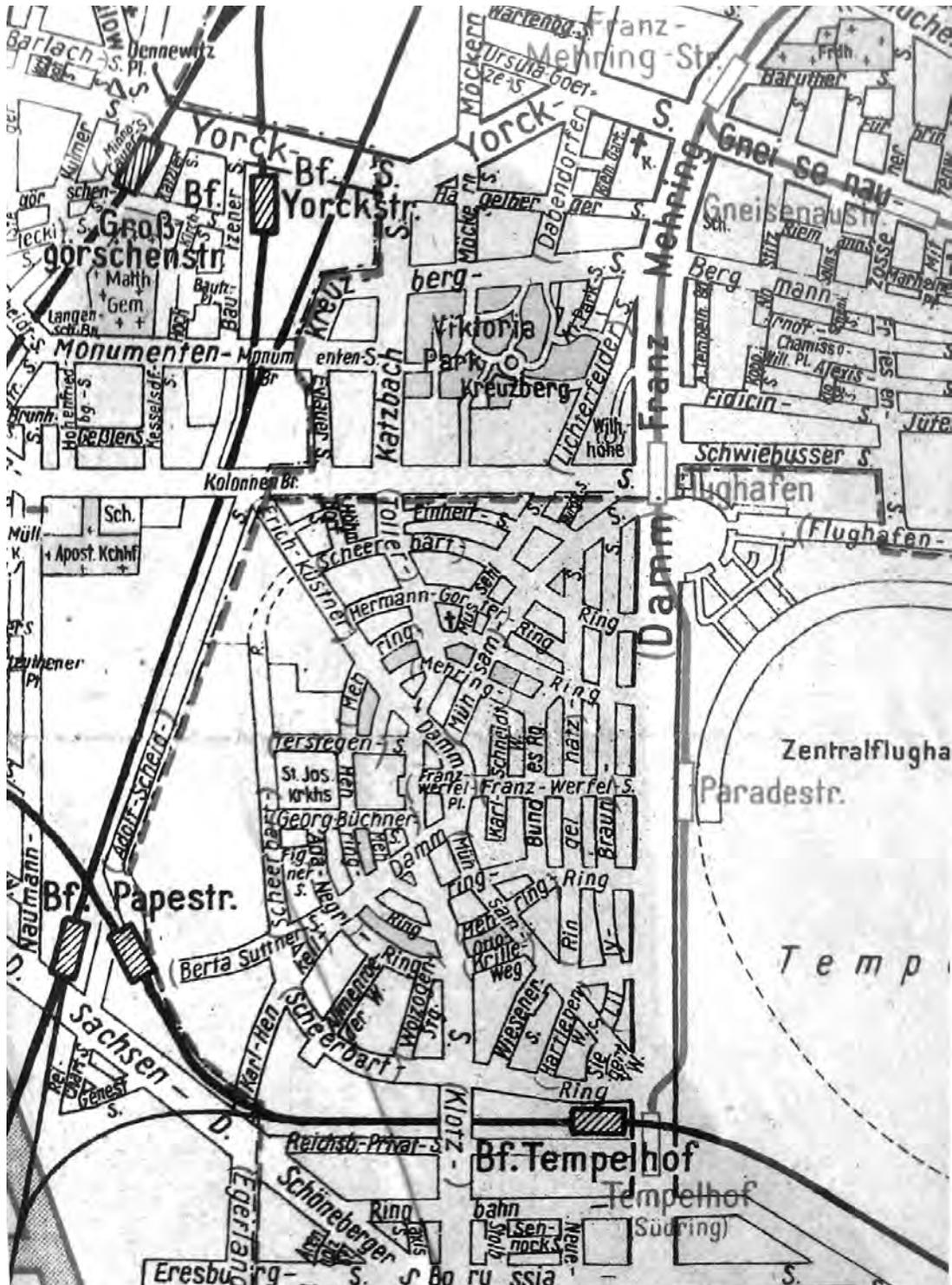
1910 verkaufte der Militärfiskus das Gelände an die „Tempelhofer Feld Aktiengesellschaft für Grund-

stücksverwertung“, an der sich auch die Dresdner Bank und später die Darmstädter Bank für Handel und Industrie beteiligten. Vorstand der Aktiengesellschaft wurde der Immobilienunternehmer Georg Haberland, der bereits mit der „Berlinischen Boden-Gesellschaft“ bei der Entwicklung des Bayerischen Viertels in Schöneberg sowie des Rheingauviertels in Wilmersdorf und anderen Projekten im Südwesten Berlins eine wichtige Rolle gespielt hatte.

Dann kaufte die Gemeinde Tempelhof am 31. August 1910 den westlichen Teil des Tempelhofer Feldes für 72 Millionen Mark zurück. Die Summe sollte in einzelnen Raten bis 1930 bezahlt werden. Durch die Interessenkollisionen beim Verkauf verlor Haberland sein Stadtverordnetenmandat. Werner Hegemann beschreibt in seinem Buch „Das steinerne Berlin“ 1930 den Verkauf des Tempelhofer Feldes als „klassisches Beispiel engstirnigen fiskalischen Bodenwuchers“ und „amtlich legitimer Korruption“. Die Gemeinde Tempelhof war an einer wohlhabenden, mittelständischen Bevölkerung interessiert, weshalb das neue Viertel mit ausgedehnten Grünflächen, elektrischer Straßenbeleuchtung und einem U-Bahn-Anschluss großzügig geplant wurde. Zwei Kirchen, fünf Schulen und ein Verwaltungsgebäude waren für die neuen Bewohner vorgesehen. Ein wichtiges Element war ein 80–120 Meter breiter Parkgürtel, der das Gebiet halbkreisförmig durchziehen sollte.

Bis zum Jahr 1914 entstanden entlang der heutigen Burgherrenstraße, dem Kaiserkorso und der Manfred-von-Richthofen-Straße bis zum Wolffring mehrere Wohnblöcke, von denen aber der Block zwischen Bayernring und Badener Ring und das Eckgebäude am Wolffring im Zweiten Weltkrieg zerstört wurden. Der Erste Weltkrieg und die ihm folgende Inflation verhinderten die weitere Umsetzung der dichten Wohnbebauung. Von 1920 bis 1928 entstand in aufgelockelter Bauweise nach dem Vorbild englischer Gartenstädte die Kleinhaussiedlung „Gartenstadt Neu-Tempelhof“.

Die neu gegründete „Gemeinnützige Tempelhofer-Feld-Heimstätten GmbH“, an deren Grundkapital von fünf Millionen Mark die Stadt Berlin zu 70 Prozent beteiligt war, konnte auf Initiative des sozialdemokratischen Staatssekretärs im preußischen Wohlfahrtsministerium, Adolf Scheidt, weitere rund 100 Hektar Baugrund erwerben. Hier sollten ca. 2000 Wohnhäuser mit drei bis fünf Zimmern entstehen, um sie zunächst heimgekehrten Kriegsteilnehmern und ihren Familien anzubieten. Die Gartenstadt ist durch zweigeschossige Einfamilienhäuser mit Gartenland gekennzeichnet, wobei im Wesentlichen zwei Haustypen verwendet wurden, die in Gruppen zueinander angeordnet sind: Häuser mit einer Grundfläche von ca. 5 m × 9 m mit Küche und drei Wohnräumen



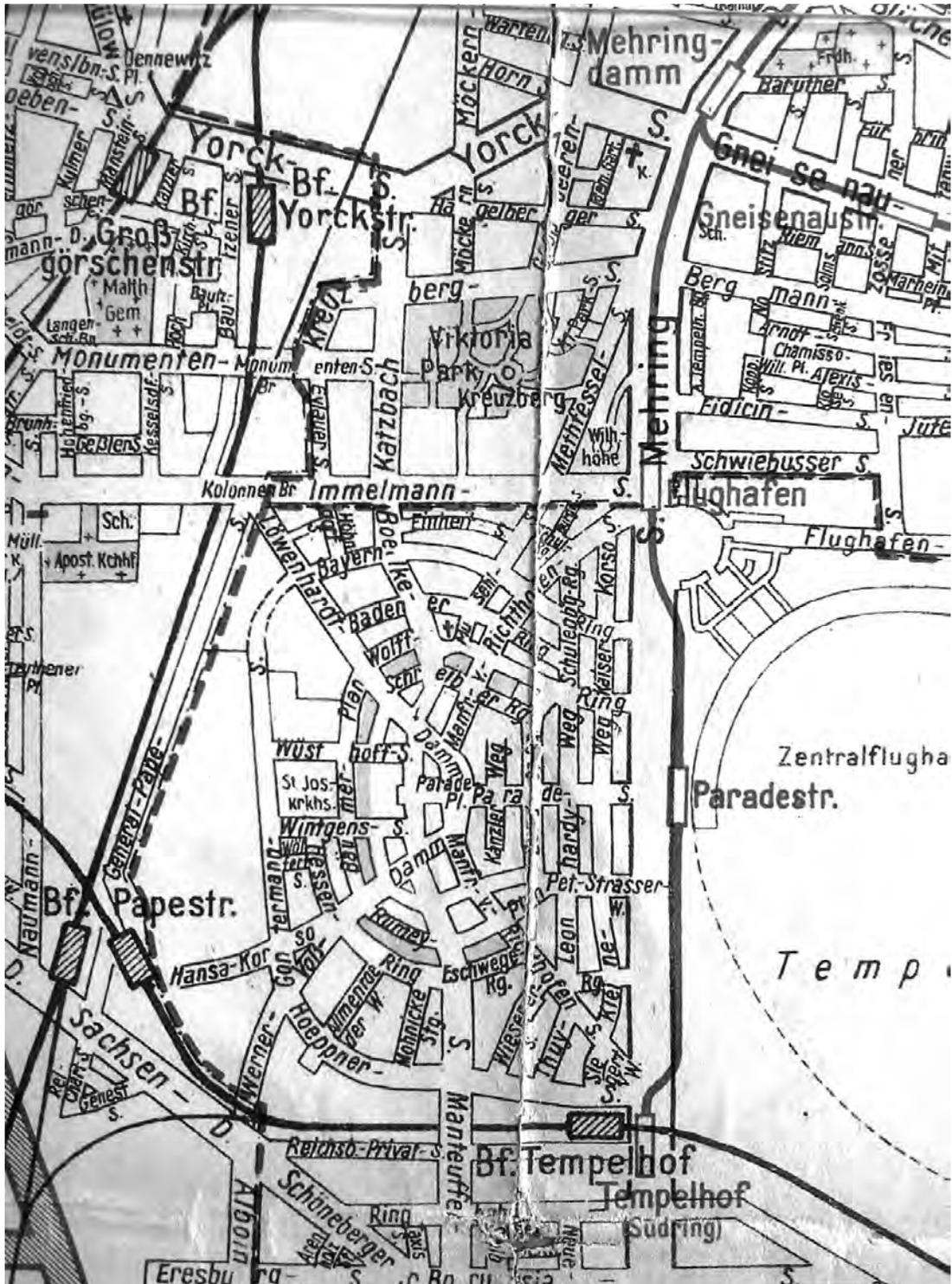
Auszug aus dem Stadtplan 1946, Quelle: Archiv Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

und Häuser mit einer Grundfläche von ca. 7 m × 9 m mit Küche und fünf Wohnräumen. Bei allen Häusern war die Möglichkeit des nachträglichen Einbaus einer Dachkammer vorgesehen, um nach Bedarf später noch weiteren Raum zu gewinnen.

Ein typisches Haus mit vier Zimmern, Küche, Bad, Toilette und Flur und 250 m² Garten kostete 20.000 Mark, wovon die Käufer ein Drittel selbst

aufzubringen hatten und den Rest durch Darlehen finanzieren konnten. Von den geplanten 2000 Häusern wurden bis 1930 aus Kostengründen nur ca. 1000 realisiert.

Besonders auffällig sind die großzügigen Grünanlagen, insbesondere der Parkring und der Adolf-Scheidt-Platz als Siedlungsmittelpunkt. Auffällig sind auch das St. Joseph-Krankenhaus, 1927 nach



Auszug aus dem Stadtplan 1947, Quelle: Archiv Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Plänen von Ludwig Hoffmann und Friedrich Hennings entstanden, das 1927–1929 gebaute „Gymnasium und Volksschule Tempelhofer Feld“ nach Plänen von Fritz Bräuning sowie die ebenfalls nach Plänen von Bräuning 1927–1928 entstandene Runde Kirche in der Boelckestraße. In der Einfamilienhaussiedlung finden sich außerdem heute noch die in den 1940er Jahren errichteten Bunkerbauten.

Die Gartenvorstadt Tempelhofer Feld ist nicht nur die größte derartige Anlage im Berliner Stadtgebiet, sondern auch das städtebaulich bedeutendste Ensemble dieser Epoche im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Sie steht unter besonderem Schutz. Abbruch, die Änderung, die Nutzungsänderung oder die Errichtung baulicher Anlagen sind genehmigungspflichtig.



Rundgang durch das Pazifistenviertel
Foto: Andreas Bräutigam

Wie kam es zu den Plänen für neue Namen nach dem Zweiten Weltkrieg?

Bei ihrer Anlage wurden die Straßen Neu-Tempelhofs nach deutschen Herrschereschlechtern wie Hohenzollernkorso, Zähringerkorso oder nach Namen von Bundesstaaten des am 18. Januar 1871 proklamierten Deutschen Kaiserreichs, wie Hessenring und Württemberger Ring, benannt. Am 4. August 1930 erhielten dann die vorher namenlosen Straßen Höhndorfstraße, Siegertweg, Wintgensstraße, Wölfertstraße sowie die Wüsthoffstraße Namen nach Jagdfliegern aus dem Ersten Weltkrieg und nach Flugpionieren (Friedrich Hermann Wölfert). Es folgte am 21. August 1931 der Mohnickesteig, benannt nach einem Jagdflieger.

Das war der Grundstock, auf dem die Nationalsozialisten am 21. April 1936, dem „Tag der Luftwaffe“ und 18. Todestag des Jagdfliegers Manfred von Richthofen, aufbauen konnten. An diesem Tag erhielten auf Anweisung von Reichsluftfahrtminister Hermann Göring nahezu alle anderen Straßen im Viertel Namen von Kampffliegern des Ersten Weltkriegs. Die neu eingerichtete Udetzeile folgte allerdings als letzte Fliegerstraße erst am 29. April 1957.

Was war hier am 21. April 1936 geschehen? Wir zitieren die Faschisten selbst, nämlich durch einen Auszug aus dem „Berliner Beobachter“, Beilage des „Völkischen Beobachters“ vom 22. April 1936:

„Ganz Tempelhof trug reichen Flaggenschmuck, und von den Masten wehten am Paradeplatz die

Fahnen des Dritten Reiches. Nach der Ankunft von Staatssekretär der Luftfahrt, General der Flieger Milch, schritt dieser mit dem Staatskommissar der Reichshauptstadt Dr. Lippert und dem General der Flieger Kampisch die Front der Ehrenkompanie ab. In der Festansprache betonte Dr. Lippert die stolze Freude und Genugtuung der Reichshauptstadt, am Tage der Flieger 16 Straßen nach Fliegerhelden des großen Krieges benennen zu dürfen. Es bedeutete dies die erneute Bekräftigung der Tatsache, dass Berlin der Fliegerei schon vom Anbeginn ihrer Entwicklung sein größtes Interesse zuwendete. Auf städtischen Plätzen in Tempelhof, Adlershof, Johannisthal und Staaken seien schon vor dem Weltkriege die ersten tastenden Versuche unternommen worden, aus denen dann die Großstaten der Flugwaffe an allen Fronten im Völkerringen 1914 - 1918 miterwachsen. Auch in Zukunft werde die Verwaltung der Reichshauptstadt es als ihre Ehrenpflicht ansehen, soweit es in ihren Kräften steht, dem Flugwesen ihre Unterstützung zu verleihen. Der Staatssekretär wandte sich dann den Heldennamen zu, nach denen 16 Straßen umbenannt wurden. An jedem von ihnen haften die Erinnerung an überwältigendes Geschehen, an mannesmutigen Einsatz und an totbereite Pflichterfüllung.“

Dem wollen wir ein Gegengewicht entgegen setzen, denn die Hauptstraße des Viertels, die Manfred-von-Richthofen-Straße, sollte nach Plänen aus

dem Jahr 1945 „Mühsamstraße“ heißen, benannt nach dem anarchistischen Schriftsteller, den die Na-

zis 1933 umgebracht haben. Deshalb hier ein Gedicht von Erich Mühsam.



Erich Mühsam
Quelle: Archiv Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

An die Soldaten

*Sauft, Soldaten!
daß das Blut
heißer durch die Adern rinnt.
Saufen macht zum Sterben Mut.
Sauft! Die Zeit der Heldentaten
fordert saftige Teufelsbraten.*

*Sauft! Der heilige Krieg beginnt.
Sauft und betet!*

*Gott erhört
liebepoll der Gläubigen Ruf.
Wünscht, daß er den Feind zerstört!
Wenn ihr über Leichen tretet,
dankt dem Herrn, zu dem ihr flehtet,
daß er euch zu Mördern schuf.*

*Feindeskissen
bettet weich.
Wo des Freundes Witwe weint,
ist des Siegers Himmelreich.
Fremde Weiber - Leckerbissen -
Schnaps, Gebet und kein Gewissen -
Krieg ist Krieg, und Feind ist Feind!*

*Tapfrer Krieger,
der vergißt,
daß ein Herz im Leibe schlägt,
daß er Mensch gewesen ist,
eh er Kämpfer war und Sieger,
Edler Held, der gleich dem Tiger
blutige Beute heimwärts trägt!*

*Heldenscharen
kehrt ihr heim,
fielt ihr nicht von Feindeshand.
In der Brust den Todeskeim,
Krüppel mit gebleichten Haaren,
sucht, wo eure Stätten waren
im zerwühlten Vaterland.*

*Qual und Lasten
sind der Dank.
Weib und Kind in bitterer Not.
Euer Heldenmut versank.
Darben lernt ihr nun und fasten.
Bettelnd mit dem Leierkasten
winselt ihr ums Gnadenbrot.*

Erich Mühsam arbeitete in Berlin und München für verschiedene Kabarets. 1914 gründete er die Ein-Mann-Zeitschrift „Kain“ (Untertitel: „Zeitschrift für Menschlichkeit“). Die letzte Ausgabe erschien am 25. April 1919, nachdem er schon in Untersuchungshaft saß. Sein Freund, der Schriftsteller Frank Wedekind sagte einmal zu ihm:

„Sie reiten stehend auf zwei Gäulen, die nach verschiedenen Richtungen streben; sie werden Ihnen die Beine auseinander reißen“, worauf Mühsam erwiderte:

te: „Wenn ich einen laufen lasse, verliere ich die Balance und breche mir das Genick“.

Der Schriftsteller Mühsam trat öffentlich gegen Nationalismus und Militarismus auf, er wurde Mitglied des Revolutionären Zentralrates der Münchener Räterepublik und dafür mit 15 Jahren Festungshaft bestraft, von denen er 6 Jahre in Niederschönenfeld/Bayern verbüßte. Dann wurde er auf Bewährung nach Berlin entlassen, wo er sich als Schriftsteller betätigte. Am 10. Juli 1934 wurde er im KZ Oranienburg ermordet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah die Magistratsvorlage 428 vom 25. September 1946 für ganz Berlin über 1700 Umbenennungen vor, in Tempelhof allein 197. Die Liste war 57 Seiten lang. Für Neutempelhof waren Änderungsvorschläge für alle Straßen gemacht worden. Die „Fliegerhelden“ des Ersten Weltkriegs sollten zum Teil durch bekannte und heute unbekanntere pazifistische und sozialistische Schriftstellerinnen und Schriftsteller ersetzt werden. Davon zeugt der „Stadtplan 1946“, der damals etwas voreilig gedruckt worden war. Er enthielt schon die neuen Namen, zu denen es dann aber nicht kam. Die Liste des Magistrats wurde nach den Wahlen am 20. Oktober 1946 in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof diskutiert. In der 2. Sitzung der BVV am 8. Januar 1947 fragte die SPD nach dem Stand der Umbenennungen. In den Erläuterungen zu der Nachfrage erklärte die SPD:

„Am 16.9.45 feierte der frühere Stadtrat Friedrich Greulich seinen 80. Geburtstag. An diesem Tage setzte das Bezirksamt Herrn Greulich von seinem einstimmigen Beschluß in Kenntnis, die Adolfstraße, in der Fr. Greulich wohnt, in« Friedrich-Greulich-Straße» umzubenennen.

Inzwischen sind 15 Monate vergangen, die Straßenumbenennung ist noch immer nicht erfolgt. Wir bitten deshalb um Auskunft, wann mit der Umbenennung zu rechnen ist. Abgesehen von diesem Sonderfall halten wir es für angebracht, die Öffentlichkeit über den Umfang und den Zeitpunkt der Straßenumbenennungen zu orientieren. Einmal wünscht die Bevölkerung, dass Namen, die nationalsozialistischen Ursprungs sind, schnellstens verschwinden, zum anderen wünschen die Geschäftsleute, die jetzt wieder in Verbindung mit ihren auswärtigen Geschäftsfreunden treten, möglichst schnell einen endgültigen Straßennamen, um in ihrem Geschäftsverkehr nicht zu stark behindert zu werden. Wir bitten deshalb das Bezirksamt, zu versuchen, die Straßenumbenennungen möglichst bald durchzuführen.“

Der CDU Tempelhof passte die ganze Richtung nicht. Sie beantragte einen Ausschuss zur Beratung der Änderungsvorschläge, der dann auch tatsächlich eingesetzt wurde. Dieser Ausschuss konzentrierte sich dann ausschließlich auf die Umbenennungsvorschläge für Neutempelhof und machte hier zum Teil völlig neue Vorschläge, die von der Magistratsvorlage 428 abwichen. So sollte nun z.B. die Manfred-von-Richthofen-Straße in Suttnerdamm umbenannt werden. Die Senatsvorlage hatte eine Berta-Suttner-Straße statt des Werner-Voß-Damms vorgesehen. Diese Vorlage wurde in den Ausschuss zurückverwiesen.

Trauriges Ende der Diskussion: Der neue Bericht,

der am 26. Februar 1948 fertig gestellt wurde, sparte das Fliegerviertel völlig aus. Der Ausschuss machte lediglich 20 Änderungsvorschläge: Einige Neubenennungen von bisherigen Nummernstraßen und die Beseitigung einiger Doppelbenennungen. Im Fliegerviertel blieb alles beim Alten. So ist es bis heute.



Rundgang durch das Pazifistenviertel
Foto: Andreas Bräutigam

Der Adolf-Scheidt-Platz sollte Franz-Werfel-Platz heißen.

Wir beginnen unseren Rundgang am Adolf-Scheidt-Platz, der eine bewegte Geschichte der Umbenennungen hinter sich hat. Der Name des Platzes erinnert an den Sozialdemokraten Adolf Scheidt, geboren 18.5.1870 in Hannover, gestorben 31.10.1947 in Frauenwald (Thüringen). Scheidt engagierte sich nach dem Jurastudium im Baugenossenschaftswesen und publizierte zu diesem Problemkreis (u. a. Handbuch des Baugenossenschaftswesens 1913). Als Experte wurde er 1912 als Regierungsrat in das Reichsamt des Innern berufen, wo seine Karriere im Staatsdienst begann. 1919-1932 wirkte er als Ministerialdirektor im Preußischen Arbeitsministerium und leitete nach Papens „Preußenschlag“ gegen die sozialdemokratische preußische Regierung von Ende Juli bis Ende Oktober 1932 als Staatssekretär das Ministerium für Volkswohlfahrt. Seit 1930 war er Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg, wurde aber 1936 vom NS-Rektorat suspendiert. Er wohnte jahrzehntelang in Friedenau in der Fregestraße 8. 1924 war der Platz als „Paradeplatz“ genannt worden.

Am 18. Mai 1931 waren dann Platz und Storchbrunnen in der Mitte des Platzes dem Politiker Adolf Scheidt gewidmet worden. Scheidt spielte eine herausragende Rolle beim Berliner Siedlungsbau und war ein Förderer des Gartenstadt-Konzeptes sowie des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Der Storchbrunnen ist ein Symbol des Kinderreichtums im neu gebauten Stadtteil „Gartenstadt Neutempelhof“. Der Adolf-Scheidt-Platz wurde 1934 von den Nazis

zurückbenannt in Paradeplatz, erhielt jedoch 1955 wieder den Namen Adolf-Scheidt-Platz.

Nach den Plänen von 1945 sollte der Hauptplatz des Viertels nach Franz Werfel benannt werden. Franz Viktor Werfel wurde am 10. September 1890 in Prag/Österreich-Ungarn geboren. Gestorben ist er am 26. August 1945 in Beverly Hills/Kalifornien, Vereinigte Staaten von Amerika.

Seine Eltern waren der wohlhabende Schuhfabrikant Rudolf Werfel und dessen Frau Albine. Die Familie gehörte dem deutsch-böhmischen Judentum an. Seine Reifeprüfung legte Werfel 1909 am Deutschen Gymnasium Stefansgasse in Prag ab. Schon während seiner Schulzeit veröffentlichte er Gedichte. Im Ersten Weltkrieg war Werfel von 1915 bis 1917 an der ostgalizischen Front. In den 1920er und 1930er Jahren waren seine Bücher Bestseller. Seine Popularität beruht vor allem auf seinen erzählenden Werken und Theaterstücken, über die aber Werfel selbst seine Lyrik setzte. Er war ein Wortführer des lyrischen Expressionismus. Mit seinem Roman *Verdi. Roman der Oper* (1924) wurde Werfel zu einem Protagonisten der Verdi-Renaissance in Deutschland. Besonders bekannt wurden sein zweibändiger historischer Roman *Die vierzig Tage des Musa Dagh* 1933/47 und *Das Lied von Bernadette* aus dem Jahr 1941. Nach dem Ersten Weltkrieg lebte Werfel die folgenden zwei Jahrzehnte in Wien und schloss hier Freundschaft mit Alma Mahler, der Witwe Gustav Mahlers und Ehefrau von Walter Gropius. Während seiner zweiten Nahostreise Anfang 1930 traf er in einem Waisenhaus in Syrien

Überlebende des Völkermordes an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges. Diese Begegnung inspirierte ihn zu seinem Roman *Die vierzig Tage des Musa Dagh*, in dem das Schicksal von etwa 5000 Armeniern geschildert wird, die sich vor der osmanischen Armee auf den Berg Musa Dağı (Mosesberg) geflüchtet hatten.

1929 heiratete Werfel Alma Mahler, die 1920 von Gropius geschieden worden war. Nach dem „Anschluss“ Österreichs ließ sich Werfel, der sich schon im Winter 1937/1938 mit seiner Frau im Ausland aufgehalten hatte, mit Alma in Südfrankreich nieder, wo auch andere Emigranten lebten. Von dort flohen sie nach Spanien. Zu Fuß überquerte er mit seiner Frau sowie Heinrich, Nelly und Golo Mann die Pyrenäen. Über Portugal emigrierte das Ehepaar in die USA. Werfel erhielt 1941 die amerikanische Staatsbürgerschaft. 1943 wurde sein Roman *Das Lied von Bernadette* mit Jennifer Jones in der Titelrolle mit großem Erfolg verfilmt. 1945 starb Werfel im Alter von 54 Jahren an einem Herzinfarkt. Er wurde in Beverly Hills auf dem Rosedale Cemetery begraben. 1947 wurde ihm von Theodor Körner, Bürgermeister der Stadt Wien, ein Ehrengrab auf dem Wiener Zentralfriedhof reserviert. Auf Basis einer vom Kulturred der Stadt Wien sowie der Österreichischen Gesellschaft für Literatur 1974 gefassten Initiative wurden Werfels sterbliche Überreste 1975 nach Wien überführt und dort am 21. Juli 1975 auf dem Wiener Zentralfriedhof beigesetzt. Posthum erhielt Werfel im Jahr 2006 die armenische Staatsbürgerschaft verliehen.

Im Schillerpark in Wien steht ein Granitpfeiler mit der Inschrift: „In Dankbarkeit. Das armenische Volk.“ Sein Gedichtband „Der Gerichtstag“ von 1931 (Berlin, Wien, Leipzig) ist angefüllt mit Melancholie, Mystik und Selbstzweifeln. Er beschreibt sein Verhältnis zu den Frauen, zu Alkohol und dem Bösen an sich. Hier sein Gedicht „Unwichtig“:

*Ich bin ein Freund der vielen Feuerwasser,
Ein Kunde der Betrunkenheit.
Denn es ist viel Gericht in mir.
Drum sage ich mir manchmal:
Geh fort du!
Weise mir manchmal die Türe.
Weh, wenn das Wort dem Geist beischläft,
Die herrische Gattin!
Entbildet sind die Bilder,
Zum Schall verschachert das Wesen.*

*Nun sitz ich hier, Freund aller Feuerwasser,
Schaue die Bilder der Schmetterlinge,
Die Blüte des Apfelbaums.
Bin der Staub, der ich bin,
Ein niederer Mönch nur,
Ein Saufbruder der Vorhöfe,
Nichts wert,
Nichts wertend,
Unwichtig und quitt!*

Ein Teil des Werner-Voß-Damms sollte Berta-Suttner-Straße heißen

Bertha Sophia Felicitas Freifrau von Suttner wurde am 9. Juni 1843 in Prag geboren. Sie war eine geborene

Gräfin Kinsky von Wchinitz und Tettau und starb am 21. Juni 1914 in Wien. 1905 wurde sie als erste Frau mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Sie stammte aus einer böhmischen Adelsfamilie.

Ihr Vater war der General Franz Michael Graf Kinsky, der vor ihrer Geburt im 75. Lebensjahr verstarb. Als Kind und Jugendliche lernte sie mehrere Sprachen, beschäftigte sich mit Musik und reiste viel.

Nachdem das vererbte Vermögen ihres Vaters weitgehend aufgebraucht war, nahm Bertha 1873 eine Stelle als Gouvernante bei dem Industriellen Freiherr Karl von Suttner in Wien an und erteilte den vier Töchtern der Familie Unterricht in Musik und Sprache. In dieser Zeit verliebte sie sich in den um sieben Jahre jüngeren Arthur Gundaccar von Suttner, den jüngsten Sohn der Suttners, und heiratete ihn. 1876 reiste sie nach Paris, wo sie für knappe zwei Wochen die Privatsekretärin von Alfred Nobel war.

Von 1876 bis 1885 reiste das Ehepaar in den Kaukasus nach Georgien zu Fürstin Jekatarina Dadiani von Mingrelien. Dort lebten die beiden unter schwierigen finanziellen Umständen von Gelegenheitsarbeiten. Bertha schlug sich als Sprachlehrerin durch, schrieb Unterhaltungsromane und Übersetzungen. Unvollendet blieb dabei die Übersetzung des georgischen Nationalepos *Der Recke im Tigerfell* ins Deutsche. Arthur zeichnete Pläne und Tapetenmuster. Später schrieb sie für österreichische Zeitungen Kurzgeschichten und Essays und ihr Mann Kriegsberichte und Reisegeschichten. Die letzten Jahre ihres Aufenthalts in Georgien lebte das Paar in der Hauptstadt Tiflis. Im Jahre 1885 kehrten sie nach Wien zurück.

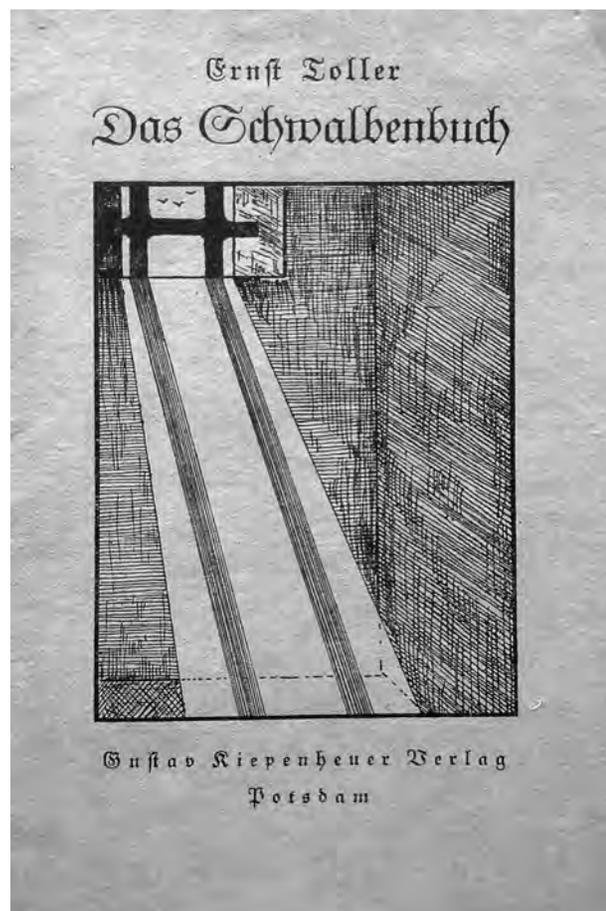
Nach ihrer Rückkehr blieb Bertha von Suttner journalistisch aktiv, wobei sie ihren Fokus auf eine friedlichere Gesellschaft setzte und sich dem Thema Pazifismus verschrieb. Im Herbst des Jahres 1889 veröffentlichte sie den pazifistischen Roman *Die Waffen nieder!*, der großes Aufsehen erregte und Bertha von Suttner zu einer der prominentesten Vertreterinnen der Friedensbewegung machte. Sie beschrieb die Schrecken des Krieges aus der Sicht einer Ehefrau und traf damit den Nerv der Gesellschaft, die zu dieser Zeit in heftige Diskussionen über den Militarismus und den Krieg führte. Dieses Buch wurde ihr größter literarischer Erfolg, der in 37 Auflagen erschien und in zwölf Sprachen übersetzt wurde.

Am 3. September 1891 forderte Bertha von Suttner in einem Artikel der *Neuen Freien Presse* die Gründung einer „Österreichischen Gesellschaft der Friedensfreunde“ mit den Worten:

„Darum ist es notwendig, daß überall dort, wo Friedensanhänger existieren, dieselben auch öffentlich als solche sich bekennen und nach Maßstab ihrer Kräfte an dem Werke mitwirken.“

Der Erfolg dieses Aufrufs war überwältigend. Bertha von Suttner wurde von der Österreichischen Gesellschaft der Friedensfreunde zur ersten Präsi-

dentin ernannt, die sie bis zu ihrem Tode 1914 blieb. Im November 1891 wurde sie anlässlich des Weltfriedenskongresses in Rom zur Vizepräsidentin des Internationalen Friedensbüros gewählt. Sie gründete 1892 die Deutsche Friedensgesellschaft. In der Folge nahm sie an mehreren internationalen Friedenskongressen teil, so etwa 1892 in Bern, 1894 in Antwerpen und 1897 in Hamburg. Am 3. Juni 1897 überreichte sie Kaiser Franz Joseph I. (1830–1916) eine Unterschriftenliste mit dem Plädoyer für ein internationales Schiedsgericht, das erst viele Jahre später Wirklichkeit wurde.



Ernst Toller: Das Schwalbenbuch, Potsdam 1924

Die Boelkestraße sollte Ernst-Toller-Straße heißen

Ernst Toller wurde am 1. Dezember 1893 als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Samotschin in der damaligen preußischen Provinz Posen geboren. Er war typisches Kind seiner Zeit. Er zog als Hurra-Patriot in den Ersten Weltkrieg und kam als Pazifist aus den Schützengräben zurück. In der bayerischen Revolution gehörte der 25jährige zunächst zur Gruppe von Kurt Eisner, den er Weihnachten 1917 in Berlin kennengelernt hatte.

Toller, der nach der Ermordung von Kurt Eisner dessen Nachfolge im Parteivorsitz der bayerischen

USPD übernahm, stellte sich auf die Seite der unterschiedenen Vertreter des Räte Modells. Zusammen mit Gustav Landauer und Erich Mühsam gehörte er zu den führenden Protagonisten der am 7. April 1919 ausgerufenen Münchner Räterepublik. Er war der Befehlshaber der „Roten Armee“ der Münchner Räterepublik im Münchner Westen.

Nach dem Scheitern der Räterepublik wurde er zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, die er von 1919 bis 1924 in den Gefängnissen Stadelheim, Eichstätt, Neuburg an der Donau, aber insbesondere in Niederschönenfeld bei Rain am Lech verbüßte (ebenso wie

Erich Mühsam). Dort entstanden seine bedeutendsten Werke, mit denen er zu Theaterruhm gelangte. Seine Stücke wurden in 27 Sprachen übersetzt und auf den wichtigsten Bühnen der Welt aufgeführt. Er war in den 20er Jahren der bekannteste lebende Dramatiker deutscher Sprache. Nach seiner Haftentlassung setzte Toller sich weiter rastlos für seine humanitären und sozialistischen Ideale ein. Die politischen Fragen, mit denen er sich beschäftigte, sind von bestürzender Aktualität: das Problem des Pazifismus, das für ihn darin bestand, dass Gewalt unter Umständen ebenso unvermeidlich wie moralisch verwerflich sein kann; die

Auszug aus dem Lyrikband Ernst Tollers „Das Schwalbenbuch“, Gustav Kiepenheuer Verlag, Potsdam 1927. Auf 55 Gedichtseiten wird das Schicksal einer Vogelfamilie geschildert:

„In meiner Zelle

*[...]nisteten im Jahre 1922
zwei Schwalben*

...Ich friere

Die Welt gerinnt.

*Es muss schön sein einzuschlafen jetzt,
Kristall zu werden im zeitlosen Eismeer des
Schweigens,
Genosse Tod.
Genosse, Genosse...*

Zirizi Zirizi Zirizi

Zizizi

Urrr

*Daß man, nahe der dunklen Schwelle,
solche Melodie vernimmt, so irdischen Jubels, so
irdischer Klage trunken...*

*Träume, meine Seele, träume,
Lerne träumen den Traum der Ewigkeit.*

Zirizi Zirizi Zirizi

Zizizi

Urrr

*Fort fort, Genosse Tod, fort, fort,
Ein andermal, später, viel später.*

*Über mir über mir,
Auf dem Holzrahmen des halbgeöffneten Gitterfensters,
das in meine Zelle sich neigt in erstarrter
Steife, so als ob es sich betrunken hätte
Und in Torkeln gebannt ward von einem
Hypnotischen Blick,*

Sitzt

Ein

Schwalbenpärchen.

Sitzt

Wiegt sich! wiegt sich!

Tanzt! tanzt! tanzt!

Weichet zurück Ihr schwarzen Berge! Schmelzet

Ihr Schneefelder!

Sonne Sonne, zerglühe sich! zerglühe sie!

Mütterliche!

*Welche Landschaft wächst aus den verstaubten
melancholischen Zellenencken?*

*Tropische Felder, Farbenrausch sich entfaltender
Orchideen*

Regina Noctis! –

Und darüber darüber

Mein Schwalbenpaar.

Das Wunder ist da!

Das Wunder!

Das Wunder!

Tanze meine atmende Brust,

Tanzet Ihr wunden geketteten Augen,

Tanzet! Tanzet!

Nur im Tanze brecht Ihr die Fessel,

Nur im Tanze umrauscht Ihr die Sterne,

Nur im Tanze ruht Ihr im Göttlichen,

Tanzet! Tanzet!

Im Tanze träumt das heilige Lied der Welt.

[...]“

unlösbarer Paradoxien des Sozialismus; der Schutz der Menschenrechte; die heraufziehende Bedrohung durch den Rechtsradikalismus.

Toller wurde 1926 Mitglied der von Kurt Hiller gegründeten Gruppe Revolutionärer Pazifisten. Mit seiner Geschichtsrevue „Hoppla, wir leben!“ eröffnete 1927 die Piscator-Bühne im Berliner Theater am Nollendorfplatz, die zum Inbegriff des Avantgardetheaters der 1920er Jahre wurde. Toller prophezeite Ende der 20er Jahre bereits, dass Hitler, auf legale Weise an die Macht gekommen, diese nie mehr abgeben würde. Auch Tollers Schriften waren 1933 in Deutschland der Bücherverbrennung zum Opfer gefallen. Ab 1933 im Exil, bemühte Ernst Toller sich, die Zersplitterung der politischen Kräfte aufzuheben. In den USA wurde er zum meistgehörten und gefeierten Repräsentanten eines anderen Deutschlands. Er stellte seine Popularität in den Dienst gigantischer Hilfsprojekte für die notleidende Zivilbevölkerung in Spanien. Die Niederlage der spanischen Republik empfand Toller jedoch als erneute Erfahrung einer verratenen Revolution. Er warnte, der Bürgerkrieg in Spanien sei für Hitler-Deutschland lediglich die Generalprobe für einen europäischen Krieg. Seine Appelle an die westlichen liberalen Demokratien, die Nichteinmischungspolitik aufzugeben, verhallten ungehört. Die unverzügliche Anerkennung der faschistischen Diktatur Francos in Spanien durch England, Frankreich und die Vereinigten Staaten trieb Ernst Toller zur Verzweiflung. Alles, wofür er literarisch und politisch gekämpft hatte, schien verloren. Am 19. Mai 1939 feierte Franco in Madrid mit einer großen Parade seinen Sieg. Drei Tage später nahm sich Ernst Toller in New York das Leben.

Ein Teil des Werner-Voß-Damms sollte Karl-Henckell-Damm heißen.

Karl Friedrich Henckell wurde am 17. April 1864 in Hannover geboren und starb am 30. Juli 1929 in Lindau am Bodensee. Er studierte Philosophie, Philologie und Nationalökonomie in Berlin, Heidelberg, Leipzig, München und Zürich. Im Juni 1888 rief Henckell mit einem Anschlag am Schwarzen Brett der Universität Zürich zur Gründung eines „Ulrich-Hutenbundes“ auf. Das Programm der sozialdemokratisch ausgerichteten Vereinigung, die sich auch „das junge Deutschland“ nannte, beinhaltete den Kampf für ein modernes Menschtum und Wahrheit. Zürich war auch Verlagsort der sozialkritischen Gedichtbände Henckells, die 1885-1890 erschienen, bis Henckell die nächste Sammlung „Trutznachtigall“ mit dem zweiten Verlagsort Leipzig herausbringen konnte. Zeitweise lebte er längere Zeit in Mailand, danach in Wien, Brüssel und ab 1890 wieder in Zürich. Im selben Jahr erwarb er das Bürgerrecht der Zürcher Gemeinde Stallikon und damit das Schweizer Bürgerrecht. 1895 wurde er in Zürich Verlagsbuchhändler. 1902 zog Henckell nach Berlin-Charlottenburg, 1908 nach München. Zuletzt wohnte er in Muri bei Bern. Im Wien erinnert seit 1930 im 14. Bezirk die Henckellgasse an den sozialistischen Schriftsteller.

Die Zeitung „Volksrecht“, eine sozialdemokratische Zeitung in Zürich, widmete ihm einen längeren Nachruf. Darin wurde festgehalten, dass er, der den Ehrennamen „Arbeiterdichter“ 40 Jahre getragen habe, vom Bürgertum „als Kämpfer und Sender zum Proletariat“ gekommen sei: „Ihm ging es ums Ganze, nicht bloß um die literarische Revolution.“

Karl Henckell über Berlin: Berliner Abendbild

Wagen rollen in langen Reih'n,
Magisch leuchtet der blaue Schein.
Bannst mich arabische Zaubermacht?
Tageshelle in dunkler Nacht!
Hastig huschen Gestalten vorbei,
Keine fragt, wer die and're sei,
Keine fragt dich nach Lust und Schmerz,
Keine horcht auf der andern Herz.
Keine sorgt, ob du krank und schwach,
Jede rennt dem Glücke nach,
Jede stürzt ohne Rast und Ruh
Der hinrollenden Dirne zu.
Langsam schlend'r ich im Schwarm allein –
Magisch leuchtet der blaue Schein.
Kaufmann, Werkmann, Student, Soldat,
Bettler in Fetzen, Hure im Staat.
Rechnend drängt sich der Kaufmann hin.
Rechnet des Tages Verlust und Gewinn.

Werkmann bebt vor der Winters Noth:
»Fänd' ich, ach fänd' ich mein täglich Brod!
Hungernd wartet die Kinderschaar,
,s ist ein böses, ein böses Jahr.«
Bruder Studio zum Freunde spricht:
»Warte, das Mäd'el entkommt uns nicht!
Siehst du, sie guckt; brillant, famos!
Walter, nun sieh' doch – die Taille bloß!«
Steht der Gardist in Positur,
Weil der Hauptmann vorüber fuhr,
Ließ seine Donna im Stich – allein:
»Ja, liebste Rosa, Respekt muß sein.«
»Blumen, Blumen, o kauft ein Bouquet,
Rosen und Veilchen, duftend und nett!
Bitte, mein Herr, ach so sei'n Sie so gut!«
»Scheer' dich zum Teufel, du Gassenbrut!
Retzow, auf Ehre, wahrer Skandal.«
»Unter Kam'raden ganz egal.«

»Sehen Sie, bitte! Grandiose Figur,
Wirklich charmant, merveilleuse Frisur.«
»Echt garantirt? Doch das macht nichts aus.
Hm! Begleiten wir sie zu Haus?«
»Neuestes Extrablatt! Schwurgericht!«
Hei, das drängt sich neugierig dicht.

»So ein Schwindler, ein frecher Hund,
Schlägt erst todt und leugnet es rund.«
Wie das rasselt, summt und braust!
Wie es mir vor den Ohren saust!
Jahrmarkt des Lebens, so groß – so klein!
Magisch leuchtet der blaue Schein.

Der Hessenring sollte Adra-Negri-Ring heißen

Einer der eigenartigsten Benennungsvorschläge von 1946 war die Benennung einer Straße nach Ada Negri, einer heute nahezu vollkommen vergessenen italienischen Schriftstellerin, die von 1870 bis 1945 gelebt hat. Wir zitieren das Vorwort zum Buch „Frühdämmerung, Geschichte einer Jugend“ von Ada Negri, Ausgabe F. Bruckmann Verlag, München 1938:



Ada Negri, 1927
Quelle: Archiv der Berliner Geschichtswerkstatt

„Ada Negri, 1870 zu Lodi bei Mailand geboren, gehört der Generation eines D’Annunzio, Pirandello, Panzini, einer Deledda an, aber doch scheidet sie von allen diesen die Eigenart ihres Wesens und ihrer Dichtung. Es ist nicht ohne Bedeutung, dass Ada Negri im Schatten der Großstadt geboren wurde. Sie hat die ruhelose und bittere Jugend eines Arbeiterkindes

jener Zeit erlebt. Zwischen den achtziger Jahren und der Jahrhundertwende, welche die erste Behauptung des industriellen Kapitalismus in Italien brachte, erwarb sich Ada Negri einen Namen durch einen Band Gedichte, der in Italien und im Ausland viel Aufsehen erregte: Fatalita (1892). Es folgten weitere Sammlungen von Gedichten: Tempeste (1895), Maternita (1904) usw. Diese Verse wirkten wie Brandfackeln, wie eine revolutionäre Kampfansage gegen die kapitalistische Welt. Sie hatten großen Erfolg und Ada Negris Name wurde allgemein bekannt. Sie war vor dem Kriege eine der beliebtesten Schriftstellerinnen Italiens. Nach dem Kriege ist ihre Kunst immer feiner und reiner geworden. Sie hat die Ideale ihrer Jugend weder vergessen noch verleugnet, aber sie hat immer schärfer in die menschliche Seele hinein gehorcht und die geheimen Stimmen vernommen, die tieferen Gründen entquellen, als jene, die in den Gegensätzen des sozialen Kampfes laut werden.“

Was das Buch außerdem interessant macht, ist die Würdigung auf den ersten Seiten des Buchs, geschrieben von keinem anderen als Benito Mussolini, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buchs in Deutschland Diktator in Italien und Verbündeter von Hitler-Deutschland. Mussolini schrieb 1921:

„Vielleicht bedeutet Poesie den Versuch einer Flucht aus Endlichem ins Unendliche, aus Wirklichem ins Unwirkliche. Vielleicht bedeutet Poesie einen Flug dem Himmel entgegen mit einem dankbaren, stillen Gruß zurück gegen die geduldige Erde. Bedeutet Poesie Ergriffenheit von einer inneren Vision, ist dieses letzte Buch der Ada Negri ein reiches Buch: eine Dichtung. Mit den einfachsten Mitteln erreicht. Eine Rückkehr zum Wesentlichen ohne Aufwand an Beiwerk. Der Bau dieses Buches ist einfach, geschlossen. Eine Selbstbiographie? Nicht im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Die Dichterin erzählt die Geschichte ihrer frühesten Jugend bis zum 18. Jahr. Es sind keine dramatischen Verwicklungen darin. Es geht im Grunde über die Grenzen alltäglichen Schicksals nicht hinaus. Die ganze Erzählung geschieht in der dritten Person. Raum und Zeit weit zurück.“

Straßennamen der „Fliegerhelden“ aus der Sicht der Nationalsozialisten (zitiert nach Lokalanzeiger vom 21. April 1936)

„Hauptmann Oswald Boelcke, gefallen am 28. Oktober 1916 als Führer der Jagdstaffel 2, nachmals »Jagdstaffel Boelcke«. 40 Abschüsse. Pour le Merite am 12. Januar 1916. Der große Meister der deutschen Jagdfliegerei und Begründer der Taktik des Staffelnkampfes. Sein Erbe übernahm nach seinem Tode sein großer Schüler Manfred v. Richthofen.

Oberleutnant Max Immelmann, gefallen am 18. Juni 1916. 15 Abschüsse. Pour le Merite am 12. Januar gemeinsam mit Oswald Boelcke. Seine Taten standen zusammen mit denen Oswald Boelckes - beide gehörten damals noch der Fliegerabteilung 62 an - an der Wiege der deutschen Jagdfliegerei. Leuchtendes Vorbild deutschen Fliegertums für alle Zeiten.

Major Leo Leonhardy, gestorben am 12. Juli 1928 infolge Kriegsverletzung. Im Felde zuletzt Kommandeur des Bombengeschwaders 6 zur Verfügung der Obersten Heeresleitung (Bogohl 6). Trotz schwerster Verletzung bereits zu Beginn des Krieges, blieb er im aktiven Dienst als Flieger und erzwang durch seine Willensstärke Erfolg auf Erfolg. Ein Vorbild strengster Pflichterfüllung. Pour le Merite am 2. Oktober 1918. Seine glänzendste Tat war die Vernichtung des gegnerischen Flugplatzes Malzeville im Februar 1918.

Oberleutnant Erich Loewenhardt, tödlich abgestürzt am 10. August 1918 als Führer der Jagdstaffel 10 (Jagdgeschwader Richthofen). 54 Abschüsse. Pour le Merite am 31. Mai 1918. Ein Vorbild kühnen Jagdfliegergeistes, nimmt in der Siegesliste der deutschen Jagdflieger den dritten Platz ein.

Leutnant d. R. Werner Voß, gefallen am 23. September 1917 als Führer der Jagdstaffel 10 (Jagdgeschwader Richthofen). Sein Flugzeug trug als Kennzeichen das Hakenkreuz. Gehört mit zu den besten deutschen Jagdfliegern, war der Tapfersten und Schneidigsten einer. 48 Abschüsse, Pour le Merite am 8. April 1917.

Oberleutnant Kurt Wolff, gefallen am 15. September 1917 als Führer der Jagdstaffel Nr. 11, der Leibstaffel des Jagdgeschwaders Richthofen, deren Führung Richthofen nach der Aufstellung des Jagdgeschwaders Nr. 1 an Wolff abtrat. Einer der Großen aus Richthofens Heldenschar, schoß an einem einzigen Tage fünf Gegner ab. 38 Abschüsse. Pour le Merite am 4. Mai 1917.“

Weitere Straßen wurden nach folgenden Personen benannt waren:

Leutnant Rudolf v. Eschwege
 Leutnant d. R. Wilhelm Schreiber
 Rittmeister Manfred Freiherr v. Richthofen
 General der Kavallerie Ernst v. Hoepfner
 Hauptmann Rudolf Kleine
 Leutnant d. R. Fritz Rumey
 Leutnant der Reserve Paul Baeumer
 Leutnant d. R. Heinrich Gontermann
 Oberleutnant d. R. Emil Thuy
 Fregattenkapitän Peter Strasser

Die Wintgensstraße sollte Georg-Büchner-Straße heißen

Georg Büchner wurde am 17. Oktober 1813 in Goddelau bei Darmstadt geboren. Er studierte Medizin, Naturwissenschaften, Geschichte und Philosophie. In Gießen schloss er sich der radikalen Freiheitsbewegung an und gründete 1834 die »Gesellschaft für

Menschenrechte«, um die reaktionären Verhältnisse in Hessen zu ändern. Büchner starb am 19. Februar 1837 in Zürich im Alter von 24 Jahren. Er hat einige heute noch bekannte Theaterstücke geschrieben wie z.B. „Dantons Tod“, „Woyzeck“ und die Novelle „Lenz“. Bei Dantons Tod geht es um das Scheitern der französischen Revolution. Büchner schrieb das Stück

im Frühjahr 1835. Im Gegensatz zum historischen Danton, der auf Grund taktischer Fehler scheiterte, erkennt der literarische Danton von Beginn an die Sinnlosigkeit seines Unternehmens. Im Herbst desselben Jahres beschäftigte er sich mit der Erzählung Lenz, in der die seelischen Leiden des Schriftstellers Jakob Michael Reinhold Lenz dargestellt werden. 1834 wurde »Der Hessische Landbote« veröffentlicht, den Büchner in seiner Zeit in der Gießener

Badenburg verfasst hatte. Es handelt sich um eine Flugschrift, die unter der Parole „*Friede den Hütten! Krieg den Palästen!*“ die hessische Landbevölkerung zur Revolution gegen die Unterdrückung aufrief.

Büchner musste ins Exil gehen. Er wurde auf dem Stadtzürcher Friedhof „Krautgarten“ auf dem Zeltberg beerdigt. Einige hundert Personen, darunter die Universitätskollegen und die beiden Zürcher Bürgermeister, gaben ihm das letzte Geleit.

Auszug aus:

*Der Hessische Landbote
Erste Botschaft*

Darmstadt, im Juli 1834

Vorbericht

Dieses Blatt soll dem hessischen Lande die Wahrheit melden, aber wer die Wahrheit sagt, wird gehenkt, ja sogar der, welcher die Wahrheit liest, wird durch meineidige Richter vielleicht gestraft. Darum haben die, welchen dies Blatt zukommt, folgendes zu beobachten:

- 1. Sie müssen das Blatt sorgfältig außerhalb ihres Hauses vor der Polizei verwahren;*
- 2. sie dürfen es nur an treue Freunde mitteilen;*
- 3. denen, welche sie nicht trauen, wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinterlegen;*
- 4. würde das Blatt dennoch bei Einem gefunden, der es gelesen hat, so*
- 5. muß er gestehen, daß er es eben dem Kreisrat habe bringen wollen;*
- 6. wer das Blatt nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm findet, der ist natürlich ohne Schuld.*

Friede den Hütten! Krieg den Palästen!

Im Jahr 1834 sieht es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker am 5ten Tage, und die Fürsten und Vornehmen am 6ten gemacht, und als hätte der Herr zu diesen gesagt: Herrschet über alles Getier, das auf Erden kriecht, und hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigne Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug und treibt ihn mit den Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und läßt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag; Fremde verzehren seine Äcker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwieler, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen....

Hebt die Augen auf und zählt das Häuflein eurer Presser, die nur stark sind durch das Blut, das sie euch aussaugen und durch eure Arme, die ihr ihnen willenlos leihet. Ihrer sind vielleicht 10,000 im Großherzogtum und Eurer sind es 700,000 und also verhält sich die Zahl des Volkes zu seinen Pressern auch im übrigen Deutschland....

Die Gontermannstraße sollte Scheerbartstraße heißen

Paul Scheerbart wurde am 3. Januar 1863 in Danzig geboren. 1882/83 kam er nach Berlin, wo er zusammen mit Otto Erich Hartleben und Erich Mühsam den „Verlag deutscher Phantasten“ gründete. Er war ein Vorläufer der dichtenden Dadaisten und ist nur noch einem kleinen Fachpublikum bekannt. Paul Scheerbart war wohl eine der skurrilsten Personen in

der Berliner Kulturwelt in der Wende zum 20. Jahrhundert – schon zu Lebzeiten galt er als ein merkwürdiger Außenseiter, Kauz und Andersdenkender. Es saß zwischen allen künstlerischen Stühlen: Randfigur des Jugendstils, Nachfahre der Romantik, Vorläufer des Expressionismus. Zeitweilig wurde er als völlig durchgedrehter Narr tituliert. Er hatte jedoch auch einen kleinen berühmten Kreis von Bewunderern:



Erich Mühsam, Walter Benjamin, Walter Mehring, Peter Hille, Bruno Taut. Ab 1910 beteiligte er sich an der Zeitschrift „Der Sturm“. Er schrieb auch Theaterstücke. 1907 gab es die Uraufführung von fünf Stücken im „Figaro“, einem Kabarett-Theater. Hier debütierte die Sängerin und Schauspielerin Claire Waldoff in Berlin. Eine andere Aufführung durch Claire Waldoff wurde von der Zensurbehörde wegen antimilitaristischer Tendenz der Stücke verboten. Paul Scheerbart starb am 15. Januar 1915 an einem Gehirnschlag.

Paul Scheerbart, von Oskar Kokoschka gezeichnet. Quelle: Paul Scheerbart: Das Lachen ist verboten, hrsg. von Klaus Konz und Rainer Leibbrand, Hamburg 1984

Lange vor den Dadaisten schrieb Scheerbart Lautgedichte:

Kikakokú!
 Ekoraláps!
 Wiso kollipanda opolosa.
 Ipasatta ih fuo.
 Kikakokú proklinthe peteh.
 Nikifili mopaléxio intipáschi benakáffro – própsa
 Pi! Propsa pi!
 Jasóllu nosaréssa flipsei.
 Aukarótto passakrússar Kikakokú.
 Núpsa púsch ?
 Kikakokú bulurú ?
 Futupúkke – propsa pi !
 Jasóllu ...

(1897)

Noch ein Gedicht von Paul Scheerbart:

Ich bin ein Schwein!
 25.2.1901 an Richard Dehmel

 Ich bin ein Schwein!
 Oh nein! Oh nein!
 Riskier nicht Kopf und Kragen,
 Mein edler Schwartenmagen.

Dass man sich heute noch für ihn interessiert, ist bemerkenswert. Folgendes habe ich aus dem Internet geholt. Anlass war der 100. Todestag dieses unbekanntes Schriftstellers:

Paul Scheerbart Loge
Öffentlicher Geheimbund. Erste Prunksitzung.
Wann? Donnerstag, 15. Oktober 2015, 19:30.
Wo?
Kulturfabrik-Apolda
Doktor Külz-Straße 4, 99510 Apolda
www.kulturfabrik-apolda.com/

Nachweislich hat Paul Scheerbart vom 8. Januar 1863 bis zum 15. Oktober 1915 gelebt. Ist er deshalb aber auch gestorben? Dieser Frage und ihren Konsequenzen widmet sich anlässlich der hundertsten Wiederkehr von Scheerbarts Unsterblichkeitstag der öffentliche Geheimbund der Paul Scheerbart Loge auf seiner konstituierenden Prunksitzung am 15. Oktober 2015.

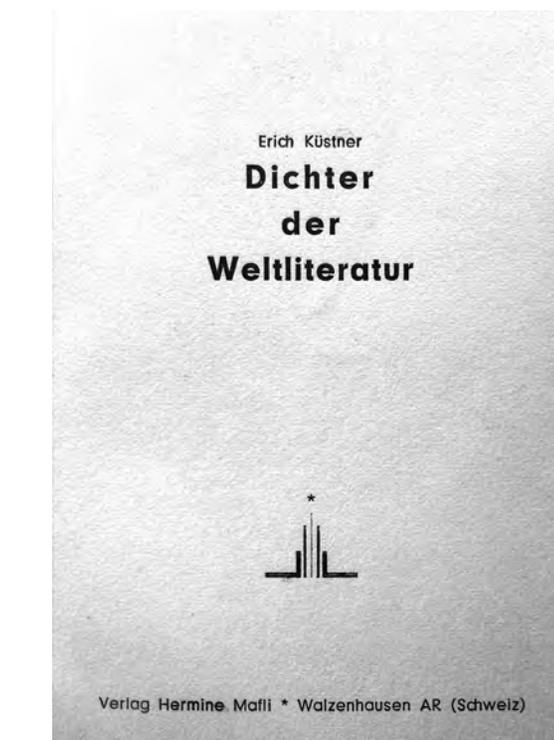
Die Wüsthoffstraße sollte Tersteegenstraße heißen

Die geplante Benennung in Tersteegenstraße fällt aus dem Rahmen und passt nicht so recht zu den anderen 1946 geplanten Umbenennungen. Alle Namensgeber der anderen Straßen sind im 19. Jahrhundert geboren. Gerhard Tersteegen stammt aus dem 17. Jahrhundert.

Er wurde am 25. November 1697 in Moers/Rheinland geboren und starb am 3. April 1769 in Mühlheim an der Ruhr, wo heute das Heimatmuseum nach ihm benannt ist. Tersteegen war ein Kirchenlieddichter und Mystiker mit großem Einfluss auf die protestantische Erweckungsbewegung. Er war Laienprediger und predigte am ganzen Niederrhein und in Holland. Die Melodie des heute beim Großen Zapfenstreich der Deutschen Bundeswehr regelmäßig gespielten Chorals „Ich bete an die Macht der Liebe“ stammt von ihm. Ein nicht unwichtiger Teil seiner Tätigkeit bestand in der Ausübung der Heilkunst. Tersteegen mischte Hausmittel zusammen und verteilte sie unentgeltlich an Bedürftige. 1723 forderte dann ein Gesetz, dass nur Fachleute Arzneien herstellen dürfen. Tersteegen gelang es, den Nachweis seiner Kenntnisse zu erbringen. Schwerere Fälle wurden von ihm aber an die Ärzte der Universität Duisburg verwiesen. In vielen Städten, besonders in Nordrhein-Westfalen, tragen soziale Einrichtungen, wie Pflege- und Krankenhäuser, auch Altenheime und Gemeindehäuser den Namen von Gerhard Tersteegen.

Der Loewenhardttdamm sollte Erich-Küstner-Damm heißen

Über Erich Küstner war kaum etwas zu erfahren. Er war offensichtlich ein Druckereibesitzer, Erzähler und Lyriker, der am 24. Februar 1897 in Tümppling/Grafschaft Camburg-Saale, geboren wurde. 1959 gab er in Walzenhausen/Schweiz ein kleines Heft mit dem Titel „Dichter der Weltliteratur“ heraus. Es scheint eine sehr subjektive Auswahl von Dichtung aus verschiedenen Kontinenten zu sein. Auf der letzten Seite lässt sich Küstner selbst zu Wort kommen:



Erich Küstner: Dichter der Weltliteratur, Walzenhausen (Schweiz), ohne Jahresangabe

*Wenn in sein Leben jedermann
Den Geist des Reinen bringen kann,
Wenn jedermann im Angesicht
Des Himmels schaute Gottes Licht,
Wenn jeder würde selbst sich lehren,
Des Nächsten Gut nicht zu begehren,
Wenn jeder duldsam und bescheiden
Dem anderen nichts würde neiden,
Wenn alle Menschen hilfreich wären,
Dann würde alles selbst sich klären,
Dann nähme man die Gottesgaben,
Um zwecklos nicht gelebt zu haben.
Dann würde man im eignen Innern
Sich unentwegt daran erinnern,
Daß jedes Erdenlebens Frist
Ein Teil der Ewigkeit nur ist!*

Möglicherweise war aber der Schriftsteller Erich Kästner (1899-1974) gemeint. Auf dem Stadtplan 1946 ist der „Erich-Küstner-Damm“ abgedruckt, während in der Magistratsvorlage Nr. 428 vom 25. September 1946 „Erich-Kästner-Damm“ als neuer Name des Loewenhardtdamms aufgeführt ist. Deshalb nun ein sehr bekanntes Gedicht von Erich Kästner, das in dieses Pazifistenviertel passt:

*Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühen?
Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!
Dort stehn die Prokuristen stolz und kühn
in den Büros, als wären es Kasernen.*

*Dort wachsen unterm Schlips Gefreitenknöpfe.
Und unsichtbare Helme trägt man dort.
Gesichter hat man dort, doch keine Köpfe.
Und wer zu Bett geht, pflanzt sich auch schon fort!*

*Wenn dort ein Vorgesetzter etwas will
- und es ist sein Beruf etwas zu wollen -
steht der Verstand erst stramm und zweitens still.
Die Augen rechts! Und mit dem Rückgrat rollen!*

*Die Kinder kommen dort mit kleinen Sporen
und mit gezognem Scheitel auf die Welt.*

*Dort wird man nicht als Zivilist geboren.
Dort wird befördert, wer die Schnauze hält.*

*Kennst Du das Land? Es könnte glücklich sein.
Es könnte glücklich sein und glücklich machen!
Dort gibt es Äcker, Kohle, Stahl und Stein
und Fleiß und Kraft und andre schöne Sachen.*

*Selbst Geist und Güte gibt's dort dann und wann!
Und wahres Heldentum. Doch nicht bei vielen.
Dort steckt ein Kind in jedem zweiten Mann.
Das will mit Bleisoldaten spielen.*

*Dort reift die Freiheit nicht. Dort bleibt sie grün.
Was man auch baut - es werden stets Kasernen.
Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühen?
Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!*

Der Badener Ring sollte Hermann-Gorter-Ring heißen

Ein heute in Deutschland völlig unbekannter Schriftsteller und Sozialist ist Hermann Gorter, geboren am 26. November 1864 in Wormerveer/Niederlande, gestorben am 15. September 1927 in Brüssel. WIKIPEDIA weiß zu berichten, dass er ein niederländischer Dichter und rätekommunistischer Theoretiker war. 1896 trat Gorter der 1894 gegründeten Sociaal Democratische Arbeiders Partij (SDAP) bei, deren theoretisches Organ „De Nieuwe Tijd“ er im selben Jahr zu redigieren begann. Während des Ersten Weltkrieges verfasste Gorter den Epos „PAN“ und gehörte zum internationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung. 1918 gehörte er zu den Mitbegründern der KP der Niederlande. Ende 1918 siedelte Gorter nach Deutschland über, wo er auf dem linken, antiparlamentarischen Flügel der KPD und ab 1920 in der KAPD aktiv war. Die KAPD vertrat er im November 1920 auf dem Kominternkongress in Moskau. 1920 verfasste Gorter weiterhin seinen bekannten „Offenen Brief an den Genossen Lenin“ in welchem er Lenins „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ einer eingehenden Kritik unterzog. 1921 brach Gorter vollständig mit der Komintern und rief die Kommunistische Arbeiterpartei der Niederlande mit ins Leben. Herman Gorter, der in den Niederlanden eher als impressionistischer Dichter denn als kommunistischer Theoretiker in Erinnerung geblieben ist, belegte bei der Umfrage De Grootste Nederlander, bei welcher



Der historische Materialismus. Für Arbeiter erklärt von Hermann Gorter. Mit einem Vorwort von Karl Kautsky, Stuttgart 1910

im Jahre 2004 nach dem größten Niederländer aller Zeiten gefragt wurde, den 181. Platz. Gorter rangierte damit vor Rudi Carrell.

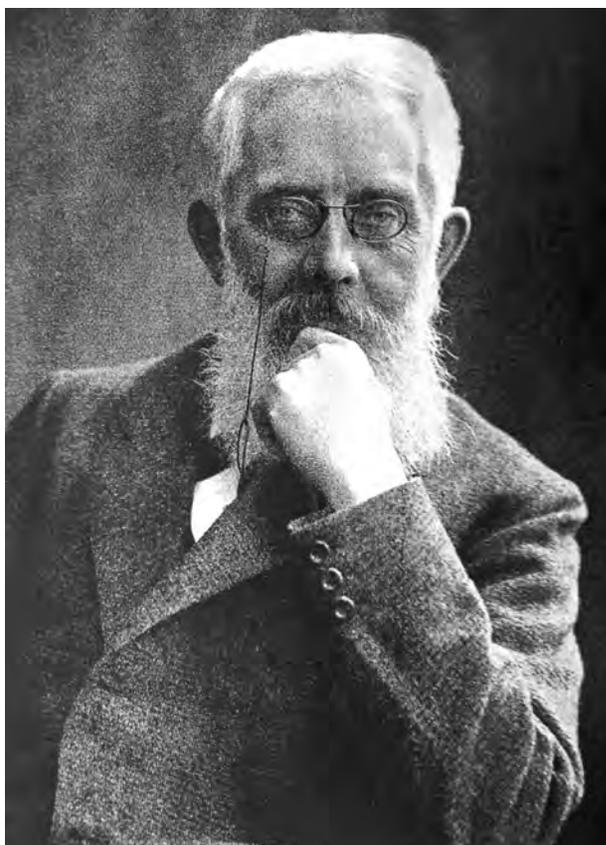
In einem Antiquariat war sein Büchlein „Der historische Materialismus“, Stuttgart 1919, zu finden. Karl Kautsky hat das Vorwort verfasst. Hier ein Auszug aus dem Buch (S.16):

Der allgemeine philosophische Materialismus fragt nach dem Wesen des Denkens. Der historische Materialismus fragt nach der Ursache der Änderungen im Denken. Ersterer versucht den Ursprung, letzterer die Entwicklung des Denkens zu erklären. Ersterer ist philosophisch, letzterer historisch. Ersterer setzt einen Zustand voraus, worin noch kein Denken, kein Geist besteht, letzterer setzt das Dasein des Geistes voraus. Man bemerkt den großen Unterschied.

Wer die Lehre der Sozialdemokratie untersuchen und kennen lernen will, muss damit anfangen, dass er diesen Unterschied gut beobachtet.

Der Wolffring und der Schreiberring sollten Mehringring heißen

Franz Mehring wurde am 27. Februar 1846 in Schlawe/Pommern geboren und starb am 29. Januar 1919 in Berlin. Sein Grab befindet sich auf dem Berliner Zentralfriedhof Friedrichsfelde in der Gedenkstätte der



Franz Mehring, um 1917

Quelle: Archiv Berliner Geschichtswerkstatt

Sozialisten im Rondell G3.

Franz Mehring war eine der wichtigsten Persönlichkeiten der Sozialdemokratie in der Kaiserzeit. Im Jahr 1891 trat Mehring der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. In der Folgezeit arbeitete er für verschiedene sozialdemokratische Blätter. In den Jahren 1891 bis 1913 schrieb er für „Die Neue Zeit“ die damals wichtigste theoretische Zeitschrift der SPD. Von 1902 bis 1907 war Mehring Chefredakteur der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“. Außerdem publizierte er im „Vorwärts“ und anderen sozialdemokratischen Blättern. Neben der publizistischen Tätigkeit lehrte Mehring von 1906 bis 1911 an der zentralen Parteischule der SPD. Daneben war er von 1892 bis 1895 Leiter des Vereins der Freien Volksbühne in Berlin. 1917/1918 war er Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses. Innerhalb der SPD blieb Mehring ein Außenseiter.

In den innerparteilichen Grundsatzdebatten vor dem Ersten Weltkrieg beharrte Mehring ähnlich wie Karl Liebknecht auf der traditionellen Vorstellung vom Klassenkampf. Er distanzierte sich von der Burgfriedenspolitik der SPD und gründete gemeinsam mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin die Spartakusgruppe. 1917 trat er der USPD bei, die für eine sofortige Beendigung des Krieges eintrat. Mehring war Ende 1918 entscheidend an der Vorbereitung des Gründungsparteitages der KPD beteiligt. Er äußerte sich seit 1876 immer wieder zur Judenfrage und kritisierte dabei sowohl Antisemitismus als auch Philosemitismus. Kein anderer sozialistischer Autor beschäftigte sich laut dem Historiker Lars Fischer so intensiv mit diesem Themenkomplex, Fischer spricht von einer regelrechten „Obsession“.

Wir zitieren das Vorwort des Herausgebers, Eduard Fuchs, des Buchs Franz Mehring, „Zur Literaturgeschichte“, Berlin Universumbücherei für alle, 1929:

„Als Franz Mehring am 29. Januar 1919 starb, verlor die deutsche Literatur einen ihrer genialsten Schriftsteller und ihren größten Publizisten seit Heinrich Heine; der deutsche Sozialismus seinen bedeutendsten Historiker und seinen konsequentesten Denker seit Karl Marx und Friedrich Engels; eine Stimme war mit ihm verstummt, der es gegeben war, das Kühnste und Bedeutendste in der geistreichsten Form und in der

blühendsten Sprache zu sagen, und die fünfzig Jahre lang stets dort zu hören war, wo gegen jede Art Unterdrückung und für wirkliche Menschheitskultur gestritten wurde. Dem Sarge Mehrings folgte außer seinen persönlichen Freunden nur ein Zug revolutionärer Arbeiter; aus bürgerlichen Kreisen nur seine nächsten Verwandten. Kein einziger offizieller Vertreter der deutschen Literatur stand an seinem Grabe, um Mehrings große Verdienste als Schriftsteller zu würdigen. Aber das war nur in der Ordnung. Mehring war nicht nur Zeit seines Lebens ein unerbittlicher Kritiker jeder Halbheit und jedes Kompromisses gewesen, - auf der Höhe seines Lebens, als Fünfundvierzigjähriger, war er offiziell zu der damals noch verhassten Sozialdemokratie übergetreten, und als sich mit dem Weltkrieg die Zeiten wendeten, da war er es, der Siebzigjährige, der - seiner Verantwortung wie immer bewusst! - als einer der ersten in Deutschland die überall in den Dreck der Schützengräben gezerrte Fahne

des Sozialismus von neuem erhob. Solche Leute ehrt man nicht, sie schweigt man bestenfalls tot. Und zwar ganz besonders dann, wenn es sich bei dem Betreffenden obendrein um einen Abtrünnigen der eigenen Klasse handelt. Und das war Franz Mehring im vollen Umfang des Wortes. Er stammte aus gut bürgerlicher, ja sogar halb feudaler Familie. Sein Vater war ursprünglich preußischer Offizier und nach seinem freiwilligen Abschied höherer Steuerbeamter in Pommern, seine Großmutter väterlicherseits war eine geborene von Zitzewitz, also ältester hinterpommerscher Uradel.

Er selbst war Doktor der Philosophie, und bevor er zur Sozialdemokratie übertrat, jahrzehntelang Mitarbeiter oder leitender Redakteur der damals bedeutendsten deutschen Blätter, so z. B. der Berliner Wage (1873-75), der Frankfurter Zeitung (um 1875-77), der Weser-, Magdeburger- und Staatsbürger-Zeitung in den achtziger Jahren, der Gartenlaube und der Grenzboten und zuletzt der Berliner Volkszeitung.

Doch wir dürfen nicht ungerecht sein: Eine offizielle Anerkennung hat Mehring kurz vor seinem Tode doch noch gefunden, und zwar die würdigste, die es damals für einen aufrechten Menschen geben konnte: eine viele Monate währende militärische Schutzhaft, aus der er erst als Totkranker entlassen wurde.“

Eines der wichtigsten Bücher von Mehring ist die „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. Hier ein Auszug aus dem Sammelband anlässlich des 100. Geburtstags von Franz Mehring am 27. Februar 1947:

„Das revolutionäre Proletariat

Der proletarische Klassenkampf konnte sich in der deutschen Revolution nur unter dem bestimmenden Einfluss des entscheidenden Kampfes zwischen Aristokratie und Bourgeoisie entwickeln. Bei einiger Courage der Bourgeoisie hätte sie die gesamte Arbeiterklasse hinter sich gehabt. Indem sie aber aus Angst vor dem Proletariat die Flagge vor der Krone und den Junkern strich, rief sie gerade hervor, was sie vermeiden wollte, trieb sie das Klassenbewusstsein der Arbeiter schärfer heraus, als es sich nach der historischen Lage der Dinge damals schon aus natürlicher Wurzel entwickelt haben würde. Das ländliche Proletariat allerdings gelangte noch zu keiner klassenbewussten Organisation, es sei denn in Schlesien, wo die sogenannten Rustikalvereine der Gegenrevolution viel zu schaffen machten. Sonst legte es sein Programm in Tausenden von Petitionen an die Berliner und Frankfurter Nationalversammlung nieder, aber über die Beseitigung der feudalen Lasten, über einen kleinen Besitz an Land, und sei es nur um ein Fleckchen zur Gänseweide, über Erhöhung des Tagelohns und Verminderung der Steuern gingen seine Forderungen nicht hinaus.“

Der Monickesteig sollte Wolzogensteig heißen

Ernst von Wolzogen wurde am 23. April 1855 in Breslau geboren und starb am 30. Juli 1934 in Puppling bei Wolfratshausen, südlich von München. Er stammte aus dem niederösterreichischem Adel und wurde von einer englischen Gouvernante erzogen. Er studierte deutsche Literatur, Philosophie und Kunstgeschichte in Straßburg und Leipzig. Danach war er Vorleser des Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach. 1882 siedelte er nach Berlin über, wo er zunächst Verlagslektor und dann freier Schriftsteller wurde. 1891/92 war er mit Martin Greif und Hermann Heiberg Mitglied im

Vorstand des Vereins für Bücherfreunde.

Am 18. Januar 1901 hatte das erste deutsche Kabarett, Ernst von Wolzogens „Buntes Theater“, auch „Überbrettl“ genannt, am Alexanderplatz im Theatersaal der „Sezessionsbühne“ seine Premiere. Vorbild waren die schon 20 Jahre länger existierenden französischen „Cabarets“ als literarische Kleinkunstbühne. Ende des 19. Jahrhunderts gab es in Deutschland nur Varietés. Das waren billige Tingle-Tangel-Etablissements.

Den Namen „Überbrettl“ hatte Wolzogen erfunden. Die Bezeichnung ging zurück auf das süddeut-

sche Wort „Brett“ und dem Begriff „Übermensch“ von Friedrich Nietzsche.

Das neue Kunstgenre hatte nur kurzfristigen Erfolg. Die Läden wurden in schneller Folge auf- und wieder zugemacht. Ein Abzählreim charakterisiert die damalige Situation:

*Überbrettl – Sezession,
Wolzogen und Liliencron,
Bügeleisen – Museenstall,
Siebter Himmel – Rauch und Schall,
Höhenkunst und Rhapsodie,
Trianon – Charrivariiii.
Und so geht es weiter furt
Bis zum Trautchen Hundgeburth!
Lose Blätter – Pegasus,
Böser Bube macht den Schluss.*

Im Herbst 1901 kam Wolzogens Theatergruppe von einer Tournee durch Deutschland und Italien zurück und bezog eine neue Spielstätte in der Köpenickerstraße 68 in Berlin-Mitte, ein Theater mit 600 Plätzen. Es war wohl eine Nummer zu groß. Selten war es ausverkauft. Zudem lag es verkehrungünstig für das Publikum, das meist aus dem reicheren Westen der Stadt stammte. Wegen einiger wirtschaftlicher Fehlentscheidungen machte Wolzogen mit dem Theater bald Pleite.

Zu seinen ökonomischen Misserfolgen schrieb Wolzogen selbst:

„Mein Programm am „Bunten Theater“ in der Köpenicker Straße war weit reicher, zum Teil auch wohl künst-

lerisch wertvoller als jenes am Alexanderplatz; denn wir hatten uns ein kleines Orchester zugelegt und vermochten so auch kleine Singspiele, phantastische Tänze und anspruchsvollere dramatische Werkchen mit größerem Personal und reicheren Beleuchtungseffekten zu bieten. Zu den bewährten alten Kräften waren noch Marcel Salzer, als Vortragskünstler und Schauspieler ausgezeichnet, die hervorragende Diseuse Lina Abarbanell, ein sehr guter Tenor sowie als Kapellmeister der glänzende Pianist und feine Musiker Moritz Violin hinzugekommen. (Liliencron war entzückt über den Namen Abarbanell und erfand sofort als besondere Zungenschwelgerei den schönen Spruch: „Abarbanell kniet am Sarkophag Sardanapals.“)

Wedekind, Ludwig Thoma und Hanns von Gumppenberg schrieben geistvolle Einakter und Parodien für uns. Die unvergleichliche Erfinderin des Serpentinentanzes und erste Barfuß tänzerin Loie Fuller und die japanische Duse Sada Vacco gastierten bei uns; aber dennoch war das Haus selten ausverkauft, denn die Überbrettelei hatte eben doch den Reiz der ersten Neuheit verloren, der allein imstande gewesen wäre, unser hauptsächlich im Berliner Westen beheimatetes Publikum in Scharen nach der proletarischen Köpenicker Straße zu locken.“

(aus Die zehnte Muse, hrsg. Von Frauke Deißner-Jensen, Berlin 1982, S. 42/43):

Der Leonhardyweg sollte Ringelnatzstraße heißen

Hans Bötticher, Tarnname Joachim Ringelnatz, wurde 1883 in Wurzen in Sachsen geboren. Schon als Kind dichtete er Kasperleverse und Tiergedichte und erfreute damit die Familie. Damals hatte er schon sei-

Zwei Gedichte von Joachim Ringelnatz:

Die Ameisen

*In Hamburg lebten zwei Ameisen,
Die wollten nach Australien reisen.
Bei Altona auf der Chaussee,
Da taten ihnen die Beine weh,
Und da verzichteten sie weise
Dann auf den letzten Teil der Reise.*

Angstgebet in Wohnungsnot

*Ach, lieber Gott, gib, daß sie nicht
Uns aus der Wohnung jagen.
Was soll ich ihr denn noch sagen -
Meiner Frau - in ihr verheultes Gesicht!?
Ich ringe meine Hände.
Weil ich keinen Ausweg fände,*

*Wenn's eines Tages so wirklich wär:
Bett, Kleider, Bücher, mein Sekretär -
Daß das auf der Straße stände.*

*Sollt ich's versetzen, verkaufen?
Ist all doch nötigstes Gerät.
Wir würden, einmal, die Not versaufen,
Und dann: wer weiß, was ich tät.*

*Ich hänge so an dem Bilde,
Das noch von meiner Großmama stammt.
Gott, genieße doch etwas Milde
Über das steinerne Wohnungsamt.*

*Wie meine Frau die Nacht durchweint.
Das barmt durch all meine Träume.
Gott, laß uns die lieben zwei Räume
Mit der Sonne, die vormittags hineinscheint.*

nen skurrilen Humor, Phantasie, Wortwitz und eine eigenwillige Reimform. Vier Jahre verbrachte er bei der Seefahrt. Danach hatte er zahlreiche Berufe wie Bibliothekar, Buchhalter, Schaufensterdekorateur, Kaufmann, Fremdenführer, Korrespondent, Handelsreisender, Inhaber eines Tabakladens, Soldat, Schausteller und Werbetexter.

Nach dem Ersten Weltkrieg nannte sich Hans Böttcher „Ringelnetz“, nach den Ringelnassen oder Ringelnetzen, wie die Seepferdchen bei den Fahrensleuten genannt wurden. Seine Spezialität waren spöttische, satirische und groteske Gedichte, die er in Berlin und München in der Cabarets zum Besten gab. 1933 zu seinem Geburtstag, am 7. August, sprach er zum letzten Mal anlässlich seines 50. Geburtstags im Hotel „Kaiserhof“. Die Nazis erteilten ihm Auftrittsverbot. Seine Bücher wurden beschlagnahmt. Nach 1933 konnte er nur noch einige Male in der Schweiz auftreten. Sein Gesundheitszustand, er war lungenkrank, verschlechterte sich, so dass er am 17. November 1934 im Sanatorium Sommerfeld, nordwestlich von Berlin, an einer Lungenentzündung starb.

Der Thuyring sollte Hartlebenring heißen

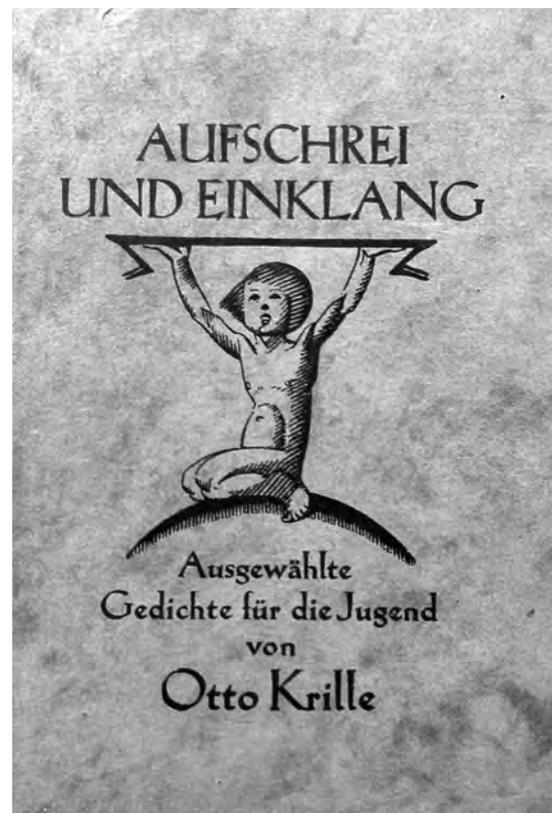
Otto Erich Hartleben wurde am 3. Juni 1864 in Clausthal geboren. Gestorben ist er am 11. Februar 1905 in Salò am Gardasee.

Hartleben ging in Jever und Celle zur Schule und studierte ab 1886 Rechtswissenschaften an den Universitäten von Leipzig und Berlin. 1889 legte er am Berliner Kammergericht die Referendarprüfung ab und war danach kurze Zeit Referendar in Stolberg (Harz) und Magdeburg. Dann beendete er das Referendariat vorzeitig. „Dann kam ich nach Magdeburg an die Strafkammer und da ging's nicht mehr. Da hatt' ich den Jammer, daß ich mit den Leuten auf der Anklagebank fast täglich lieber zu Abend gegessen hätte als mit meinen Collegen – auf die Dauer hätten das die einen den anderen übelgenommen“ (Autobiografie, zitiert nach WIKIPEDIA).

Ab 1890 lebte er als freier Schriftsteller in Berlin. Nach dem Tod seines Großvaters 1893 erbte Hartleben 80.000 Mark (inflationbereinigt in heutiger Währung: rund 503.000 Euro). Ein durchschlagender Erfolg wurde 1900 seine Offizierstragödie Rosenmontag, die das Scheitern einer Liebe zwischen einem einfachen Mädchen und einem Leutnant aus alter Offiziersfamilie zum Thema hat. Von den Einnahmen kaufte er sich die Villa Halkyone in Salò am Gardasee, in der er ab 1903 mit seiner Geliebten Ellen Birr lebte. Dort stiftete er 1903 die „Halkyonische Akademie für unangewandte Wissenschaften“, der u. a. Peter Behrens, Otto Julius Bierbaum, Franz Blei und Gerhart Hauptmann angehörten und de-

ren Satzung in zwei Paragraphen festgelegt wurde: „§ 1. Die Zugehörigkeit zur Halkyonischen Akademie bringt weder Pflichten noch Rechte mit sich. § 2. Alles Übrige regelt sich im Geiste halkyonischer Gemeinschaft.“

Im literarischen Leben um die Jahrhundertwende hat sich Hartleben vor allem als Gründer und Mitglied zahlreicher Künstler-Stammtische und literarischer Vereine einen legendären Ruf erworben. Er war auch Mitglied des Friedrichshagener Dichterkreises und der „Volksbühne“. Eine seiner bekanntesten Figuren war der „Serenissimus“, ein vertrottelter Duodezfürst eines imaginären Zwergstaates. Er galt als einer der bedeutendsten Vertreter des deutschen Naturalismus. Seine Werke sind heute nahezu vergessen. Die *Otto-Erich-Straße* in Berlin-Wannsee wurde nach ihm benannt. Eine weitere Otto-Erich-Straße findet sich im benachbarten Potsdam. In Clausthal gibt es einen vermutlich nach ihm benannten *Hartleben-Weg*. Im Jahr 1933 wurde in Wien-Donaustadt die *Hartlebengasse* nach ihm benannt.



Otto Krille: Aufschrei und Einklang. Ausgewählte Gedichte für die Jugend, Berlin 1925

Der Eschwegering sollte Otto-Krille-Weg heißen

Otto Krille, ist am 5. August 1878 in Börnersdorf bei Gottleuba/Sachsen geboren. Er starb am 31. Januar 1954 in Zürich. Krille wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Sein Vater, der Maurer Friedrich August

Krille, starb 1878 noch vor seiner Geburt. 1893 wurde er wegen Untauglichkeit aus einer Militärschule entlassen. Krille war bis 1900 Fabrikarbeiter in Dresden. Dort schloss er sich der Sozialdemokratie an. Sein zweiter Gedichtband *Aus engen Gassen* erhielt eine Einleitung von Clara Zetkin. Beim Verlag Egon Fleischel veröffentlichte er 1914 sein autobiographisches Werk „Unter dem Joch“. Krille engagierte sich vor allem in der Jugendarbeit der SPD. Nach dem Ersten Weltkrieg lebte er als freier Schriftsteller in München, wo er auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mitgründete. Das Reichsbanner war die paramilitärische

Organisation der demokratischen Parteien der Weimarer Republik. 1933 musste Krille in die Schweiz fliehen. 1937 wurde er in Deutschland ausgebürgert. Krille war zwar 1937 in den Schweizerischen Schriftstellerverband aufgenommen worden, erhielt aber 1940 von der Schweizer Fremdenpolizei wegen angeblicher Hilfsdienste für ausländische kommunistische Funktionäre und Beeinflussung der Jugend im kommunistischen Sinne einen Ausweisungsbefehl. Von 1940 bis 1941 internierten ihn die Schweizer Behörden. Krille blieb nach Kriegsende im Schweizer Exil, wo er 1954 starb.

Hier ein Gedicht von Otto Krille aus dem Gedichtband „Aufschrei und Einklang“, Arbeiterjugend-Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8, Berlin 1925:

*Zukunft! Zu dir,
Aus der Tiefe des Lebens,
Von Millionen bebenden Lippen,
Aus schmalen Brüsten und bangenden Herzen,
Ringt sich ein Schrei!
Auf dornigen Pfaden steigt ein gequältes,
Sonnenhungriges Geschlecht
Zu den Höhen der Zeit.
Was zwischen der Menschheit
Morgen und Mittag
Denkerstirnen gefurcht und zermartert,
Naht der Erfüllung!
Heimwärts*

*Zu den Bergen
Menschlicher Freiheit
Und jauchzender Freude
Kehren die müden Söhne der Erde.
Denn nur Freiheit ist Leben
Und nur in Freude ist Freiheit,
Nur in Liebe ist der Menschheit göttlichste Vollendung.
Zukunft, uns dürstet nach dir!
Unsere Herzen brennen
Wie Wüstenstaub.
Unsere Stirnen tropfen
Von der Mühsal des Lebens.
Du wirst uns Regen und Sonne sein!*

Der Kaiserkorso sollte Lilli Braun-Straße heißen

Lilli Braun war um 1900 eine bekannte Schriftstellerin, Mitglied der SPD und der proletarischen Frauenbewegung. Sie wurde am 2. Juli 1865 in Halberstadt geboren und starb am 9. August 1916.

Lily Braun kam als Tochter des preußischen Generals Hans von Kretschmann und seiner Frau Jenny, geborene von Gustedt, zur Welt. Ihre Großmutter mütterlicherseits war Jenny von Gustedt, geborene Rabe von Pappenheim, die uneheliche Tochter von Jérôme Bonaparte aus dessen Liebschaft mit Diana Rabe von Pappenheim. Ihre Großnichte Marianne von Weizsäcker, geborene von Kretschmann, war die Ehefrau des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Die Familie Kretschmann zog aufgrund der Arbeit des Vaters oft um, nach Halberstadt, Neiß, Schwerin, Potsdam, Karlsruhe, Berlin, Posen, Brandenburg, Schwerin, Bromberg und Münster. Fast die gesamte Kindheit andauernd wurde Lily Braun nach den Konventionen der damaligen Zeit erzogen. Dazu gehörte es schön auszusehen, den Männern zu gefallen und vor allem aufzufallen. Oft stieß sich die Heranwachsende daran und hatte auch Probleme

mit ihren MitschülerInnen. Was die Bildung betraf, so erhielt das junge Mädchen eine breite schulische Ausbildung, die ihr in Privatschulen sowie von PrivatlehrerInnen vermittelt wurde. Schon früh begann Lily Braun an der religiösen Gesinnung ihrer Familie zu zweifeln und auch die soziale Ungerechtigkeit stieß ihr bitter auf. Neben der Kritik an der Religion wurzelte ihr Engagement als Frauenrechtlerin schon in den Jugendjahren. Besonders die Stellung der Frau in Adelsgesellschaften entsprach nicht dem, was Lily Braun für richtig hielt. Andererseits genoss die Tochter der Generalsfamilie bis zum Alter von 25 Jahren die Vorzüge der reichen Oberschicht.

Besonders setzte sie sich für die Vereinbarkeit von Mutterdasein und Berufstätigkeit ein. Mit *Memoiren einer Sozialistin* hat sie ihre Autobiografie veröffentlicht und darin vor allem ihr Engagement für Frauenemanzipation beschrieben. Sie wurde eine der Führerinnen der deutschen Frauenbewegung. Im Laufe ihrer politischen Karriere versuchte sie, zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung zu vermitteln, wurde dafür aber von beiden Seiten scharf kritisiert. Auch die von ihr propagierte

Idee, Mutterschaft und Erwerbstätigkeit zu verbinden (ein Modell, das sie selbst lebte), stieß auf Kritik. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs unterstützte sie vorbehaltlos die Kriegspolitik des Kaiserreichs. Von 1909 bis 1911 schrieb sie die zweibändige Autobiographie *Memoiren einer Sozialistin*. Bis zu ihrem Tod 1916 lebte sie in Kleinmachnow.

In ihrem wohl bekanntesten Werk *Memoiren einer Sozialistin* verarbeitete sie ihre Lebensgeschichte.

Briefwechsel, Erinnerungen an Gespräche und ihre eigenen Gedanken, die sie täglich in ihrem Tagebuch festhielt, geben in den zwei Bänden detaillierten Einblick in ihr Leben. In mehreren Orten, so in Berlin und Hamburg, gibt es Lily-Braun-Straßen, in München einen Lily-Braun-Weg. Zudem wurde die Lily-Braun-Oberschule (heute: Lily-Braun-Gymnasium) in Berlin-Spandau nach ihr benannt.

Auszug aus Lilli Braun, *Memoiren einer Sozialistin, Lehrjahre*, Verlag Albert Langen, München, 1909:

„Auf dem Wege meiner stillen Studien bin ich zu der Erkenntnis gelangt, daß unsere Entwicklung wie auf einer Wendeltreppe vorwärts schreitet. Zuerst lernt man mechanisch, ohne zu verstehen, dann lernt man verstehen; aus beiden folgt das eigene Denken, und erst auf diesen drei Stufen erhebt sich der persönliche Mensch und fängt nun scheinbar von vorn an: er lernt, er versteht, er denkt – oder er entzündet das trocken gehäufte Pulver des Verstandes mit dem elektrischen Funken seines eigenen Geistes und sprengt damit die starren Formelmauern, um nun selbst Licht und Wärme zu verbreiten. Auf jeder Stufe bleiben viele Menschen stehen; darum wird man mit dem Vorwärtsschreiten immer einsamer und läßt viele hinter sich zurück, die nicht gleichen Schritt mit uns hielten.“

Soweit meine Kusine sich auf Diskussionen einließ, trat sie mir entgegen. Sie verteidigte z.B. die Heroengeschichte gegenüber der Kulturgeschichte; sie suchte mir zu beweisen, daß Könige, Staatsmänner und Feldherrn die Geschichte „machen“, während ich erklärte, „daß der einzige dauernde gesunde Fortschritt aus dem Volk herauswächst und die Großen dieser Erde oft nichts sind als Marionetten in der Hand der ungeheuern namenloser Masse.“ ...Je mehr ich die Geschichte der Völker studiere, desto klarer wird mir, daß der große, viel zu wenig anerkannte Fortschritt unserer Zeit in der völlig veränderten Wertung der Arbeit besteht.“

Zum Schluss soll Erich Mühsam noch einmal zu Wort kommen. Die Hauptstraße des Viertels, die seit 1936 Manfred-von-Richthofen-Straße heißt, sollte Mühsamstraße heißen.

Zwei Gedichte von Erich Mühsam:

Als ich dich fragte: Darf ich Sie beschützen?
Da sagtest du: Mein Herr, Sie sind trivial.
Als ich dich fragte: Kann ich Ihnen nützen?
Da sagtest du: Vielleicht ein andres Mal.
Als ich dich bat: Ein Kuß, mein Kind, zum - Lohne!
Da sagtest du: Mein Gott, was ist ein Kuß?
Als ich befahl: Komm mit mir, wo ich wohne! -
Da sagtest du: Na, endlich ein Entschluß!
(Grete)

Aus: *Wolken*, 1909-1913

und das zweite Gedicht:

Der friedliche Michel
Hört man nicht in allen Reden
feierlich den Krieg befenden?

Und besonders bei Visiten
an den Höfen fremder Fürsten -
fühlt man in den Redebüten
nicht die Welt nach Frieden dürsten?
Stets gebärdet Michel sich
ringsherum freundnachbarlich.

Ja, das Deutsche Reich entschieden
ist beflissen auf den Frieden.
Doch - wenn die Hereros wollen
nicht gehorchen bis aufs Jota,
sie die Frechheit büßen sollen,
und man schickt den Herrn von Trotha!
Dennoch aber sag' ich euch:
Friede sinnt das Deutsche Reich!

Ja, der Kriegsgott liegt am Bändel,
und wir suchen nirgends Händel.
Dieses ward jüngst in Saarbrücken,
in Karlsruh' und Mainz gepredigt,

*und wir sehn, wie mit Entzücken
alles friedlich sich erledigt.
Kriegsschiff und Kanone ruht -
wenn der Andre uns nichts tut!*

*Doch, da haben wir den Haken!
Unterm weißen Friedenslaken
schlummern so geheime Kräfte,
wo wir niemals wissen können,
ob man nicht als Flintenschäfte
sie wird eines Tags erkennen. - -
Drum, ob man auch milde spricht -
Ich - trau diesem Frieden nicht!*

Aus: Der Wahre Jacob, 1904



Bild rechts: Mühsam, Zeichnung von Zille,
Quelle: Hans Ostwald, Das Zillebuch. Berlin 1929

Quellen und Literatur zum Weiterlesen:

Zahlreiche Einzelheiten der Biografien der Dargestellten sind der Internetnachschlagewerk Wikipedia entnommen. Weitere Literatur:

Sackgassen, Keine Wendemöglichkeit für Berliner Straßennamen, hrsg. Berliner Geschichtswerkstatt, Berlin 1988

Lilly Braun, Memoiren einer Sozialistin, München 1909

Hermann Gorter, Der historische Materialismus, Stuttgart 1919

Otto Krille, Aufschrei und Einklang, Berlin 1925

Erich Küstner, Dichter der Weltliteratur, Walzenhausen (Schweiz) o.J.

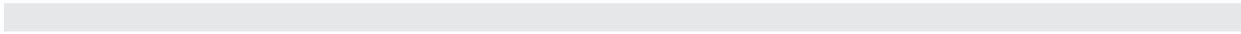
Kreszentia Mühsam, Der Leidensweg Erich Mühsams, Berlin 1993, Original Zürich 1935

Ada Negri, Fröhldämmerung, München 1938

Paul Scheerbart, Das Lachen ist verboten, Hamburg 1984

Gerhard Terstegen, Wider die Schwermut, Briefe, Berlin 1937

Ernst Toller, Das Schwalbenbuch, Potsdam 1923



Kalter Krieg auf der Bühne – Wolfgang Harich als Theaterkritiker

Moderation: Jürgen Karwelat (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)

Gast: Angela Martin, Historikerin und Publizistin

Montag, 15. Februar 2016

Harich ist vor allem als marxistischer Philosoph und Dissident bekannt, gehörte in den ersten Nachkriegsjahren mit Friedrich Luft und Paul Rilla aber zu den wichtigsten Theaterkritikern Berlins. Die Bedeutung, die das Theater damals als „moralische Anstalt“ für die demokratische Erziehung der Deutschen hatte, kann kaum überschätzt werden. Was allerdings unter Demokratie zu verstehen sei, darüber wurde heftig gestritten; der Systemkonflikt bestimmte zu-

nehmend auch Spielpläne und Inszenierungen. Mit einem Hörstück, Vortrag und Diskussion wird die Berliner Theaterlandschaft von 1945 bis 1948 beleuchtet. Gleichzeitig wenden wir einen Blick auf einige der Zeitungen, die damals gegründet wurden wie der amerikanisch lizenzierte „Tagesspiegel“, die linksliberale französische Tageszeitung „Kurier“ und die „Tägliche Rundschau“, das Blatt der Sowjetischen Militäradministration.

Veranstaltungsbericht

Dr. Elke Mocker (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)

Auf der Veranstaltung wurde die Rolle des „Theaters“ für die Berliner Nachkriegszeit am Beispiel von Wolfgang Harich thematisiert. Angelika Martin stellte zunächst den Theaterkritiker in einem kurzen Lebenslauf vor.

Erste Begegnungen mit der Berliner Theaterszene hatte der in den letzten Kriegsmonaten in Widerstandsgruppen engagierte Harich in der Kammer der Kunstschaffenden. Deren Leiter war der siebzigjährige Schauspieler Paul Wegener. Der junge Wolfgang Harich wurde sein Assistent.

Nachdem sich ein Engagement beim Berliner Tagesspiegel aufgrund einer amerikanischen Intervention zerschlug, begann er seine Tätigkeit als Theaterkritiker bei der linksliberalen französischen Tageszeitung Kurier. Hier war er ein Jahr tätig und schaffte es „auf-

grund seiner subjektiven Sicht und seiner brillanten Polemik“, so der bekannte Brecht-Biograf Werner Mittenzwei, dass es ein „Muss“ war, seine Kritiken gelesen zu haben.

Neuen antifaschistischen Stücken, die den damaligen Aufbruch in eine neue Zeit symbolisierten, begegnete Harich dennoch mit harscher Kritik, wenn er sie für schwach hielt. Diese Haltung behielt er auch bei, als er 1946 zur Täglichen Rundschau, dem Blatt der Sowjetischen Militäradministration, wechselte. Hier überraschte er immer wieder mit Äußerungen und Urteilen, die der Parteilinie widersprachen.

Der „Kalte Krieg“ beeinflusste zunehmend auch die Theaterszene: Während im sowjetisch besetzten Teil Berlins häufig belehrende antifaschistische Zeitdramen auf die Bühne gebracht wurden, bevorzugte



Das Publikum am 15. Februar 2016 in der Berliner Geschichtswerkstatt, Foto: Elke Mocker



Jürgen Karwelat und Angela Martin
Foto: Elke Mocker

man in den Westsektoren leichte Unterhaltung und existenzialistisches Theater. Auch hier blieb Wolfgang Harich seiner Linie treu und kämpfte für Stücke, die er für gut hielt. Dies gilt insbesondere für „Mutter Courage“ von Bertolt Brecht. Dieses Stück verteidigte er vehement gegen die Kritiker. Den sogenannten „Formalismusvorwurf“ wies er entschieden zurück: Wenn Brecht mit bestimmten traditionellen Formen gebrochen habe, so aus inhaltlichen Gründen.

Mit dieser Debatte hatte Harich seinen letzten großen Auftritt als Theaterkritiker der Nachkriegszeit. Seit 1949 schrieb er immer seltener Theaterkritiken. Anfang 1950 gab er seine Tätigkeit als Journalist ganz auf, um sich auf seine Dissertation und auf seine Aufgaben als Lektor im Ost-Berliner Aufbau-Verlag zu konzentrieren.

Bei der Veranstaltung stand im Mittelpunkt der Diskussion die Frage: Warum konnte „Theater“ so eine herausragende Funktion in der Nachkriegszeit einnehmen, wo doch bei der Bevölkerung das Überleben im Vordergrund stand. Das Fazit: Theater war eine Art Lebensersatz für die Berliner, man wollte vergessen und dem tristen Alltag entfliehen. Außerdem förderten die vier Alliierten das kulturelle Leben, weil damit die demokratische Umerziehung der Bevölkerung unterstützt wurde.

Des Weiteren wurde in der Diskussion der spätere Lebenslauf von Wolfgang Harich thematisiert. Weil er für die Entstalinisierung der DDR und den Sturz

Ulbrichts eintrat, wurde Harich 1957 in einem Schauprozess zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. 1964 wurde er amnestiert, erhielt aber Berufsverbot und durfte nicht mehr an der Universität lehren. Er arbeitete für den Akademie-Verlag.

Nachdem er 1979 aufgrund von Herzbeschwerden pensioniert wurde, erhielt er ein Langzeitvisum und reiste nach Österreich, Spanien, in die BRD und die Schweiz. Er engagierte sich zunehmend in der Umwelt- und Friedensbewegung. Im Jahr 1981 kehrte er in die DDR zurück und beschäftigte sich mit philosophischen Arbeiten über Nicolai Hartmann, Friedrich Nietzsche und Georg Lukács.

In die deutsche Wiedervereinigung mischte sich Harich mit der Gründung der Alternativen Enquetekommission „Deutsche Zeitgeschichte“ ein. Mit der einseitigen Darstellung der DDR-Geschichte in der offiziellen Enquetekommission wollte er sich nicht abfinden, sondern eine differenzierte Darstellung erreichen.

Angela Martin, die mit Wolfgang Harich in der Alternativen Enquetekommission zusammengearbeitet hat, beschrieb ihn als einen Menschen, der immer seine unabhängige Meinung vertreten hat. Egal, ob als Theaterkritiker, Verleger oder Wissenschaftler – Wolfgang Harich ist seiner Linie treu geblieben: Er hat für das gekämpft, was er für „gut“ hielt und das abgelehnt, was er „schlecht“ fand.

Wolfgang Harich starb am 15. März 1995 in Berlin.

Vortrag

Angela Martin

(In ihrem Beitrag beleuchtet Angela Martin die Berliner Theaterlandschaft von 1945-1948. Die Historikerin hat Harichs Theaterkritiken gesammelt und dazu alle einschlägigen Tageszeitungen und Zeitschriften Ost- und West-Berlins durchforstet. Außerdem lässt sie ZeitgenossInnen Harichs zu Wort kommen.

Ihr Vortrag basiert auf einem Rundfunkfeature über Harich als Theaterkritiker, das Manuskript findet man auf www.angela-martin.eu.)

Kalter Krieg auf der Bühne – Wolfgang Harich als Theaterkritiker

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bot Berlin einen gespenstischen Anblick. Auf die Reichshauptstadt waren mehr Bomben niedergegangen als auf jeden anderen deutschen Ort. Hunderttausende Berliner waren obdachlos, 50.000 Tote waren zu beklagen. Berlin war eine Trümmermetropole geworden.

Trotzdem wurde die Stadt in den ersten Wochen nach Kriegsende von einer Theatereuphorie erfasst, wie sie sie bisher nicht wieder erlebt hat. Schauspielerkollektive probten in notdürftig hergerichteten Wirtshaussälen, Schulen und Kinos wurden zu Theatern umgewandelt. Goebbels hatte im September 1944 alle Theater schließen lassen und auch Konzertaufführungen unterbunden. Das Verlangen nach Kultur war groß und das Theater eine Art Lebensersatz für die Berliner. Trotz Hunger und Not kratzten sie das Geld für die Eintrittskarten zusammen oder bezahlten mit Briketts und Baumaterial.

In den ersten beiden Nachkriegsmonaten waren die Sowjets alleinige Herren in Berlin. Sie unterstützten das Theater mit allen Mitteln. Als die Westalliierten im Sommer 1945 ihre Sektoren bezogen, waren sie verblüfft über das kulturelle Leben in der Stadt. 121 Theaterpremieren verzeichnete die offizielle Statistik allein für die Monate Juni bis Dezember 1945. Über die Bedeutung des Theaters als moralische Anstalt für die Umerziehung der Deutschen waren sich alle Besatzungsmächte einig. Über die Formen und Inhalte dieser Umerziehung hingegen war man unterschiedlicher Meinung. So entstand eine zunächst fruchtbare Konkurrenz auf den Bühnen Berlins.

Das war die Zeit, in der der junge Wolfgang Harich seine Theaterkritiken schrieb. Den meisten ist er allerdings als marxistischer Philosoph bekannt. Und als Dissident, der 1957 in Ost-Berlin zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er die DDR reformieren wollte. Doch in den ersten Nachkriegsjahren gehörte er mit Friedrich Luft und Paul Rilla zu den wichtigsten Theaterkritikern Berlins.

Seine ersten Kontakte zur neu entstehenden Berliner Theaterszene knüpfte er in der Kammer der Kunstschaffenden, die sich in den ersten Monaten nach der Kapitulation dem Wiederaufbau des Berliner Theater- und Kunstbetriebs widmete. Sie wurde auf Anordnung der Sowjetischen Militäradministration gegründet. Leiter war der siebzigjährige Schauspieler Paul Wegener, der junge Wolfgang Harich wurde sein Assistent.



Wolfgang Harich in seiner Wohnung, um 1947, Foto: Eva Kemlein
Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-1993-0105-514

Wolfgang Leonhard, ein Mitglied der Gruppe Ulbricht, die bereits am 1. Mai 1945 in Berlin eingetroffen war und nach jungen Antifaschisten für den politischen und kulturellen Wiederaufbau suchte, hatte Harich angeworben. Man wusste, dass Harich von der Wehrmacht desertiert und in den letzten Kriegsmontaten in den Widerstandsgruppen Ernst und Onkel Emil engagiert war.

Harichs erster Auftrag als Theaterkritiker kam vom amerikanischen lizenzierten Tagesspiegel. Er sollte eine „Macbeth“-Inszenierung im Hebbel-Theater besprechen; Premiere war am 2. Oktober 1945. Doch als er in das Theater kam, erlebte er eine böse Überraschung: Walter Karsch, der Kulturredakteur der Zeitung, emp-

fung ihn mit der Mitteilung, dass die amerikanische Information Control Division Harichs Mitarbeit im Tagesspiegel untersagt habe.¹

Tatsächlich hatte ein Offizier dieser Propaganda- und Zensurabteilung der amerikanischen Besatzungszone für das Publikationsverbot gesorgt. Denn in dem naiven Glauben, in einer Demokratie dürfe man alles sagen, hatte Harich dem Amerikaner einige Wochen zuvor seine politische Meinung dargelegt und weder mit seiner Sympathie für die Sowjetunion noch mit seiner kritischen Einstellung gegenüber den USA hinterm



Hofraum des Hebbeltheaters während einer Pause, Sommer 1945.

Foto: Willi Saeger

Quelle: Bildarchiv preussischer Kulturbesitz (bpk), Bild 30014801

Berg gehalten. Vor allem aber hatte er erklärt, dass seiner Meinung nach allein die KPD ein Konzept für die Neugestaltung Deutschlands besitze. So zerschlug sich die Hoffnung auf eine Arbeit beim Tagesspiegel.

Bei der linksliberalen französischen Tageszeitung *Kurier* war man toleranter, jedenfalls was Harichs kommunistische Einstellung betraf. Etwa ein Jahr lang arbeitete Harich für dieses Blatt, schrieb Theater- und Buchkritiken, Essays zur Kulturpolitik und Parodien unter dem Pseudonym Hipponax. Schon bald war es ein „Muss“, seine Artikel gelesen zu haben. Die Filmemacherin Edith Scholz, damals ein junges Mädchen, gehörte zu den Harich-Fans: „Harich war 21 Jahre alt, das war 1945/46, aber er machte damals schon Furore. Das heißt, wenn es in Berlin irgendeine Veranstaltung gab, war Harich da und redete und diskutierte. Er war ein ungeheuer geistreicher junger Mann, schillernd und brillant. Und dann hieß es: Hast du schon gelesen, was Harich geschrieben hat? Und es waren immer sehr fundierte Kritiken, an denen man sich reiben konnte. Es war also Gesprächsstoff, man musste das lesen.“²

Auch Werner Mittenzwei, der bekannte Brecht-Biograph und einer der wichtigsten Literatur- und Theaterwissenschaftler der DDR, war als junger Mann begeistert von Harichs Kritiken. „Das Neue, und da war Harich zusammen mit Friedrich Luft der Exponent, war eine ganz subjektive Sicht und brillante Polemik. Und diese Subjektivität und Polemik war so erfrischend und neu, das brachte die Leute richtig in Erregung.“³

Zu den Dramen, die Harich im *Kurier* besprach, gehörte Fred Dengers „Wir heißen euch hoffen“, das am 3. April 1946 in einer Inszenierung von Gustav von Wangenheim im Deutschen Theater uraufgeführt wurde. Dieses Zeitstück spielt im Nachkriegs-Berlin und handelt von jungen Erwachsenen, die von Schmuggel, Diebstahl, Schwarzmarkt und Prostitution leben. Sie verstehen sich nicht als Kriminelle, sondern als Betroffene, denen in der Hitlerzeit mit falschen Versprechungen die Jugend gestohlen wurde. Jetzt holen sie sich das, was ihnen, wie sie glauben, zusteht. Das Drama endet mit einer optimistischen Wende: Aus dem Nihilismus der jungen Leute wird Aufbauwille und Pflichtbewusstsein.



Schlange vor dem Deutschen Theater in Berlin, 1946. Foto: Otto Donath
Quelle: Bundearchiv, Bild 183-ND624-339

Der größere Teil der zumeist jugendlichen Zuschauer war von der Inszenierung begeistert, auch der kommunistische Kritiker Fritz Erpenbeck feierte das Stück euphorisch als eine „Abrechnung mit der Vergangenheit“. Ganz anders Wolfgang Harich im *Kurier*. Unter dem Titel „Läuterung als Ausweg“ fragt er dort: „Darf man nicht mehr einen Sumpf beschreiben, ohne aus ihm ein Ethos aufblühen zu lassen?“⁴ Vor allem das Happy End ärgerte ihn: „Die Neunzehnjährige Claire, die ein raffiniertes, verkommenes Geschöpf ist, wird zur Heiligen und wäscht dem Bandenführer Veit die

1 Mitschnitt der Podiumsdiskussion „So viel Anfang war nie ...“, 1989, SFB. Den Hinweis auf dieses Tondokument verdanke ich Johannes Wendt. Vgl. Kulturtermin vom 16.03.2005, rbb

2 Edith Scholz im Gespräch mit der Autorin, Berlin, 25.11.1998

3 Werner Mittenzwei im Gespräch mit der Autorin, Bernau, 5.11.1998

4 *Der Kurier*, 5. April 1946

Schmutzkruste von der treuen Jungenseele. (...) Beide ranken sich aneinander empor, beim ersten Kuss fällt alles ‚Niedrige‘ von ihnen ab, sie erkennen, dass sie einen falschen Weg gingen. (...) Nach dieser Szene ist der Läuterung keine Schranke mehr gesetzt.“

Harich war nicht bereit, die neuen antifaschistischen Stücke zu fördern, wenn er sie für schwach hielt – obwohl man das damals von einem Kritiker verlangte, so Mittenzwei. „All diese Stücke, die damals unter großem Einsatz gespielt wurden wie Fred Dengers ‚Wir heißen Euch hoffen‘, Schmidthenners ‚Ein jeder von uns‘ oder selbst ‚Babel‘ von einem so profilierten Mann wie Günther Weisenborn, die hat Harich vernichtet. Und das hat man ihm sehr übel genommen, weil man meinte, dass dadurch die Nachkriegsdramatik nicht in Gang käme und man jeden Neuansatz ausschließe. Wenn man aber die Stücke aus heutiger Sicht betrachtet, waren sie mehr als schwach.“⁵

Wolfgang Harich blieb nicht lange beim Kurier. Im Sommer 1946 bekam er Schwierigkeiten mit der französischen Zensur. Er hatte eine Polemik gegen einen Befürworter der deutschen Teilung geschrieben. Im Kurier durfte sie nicht gedruckt werden, man warf Harich Nationalismus vor. Doch die Tägliche Rundschau, das Blatt der Sowjetischen Militäradministration, brachte den Artikel. Im Herbst 1946 wechselte Harich zu dieser Zeitung und wurde ihr erster Theaterkritiker.

Aber auch seine kommunistischen Freunde überraschte er immer wieder mit Äußerungen und Urteilen, die der Parteilinie widersprachen. „Harich konnte sich mehr leisten als andere“, so Werner Mittenzwei.⁶ „Er galt als Liebling der sowjetischen Kulturoffiziere. Für sie war Harich sozusagen das Bild eines jungen, stürmischen, draufgängerischen, polemischen jungen Mannes. Und das schätzten sie.“

Viele der sowjetischen Kulturoffiziere waren jüdischer Abstammung und hatten die Deutsche Reformschule besucht, die traditionelle Eliteschule des Petersburger Bildungsbürgertums. Sie sprachen fließend Deutsch und Französisch, liebten die deutsche Kultur und begeisterten sich für moderne Kunst. Während in Moskau der Kampf gegen Formalismus und Kosmopolitismus bereits begonnen hatte und in den USA das Komitee für unamerikanische Umtriebe die amerikanische Gesellschaft vor einer kommunistischen Unterwanderung schützen sollte, verfolgten sie in Berlin eine relativ liberale Kulturpolitik.⁷

Harich brauchte kein Blatt vor den Mund zu nehmen, auch wenn er Entscheidungen der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) kritisierte. So mischte er sich zum Beispiel in die Auseinandersetzungen um Gustav von Wangenheim ein, der im Sommer 1945 Intendant des Deutschen Theaters wurde und die Unterstützung der SMAD-Kulturoffiziere genoss.



Tagung des Kulturbundes in Berlin, 1947. V.l.n.r.: Johannes R. Becher, Gründer des Kulturbundes; der sowjetische Kulturoffizier Major Alexander Lwowitsch Dymshitz; Oberst Sergei Iwanowitsch Tjulpanow, Leiter der Propaganda- und Informations-Abteilung der SMAD; Bechers Frau Lilly. Foto: Willi Saeger, Quelle: Bildarchiv preussischer Kulturbesitz, Bild 30013413

⁵ Werner Mittenzwei im Gespräch mit der Autorin, Bernau, 5.11.1998

⁶ Werner Mittenzwei im Gespräch mit der Autorin, Bernau, 5.11.1998

⁷ Vgl. Wolfgang Schivelbusch, *Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945 – 1948*, Frankfurt am Main 1997, S. 55ff

Wangenheim hatte das kommunistische Arbeitertheater der Weimarer Republik entwickelt und war 1933 in die Sowjetunion emigriert. Seine Inszenierungen wurden in den russisch lizenzierten Blättern der Stadt entsprechend freundlich besprochen. Harich und einige andere junge Kritiker machten dabei jedoch nicht mit. Vor allem „Stürmischer Lebensabend“ von Leonid Rachmanow, eine Revolutionsschnulze, die die SMAD-Offiziere Alexander Dymshitz und Ilja Fradkin auf den Spielplan gehievt hatten, reizte zum Verriss.

Harichs Kritik erschien am 31. Mai 1946 im Kurier. Zunächst nahm er die Schwächen des Dramas aufs Korn. Hier werde die russische Revolution „ohne Leidenschaft, aber umso vorschriftmäßiger“ gesehen. Wangenheims „alle Einzelheiten auswalzende Regie“ mache das ohnehin schlechte Drama noch langweiliger, „nur atemberaubende Peinlichkeiten schrecken aus der Ermüdung auf“. Dass selbst der große Schauspieler Paul Wegener seine Rolle als weltfremder, aber schließlich doch revolutionsfreundlicher Professor schmierte, bis ein „grunzendes, kichernes, seniles Männchen“ daraus geworden war, dem man „den Ehrendoktor von Cambridge ebenso wenig glaubt, wie die jähe Entschlossenheit in der Stunde der politischen Bewährung“ – daran war Harich zufolge eindeutig Gustav von Wangenheim schuld.

Harich forderte in vielen Artikeln die Absetzung Wangenheims, der mit der Leitung des Deutschen Theaters offenbar überfordert war. Ende August 1946 war es so weit. Wangenheim musste zurücktreten.

Ob Harich diese Entscheidung mit beeinflusst hat, ist heute kaum mehr zu klären. Allerdings glaubten nun einige, dass seine Kritik vernichten könne. So z.B. die Schauspielerin Käthe Dorsch, die Harich öffentlich eine Ohrfeige verpasste, weil der 1946 ein Stück verrissen hatte, in dem sie mitspielte.

Diese berühmte Backpfeife war sogar dem SPIEGEL eine Erwähnung wert und Erich Kästner schrieb eine Glosse darüber.⁸

Ausgeteilt wurde sie in der „Möwe“, einem legendären Treffpunkt für Künstler, den sowjetische Kulturoffiziere ins Leben gerufen hatten. Zugang zur „Möwe“ zu erhalten, war eines von vielen Privilegien, die Künstler und Intellektuelle in der Sowjetischen Besatzungszone genossen. „Da wollte man natürlich immer gerne hin“, so Edith Scholz. „Mal abgesehen von den Berühmtheiten, die man dort sah, durfte man sich vor allen Dingen satt essen, man bekam da zu dieser Zeit etwas Vernünftiges zu essen, das war viel wichti-

ger als die Berühmtheiten, die da zusammenkamen.“⁹

Die Aufbruchsstimmung und die Offenheit der Auseinandersetzungen in der Berliner Kulturszene wurden bald durch den Kalten Krieg zunichte gemacht. Auf dem Theater begann er spätestens mit Konstantin Simonows Drama „Die russische Frage“. Es handelt von einem amerikanischen Journalisten, der von der Hearst-Presse gezwungen wird, gegen seine Überzeugung gegen die Russen zu schreiben. Schon vor der Premiere am 3. Mai 1947 im Deutschen Theater machte das Stück Schlagzeilen in der internationalen Presse.

Die amerikanische Militärregierung versuchte vergeblich, die Aufführung im sowjetischen Sektor zu verhindern. Auch Friedrich Luft versuchte zu intervenieren; er wollte Wolfgang Langhoff, den Intendanten des Deutschen Theaters, dazu bewegen, das Stück nicht zu bringen. Die Deutschen dürften sich an diesem Ost-West-Konflikt nicht beteiligen, so Luft.¹⁰ Sein Kritikerkollege Harich hingegen knickte ein:



Gustav von Wangenheim mit Käthe Dorsch, August 1948. Foto: Abraham Pisarek, Quelle: Deutsche Fotothek, Wikimedia Commons

⁸ *Der Spiegel* 52/1949, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44439406.html>

⁹ *Edith Scholz im Gespräch mit der Autorin*, Berlin, 25.11.1998

¹⁰ *Mitschnitt der Podiumsdiskussion „So viel Anfang war nie ...“*, 1989, SFB. Den Hinweis auf dieses Tondokument verdanke ich Johannes Wendt. Vgl. Kulturtermin vom 16.03.2005, rbb

Entgegen seiner wahren Auffassung rezensierte er das Stück in der *Täglichen Rundschau* durchaus positiv.¹¹

Ein Jahr später lernte er in Moskau den Autor kennen. „Und Simonow sagte zu mir: ‚Dieses Stück habe ich im direkten Auftrag von Stalin geschrieben. Es musste sein. Ich habe nur nie verstanden, warum Sie das für so ein gutes Stück halten. Ich bin Romancier, ich kann gar keine Stücke schreiben.‘ Da sagte ich, ‚Genosse Simonow, ich fand das Stück auch nicht gut, aber ich musste!‘ Ja, es ging auf beiden Seiten nicht sehr fein zu. Das war der Kalte Krieg, der seine Logik hatte und der das, was an den Anfängen hoffnungsvoll war, dann doch sehr weitgehend kaputt gemacht hat.“¹²

Während im sowjetisch besetzten Teils Berlins häufig belehrende antifaschistische Zeitdramen auf die Bühne gebracht wurden, bevorzugte man in den Westsektoren leichte Unterhaltung und existenzialistisches Theater. Harich war zunächst fasziniert von den neuen Stücken aus den Ländern der Westalliierten. Bald aber verlor er die Lust an den Formexperimenten von Autoren wie Anouilh oder Thornton Wilder und verwehrt sich gegen deren Geschichtspessimismus und politischen Fatalismus.

Als im Januar 1948 Sartres heftig umstrittenes Stück „Die Fliegen“ in Berlin aufgeführt wurde, ließ er kein gutes Haar an dem Drama. Bei Sartre fallen Fliegen anstelle antiker Erinnyen über das Volk von Argos her. Orest, der dazu verurteilt ist, kein anderes Gesetz zu haben als sein eigenes, lehnt sich gegen Jupiter auf und realisiert die totale Autonomie und Freiheit des Menschen – durch einen Mord.

Die Berliner Inszenierung löste geradezu einen Ost-West-Nervenkrieg aus, so die österreichische Journalistin Hilde Spiel. Wochenlang wurden auf dem Schwarzmarkt Eintrittskarten für 500 Mark gehandelt, während in der sowjetisch kontrollierten Presse schon vor der Premiere der „Antihumanismus“ dieses Stückes angeprangert wurde.¹³

Harichs Kritik erschien am 9. Januar 1948 in der *Täglichen Rundschau*: „Orest ermordet Aegisth und Klytämnestra nicht, um das Volk zu befreien, sondern um selbst durch ‚seiner‘ (ureigenste) Tat ‚frei‘ zu werden – ‚frei‘ im Sinne der bloßen inneren Entscheidung, die gänzlich indifferent gegen ihren Inhalt ist. So setzt Sartre den Existenzialismus Heideggers in Dichtung um. Von der faustdicken Tendenz und der unfreiwilligen

Komik abgesehen (...) bleibt der allerdings recht phantasievolle Misthaufenjargon der Sprache, bleibt Sartres Lust am Klebrigen und Eklen, an Aas- und Schweißgeruch, an Müll, Eiter und Eingeweiden. Das Heidegger-Seminar findet mitten in der Abdeckerei statt – wo es auch hingehört.“

Auch auf anderen Gebieten spitzte sich der Kalte Krieg zu. Im Juni 1948 wurde in den Westsektoren Berlins die Westmark eingeführt. Die Sowjetunion reagierte mit der Blockade West-Berlins. Daraufhin veröffentlicht der *Tagesspiegel* am 5. Dezember 1948 einen Boykottaufruf gegen alle Ostberliner Institutionen, in dem es unter anderem hieß: „Lasst die vom Ostsowjet annektierten Theater veröden; nennt nicht mehr die Namen der Künstler, die dort spielen – sie seien vergessen!“

Die Westmark lockte etliche Schauspieler in den Westen. Die Verluste der Ostberliner Theater wurden teilweise durch die Anziehungskraft ausgeglichen, die Bertolt Brechts neues episches Theater besaß. Zu jeder Premiere kamen zahlreiche Besucher aus dem Ausland angereist; das Berliner Ensemble wurde zu einer europäischen Sensation.

Brechts Theater war aber keinesfalls unumstritten. Die „Mutter Courage“-Inszenierung, die am 11. Januar 1949 Premiere hatte, löste eine heftige Kontroverse aus. Sie fand Beifall beim Publikum und bei der Kritik; Harich lobte sie enthusiastisch. Doch der renommierte kommunistische Kritiker Fritz Erpenbeck erhob anlässlich der „Courage“-Aufführung in der Zeitschrift *Weltbühne* grundsätzliche Einwände gegen das epische Theater: Dass Brecht auf eine dramatische Duellsituation verzichtete und einen revue-ähnlichen oder epischen Ablauf der Handlung bevorzugte, in den er häufig Songs einstreute, bedeutete für Erpenbeck gefährliches formalistisches Experimentieren und „volksfremde Dekadenz“.¹⁴

In seiner Entgegnung, die er ebenfalls in der *Weltbühne* und vielleicht nicht ohne Grund nicht mehr in der *Täglichen Rundschau* veröffentlichte, erregte Harich sich vor allem über den Begriff „volksfremde Dekadenz“. Der erinnere peinlich an die faschistische Terminologie.¹⁵ Zudem habe dieser Begriff auch unmittelbar nach 1945 in der Auseinandersetzung mit Dramatikern wie Wilder, Sartre, Anouilh und Giraudoux eine wichtige Rolle gespielt. Dekadenz, schrieb Harich, sei heute woanders zu suchen als bei Brecht, „nämlich bei Existenzialismus und spätbürgerlichem

11 Wolfgang Harich, *Mut zur Wahrheit – aktuellste Tugend*, in: *Tägliche Rundschau*, 4. Mai 1947

12 *Mitschnitt der Podiumsdiskussion „So viel Anfang war nie ...“*, 1989, SFB, vgl. *Kulturtermin vom 16.03.2005*, rbb

13 So publizierte die *Tägliche Rundschau* bereits am 30. November 1947 einen Artikel des sowjetischen Kulturoffiziers Alexander Dymtschitz, in dem dieser sich anlässlich der Inszenierung von *Gründgens* in Düsseldorf gegen das Drama wandte.

14 Fritz Erpenbeck: *Einige Bemerkungen zu Brechts „Mutter Courage“*, in: *Die Weltbühne* 2/1949

15 Wolfgang Harich, *„Trotz fortschrittlichen Wollens ...“*, in: *Die Weltbühne* 6/1949

l'art pour l'art, in der ‚Freiheit zum Absurden‘ und in schön illuminierten Menschheitsdämmerung.“ Auch den Formalismusvorwurf gegen Brecht wies er entschieden zurück. Wenn Brecht mit bestimmten traditionellen Formen gebrochen habe, so aus inhaltlichen Gründen. Erpenbeck aber setze die Form absolut und lasse sich „in die Position eines konservativen Formalisten drängen.“

In dieser ästhetischen Debatte unter Marxisten hatte Harich seinen letzten großen Auftritt als Theaterkritiker der Nachkriegszeit. Seit 1949 schrieb er immer seltener Theaterkritiken, Anfang 1950 gab er seine Tätigkeit als Journalist ganz auf, um sich auf seine Dissertation und auf seine Aufgaben als Lektor im Aufbau-Verlag zu konzentrieren.

In die Formalismusdebatten der DDR, deren Vorbote der Streit um die „Mutter Courage“ war, mischte er sich aber dennoch ein. Er fand es unerträglich, dass von der Staatlichen Kunstkommission der DDR immer wieder Künstler als „Formalisten“ und „Dekadente“ verfeimt wurden, die unter den Nazis als „entartet“ gegolten hatten. Nach dem 17. Juni 1953 gelang es ihm zusammen mit Bert Brecht, die Kunstkommission zu stürzen. Sie wurde im folgenden Jahr durch ein Kulturministerium ersetzt, dessen Leiter auf Vorschlag von Brecht Johannes R. Becher wurde.

Drei Jahre später scheiterte Harichs Versuch, die DDR zu entstalinisieren. In der Kulturpolitik aber hat er stalinistische Irrwege zum Teil erfolgreich bekämpfen können.

Wolfgang Harich, Biografie

Wolfgang Harich war ein marxistischer Philosoph und Journalist. Weil er für die Entstalinisierung der DDR und den Sturz Ulbrichts eintrat, wurde er 1957 in einem Schauprozess zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. 1964 wurde er amnestiert, erhielt aber Berufsverbot. Bis zu seinem Tod arbeitete er an philosophischen und ökologischen Themen. Sein Nachlass befindet sich im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam.

9. Dezember 1923 Geburt in Königsberg/Ostpreußen als Sohn des Literaturhistorikers und Schriftstellers Walther Harich. Kindheit in Neuruppin und Berlin-Wilmersdorf. Neben dem Gymnasialbesuch Gasthörer an der Berliner Universität bei Nicolai Hartmann und Eduard Spranger.

- | | |
|-----------|---|
| 1942 | Einberufung zum Wehrdienst. |
| 1943 | Verurteilung wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe. |
| 1944 | Desertation. Engagement in den Widerstandsgruppen Ernst und Onkel Emil. |
| 1945 | Eintritt in die KPD. Mitarbeit in der Kammer der Kunstschaffenden. Mitbegründer des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. |
| 1945-1950 | Journalistische Arbeiten für den Kurier und die Tägliche Rundschau in Berlin. Gleichzeitig Studium der Philosophie und Literatur an der Humboldt-Universität Berlin. |
| 1946 | Einführungsvorlesungen in den dialektischen und historischen Materialismus an der Humboldt-Universität Berlin. |
| 1951 | Promotion mit einer Arbeit über Johann Gottfried Herder. Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie. |
| 1952 | Mit Ernst Bloch und anderen Gründung der Deutschen Zeitschrift für Philosophie. Auszeichnung mit dem Heinrich-Mann-Preis der Akademie der Künste der DDR. |
| 1953 | Nach dem 17. Juni Kritik der dogmatischen Kulturpolitik der Staatlichen Kunstkommission, die durch das neue Kulturministerium ersetzt wird. |
| 1954 | Cheflektor im Aufbau-Verlag, für den Harich schon seit 1950 Lektoratsaufgaben ausführt. |
| 1956 | Als Mitglied einer informellen Gruppe marxistischer Intellektueller Verfasser der Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus. Im November Verhaftung. |



Wolfgang Harich, um 1950. Foto Presse-Foto Röhnert, Quelle: Deutsches Historisches Museum, BA 97/234

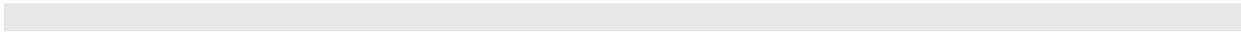
Wolfgang Harich

- 1957 Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus wegen „Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe“ und „Boykotttätigkeit“. Noch während der Haft Beginn der Arbeit an einem Buch über Jean Paul.
- 1964 Amnestie. Harich erhält Berufsverbot und darf nicht mehr an der Universität lehren. Arbeiten für den Akademie-Verlag.
- 1972 Beeinflusst durch den Bericht des Club of Rome zunehmende Beschäftigung mit ökologischen Fragen.
- 1979-1981 Pensionierung aufgrund von Herzbeschwerden. Langzeitvisum und Reisen nach Österreich, Spanien, in die BRD und die Schweiz. Engagement in der Umwelt- und Friedensbewegung.
- 1981 Rückkehr in die DDR. Philosophische Arbeiten über Nicolai Hartmann, Friedrich Nietzsche und Georg Lukács.
- 1989-1990 In Anlehnung an die Plattform von 1956 tritt Harich für eine neutrale Konföderation von DDR und BRD ein, die eine gesamtdeutsche Verfassung ausarbeiten soll.
- 1990 Rehabilitierung von den Anklagepunkten des Prozesses von 1957. Widerrufprozess gegen seinen früheren oppositionellen Mitstreiter Walter Janka, der die Aussage unterlassen muss, dass Harich als Kronzeuge gegen ihn aufgetreten sei.
- 1991 Vorlesung über Nicolai Hartmann an der Freien Universität Berlin.
- 1992 Gründung der Alternativen Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte.
- 1994 Eintritt in die PDS.

15. März 1995 Wolfgang Harich stirbt in Berlin.

SCHRIFTEN

- *Rudolf Haym und sein Herderbuch. Beiträge zur kritischen Aneignung des literaturwissenschaftlichen Erbes*, Aufbau-Verlag, Berlin 1955
- *Jean Pauls Kritik des philosophischen Egoismus. Belegt durch Texte und Briefstellen Jean Pauls im Anhang*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1968
- *Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und dem neuen Anarchismus*, Edition Etcetera, Basel 1971
- *Jean Pauls Revolutionsdichtung. Versuch einer neuen Deutung seiner heroischen Romane*, Akademie-Verlag, Berlin 1974
- *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der »Club of Rome«*. Sechs Interviews mit Freimut Duve und Briefe an ihn, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1975
- *Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR*, Dietz Verlag, Berlin 1993
- *Nietzsche und seine Brüder*, Kiro, Schwedt 1994
- *Ahnenpass. Versuch einer Autobiographie*, Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin 1999
- *Nicolai Hartmann. Leben, Werk, Wirkung*, Königshausen und Neumann, Würzburg 2000
- *Nicolai Hartmann – Größe und Grenzen. Versuch einer marxistischen Selbstverständigung*, Königshausen und Neumann, Würzburg 2004
- *Seit 2012 erschienen Harichs nachgelassene Schriften im Tectum Verlag, Marburg*



Wieso, weshalb, warum? – Der gescheiterte Aufbruch der Frauen

Moderation: Dr. Elke Mocker (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)

Gast: Rita Pawlowski, Historikerin

Montag, 07. März 2016

Nach Kriegsende wollten sich viele deutsche Frauen an dem demokratischen Aufbau beteiligen – was sich in der Gründung der überparteilichen Frauenausschüsse widerspiegelt. Diese waren nicht nur ein sozialpolitisches Netzwerk, sondern auch Sprachrohr für frauenpolitische Anliegen.

Die Frauenausschüsse gingen 1947 im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) auf,



Das Publikum am 07. März 2016, Foto: Elke Mocker

dessen Gründung von der SED forciert worden war. Dennoch wurde auch im DFD zunächst das Prinzip der Überparteilichkeit gewahrt. Anhand der Biografien von Anne-Marie Durand-Wever (1. DFD-Vorsitzende/parteilos) und Elli Schmidt (2. DFD-Vorsitzende/SED) soll aufgezeigt werden, wie in der Folgezeit Parteien – und damit Männer – Einfluss auf die Frauenpolitik genommen haben.



Bild rechts:
Rita Pawlowski, Foto: Elke Mocker

Veranstaltungsbericht

Sonja Miltenberger (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)

Dieser Abend – exakt 69 Jahre nach dem Gründungskongress des DFD – sollte dem Aufbruch der Frauen gewidmet sein. Das Ergebnis war, wie zu erwarten, ernüchternd bis entmutigend.

Ebenso nüchtern und faktenorientiert klärte Rita Pawlowski, ehemals Leiterin des DFD-Archivs, die Anwesenden über die Entstehungsgeschichte des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands auf. Demnach kann man die Zeit des tatsächlichen Aufbruchs auf ein Jahr eingrenzen – von März 1947 bis März 1948. Im Verlauf dieses Jahres nahm die SED immer mehr Einfluss auf den Verband, der es mit der Demokratie in Form von Überparteilichkeit ernst gemeint hatte. Das Zitat, das via Beamer an die Wand geworfen wurde, erstaunte nicht wirklich, war aber deshalb nicht weniger schlimm. Überparteilich hieß nun Zusammenarbeit mit allen Parteien unter Führung der SED. Diese Forderung – oder besser: der Befehl – hatte den Rückzug vieler Frauen

aus dem noch jungen Verband zur Folge. Von nun an wurde Linientreue erwartet – das Todesurteil für jede demokratisch orientierte Verbandsarbeit.

In diesem ersten Jahr, dem Jahr des Aufbruchs, war die parteilose Ärztin Dr. Anne-Marie Durand-Wever Bundesvorsitzende des DFD. Eine Frau, die sich bereits seit Ende der 1920er Jahre für sexuelle Aufklärung und gegen den Abtreibungsparagrafen einsetzte. Durand-Wever wollte den Führungsanspruch der SED nicht mittragen und trat, offiziell aus gesundheitlichen Gründen, zurück. Dann rückte Elli Schmidt, Kommunistin und SED-Funktionärin, an die Stelle der Bundesvorsitzenden. Auch sie blieb glücklos, denn im Zuge des sogenannten Volksaufstands vom 17. Juni 1953, wagte sie es, Walter Ulbricht zu kritisieren und wurde von ihrem Posten enthoben. Beide Frauen, Anne-Marie Durand-Wever und Elli Schmidt, wurden aus der DDR-Geschichtsschreibung gestrichen.

Zunächst drängte sich bei den Zuhörenden die Frage auf, warum die SED überhaupt die Gründung eines Frauenverbandes gefördert hatte und welche Rolle ihm zugedacht war. Die Interessen der Staatsführung an einem kontrollierten, im Parteijargon einheitlichen, Frauenverband kann Rita Pawlowski schnell umreißen: Die Frauen sollten politisch gebildet, das heißt, auf Parteilinie gebracht werden. Und, wie in allen frauenbewegten Zeiten, vor allem nach tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen, stand die Friedensarbeit im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit. Dazu gehörte auch die Diskussion um die Einführung der Wehrpflicht in der ersten Hälfte der 1950er Jahre, die in Ost und West die Wiederbewaffnung bekanntlich nicht verhindern konnte. Andere Forderungen, wie die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, Einführung des sogenannten Babyjahres oder gar die berufliche Gleichstellung der Frau waren, so Rita Pawlowski, Staatsaufgaben und wurden auch in diesem Rahmen diskutiert und umgesetzt.

Und noch einmal: Wozu dann überhaupt DFD? Weil Frauen auf Frauen besser zugehen können, sie eher dort ansprechen, wo sie ansprechbar sind? Aus heutiger Sicht mag das ein seltsam dünnes Argument sein, aber damals, unmittelbar nach dem Ende

des Zweiten Weltkriegs, war es durchaus wichtig, die Frauen zu erreichen, die damals zum überwiegenden Teil in ihrer traditionellen Rolle als Mutter und Hausfrau verharrten.

Interessant wird es noch einmal, als eine Dame aus dem Publikum Parallelen zur Frauenfriedensbewegung seit 1952 in Westdeutschland herstellt. Beide Organisationen, in Ost und West, scheiterten in ihrem Kampf gegen die Wiederaufrüstung und Remilitarisierung an den jeweiligen machtpolitischen Interessen der Staatsregierungen.

Nimmt man die Frauenbewegung seit 1968 in der Bundesrepublik und die Gründung des Unabhängigen Frauenverbandes 1989 mit in den Blick, bleibt die Frage: Wo sind sie geblieben, die streitbaren Frauen? Sie haben sich eingemischt in die männerdominierte Staatspolitik.

Und was macht das mit ihnen? Diese Frage muss sich wohl jede Frau selbst beantworten. Aber was es mit der Politik macht, das kann man deutlich sehen, spätestens seit das Kanzleramt von einer Frau geführt wird.

Es war also nicht vergebens, dass sich Frauen immer wieder – vor allem in gesellschaftlichen Krisenzeiten – organisierten und trotz aller Widerstände zu Wort meldeten.

Vortrag

Rita Pawlowski

(Ausbildete Journalistin, seit Mitte der 70er Jahre war sie als Funktionärin des DFD tätig. Zwischen 1990 und 1993 arbeitete sie als Archivarin im DFD-Bundesarchiv. Danach Veröffentlichungen mit dem Schwerpunkt: Frauenbewegung und ihre führenden Vertreterinnen in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR.)

Wir machen es besser!

Der gescheiterte Aufbruch der Frauen in der sowjetischen Besatzungszone 1947

Vom 7. bis 9. März 1947 versammelten sich in der Berliner Staatsoper – dem heutigen Metropol-Theater – über 800 Frauen vor allem aus der sowjetischen Besatzungszone zu einem „Deutschen Frauenkongress für den Frieden“ und gründeten am 9. März eine Frauenorganisation, den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD).¹

Nach dem Willen der Gründerinnen sollte dieser

Bund eine einheitliche Organisation sein, die antifaschistisch ist, überparteilich arbeitet, in der Tradition der deutschen Frauenbewegung steht und den Frauen vor allem ein starkes Mitsprache- und Gestaltungsrecht beim Aufbau eines neuen Deutschlands sichern sollte. Das wiederum galt als Voraussetzung für die internationale Reputation der deutschen Frauen.

Auf dieser Basis hielten die Gründerinnen von

¹ Zu den offiziellen Gründerinnen gehörten 77 Frauen, die bis auf 3 Ausnahmen vor 1910 geboren waren. 19 Gründerinnen gehörten keiner Partei an, 15 waren Mitglieder der LPD, 3 Mitglieder der CDU, 37 Mitglieder der SED und bei 3 Frauen ist die Parteizugehörigkeit nicht eindeutig.

1947 ein gemeinsames Handeln für möglich, trotz ihrer sehr unterschiedlichen sozialen und politischen Erfahrungen und Auffassungen. Gleichzeitig sollte der Frauenbund ein Gegenentwurf zur Männerpolitik sein, die nach der Überzeugung der Gründerinnen die kriegerischen Katastrophen zu verantworten hatte.

„Wir Frauen machen es besser“, mit diesem Anspruch nahm der DFD vor nunmehr 69 Jahren seine Arbeit auf.

Die Debatten im Vorfeld der Gründung sind gekennzeichnet durch heftige parteipolitische Kontroversen, die sowohl öffentlich wie auch hinter den Kulissen geführt werden. Die 1945 in der sowjetischen Besatzungszone zugelassenen Parteien CDU, LDP, KPD und SPD sahen zwar in der Gewinnung der – wie sie übereinstimmend meinten – politisch ungebildeten und von den Nazis verführten Frauen auch angesichts ihrer zahlenmäßigen Stärke eine Notwendigkeit, vertraten aber gegensätzliche Auffassungen zur alten und jetzt neuen Frauenbewegung:

- *Zustimmung und Unterstützung durch die KPD/SED-Führung, die bereits seit dem Frühjahr 1946 das Für und Wider einer Frauenorganisation diskutierte und eine Gründung anvisierte.*²
- *Strikte Ablehnung durch die CDU-Führung, die eine Frauenbewegung für überholt und überflüssig hielt und Frauenarbeit in der eigenen Partei favorisierte.*³
- *Kompromissbereitschaft bei der LDP-Führung, die zwischen Ablehnung und Zustimmung*
- *schwankte und letztlich ihren weiblichen Parteimitgliedern die Entscheidung für oder gegen den DFD überließ.*⁴

Unter den einstigen Mitgliedern der SPD in der SED lehnte vor allem Toni Wohlgemuth⁵ auch in den SED-Parteivorstandssitzungen eine Frauenorganisation ab.

Vorbereitung des Gründungskongresses

Die Gründungsaktivistinnen allerdings, die bereits seit dem Sommer 1945 in den kommunalen Frauenausschüssen⁶ eine, wenn auch nicht konfliktlose, Basis der Zusammenarbeit gefunden hatten, sahen in

einer einheitlichen Frauenorganisation eine Chance für wirkungsvolle Mitbestimmung und gesellschaftliche Mitgestaltung eines antifaschistischen und vor allem friedlichen Deutschlands. Ihre zahlenmäßige Stärke ermutigte sie zu einem aus heutiger Sicht erstaunlichen Optimismus, dass der Aufbruch der Frauen gelingen werde.

Die Arbeit des DFD, das Bessermachen der Frauen, ist meiner Auffassung nach mit den Namen der beiden Vorsitzenden des Bundes, der parteilosen Ärztin Anna Marie Durand-Wever und der KDP/SED-Frauenfunktionärin Elli Schmidt eng verbunden. Beide Frauen kannten sich aus der gemeinsa-



Anna Marie Durand-Wever, 1946, Quelle: Privatbesitz

men Arbeit im Frauenausschuss Berlin und vertraten hier gemeinsame Auffassungen und fanden vor allem machbare Kompromisse. Beide Frauen vertreten nach der Gründung des DFD gegensätzliche Positionen zum Frauenverband.

Anna Marie Durand-Wever kam aus einer liberalen Diplomatenfamilie und konnte alle Privilegien

² BArch SAPMO DY30/IV 2/1.01/3; DY30/IV 2/17-80/0033-0036; DY30/IV 2/2.1./44

³ ACDP III-012 Nr. 252; ACDP VII-010 Nr. 1701

⁴ Archiv des Liberalismus, Mitteilungsblatt Nr. 15 v. 25.02.1947

⁵ Toni Wohlgemuth 1891 geboren, 1984 in Berlin verstorben, 1921 SPD, 1919 bis 1933 Abgeordnete des Preußischen Landtages, 1945 SPD, 1946 SED, seit 1949 keine politischen Funktionen, verschiedene Leitungsfunktionen in staatlichen Betrieben

⁶ Der Berliner Magistrat beschließt am 18. Juni 1945 die Gründung eines „Frauenausschusses für den Wiederaufbau“. Die Sowjetische Militäradministration genehmigte am 30. Oktober 1945 die Frauenausschüsse in ihrer Besatzungszone. Auf einer Außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung von Berlin am 14. Februar 1947 werden auf Antrag der SPD-Fraktion die Frauenausschüsse in Berlin aufgelöst und arbeiten nur noch im sowjetischen Sektor von Berlin weiter. Am 27. November 1947 erfolgt die Übernahme der Frauenausschüsse in der SBZ durch den DFD (BArch DR2/1039)

Liste der Mitglieder des Vorbereitenden Komitees für die Schaffung des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands					
Dr. Friedel Ander	Dresden	Ursula Hertwig	Weimar	Christa Müller	Schwerin
Helene Anshl	Dresden	Edith Höding	Berlin	Käte Moslé	Berlin
Dr. Ella Barowski	Berlin	Chr. Hoepfener-Großmann	Berlin	Dr. Friederike Mulert	Langenberg in Thüringen
Edith Baumann	Berlin	Margot Hoffmann	Weimar	Luise Nierste	Schwerin
Frau Beek	Halle	Ruth Hoffmann	Berlin	Frieda Radel	Potsdam
Helene Beer	Berlin	Charlotte Hohmann	Berlin	Maria Rentmeister	Berlin
Hilde Benjamin	Berlin	Anne Hoppe	Leipzig	Milli Rose	Berlin
Gertrud Cerny	Halle	Dr. Anne-Marie Hugues	Schwerin	Frau Rost	Summt b. Bernau
Emmi Czarnetzki	Potsdam	Anne Jadasch	Berlin	Margarete Schlick	Weimar
Emmi Damerius	Dresden	Johanna Jähnig	Ponitz Kreis Altenburg	W. Schirmer-Pröscher	Berlin
Wilma Daun	Leunawerk	Emmi Kalla-Heger	Annaberg	Elli Schmidt	Berlin
Irene van Diemen	Weimar	Katharina von Kardorff	Berlin	Magda Schrödter	Berlin
Dr. Anne-Marie Durand-Wever	Berlin	Käte Kern	Berlin	Hilde Schwertfeger	Thale i. Harz
Dr. Margarete von der Esch	Halle	Frieda Koenen	Halle	Emma Sachse	Altenburg/Th.
Frau Faust	Schwerin	Ilse Kollwitz	Schwerin	Käte Selbmänn	Leipzig
Dr. Erika Fischer	Großdeuben bei Leipzig	Margarete Lachmund	Greifswald	Magda Sendhoff	Berlin
Mayken Fischer	Magdeburg	Lehmann	Halle	Luise Siegmund	Greifswald
Majabert Foerstner	Berlin	Dr. Loose	Freienwalde	R. Sommer	Breetz bei Perleberg
Ilse Geier	Erfurt	Dr. Else Lüders	Berlin	Paula Stroux	Berlin
Rose Gerisch	Magdeburg	Frau Lusche	Erfurt	Maria Theis	Bunawerk
Paula Goldschmidt	Kyritz	Friedel Malter	Berlin	Frau Thürmer	Dresden
Klara Hartmann	Leunawerk	Frau Marschall	Büttelstädt	Elsa Tschirtsch-Jedermann	Leipzig
Edith Hauser	Berlin	Gertrud Marx	Neuruppin	Vanstraat	Jena
Else Henseleit	Berlin	Meister-Drescher	Dresden	Ida Vellermann	Weimar
Prof. Dr. Paula Hertwig	Halle	Nora Melle	Berlin	Erna Wenk	Magdeburg
		Dr. Möller-Krumbholtz	Berlin	Toni Wohlgemuth	Berlin

(15) A 27 016 Anton Bertinetti, Berlin SW 68, Neue Jakobstr. 6

693 2. 47

Liste der Mitglieder des vorbereitenden Komitees 1947, Quelle: Privatbesitz

AUFRUF

des Vorbereitenden Komitees zur Schaffung des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands

Deutsche Frauen!

In der Erkenntnis, daß nur eine große einheitliche Frauenbewegung zur Erfüllung der Sehnsucht aller Frauen nach Frieden und gesicherten Lebensbedingungen erfolgreich beitragen kann, haben sich antifaschistische deutsche Frauen ohne Unterschied der Weltanschauung, des religiösen Bekenntnisses und der sozialen Stellung zusammengefunden, um den Demokratischen Frauenbund Deutschlands zu gründen.

Namenloses Elend brachten Nationalsozialismus und Krieg über die Frauen und Mütter. Das furchtbare Geschehen der jüngsten Vergangenheit und das unmittelbare Kriegserlebnis mit allen seinen Schrecken weckten in den Frauen den festen Willen, für einen dauernden und sicheren Frieden aktiv einzutreten.

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands will:

1. Für die Erhaltung des Friedens wirken
2. Faschismus, Militarismus und Reaktion bekämpfen
3. Durch lebendige Anteilnahme am politischen Leben der Einheit Deutschlands dienen
4. Bei der Wiedergutmachung und beim Aufbau mithelfen und die gegenwärtige Not lindern
5. Die rechtlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensfragen der Frauen auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Pflichten lösen
6. Die Grundlagen für ein gesundes und glückliches Familienleben schaffen
7. Den Sinn für echte Kulturwerte wecken
8. Durch friedliche Verständigung mit den Frauen aller Länder der Ansichten Deutsch

Aufruf des vorbereitenden Komitees zur Schaffung des DFD 1947, Quelle: Privatbesitz

dieser Herkunft nutzen. In der Weimarer Republik engagierte sie sich als Frauenärztin vor allem für die Streichung des §218. Sie war bis 1933 ein aktives Mitglied im Bund Deutscher Frauenvereine⁷ und unterstützte die Selbstauflösung des Bundes 1933. Ihre Funktionen im Bund Deutscher Ärztinnen legte sie 1933 nieder. Als sich nach 1945 in Berlin um die einstige Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine, Agnes Zahn-Harnack⁸, der Wilmersdorfer Frauenbund gründet, gehört Durand-Wever dazu. Über die Arbeit im Frauenausschuss kam sie im Dezember 1946 in das Komitee zur Gründung eines Frauenverbandes, übernahm dort den geschäftsführenden Vorsitz und wurde dann im März 1947 als erste Bundesvorsitzende des DFD gewählt.

Anne Marie Durand-Wevers Arbeit als Vorsitzende ist davon geprägt, die überparteiliche Arbeit des Verbandes zu sichern und ihre Autorität dafür einzusetzen.

Mit ihren Mitstreiterinnen, ob parteilos oder parteigebunden, verstand sie Überparteilichkeit als Handeln unabhängig von Parteien bzw. Parteibeschlüssen im Interesse von Frauen und für Familien. Überparteilichkeit also im Sinne von Unabhängigkeit und Kräftebündelung über Parteigrenzen hinweg.

Überparteilichkeit sollte auch ein Garant dafür sein, mit den entstehenden Frauenverbänden in den anderen Besatzungszonen in Verbindung zu treten und internationale Verbindungen zu knüpfen. Was die DFD-Gründerinnen nicht thematisierten, war die Umsetzung von Überparteilichkeit in der praktischen Arbeit der Organisation unter den Bedingungen zunehmender Parteienpräsenz und des beginnenden Kalten Krieges. Sie setzten voraus, dass Frauen in ihrem eigenen Interesse und mit den Erfahrungen der Vergangenheit überparteilich handeln wollten.

Durand-Wever konnte sich in dieser Phase ihrer Arbeit auf eine Mehrheit in den Leitungsgremien des DFD stützen. Von den 37 Mitgliedern des Bundesvorstandes waren 20 parteilos bzw. Mitglieder der CDU und LDP, 17 gehörten der SED an. Im engeren Vorstand arbeiteten neben der parteilosen Anna Marie Durand-Wever die

alte Frauenrechtlerin Else Lüder⁹ als CDU-Mitglied, Helene Beer¹⁰ als LPD-Mitglied, Emmi Damerius-Koenen¹¹ und Käthe Kern¹² als SED-Mitglieder.

Dieses Verständnis von Überparteilichkeit kollidierte aber im Laufe des Jahres 1947 mit den Vorstellungen der SED-Frauen. Das SED-Frauensekretariat unter Leitung von Käthe Kern (ehemals SPD) und Elli Schmidt (ehemals KPD) stellt die überparteiliche Arbeit nicht in Frage, fordert von seinen Parteifrauen aber einen führenden Einfluss auf die Arbeit des DFD im Sinne der Parteibeschlüsse.

An der Basis führt der Einfluss der SED-Frauen, oftmals unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht und von örtlichen Parteiorganisationen, zum Rückzug aktiver DFD-Gründerinnen. Die LDP-Frauen diskutieren auf ihren zentralen Tagungen kontrovers ihre Mitarbeit im DFD und mögliche Strategien gegen den SED-Einfluss in der Frauenorganisation. Anne Marie Durand-Wever als Bundesvorsitzende wiederum appelliert an ihre Funktionärinnen in den Ländern, die Überparteilichkeit des Verbandes unbedingt zu sichern.

Verstärkt wird diese erste Krise im DFD durch die Debatte, ob und welche internationalen Verbindungen¹³ der Frauenverband aufnehmen sollte. Dass eine internationale Anbindung wünschenswert ist, ist Konsens. Für das DFD-Leitungsgremium aber stehen der Aufbau der Organisation, die Sicherung ihres Mitspracherechts bei staatlichen Entscheidungen und die Kontaktaufnahme zu Verbänden in den westlichen Besatzungszonen im Vordergrund. Die Gründerinnen schlossen zu diesem Zeitpunkt eine offizielle Kontaktaufnahme zu internationalen Verbänden aus und zogen persönliche Kontakte zu den Kampfgefährtinnen aus der Zeit der Weimarer Republik vor. Die Kaffeetunden in der Privatwohnung Anne Marie Durand-Wevers waren eine Form dieser Kontakte.

In dieser Situation tritt Anne Marie Durand-Wever im April 1948 offiziell aus gesundheitlichen Gründen als Bundesvorsitzende zurück, nachdem sie ihre Machtbefugnisse mit ihrer bisherigen Stellvertreterin aus Sachsen, Emmy Damerius-Koenen, teilen sollte.¹⁴ Zu

7 Kirstin von Soden verweist in ihrem Buch „Die Sexualberatungsstellen der Weimarer Republik 1919-1933“, S. 10, auf das Bemühen Durand-Wevers, 1930 einen überparteilichen Frauenverein zu gründen. Das ist allerdings der einzige Hinweis über diese Aktivität Durand-Wevers.

8 Agnes Zahn-Harnack 1884 geboren, 1950 in Berlin verstorben. 1931 bis 1933 Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine.

9 Else Lüders 1872 geboren, 1948 in Berlin verstorben. Sie war Mitarbeiterin und Biographin von Minna Cauer.

10 Helene Beer 1885 geboren, in Berlin nach 1965 verstorben, ab 1945 Frauenfunktionärin der LDP, stellvertretende DFD-Vorsitzende bis 1949, 1949 bis 1952 Stadtbezirksrätin in Berlin-Treptow, weiteres unbekannt.

11 Emmi Damerius-Koenen, 1903 geboren, 1987 in Berlin verstorben. Seit 1924 KPD, 1933 bis 1935 illegale Arbeit, Emigration nach England, 1947 bis 1948 stellvertretende DFD-Vorsitzende, 1948 bis 1949 Bundesvorsitzende des DFD, nach 1949 Journalistin, Mitarbeiterin ihres Ehemannes Wilhelm Koenen.

12 Käthe Kern, 1903 geboren, 1987 in Berlin verstorben. Seit 1921 SPD, 1946 SED, bis 1933 SPD-Frauenfunktionärin u.a. in Berlin, nach 1945 SPD-Frauensekretärin, 1946 bis 1949 paritätisch mit Elli Schmidt SED-Frauensekretärin, danach leitende Funktionen im Ministerium für Gesundheitswesen der DDR.

13 Auf Initiative der SED-Frauen im DFD und mit Unterstützung sowjetischer und französischer Frauen beantragt der DFD-Bundesvorstand am 27. Februar 1948 die Aufnahme in die 1945 in Paris gegründete Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF). Auf der Tagung am 15. bis 19. Mai 1949 in Rom stimmt das IDFF-Exekutivkomitee der Aufnahme des DFD zu.

dieser Zeit werden fast alle Leitungsposten in den Ländern neu besetzt. Bis 1949 übernehmen SED-Frauen die Leitungen in den Ländern. Wie in den Erinnerungen z.B. der DFD-Gründerin Gertrud Thürmer¹⁵ aus Dresden nachzulesen, nicht immer freiwillig. Mit dem Tod von Else Lüders im Januar 1948 verliert der DFD eine weitere Mitstreiterin aus der alten Frauenbewegung.

Mit dem Wechsel in der Bundesleitung des DFD von Anna Marie Durand-Wever zu Emmy Damerius-Koenen beginnt eine Phase in der Organisationsentwicklung, die einen weiteren Grundpfeiler des DFD erschüttert: die Traditionslinie des DFD.

Auf dem Gründungskongress im März 1947 wurde, vor allem in dem Hauptreferat von Professor Paula Hertwig¹⁶, ein eindeutiges Bekenntnis zur alten Frauenbewegung in ihrer Gesamtheit mit bürgerlichen und proletarischen Wurzeln abgegeben¹⁷. Die demokratischen Traditionen aus der Weimarer Republik bedeuteten für die Frauen eine wichtige Legitimation ihres Anspruches auf Mitbestimmung sowie eine deutliche Distanzierung von der faschistischen Vergangenheit Deutschlands.

1948 verändert sich diese Ansicht grundsätzlich. In einer breiten und öffentlichen Auseinandersetzung¹⁸ mit der Entnazifizierung von Gertrud Bäumer grenzt sich der DFD Schritt für Schritt von der bürgerlichen Frauenbewegung vor 1933 ab. Die bürgerliche deutsche Frauenbewegung in Gestalt ihrer einstigen Vertreterin Gertrud Bäumer¹⁹ wird nun als mitschuldig am Hitlerregime und seinen Folgen denunziert, während der antifaschistische Widerstandskampf der Frauen, vor allem aus der internationalen und deutschen proletarischen Frauenbewegung, als das Erbe des DFD propagiert wird.²⁰

Die Entscheidung des DFD im Jahre 1948 für einen Beitritt zur Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

Bis 1948 hatte sich also die offizielle Haltung des DFD zur Frage der Überparteilichkeit und zur Frage der Traditionslinie in eine Richtung verändert, die sich vom Gründungsduktus aus dem Jahre 1947 absetzte.

Der endgültige Kurswechsel des DFD wird Mitte 1948 im SED-Zentralsekretariat eingeleitet und ist mit den Namen Elli Schmidt eng verbunden.

Elli Schmidt, die bis 1932 als Schneiderin arbeitete und ehrenamtlich lokale KPD-Funktionen in Berlin ausübte, gehört zu den ganz wenigen Frauen, die



Elli Schmidt, auf dem DFD-Gründungskongress März 1947
Quelle: Privatbesitz

nach 1933 in Deutschland führende Positionen in der illegalen KPD-Arbeit übernahmen. Sie muss eine sehr mutige Frau gewesen sein, die keine unwesentliche Rolle in der Volksfront-Politik der KPD gespielt hat, praktisch wie theoretisch. Als einzige Frau gehörte sie in den Jahren bis 1945 dem KPD-Parteivorstand an. Als in Moskau ab 1943 eine 20köpfige Arbeitsgruppe

14 Sitzung SED-Zentralsekretariat am 12.02.1948 „Fragen des Vorsitz im DFD“, Barch SAPMO DY30/IV 2/2.1/173.

15 Gertrud Thürmer 1900 geboren, 1986 in Dresden verstorben, seit 1945 LDP, 1947 bis 1948 Landesvorsitzende des DFD Thüringen

16 Paula Hertwig 1889 geboren, 1983 in Villingen/Schwarzwald verstorben, Professorin in Halle, 1947 bis 1948 Landesvorsitzende des DFD Sachsen-Anhalt

17 Protokoll des Deutschen Frauenkongresses für den Frieden. Gründungskongress des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands. Berliner Verlag GmbH 1947, S. 39-50

18 „Die Frau von heute“ Nr. 2/Januar 1948; „FÜR DICH“. Die neue illustrierte Frauenzeitung, hrsg. vom Deutschen Frauenverlag Berlin, Nr. 3 v. 18.01.1948

19 Gertrud Bäumer, 1873 geboren, 1954 in Gadderbaum verstorben, 1910 bis 1919 Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine, 1920 bis 1932 Reichstagsabgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), bis 1944 Herausgeberin der Zeitschrift „Die Frau“

20 Erst in den 70er Jahren tauchen in der Traditionspflege der DFD wieder die Namen Helene Lange, Bertha von Suttner, Luise Otto auf.

die Parteistrategie für ein Nachkriegsdeutschland erarbeitete, gehörte Elli Schmidt wiederum als einzige Frau dazu. Allerdings hat diese Arbeitsgruppe ausgerechnet für die Frauenarbeit im Nachkriegsdeutschland kein Konzept entwickelt, im Unterschied zur Gewerkschaftsarbeit, zur Jugendarbeit, zur Arbeit der Bauern und der Kulturschaffenden und Künstler.

Als Elli Schmidt Ende Mai 1945 aus ihrem Emigrationsland Sowjetunion nach Berlin zurückkommt, hat die KPD-Führung die Frauenausschüsse in Berlin bereits als die Form ihrer Frauenarbeit im Blick. Ihr kommt nun die Aufgabe zu, aus dem Experiment ‚Berliner Frauenausschuss‘ ein Modell für die gesamte sowjetische Besatzungszone zu machen.²¹ Bis Mitte 1946 arbeiten in allen Ländern der SBZ mehr als 7000 Frauenausschüsse. Sie verlieren ihre Bedeutung mit Gründung des DFD und verschwinden im November 1947 mit der Eingliederung in den DFD ganz von der Bildfläche der sowjetischen Besatzungszone.

Bis 1949 konzentriert sich Elli Schmidt als SED-Frauensekretärin – zusammen mit Käthe Kern – auf die innerparteiliche Frauenarbeit und ganz besonders auf den DFD.

Im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlicht sie im Herbst 1948²² einen Beitrag über die Zusammenarbeit von SED und DFD und gesteht der Frauenorganisation eine relative Selbständigkeit gegenüber der Partei zu. Im DFD könne nur das Programm des DFD gelten, so Elli Schmidt.

Die Ehefrau Walter Ulbrichts, Charlotte Kühn, antwortet mit einer Polemik gegen diese Auffassung und kritisiert sie als feministische Tendenz²³. Die Auseinandersetzungen enden im März 1949 mit neuen Richtlinien der Frauenpolitik der SED²⁴, die sich nun als Partei neuen Typs in die Geschichte einschreibt.

Frauenarbeit wird ab jetzt als Gesamtanliegen der Partei bezeichnet und alle Frauensekretariate der Partei und der Gewerkschaften werden aufgelöst bzw. in Frauenabteilungen umgewandelt. Verantwortlich für den DFD wird nun die Gesamtpartei mit dem Auftrag, die Führungsrolle im Frauenverband durchzusetzen und zu sichern. Dem DFD wird die Arbeit in den Betrieben – seit 1947 hatte der DFD besonders um Betriebsarbeiterinnen geworben und Betriebsgruppen des DFD gegründet – nicht mehr gestattet. Für ihn gilt ab jetzt das Territorialprinzip, die Basis werden die

DFD-Gruppen in den Wohngebieten der Städte und in den Dörfern.

Die Durchsetzung wird Elli Schmidt, die mit der Auflösung des SED-Frauensekretariats ihren Posten im Zentralsekretariat verlor, übertragen. Im April 1949 übernimmt sie die Bundesleitung, gewählt auf einer Bundesvorstandssitzung, obwohl das noch gültige DFD-Statut die Wahl einer Vorsitzenden nur auf einem Bundeskongress zulässt. Emmi Damerius-Koenen muss ihren Platz als Vorsitzende räumen, ebenso die Generalsekretärin Maria Rentmeister²⁵. An ihrer Stelle holt Elli Schmidt ihre Vertraute aus der französischen Emigration und dem ehemaligen SED-Frauensekretariat Maria Weiterer.²⁶

In dieser Periode ihrer Entwicklung verlässt die Frauenorganisation endgültig ihre Gründungsprinzipien. Erinnert sei dabei, dass sich mit der Gründung der DDR im Oktober 1949 die gesellschaftlichen Bedingungen auch für den DFD verändert hatten. Der DFD war 1947 nicht in Opposition zu den Institutionen und Parteien angetreten, sondern wollte in Kooperation mit ihnen das neue Staatswesen schaffen. Dieses neue Staatswesen war nun in der sowjetischen Besatzungszone die DDR, an deren Entstehung und Ausgestaltung die DFD-Gründerinnen des Jahres 1947 aktiv mitgearbeitet hatten.

Die Führungsrolle einer Partei in diesem Staatswesen wird von der neuen DFD-Generation mehrheitlich gebilligt. Und mit der Wahl Elli Schmidts zur Bundesvorsitzenden personifiziert sich diese Billigung. Die Archivquellen lassen erkennen, wie stolz man auf eine Vorsitzende war, die im höchsten Gremium von Partei und Staat saß.

Das Adjektiv „Überparteilich“ wird neu definiert als Zusammenarbeit mit allen Parteien, aber unter Führung der SED. Die Mitarbeit von parteilosen Frauen und Frauen aus der CDU und LDP gilt als Zeichen einer Überparteilichkeit. Der DFD übernimmt schrittweise die ihm zugedachte Aufgabe als „Transmissionsriemen der Partei“. Den Inhalt der Arbeit bestimmen ab 1950 – und man kann sagen bis 1990 – die Ziele und Aufgaben, die der jeweilige SED-Parteitag für die DDR beschließt. Die Modifizierung durch den DFD liegt in der Aufgabe, die Frauen nicht nur für diese Ziele und Aufgaben zu gewinnen, sondern „frauengerechte Methoden“ dafür zu entwickeln. Bei-

21 Erste KPD-Konferenz mit Frauenfunktionären am 10. August 1945 in Berlin, BArch SgY 4106/3 Bl. 33

22 „Neues Deutschland“ v. 07.09.1948, S. 2 „Aus dem Leben unserer Partei. Zur Arbeit unserer Partei im DFD und DFB“

23 „Neues Deutschland“ v. 23.12.1948, S. 4 „Frauenarbeit – Aufgabe der Gesamtpartei“

24 BArch SAPMO DY30/IV 2/1-61; DY30/IV 2/1-62

25 Maria Rentmeister-Rettmann, 1905 geboren, 1996 in Berlin verstorben, 1932 KPD, ab 1933 illegale Arbeit in Prag, Frankreich, Niederlanden, Schweiz; 1940 bis 1945 Haft, nach 1945 Parteiarbeit in Berlin, bis 1949 Generalsekretärin des DFD, ab 1949 Ministerium für Kultur der DDR.

26 Maria Weiterer, 1899 geboren, 1976 in Berlin verstorben, seit 1921 Mitglied der KPD, ab 1933 illegale Arbeit in Prag, in Frankreich und der Schweiz, 1945 Gewerkschaftsarbeit in Heidelberg, ab 1946 im SED-Frauensekretariat in Berlin, 1950 Ausschluss aus der SED und aus allen Ämtern im Zusammenhang mit der Noel-Field-Affäre, Arbeiterin in Bad Berka, später wieder in Berlin, keine öffentliche politische Rehabilitierung



Elli Schmidt: Gute Mütter unserer Kinder. 5 Jahre Demokratischer Frauenbund Deutschlands. Berlin, 1952. Quelle: Privatbesitz



Für Dich-Porträt von Elli Schmidt, 1952
Quelle: Bild aus der „Für Dich“ (Nr. 29/87), Privatbesitz

spiele dafür sind die große Unterschriftenaktion des DFD von Dezember 1948 bis November 1949 zum Verbot der Atombombe und die Werbeaktion 1950, um aus dem noch kleinen DFD mit rund 500.000 Mitgliedern eine Massenorganisation mit mindestens 1 Million Mitglieder zu machen. „Auf dem Weg zur Million“, unter diesem Motto präsentiert die Organisation Ende 1950 die größte Werbeaktion ihrer Geschichte als Friedensaufgebot des DFD. Die mit einer so hohen Mitgliederanzahl verbundenen organisatorischen Aufgaben einer SED-Massenorganisation, wie ausreichend zur Verfügung stehende Kassiererinnen oder ein umfassendes Berichtswesen, bereiten dem DFD danach massive organisatorische Probleme. Diese verfolgen den DFD übrigens bis in seine Endzeit 1990.

Um die Führungsrolle der SED durchzusetzen, wird der gesamte Arbeitsapparat mit einer neuen, jungen Frauengeneration besetzt, die mehrheitlich aus der Arbeiterschaft kommt, Erfahrungen in der Frauennarbeit erst nach 1945 sammelte und mehrheitlich aus SED-Mitgliedern besteht.

Im 1952 gewählten Bundesvorstand finden sich nur noch 5 Frauen aus den Reihen der Gründerinnen: Elli Schmidt (SED), Edith Baumann (SED), Frieda Radel (LDP), Wilhelmine Schirmer-Pröscher (LDP) und bis 1952 Prof. Paula Hertwig (parteilos). Schrittweise verändert sich ebenfalls die Zusammensetzung der DFD-Fraktion²⁷ in der Volkskammer der DDR, die ab den 50er Jahren fast 80 Prozent SED-Mitglieder zählt.

Als Elli Schmidt nach Auseinandersetzungen im SED-Politbüro über die Ursachen des 17. Juli 1953 alle Partei- und DFD-Funktionen²⁸ verliert, hinterlässt sie eine Organisation, die fest in das gesellschaftliche System der DDR integriert ist. Die vor allem von Elli Schmidt entwickelten Strukturen des DFD haben ebenfalls Jahrzehnte Bestand.

Anne Marie Durand-Wever und Elli Schmidt verbindet eine von ihnen wohl nicht geahnte Gemeinsamkeit: Sie sind beide aus der Geschichtsschreibung des DFD gestrichen worden.

Anne Marie Durand-Wever steht für eine Gründungsgeschichte, die der spätere DFD nicht als die seine anerkannte. In der „Geschichte des DFD“, im

²⁷ Der DFD war seit Gründung der DDR 1949 bis zur Neuwahl im März 1990 mit einer eigenen Fraktion in der Volkskammer der DDR vertreten.

²⁸ Elli Schmidt wird auf der Sitzung des DFD-Bundesvorstandes am 10./11.09.1953 als Vorsitzende abgewählt. Ihre bisherige Stellvertreterin und Bundessekretärin für Organisationsfragen, Ilse Thiele (1920-2010), wird ihre Nachfolgerin und bleibt bis November 1989 in dieser Funktion.

Aufbruch der Frauen

Herbst 1989 im Verlag für die Frau Leipzig erschienen, wird sie mit keinem Wort erwähnt.

Elli Schmidt zu vergessen war gleichbedeutend mit einem Bekenntnis des DFD zu einer Partei, die immer Recht hat. Erst 1987 erscheint in der Frauenzeitschrift „FÜR DICH“ das einzige Porträt Elli Schmidts nach

ihrer Ablösung 1953, wobei genau diese Ablösung und der damit verbundenen Bruch in ihrer Biographie in dem Porträt unerwähnt bleibt. In diesem unterschiedlich begründeten Vergessen liegt das ganze Dilemma der Frauenorganisation DFD.

Persönliche Anmerkung der Autorin:

„Meine Arbeiten zum DFD stießen und stoßen immer wieder auf Einspruch von Frauen, die in den Dörfern und Städten im DFD waren und andere Erfahrungen mit dem DFD verbinden, wie gemeinsames Handeln für ihre Kinder, für das Wohngebiet, für ihre Wohnumwelt, für das tägliche Leben und für Freizeitgestaltung. Dieser Widerspruch ist legitim, denn aus eigenen Erfahrungen als Funktionärin des DFD weiß ich, dass die zentral beschlossenen Aufgaben und Ziele an der Basis viel differenzierter und dem Leben der Frauen viel mehr angepasst waren. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass der DFD als Massenorganisation der DDR ein Teil dieser DDR war, mit ihr seine Bedeutung gewann und mit ihr seine Bedeutung verlor. Eine Alternative, wie sie von den Gründerinnen 1947 gedacht wurde, musste in Zeiten des Kalten Krieges und in einer Gesellschaft des realen Sozialismus eine Utopie bleiben.“

Anne-Marie Durand-Wever geb. Wever

geboren 30. Oktober 1889 in Paris – verstorben 14. September 1970 in Köln

Vater Dr. jur. Walther Wever, Diplomat
Mutter Anne-Marie von Harborn

bis 1900	Privatunterricht
1900-1907	Schulbesuche in Chicago und Berlin
1907-1911	Zoologiestudium in Chicago und Neapel
1911-1915	Medizinstudium in Marburg, Straßburg und München
1915	Staatsexamen
1916	Heirat mit dem Architekten Wilhelm Durand in Brünn
1917	Promotion Universität München, Privatpraxis für Frauenheilkunde in München
1917	Geburt Sohn Ernst August und
1924	Geburt Tochter Anne-Marie
seit 1928	Privatpraxis in Berlin
1928	Gründung der „Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute“ in Berlin-Charlottenburg und bis 1933 Leiterin der Vertrauensstelle
1933	Niederlegung aller Ämter im Bund Deutscher Ärztinnen und in der Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute sowie in Sexualberatungsstellen und im „Reichskomitee gegen den Abtreibungsparagraphen“
nach 1933	Privatpraxis als Frauenärztin in Berlin
1945	für einige Monate neben ihrer Arztpraxis Leitung des Rettungsamtes Berlin in der Wormser Straße
ab 1945	ehrenamtliches Engagement im Wilmersdorfer Frauenbund unter Leitung von Agnes Zahn-Harnack



Anne Marie Durand-Wever, Quelle: Privatbesitz

ab Aug 1945	im Berliner Frauenausschuss unter Leitung von Elli Schmidt (KPD)
ab Juli 1946	als Vorstandsmitglied im Zentralen Frauenausschuss der Sowjetischen Besatzungszone
ab Dez 1946	im Vorbereitungskomitee zur Schaffung der Frauenorganisation „Demokratischer Frauenbund Deutschlands“ (DFD) und Leiterin des Geschäftsführenden Vorstandes des Komitees
1947	auf dem Gründungskongress des DFD am 7. bis 9. März als Bundesvorsitzende des DFD und Mitglied des Bundesvorstandes gewählt
bis 1948	Mitarbeit in verschiedenen politischen Gremien der sowjetischen Besatzungszone, z. B. der Volkskongressbewegung 1947/1948
1948	Rücktritt als DFD-Vorsitzende, offiziell aus gesundheitlichen Gründen, Wahl als Ehrenvorsitzende des DFD auf der Bundesvorstandssitzung des DFD im April 1948
1950	offizieller Austritt aus dem DFD
1952	Mitgründerin und Vizepräsidentin von „ProFamilia“ in der Bundesrepublik
1958	Ruhestand
1959	Ehrenpräsidentin Pro Familia

Hauptthema ihrer Publikationen bis 1933 und nach 1945 waren die Schwangerschaftsverhütung und sexuelle Aufklärung. Mit dieser Thematik verband Durand-Wever auch eugenische Gesichtspunkte.

Elli Schmidt

geboren 9. August 1908 in Berlin – verstorben 30. Juli 1980 Berlin

Vater Otto Schmidt, Polizeibeamter, 1941 pensioniert

Mutter Johanna Schmidt, Hausfrau

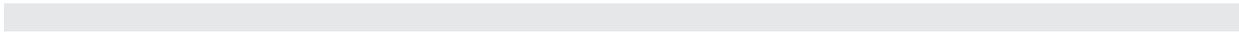
1914-1933	Volksschule in Berlin, Lehre als Damenschneiderin und Schneiderin in verschiedenen Berliner Modefirmen	
1928	Mitglied der KPD, bis 1932 ehrenamtliche Funktionen u.a. in der Frauenarbeit der Berliner KPD	
1932	Besuch der Internationalen Lenin-Schule in Moskau unter dem Pseudonym Elli Prader	
1934	auf Beschluss des KPD-Zentralkomitees in Moskau Rückkehr nach Deutschland und illegale Arbeit in Nordrhein-Westfalen	
1935	Brüsseler KPD-Konferenz (in Moskau), Teilnahme und Berichterstatterin unter dem Pseudonym Irene Gärtner über antifaschistische Zusammenarbeit in der Illegalität unter dem Begriff „Volksfront“, Wahl in das Zentralkomitee der KPD als einzige Frau nach eigenen Angaben hier in Moskau Heirat mit Anton Ackermann, KPD-Funktionär, 1949 Scheidung in Berlin	
1936	Illegale Arbeit in Berlin, Dezember Emigration nach Prag, Aufbau eines illegalen Kuriernetzes von und nach Deutschland	
1937	Emigration nach Paris und Mitarbeiterin für Frauenfragen der KPD-Auslandsleitung, Geburt und Tod ihres ersten Kindes	
1939	Berner KPD-Parteikonferenz, Wiederwahl als einzige Frau in das Zentralkomitee	
1940-1945	Emigration nach Moskau mit Anton Ackermann,	
1941	Geburt Tochter Marianne, Evakuierung aus Moskau, Kindergärtnerin,	
ab 1942	Redakteurin als Irene Gärtner am Deutschen Volkssender in Moskau	
seit 1944	Mitarbeit in der Arbeitsgruppe der KPD für die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands, als einzige Frau	
1945	Parteiarbeit in der Berliner KPD-Leitung, Vorsitzende des Frauenausschusses Berlin	

Elli Schmidt, Quelle: Privatbesitz

Aufbruch der Frauen

	bis 1946 (Nachfolgerin Maria Rentmeister, SED),
1946	Geburt Sohn Peter
1946-1949	paritätisch mit Käthe Kern (früher SPD) hauptamtliche Frauensekretärin der SED Mitglied im SED-Parteivorstand und seines Zentralsekretariats
1948	ehrenamtliche Landessvorsitzende des „Demokratischen Frauenbundes Berlin“, gemeinsam mit Barbara von Renthe (ptl.) und Wilhelmine Schirmer-Pröscher (LDP)
1949-1953	hauptamtliche Bundesvorsitzende des DFD, Kandidatin des neugebildeten SED-Politbüros, Abgeordnete der Volkskammer der DDR, u.a. Funktionen in der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF)
1953, Sep.	Ablösung von allen SED- und DFD-Funktionen, keine Wiederwahl als Volkskammer- abgeordnete mit der Begründung einer nachgiebigen Haltung am 17. Juli 1953 (Unterstützung der Forderung nach einem Haushaltstag für verheiratete, berufstätige Frauen)
1954-1966	Leiterin des Instituts Bekleidungswirtschaft, später Deutsches Modeinstitut der DDR
1966	aus gesundheitlichen Gründen keine Berufstätigkeit mehr

Elli Schmidt übernahm auch nach ihrer politischen Rehabilitierung 1956 keine politischen Funktionen mehr, blieb aber bis zu ihrem Tode Mitglied der SED und wurde auf eigenem Wunsch und mit Zustimmung Erich Honeckers auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt.



„So viel Anfang war nie?! – Nach dem Kriegsende in Berlin 1945“

So haben wir unsere Veranstaltungsreihe genannt. Eine Frage? Eine Feststellung? Das wollten wir offen lassen.

Mir kommen Stefan Heyms Roman „Schwarzenberg“ und Volker Brauns Buch „Das unbesetzte Gebiet“ in den Sinn. Beide Bücher befassen sich mit der Region um Schwarzenberg im Erzgebirge, die nach dem Kriegsende tatsächlich 42 Tage lang weder von der Roten Armee noch von den Westalliierten besetzt worden war und sich selbst überlassen blieb. In der Tat gab es da für eineinhalb Monate ein ‚Soziotop‘, das aus sich selbst heraus – frei von ideologischen und machtpolitischen Zwängen – ein gesellschaftliches System entwickeln musste. Notgedrungen auf basisdemokratischer Grundlage, wie auch anders nach dem totalen Zusammenbruch des Naziregimes und ohne Strukturen, die von den Siegermächten vorgegeben wurden.

Dass da Platz war für ganz viel Anfang, für Utopien im Bloch’schen Sinn und Denkmodelle für eine „bewegliche Gesellschaft, die fähig wäre, sich zu besinnen und sich aus sich selbst zu reißen“, wie Volker Braun das formuliert, liegt auf der Hand.

Einen derartigen Freiraum konnte es für Berlin natürlich nicht geben. Unsere Veranstaltungsreihe machte deutlich, dass die Entwicklung der Dinge sehr schnell in den Sog der beginnenden Ost-West-Auseinandersetzung geriet, wohl kaum ein Nährboden für eine „bewegliche Gesellschaft“ im Sinne Volker Brauns. Gleichwohl gab es Ansätze dafür:

Zum Beispiel die gescheiterte Initiative zur Umbenennung der Straßennamen im Tempelhofer „Fliegerviertel“. Mit den neuen Namen, die im Berliner Stadtplan von 1946 bereits verzeichnet waren, hätte man an Traditionen und Personen anknüpfen können, die weder für eine Instrumentalisierung durch stalinistischen Kommunismus noch für nationalistischen Größenwahn brauchbar sind.

Der „Aufbruch der Frauen“ veranschaulicht, wie sich basisdemokratische Bewegungen für die Dauer eines Jahres entfalten und gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten können, um dann im Interesse ideologischer, machtorientierter Parteipolitik entmündigt zu werden.

Auch die Berliner Schulentwicklung zeigt auf, dass bis 1948 ein Anfang, d. h. ein Bruch in der Tradition des deutschen Schulwesens, möglich gewesen wäre.

Sinnbildlich für das Scheitern derartiger Ansätze ist die Entlassung des kommunistischen Lehrers Wolfgang Szepansky aus dem Schuldienst.

Die Geschichte Erik Regers ist Beleg dafür, dass es nach dem Kriegsende tatsächlich auch nachhaltigen Neuanfang gab: Erich Reger, ein Mann, dessen Vita Integrität, Unbestechlichkeit und Klarheit im Denken belegt. Sein Roman „Union der festen Hand“ von 1931, der nach Aussage von Andreas Petersen fast einer marxistischen Wirtschaftsanalyse der Weimarer Republik gleichkommt, verleitet ihn keineswegs dazu, sich einer Ideologie zu unterwerfen. Schonungslos hält er in seinen Tagebüchern die kümmerlichen kleinbürgerlichen Ängste und Hoffnungen der „Volksgenossen“ in den letzten Kriegstagen fest. Später geht er als Chefredakteur des Tagesspiegels souverän mit DDR-Spionageversuchen in den Redaktionssitzungen um. Die Spionin wird entlassen mit der Begründung, sie habe ihre Parteidisziplin über das Redaktionsgeheimnis gestellt – und das ist doch wirklich ein Neuanfang nach 45.

Ein Mann vergleichbaren Kalibers ist Wolfgang Harich. Auch hier haben wir es mit einem unabhängigen Geist zu tun, dem es lange gelingt, klares Urteilsvermögen gegen ideologische Verbrämung zu behaupten. Ein Charakterkopf, der sich nicht von Stalinisten Ulbricht’scher Prägung einschüchtern lässt. Dass die Bühne aber schließlich zum Schauplatz des Kalten Krieges wird und ihre aufklärerisch emanzipatorische Funktion einbüßt, kann auch er freilich nicht verhindern.

Ein besonderes Kapitel ist Oskar Huth: Ein Mann, den offensichtlich ein untrüglicher Kompass durch sein Leben führte. Die Koordinaten: eine unbeirrbar humanistische Grundhaltung, Mut, Humor und Geistesgegenwart. Misstrauen gegenüber Machtstrukturen jeglicher Art behielt er auch nach 1945 bei, aber er fand dafür ein Publikum, wurde genau dafür geliebt, und das zeigt doch auf, dass es nach dem Zusammenbruch des Naziregimes wirklich einen Neuanfang gab.

Was bleibt als Resümee?

Wir haben unser Motto mit einem Frage- und einem Ausrufezeichen versehen. Ich denke, damit lagen wir richtig.

Dass es einen totalen Neuanfang – wie 42 Tage in Schwarzenberg – in der „Frontstadt Berlin“ nicht

geben konnte, war klar. Überraschend ist auch nicht, dass zarte Ansätze von basisdemokratischen Entwicklungen durch den Kalten Krieg zerrieben wurden.

Ermutigend ist aber, dass etliche dieser Ansätze sich letztendlich doch durchsetzen konnten. Dazu zähle ich eine unabhängige Presselandschaft, eine bunte Theaterwelt, ein Schulsystem, das soziale Benachteiligungen zunehmend auszugleichen sucht, eine Gesellschaft, in der Frauen Bundeskanzlerin werden können, und was die Straßennamen betrifft,

ist auch noch nicht aller Tage Abend. Was fehlt, sind Originale wie Oskar Huth.

Zur Ruhe setzen sollten wir uns freilich nicht. Das ‚Glas des Optimismus‘ ist höchstens halb voll, und Leuten, die von Lügenpresse und Asylantenflut sprechen, gilt es nach wie vor entschieden entgegenzutreten. Dazu hilft ein Blick in die Vergangenheit und dafür steht die Berliner Geschichtswerkstatt.

Peter Lassau

**Dokumentation zur Veranstaltungsreihe
der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.
von Oktober 2015 bis März 2016**

26. Oktober 2015

„Zeit des Überlebens“ – Kriegsende und Neubeginn am Rande Berlins. Aus dem Tagebuch Erik Regers von April bis Juni 1945.

2. November 2015

Einheitsschule in Berlin gescheitert – Gott sei Dank oder vertane Chance?

7. Dezember 2015

Vom Stillen Helden zum Kreuzberger Boheme – Der „Überlebenslauf“ von Oskar Huth

24. Januar 2016

„Pazifisten gegen Flieger“ – Ein Stadtviertel mit neuen Straßennamen, zu denen es nie kam

15. Februar 2016

Kalter Krieg auf der Bühne –
Wolfgang Harich als Theaterkritiker

7. März 2016

Wieso, weshalb, warum? –
Der gescheiterte Aufbruch der Frauen

www.berliner-geschichtswerkstatt.de

Goltzstraße 49, 10781 Berlin

Tel: 030-215 44 50